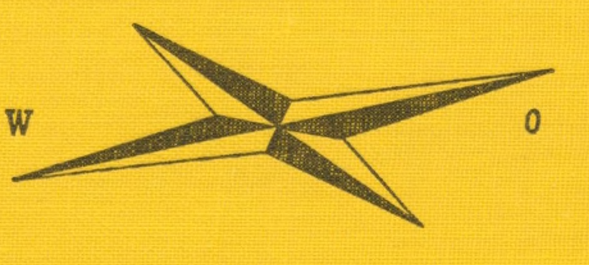
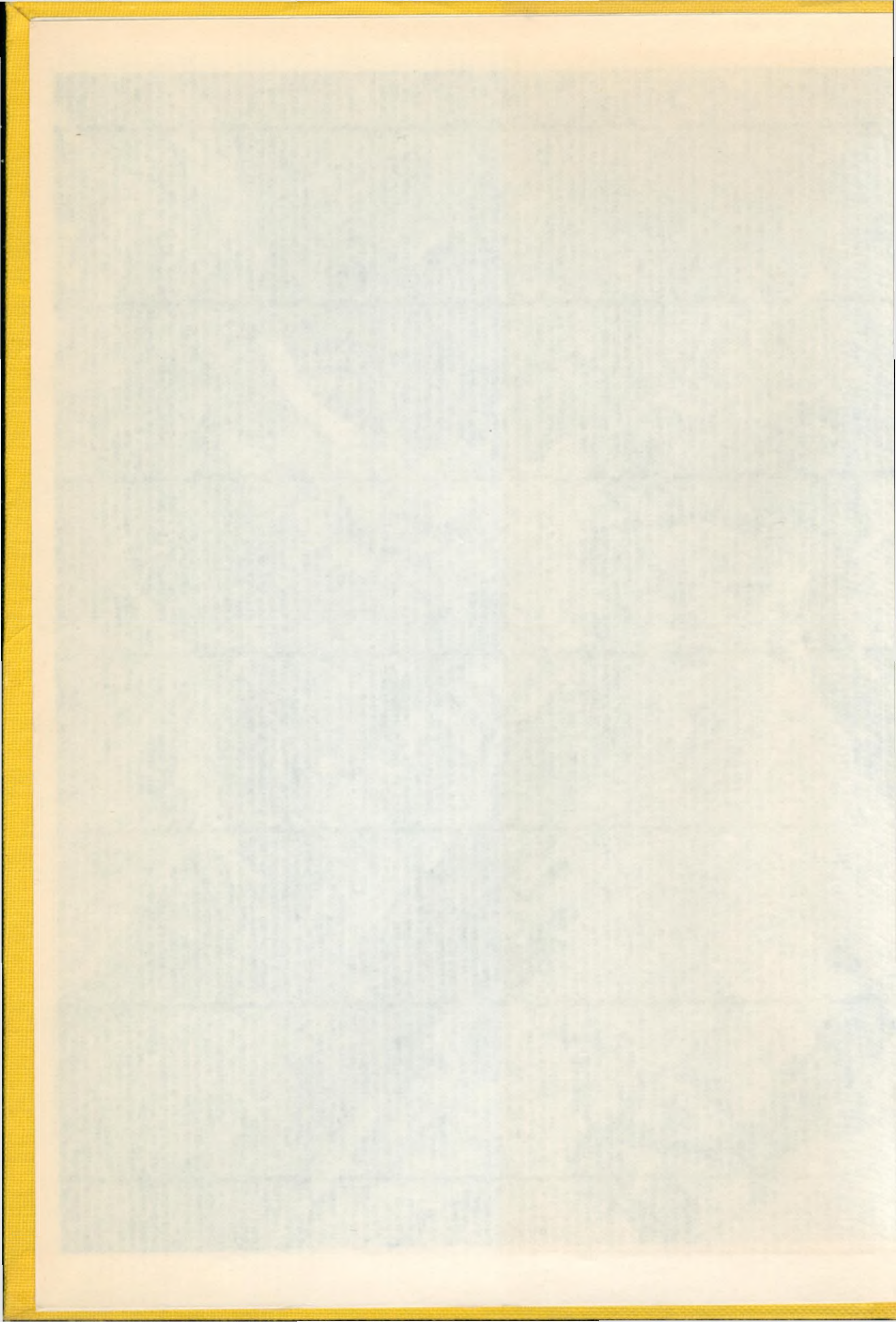
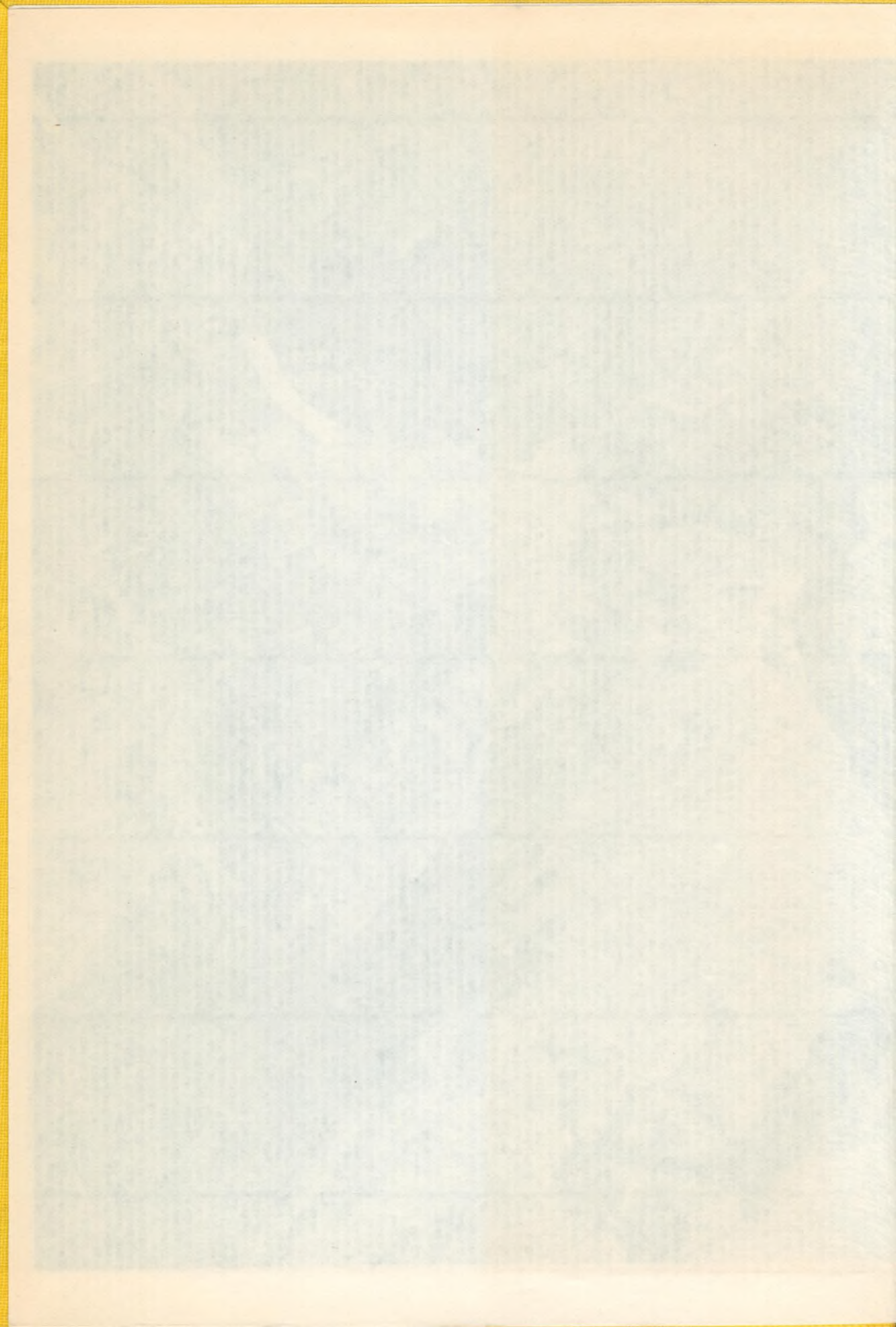
Freda Utley · Arabische Welt - Ost oder West?



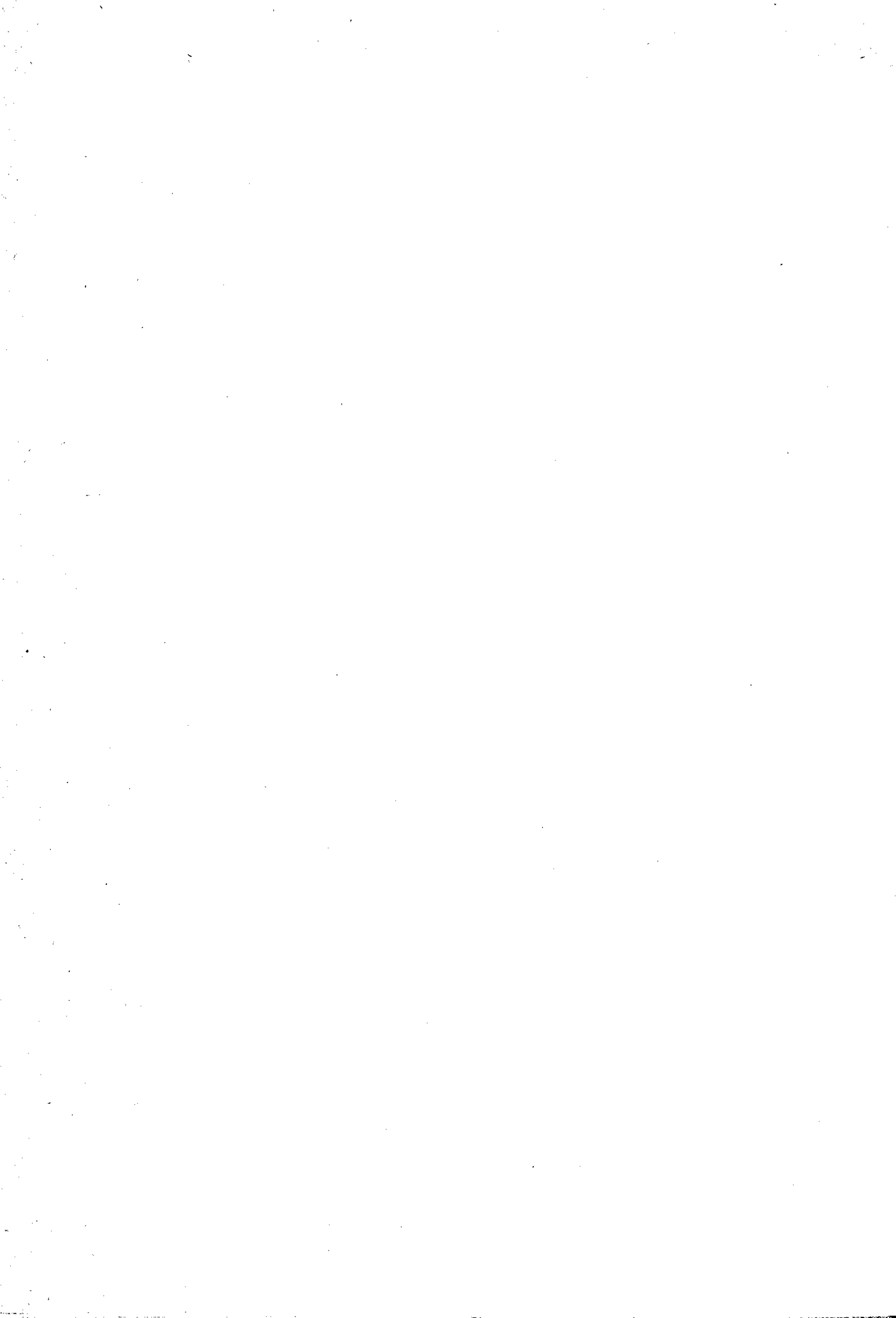




CYPERN
MITTELLÄNDISCHES MEER
NILMÜNDUNGEN
Gaza-
Streifen
Port Said
KAIRO
BERG SINAI
ARABISCHE
WÜSTE
ROTES MEER
ROTES MEER
ARABIEN
nach Mekka
Luxor



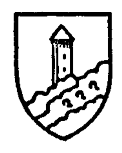
Arabische Welt – Ost oder West?



Freda Utley

Arabische Welt – Ost oder West?

Vom neuen Schauplatz des Kalten Krieges



PLESSE VERLAG GÖTTINGEN

Erste deutsche Auflage des amerikanischen Originals
„Will the middle east go west?"
— Henry Regnery Company - Chicago 4 —
Ins Deutsche übertragen von Dr. Peter Kleist
1958

Alle Rechte der deutschen Ausgabe vorbehalten
Copyright by Henry Regnery, Chicago
Deutsche Rechte: Plesse Verlag, Göttingen
Gesamtherstellung: Erich Goltze KG., Göttingen

INHALT

Einführung

von Peter Kleist

Der Kalte Krieg ist totgesagt. Die klugen Realpolitiker sprechen von „antibolschewistischer Hysterie", wenn jemand nicht daran glaubt. Eine gewisse Art von Ost-Experten versichert uns eindringlich wie schon oft, daß die Sowjetunion jetzt endgültig saturiert und mit ihrem inneren Aufbau und ihren inneren Schwierigkeiten vollauf beschäftigt sei.

Ein Machtkomplex aber von der Größenordnung der Sowjetunion – für die USA gilt das gleiche – kann sich nicht in eine privatbürgerliche Genügsamkeit zurückziehen und sich in Selbstbescheidung auf irgendwelchen strategischen oder wirtschaftlichen Grenzlinien zur Ruhe setzen. Aufstieg und Niedergang der europäischen Kolonialmächte beweisen, daß es im Machtkampf der Staaten kein Einhalten, kein bequemes Stagnieren gibt, sondern nur blühendes Wachstum oder gnadenloser Verfall. Erst die Müdigkeit überanspruchter oder alternder Völker läßt sie von Friedensreichen träumen, die auf Einsicht und Nachsicht gebaut sind, läßt sie die Augen verschließen vor Lebenstatsachen, die ihnen mehr abverlangen, als sie noch leisten wollen oder können.

Es ist beschämend für die Männlichkeit des Westens, daß eine Frau uns die Lage von heute deuten muß. Freda Utley hat auf einer Reise in den Fernen und Nahen Osten mit nüchternem Blick die Fronten des Kalten Krieges überschaut und stößt uns auf die Tatsache, daß der Kalte Krieg nicht sanft im Koexistenz-Gesäusel entschlummert ist, sondern seinen Schauplatz aus der Ferne Chinas, Koreas und Indochinas bis hart vor die Tore Europas verlagert hat.

Koexistenz heißt Waffenstillstand, Waffenstillstand „in einer Reihe unvermeidlicher, grausamster Auseinandersetzungen zwi-

schen der Sowjet-Republik und den bürgerlichen Staaten. Denn der Welt-Imperialismus kann nicht Seite an Seite mit einer siegreichen Sowjet-Revolution leben." (Lenin 1919.) Aber – so wird uns gesagt – der Sowjet-Staat hat längst die Eierschalen seiner gewaltsamen Geburt abgeworfen, er hat auch die Kinderkrankheit des weltrevolutionären Fiebers längst überwunden. – Dieser Einwand ist nur zum Teil richtig, insofern nämlich, als die Weltrevolution von einem Ziel zu einem Mittel geworden ist. Die Weltrevolution ist nicht mehr *das* Ziel, dem alle Anstrengungen des neuen Staates zu dienen haben, sie ist zu einem Mittel seiner Politik geworden, zu einer Waffe der Sowjet-Macht.

Das heißt aber nicht mehr und nicht weniger, als daß sie aus einer Chimäre zu einer Wirklichkeit angewachsen ist. Aus einer internationalen Ideologie, die im Beginn zweier Weltkriege eklatenten Schiffbruch erlitt, wurde eine robuste Waffe, die nach dem zweiten Weltkrieg mehr als sechshundert Millionen Menschen dem Kommunismus unterworfen hat.

Freda Utley zieht die Parallele zwischen China und dem Nahen Osten, wo westliche Staatskunst eben daran geht, wie vor zehn Jahren in China Türen und Fenster für den sowjetischen Einfluß aufzureißen. Was an ihrem Buch besticht, ist die souveräne Rücksichtslosigkeit gegen jede Art konventionellen Denkens. Unbekümmert um eine irregeleitete öffentliche Meinung, um die Interessen machtvoller „pressure groups" und um alteingewurzelte Vorurteile zeichnet sie die Lage in der arabischen Welt und legt die Probleme bloß, die der Westen zu lösen hat, um eine Katastrophe gleich der chinesischen zu vermeiden.

Klugheit und Tatkraft der westlichen Staatsmänner wird es bedürfen, um diese Probleme zu meistern. Es geht nicht nur um eine von vielen Fronten des Kalten Krieges, es geht nicht nur um das Schicksal der hundert Millionen Araber von Nordafrika bis zum Persischen Golf, es geht um die Zukunft Rest-Europas, das nicht mehr imstande ist, diese Gebiete zu beherrschen, das aber auch ohne ihre Reichtümer nicht existieren kann.

Es ist verblüffend, wie dieses Buch, das im Sommer 1957 abge-

schlossen wurde, über seine Zeit vorausgreift und die Ereignisse von heute überschaubar, verständlich und deutlich macht.

Die „Afrikanisch-Asiatische Solidaritäts-Konferenz" an der Jahreswende 1957/58 in Kairo war bereits ein Beweis für die Berechtigung der Warnungen Freda Utleys. Die Sowjetunion hat es verstanden, auf dieser Tagung von fünfhundert Delegierten aus vierundvierzig Nationen islamische Beauftragte aus ihrem eigenen Machtbereich erscheinen zu lassen. Sie kam also im Gewande eines Freundes aller nach Freiheit strebender Völker. Die Erinnerung an den Suez-Krieg und die gegenwärtige blutige Auseinandersetzung in Algerien gaben ihr das Stichwort und halfen ihr, aus dieser Tagung – wie schon der ersten, noch rein asiatischen „Solidaritäts-Konferenz" in New Delhi von 1955 – jede antisowjetische Spitze abzubrechen und den Moskauer Imperialismus in guter Tarnung zu halten.

Auch insofern fanden die Thesen dieses Buches neue Bekräftigung, als Staatspräsident Nasser, gegen dessen Abschreibung als rote Marionette sich Freda Utley temperamentvoll wehrt, die neutrale Haltung Ägyptens und des gesamten Kairoer Treffens betonte und die sowjetischen Delegierten nötigte, eine Schlußdeklaration gegen den „Imperialismus in allen seinen Formen" zu unterzeichnen.

Das zweite in diesem Buch vorweggenommene Ereignis von Rang sind die beiden arabischen Staaten-Gründungen, der Zusammenschluß Ägyptens, Syriens und des Jemen einerseits und der beiden Königreiche des Irak und Jordaniens andererseits.

Die Leichtigkeit, mit der hier eine zum Teil völlige Verschmelzung bisher selbständiger Staaten vor sich ging, überraschte uns Europäer, die schnell vergessen haben, daß der wesentliche Teil der arabischen Welt im Nahen Osten und in Nordafrika bis zum Jahre 1918 im Rahmen des Ottomanischen Reiches eine große Einheit gebildet hat. Erst die zeit- und sinnwidrigen Pariser Vorort-Verträge von 1919 zerrissen diesen Großraum, so wie sie in Mittel-, Ost- und Südost-Europa aus großen Zusammenschlüssen den kurzfristigen Scherbenhaufen von Versailles-Europa anrichteten.

Wiederum erwies sich das Urteil Freda Utleys bei diesem Anlaß in zweifacher Hinsicht als richtig: Oberst Nasser wurde mit 99,99 Prozent in Ägypten und mit 99,98 Prozent in Syrien zum Oberhaupt der „Vereinigten Arabischen Republik“ gewählt; und die Kommunistische Partei Syriens wurde der einzige Verlierer bei dieser Gründung, während zugleich zahlreiche sowjetische Berater in Syrien ihre Koffer für die Ausreise packten.

Man muß mit der Autorin hoffen, daß der Westen die beiden neugebildeten Staatswesen nicht als Gegengründungen auffaßt, um nun die Guten gegen die Bösen zu unterstützen und aufzumuntern. Eine solche Parteinahme müßte dazu führen, daß die andere Seite dem Westen noch weiter entfremdet und damit endgültig von der Hilfe des Ostens abhängig gemacht wird.

Es gilt, auf Teilgewinne zu verzichten, um das Ganze zu gewinnen.

Diese Politik des Verzichts auf Teilgewinne um des Ganzen willen ergibt sich auch als zwingende Folge aus dem dritten bedeutsamen Geschehnis unserer Tage, das hier noch nachzutragen ist, aus dem französisch-algerisch-tunesischen Konflikt. Das Bombardement des tunesischen Grenzdorfes Sakhiet Sidi Joussef durch die französische Luftwaffe * hat der Weltöffentlichkeit in aller Schärfe bewiesen, daß Frankreich in Algerien nicht einen innerpolitischen Gegner mit polizeilicher Gewalt zur Ordnung zu bringen sucht, sondern daß es in einen unlösbaren internationalen Konflikt mit der gesamten arabischen Welt verstrickt ist. In diesem Konflikt haben Marokko und Tunesien ihre legitimen Interessen angemeldet und werden nicht nachlassen, diese Interessen zu vertreten, auch wenn sie sich dabei „mit dem Teufel selbst verbünden“ müßten, wie

* Laut up vom 26. Februar 1958 stellte ein Sprecher des amerikanischen State Department fest, daß die bei der Bombardierung verwendeten Corsair-Flugzeuge aus dem militärischen Hilfsprogramm der USA stammen. Gemäß dem amerikanisch-französischen Abkommen vom 27. Januar 1950 für gegenseitige Hilfe darf das von den USA gelieferte Ausrüstungsmaterial nur zur Verteidigung im Rahmen der NATO verwendet werden.

Habib Burgiba in seiner fast ultimativen Warnung vom 14. März 1958 dem Westen zu verstehen gab.

Es ist tragisch, daß Frankreich heute meint, auf seinen schwachen Schultern allein die ganze „Bürde des weißen Mannes“ tragen zu müssen, während es doch nur neue Oradours schafft, deren Verantwortliche nicht bestraft, sondern mit hohen Tapferkeitsorden ausgezeichnet werden. Leider ist Frankreich in den Augen der Araber nur eine Vorhut des gesamten Westens in dessen vermeintlichem Bestreben, über Algerien wie durch eine Hintertür wieder in seine verjährten kolonialen Vorrechte einzuziehen. Diesem Verdacht wurde inzwischen neue Nahrung gegeben, da die USA, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zahlungsunion am 30. Januar 1958 an Frankreich Kredite von insgesamt sechshundertfünfundfünfzig Millionen Dollars gewährten, von denen man in Tunis sagt, sie deckten ungefähr die Unkosten für ein Jahr Kriegführung in Algerien.

Ebenso tragisch ist aber auch das Unvermögen der Deutschen Bundesrepublik, die ganz erstaunliche Hochschätzung Deutschlands in allen arabischen Ländern zu erhalten, zu pflegen und im Dienste des Westens zu nutzen. Verwundert beobachten die Araber, wie man hier fast täglich ohne zwingenden Grund ein Vertrauenskapital vergeudet, das man im zähen Ringen zwischen Ost und West vielleicht morgen schon bitter vermissen wird.

Möge dieses Buch mit seiner gradlinigen und unbeirrbaren Haltung etwas dazu beitragen, daß auch in Deutschland anstelle des Vorurteils eine nüchterne und unparteiische Wertung aller verwickelten Interessen im Nahen Osten tritt, niemandem zum Nachteil, doch allen zum Nutzen.

Vorwort zur deutschen Ausgabe

von Freda Utley

Als ich vor einem Jahrzehnt das Buch „Kostspielige Rache“ schrieb, war es in Amerika schwierig und in England und Frankreich fast unmöglich, für das besiegte, entwaffnete und also wehrlose Deutschland eine vernünftige, gerechte und humane Politik zu befürworten. Damals wurde Deutschland vom Westen noch als Paria angesehen. Die unausgesetzte Zerstörung seiner Industrieanlagen beraubte Deutschland noch der geringen, ihm verbliebenen Mittel zum Lebensunterhalt. Sehr wenige Staatsmänner, Schriftsteller oder Politiker brachten damals die politische Einsicht oder Zivilcourage auf, öffentlich zu erklären, daß Deutschland keine andere Alternative bleibe, als mit Moskau gegen den Westen gemeinsame Sache zu machen, falls der Westen, der Deutschland mit Hilfe Sowjetrußlands bezwungen habe, nicht mit seiner Vae Victis-Politik Schluß mache, die er unter dem Einfluß der Kommunisten und der Morgenthaus betreibe.

In ähnlicher Weise ist es heute schwierig, sich Gehör zu verschaffen, wenn man dem Mittleren Osten gegenüber eine westliche Politik befürwortet, die die Lebensrechte, Wünsche und Sicherheitsbedürfnisse der Araber und Juden berücksichtigt. Nur, wenn man den französischen Imperialismus weder durch Waffen, noch durch finanzielle Hilfe unterstützt, kann man die Gefahr vermeiden, daß jener strategisch und wirtschaftlich so lebenswichtige arabische Raum für die freie Welt unwiederbringlich verloren geht.

Zum Glück für Amerika, Europa und alle Länder, die der Stiefel des Kommunismus nicht niedergetrampelt hat, ist die freie Welt, unter Anführung Amerikas, im Falle Deutschland zur Vernunft gekommen, einmal durch die Sowjetblockade Berlins, zum

anderen aber auch, weil Amerika und England sich gegen eine unmenschliche Besatzungspolitik sträubten, die von Roosevelt, Truman, Churchill und Attlee sanktioniert worden war. Die Morgenthaus und ihre kommunistischen Helfershelfer in Amerika, die gehofft hatten, daß Westdeutschland sich aus Verzweiflung dem Osten in die Arme werfen würde, erlebten zu ihrem Verdruß den Wandel der amerikanischen und britischen Politik. Die USA betrachten heute die Bundesrepublik als ihren zuverlässigsten Alliierten in Europa und als Bollwerk des Westens gegenüber der sowjetischen Barbarei.

Was nun die arabische Welt anbelangt, so ist eine solche radikale Wendung in unserem Denken noch nicht erfolgt, trotz der politisch mutigen und weisen Haltung im Suez-Krieg.

Vor zehn Jahren wurde man noch als „Faschist“ mit Schmutz beworfen, wenn man den in ihren zerbombten Städten frierenden und hungernden Deutschen Mitleid entgegenbrachte oder wenn man es auszusprechen wagte, daß die Enteignung und brutale Vertreibung von vierzehn Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat in Ostdeutschland und im Sudetenland ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei. Es dauerte ziemlich lange, bis die USA sich die Auffassung zu eigen machten, die Abraham Lincoln nach dem Sezessionskrieg so zum Ausdruck brachte: „Gerechtigkeit für alle, Groll gegen niemand!“

Auch im Westen, der heute die Bundesrepublik einschließt, läuft man Gefahr, als Antisemit verschrieen zu werden, wenn man es wagt, für die Araber einzutreten und sich gegen den jungen, aggressiven Staat Israel zu wenden, der von Amerika und Deutschland finanziell unterstützt wird und sowohl in dem Gebiet, das ihm die UNO 1947 zugesprochen hat, als auch in den arabischen Ländern, die er unter Mißachtung der UNO gewaltsam besetzt hat, fast eine Million der ursprünglichen Einwohner Palästinas um ihren Besitz und ihre Heimat brachte.

Die meisten Leute im Westen haben keine Ahnung davon, wie sehr Israel überall in der arabischen Welt gefürchtet und gehaßt

wird, nicht aus Feindschaft gegen den Juden als solchen, sondern wegen der drohenden Gefahr, daß er sein Gebiet auf Kosten der Araber ausdehnen und noch viel mehr von ihnen zu heimatlosen Flüchtlingen machen wird.

Auch amerikanische Juden werden als Verräter ihrer Rasse gebrandmarkt, wenn sie den Zionismus verdammen und sich weigern, dem theokratischen Staat Israel Gefolgschaftstreue zu leisten, der ebenso wie das NS-Deutschland die Rasse als Kriterium für die Verleihung des Bürgerrechts ansieht.

Deutsche sollten besser als irgend jemand verstehen, welcher Versuchung die Araber erliegen könnten, wenn nicht der Westen durch faire Haltung, durch Unterstützung ihres Freiheitskampfes, ihres Strebens nach Einheit und ihres Opportunismus ihr Vertrauen gewinnt; denn wäre nicht der radikale Wandel der anglo-amerikanischen Politik während der Sowjetblockade Berlins gekommen, so hätten die Westdeutschen mit Moskau gemeinsame Sache gemacht, nicht, weil sie sich über den Kommunismus oder Sowjetrußland oder die elende Lage des russischen Volkes, das sie ja als Soldaten und Gefangene in der Sowjetunion kennengelernt hatten, irgendwelchen Illusionen hingaben, sondern weil, wie Carlo Schmid mir 1948 in Tübingen sagte, Verzweiflung, Groll und Ekel über die Ungerechtigkeit einen Grad erreichen können, der ein Volk die einzige Hoffnung hegen läßt, daß die anderen Völker auch krepieren werden.

Ja, Deutsche, die sich nach der Befreiung Mitteldeutschlands und der Rückkehr der deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie sehnen, sollten es würdigen, daß auch die Araber ein Anrecht darauf haben, für ihre Brüder in Palästina Gerechtigkeit zu fordern und für die Freiheit und Einheit Algeriens zu kämpfen.

Früher stieß man nur auf taube Ohren, wenn man seine Stimme für Deutschland und gegen die unheilige Allianz der Morgenthaus und Kommunisten erhob, die die Fürsprecher der Rache unterstützten, in der Erwartung, daß man die verzweifelten Deutschen Moskau zutreiben könne. Heute ist es schwer für die USA eine Politik

zu betreiben, die sich mit den Grundsätzen und Interessen des Mittleren Ostens und denen der ganzen freien Welt in Einklang befindet.

Der Druck des Zionismus, Unwissenheit, irreführende Berichte, großmütige Sympathie für die Juden, die sich in bedingungsloser Unterstützung zionistischer Ambitionen verkehrt, Liebe zu Frankreich und nicht zum Wenigsten der nicht zu unterschätzende Einfluß der heimlichen Kommunisten, die nur zu gut wissen, daß die fortlaufende, bedingungslose finanzielle und politische Unterstützung Israels durch Amerika den Mittleren Osten unvermeidlich in den Bannkreis der Sowjets treiben wird, all dies trägt dazu bei, den Westen zu schwächen und es den Juden zu ermöglichen, neue Freunde zu gewinnen und ihren Einfluß in der arabischen Welt zu verstärken.

Während des zweiten Weltkrieges spielten die Kommunisten ihren amerikanischen, britischen und französischen Gesinnungsgenossen in die Hand, indem sie Rache über Deutschland schrieen, während Stalin gleichzeitig behauptete, daß er dem deutschen Volk gegenüber keine Feindschaft hege. Auch heute wieder brüstet sich die Sowjetunion des Freundes und Verteidigers angesichts des vermeintlichen westlichen Imperialismus, während die Zionisten und ihre getarnten kommunistischen Komplizen im Westen allen Einfluß aufbieten, um eine faire Regelung für die Araber unmöglich zu machen.

Frankreich verursacht heute mit seiner Weigerung, den Tatsachen ins Auge zu sehen, mit seinen Herrschaftsgelüsten und vor allem mit seiner brutalen Unterdrückung der algerischen Freiheitsbewegung einen solchen Gefühlsumschwung in Nordafrika, daß die arabische Welt drauf und dran ist, die Gemeinschaft mit dem Westen aufzukündigen. Frankreich stößt die arabische Welt vor den Kopf und gefährdet dadurch nicht nur die Nachschublinien des Mittelmeeres. Es schwächt auch seine Wehrkraft, indem es den erfolglosen Versuch unternimmt, den algerischen Volksaufstand mit Waffengewalt in Blut zu ersticken. Es beraubt den Westen seines

moralischen und politischen Kredits, indem es immer mehr Araber davon überzeugt, daß sie vom Westen nichts anderes zu erwarten haben als schlimmste Polizeimethoden bei der Behandlung gefangener Mitglieder der Widerstandsbewegung, und Bomben, die auf tunesische und algerische Dörfer fallen, es sei denn, sie wenden sich an Moskau, um von dort Waffen und politische Unterstützung zu erlangen.

In meinem Buche habe ich aufgezeigt, welche Entwicklung in China und der arabischen Welt durch das Versagen des Westens verursacht wurde. Zu spät hat der Westen seine kolonial-imperialistischen Privilegien und Machtansprüche aufgegeben. Zu spät hat er die auf den Westen hin ausgerichteten nationalen Reformbewegungen unterstützt.

Hier möge – mutatis mutandis – der Hinweis auf eine parallele Situation erfolgen, die das Verhältnis zwischen Deutschland und China nach dem ersten Weltkrieg betrifft. Damals waren die Deutschen die beliebtesten Europäer in China, da sie ihre exterritorialen Rechte und Konzessionen auf chinesischem Boden verloren hatten und da General von Falkenhausen und andere deutsche Offiziere der jungen nationalen Bewegung beim Aufbau der Wehrmacht Hilfe leisteten. Hitler verscherzte dieses Wohlwollen. Als er das Dritte Reich mit dem aggressiven japanischen Imperialismus verband, der damals China zu beherrschen versuchte, opferte er auch die Interessen der deutschen Geschäftsleute auf.

So kann auch heute die Bundesrepublik durch ihre Unterstützung des französischen und israelitischen Imperialismus das Wohlwollen der arabischen Welt aufs Spiel setzen, das ihr die Möglichkeit gegeben hat, ihren Handel im Mittleren Osten und in Afrika zum Wohle der Wirtschaft Westdeutschlands auszudehnen.

Aber die Araber können keine Entschuldigung dafür finden, daß Westdeutschland bereit ist, Frankreichs Krieg gegen die Algerier durch Anleihen und Kredite zu unterstützen. Es würde einen tragischen Widersinn bedeuten, wenn Deutschland, das durch Hitlers Versuch der Aufrichtung eines deutschen Reiches in Europa so

schwer gestraft wurde, durch eine politische und finanzielle Unterstützung der französischen Imperialisten, die sowieso zum Untergang verdammt sind, abermals zersört würde.

Man kann die westdeutsche Politik verstehen und bewundern, wenn sie versucht, Frankreich durch finanzielle Hilfe zu umwerben und zu versöhnen und seinem Anspruch auf Größe und europäische Führerschaft entgegenzukommen, da man glaubt, daß nur so Europa geeinigt und wirtschaftlich und militärisch stark gemacht werden kann, um der kommunistischen Bedrohung widerstehen zu können.

Aber Deutschland und Europa als Ganzes werden für die wohlwollende Mitarbeit Frankreichs einen zu hohen Preis zahlen, wenn sich ihnen die arabische Welt entfremdet. Sollte Westdeutschland auch fernerhin als Frankreichs Partner oder Geldgeber den törichten Versuch der vierten französischen Republik unterstützen, den Rest des französischen Kolonialreiches gegen die wachsende Macht des arabischen Nationalismus zu behaupten, so droht ihm nicht nur von den arabischen Ländern Gefahr, sondern auch von der noch größeren Welt des gesamten Islam.

Als ich dieses Buch schrieb, hegte ich die gleichen Überzeugungen wie in dem Buche „Kostspielige Rache". Niemals kann Recht entstehen, wenn man zweimal unrecht tut. Nur wenn wir den fundamentalen Grundsätzen der Gerechtigkeit zustimmen, die wir bekennen und an die wir glauben, werden wir die westliche Kultur und Zivilisation vor der Drohung der kommunistischen Barbarei bewahren.

Der Kampf für eine vertrauensvolle Freundschaft zu den westlichen Arabern ist im Grunde der gleiche wie der frühere Kampf für eine deutsch-amerikanische Versöhnung und eine Verbindung gegen die dunklen Mächte von Vorurteilen, Leidenschaften, Haß, Ungerechtigkeit, Unwissenheit und Feigheit, die dem Kommunismus nur zu weiterer Machtausdehnung verhelfen.

Washington, D. C.
März 1958 *Freda Utley*

I.

Die arabisch-chinesische Parallele

Im Jahre 1923 wandte sich Sun Yat-Sen an die Sowjetregierung mit der Bitte um Hilfe bei der Befreiung und Einigung Chinas, da die Westmächte und Japan sich weigerten, ihre imperialistischen Privilegien und Machtstellungen aufzugeben, die China ohnmächtig, geteilt und in verzweifelter Armut niederhielten. So öffnete er unwissentlich die Tür für die kommunistische Infiltration, Unterwanderung und bewaffnete Einmischung, die ein Vierteljahrhundert später China der kommunistischen Sklaverei überlieferte und das Land zu Moskaus stärkstem und treuestem Satelliten machte.

Die arabische Welt ist heute in Gefahr, den gleichen Weg ins Verderben zu gehen. Wiederum weigert sich der Westen, die berechtigten nationalen Ansprüche eines Volkes mit alter Kultur anzuerkennen, das auf dem Wege des technischen, wirtschaftlichen und politischen Fortschrittes zurückfiel und durch gegenwärtige oder frühere Fremdherrschaft gedemütigt wurde; eines Volkes, das – stolz auf sein kulturelles Erbe – nach Stärke durch Einigung und nach Fortschritt durch Reform strebt und sich von seinem kolonialen Dasein, seiner Furcht vor erneuter Aggression und Unterwerfung befreien will.

In der arabischen Welt haben die Westmächte, wie in China vor drei Jahrzehnten, eine Politik verfolgt, die die nationale Führung dazu zwingen mußte, sich an Moskau zu wenden, um ein Gleichgewicht gegen den Druck des alten und neuen Imperialismus zu schaffen, der seinen Einfluß und seine Vorrechte zu erhalten oder wiederzugewinnen sucht.

Dank dem amerikanischen Eingreifen in den Suez-Konflikt sind die verheerenden Folgen einer solchen Hinwendung zur Sowjet-

Macht für die Araber und für den Westen wenigstens zeitweise abgewendet worden. Aber da Frankreich und Israel, im geringeren Grade auch Großbritannien, zur Zeit einen mächtigen Einfluß auf die amerikanische Meinung ausüben, um die USA an der Fortführung ihrer vernünftigen Politik zu hindern, liegt diese Gefahr keineswegs schon hinter uns.

Die Geschichte wiederholt sich niemals so eindeutig, daß ihre Lehren für alle klar zu lesen sind. Jeder Akt in dem abrollenden Menschheitsdrama der „Crimes, Follies and Cruelties" („Verbrechen, Torheiten und Greuel") bringt etwas anderes, die Szene wechselt, neue Schauspieler in führenden Rollen treten auf, und Neigung und Urteil der Zuschauer schwanken nach den persönlichen und nationalen Vorurteilen, Leidenschaften, Interessen und Erfahrungen. Darin mag die Wahrheit der zynischen Bemerkung bestehen, die einzige Lehre, die die Menschheit aus der Geschichte ziehen könne, liege darin, daß sie nichts aus ihr lernt.

Dennoch ist die Ähnlichkeit zwischen der Lage der arabischen Welt von heute und der Chinas von gestern so groß, daß wir, wenn wir die Parallele nur sehen wollen, eine Wiederholung jener Irrtümer im Denken und Handeln vermeiden können, durch die vor wenigen Jahren ein halber Kontinent in die Hände der Kommunisten fiel.

Das tragische Drama des modernen China zog sich lange hin. Es gab Zeiten – wie heute im Nahen Osten –, Etappen der Entwicklung, da einsichtige westliche Staatskunst einen glücklicheren Ausgang verhieß. Der Prolog zur Tragödie – die Zeitspanne von 1920 bis 1949, wo die Kommunisten endgültig obsiegten – ähnelte der Einleitung des arabischen Dramas, das wir heute miterleben, ein Drama, in dem Amerika und Rußland sich um die Rolle des deus ex machina streiten.

Im Falle Chinas wie im Falle der Araber folgte der angriffsfreudige westliche Imperialismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert auf Jahrhunderte der Unterwerfung durch asiatische Eroberer, die den wirtschaftlichen Niedergang verursacht und das Selbstbewußtsein der Völker empfindlich getroffen hatten, ohne es

zu zerstören oder ihre alte Kultur zu vernichten. In beiden Fällen blieben nach Gewinnung der Freiheit (oder teilweiser Freiheit) Ressentiment und Argwohn gegen den Osten zurück und äußerten sich in größter Empfindlichkeit in allen Dingen menschlicher Würde und menschlicher Rechte. Doch in China wie im Nahen Osten hatte die Reaktion auf den westlichen Eingriff auch eine positive Seite, da sie den Horizont weitete und das Verlangen weckte, durch Reformen oder Revolutionen den Fortschritt der modernen Welt einzuholen.

China stand noch unter dem Regiment der degenerierten und schwachen Söhne der Mandschu-Dynastie, die es vor dreihundert Jahren erobert hatte, als die Großmächte es im neunzehnten Jahrhundert zu einer „Sub-Kolonie" erniedrigten – wie Sun Yat-sen es nannte, womit er ausdrücken wollte, daß die Großmächte sich zwar der Exterritorialität und anderer Vorrechte auf Chinas Boden erfreuten, ohne aber sich zur Verteidigung Chinas verpflichtet zu fühlen.

Mit dem ersten Opium-Krieg von 1838 beginnend, machten sich zunächst England und Frankreich, dann Rußland, dann Deutschland und Japan daran, das Land der Mitte in Stücke zu zerreißen. Ganze Provinzen wurden losgelöst; unter dem Titel von „Konzessionen" wurden auf Chinas Boden in Schanghai und in anderen sogenannten Vertragshäfen autonome Kolonialgebiete abgegrenzt; Chinas Regierung mußte zulassen, daß Ausländer nicht dem chinesischen Recht und den chinesischen Steuergesetzen unterstanden (Exterritorialität). Fremde Kanonenboote hatten freie Fahrt auf Flüssen und in Küstengebieten. Fremde Truppen schützten fremde Niederlassungen selbst in der Kaiserstadt Peking. Ausländer kontrollierten die Zölle, um Zinsen abzuschöpfen von Geldsummen, die China aus dem Ausland borgen mußte, um den Schadensersatz zu leisten, der ihm aufgezwungen wurde, weil es militärisch zu schwach zum Widerstande war. Zollerhöhung zum Schutz der eigenen Industrie oder zum Ausgleich des Staatshaushaltes war der Regierung untersagt. Die von den Großmächten als „Pacht-Territorien" besetzten Häfen wurden ebenso wie das Gelände längs der

Eisenbahnen, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erbaut worden waren, zu fremdem Gebiet, von dem aus China angegriffen werden konnte, wenn es sich einer Forderung versagte, und von dem aus die Großmächte einander bekriegten, mitten in China. Jedes Zugeständnis, das der eine von China erpreßt hatte, wurde sofort auch von allen anderen verlangt. Die Vereinigten Staaten, die sich zwar nicht mit militärischen Mitteln einmischten, verlangten auch für sich die „Meistbegünstigung" in ihren Verträgen mit China, womit sie in den Genuß aller Privilegien kamen, die irgend einem anderen Staat zustanden.

Auch Rußland griff wie die USA nicht militärisch in China ein. Statt dessen eignete sich das Zarenreich weite, wenig bevölkerte chinesische Territorien im Norden an, indem es als hilfreicher Freund auftrat. Wie später die Sowjets, trat der Zar schon 1858 als Beschützer Chinas auf. Als Belohnung für seine Mittlerdienste zwischen dem Mandschu-Kaiser und den Westmächten, die China schon zweimal besiegt hatten, nahm er von Chinas Herrscher nicht nur die Gebiete nördlich des Amur, sondern auch die Seeküste bis Korea und nach der Landseite bis zum Ussuri-Strom förmlich in Besitz. Am Ende des Jahrhunderts befreite sich Rußland von der Bevormundung durch Großbritanniens Seemacht, indem es die Transsibirische Eisenbahn baute, und wurde damit zur einzigen Großmacht, die unmittelbar militärischen Druck auf das Nachbarland ausüben konnte. Anno 1894 erwarb Rußland in einem russisch-chinesischen Schutzvertrag das Recht, in Kriegszeiten alle chinesischen Häfen anzulaufen, um wenig später Port Arthur in „Pacht" zu nehmen, alles offensichtlich nur in Sorge um den „Schutz" Chinas.

Als schließlich das chinesische Volk im Jahre 1900 gegen seine unerträgliche Armut und das Elend seines Daseins in einer blinden Revolte aufbegehrte, wurde dieser sogenannte „Boxer-Aufstand" durch die vereinigten Armeen aller Großmächte niedergeworfen. Diese Demonstration westlicher Einigkeit gipfelte in der gemeinsamen Plünderung Pekings durch englische, französische, deutsche, russische und nordamerikanische Truppen. Als Ergebnis des Sieges

unterwarfen die beteiligten Mächte ganz China in dem 1901 unterzeichneten „Boxer-Protokoll" einer internationalen Kontrolle.

Indessen gab dieses Protokoll nach britischer und amerikanischer Ansicht nicht genügend Schutz gegen die russische Drohung gegen China. Die beiden angelsächsischen Mächte bauten daher Japan zu einer Gegenbastion aus und unterstützten es im russisch-japanischen Kriege. Um weiterhin die einseitige Ausbeutung Chinas durch irgend einen dritten Staat zu verhindern, erzwangen die USA mit englischer Unterstützung die allgemeine Anerkennung der „Politik der offenen Tür", die ursprünglich darauf gerichtet war, den Großmächten freien wirtschaftlichen Wettbewerb in ganz China zu gewähren, – wenn sie auch später als Basis für Amerikas Eingreifen zum Schutz Chinas gegen die japanische Invasion diente.

So war China vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges durch die Großmächte an Händen und Füßen gebunden und konnte weder seine Herren heimschicken, noch sich selbst zu einem starken Staatswesen entwickeln. Zwar hatte die Eifersucht der Machthaber verhütet, daß China in eine Anzahl von Kolonien und Protektoraten aufgeteilt wurde, im Endeffekt aber war das ganze Reich zu einer Halb- oder Sub-Kolonie ihrer aller geworden.

Die arabische Welt, über die man in Amerika noch viel weniger weiß als über China, hat ähnliche Erfahrungen mit fast den gleichen Auswirkungen hinter sich. Die Araber waren, gleich den Chinesen, im dreizehnten Jahrhundert von mongolischen Horden überwunden worden; während aber Kublai-Khan Chinas alte Kultur pflegte und wiederbelebte, zerstörten die Mongolen das wirtschaftliche Leben und die blühende Kultur der überfluteten arabischen Länder – vornehmlich in Mesopotamien (heute Irak genannt), wo in Babylon Tausende von Jahren zuvor die kulturelle Entwicklung begonnen und die Stadt zum Herzen der arabischen Welt gemacht hatte.

Ägypten und Syrien, die damals den Libanon und Palästina einschlossen, entgingen der mongolischen Verwüstung, doch sie fielen drei Jahrhunderte später gemeinsam mit dem Irak unter die Fuchtel der türkischen Ottomanen, etwa zur gleichen Zeit, in der

die Mandschus China eroberten. Und wie die Dynastie der Mandschus in China, so war auch der türkische Sultan in Konstantinopel im neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhundert unfähig, die unterworfenen Völker gegen den Anprall des westlichen Imperialismus zu verteidigen. England errichtete seine Herrschaft über Ägypten, Frankreich die seine über Marokko und Algerien, dieweil im Fernen Osten China durch die gleichen Kräfte in eine „Sub-Kolonie" verwandelt wurde.

Als dann die Araber durch ihren Kampf an der Seite Englands und Frankreichs ihre Freiheit von der Hohen Pforte erreicht hatten, da fanden sie, daß sie ihren türkischen Herren lediglich für ihre neuen englischen und französischen Oberhirten im Irak, in Palästina, Jordanien, Syrien und im Libanon eingetauscht hatten.

Die arabische Halbinsel – eine größtenteils von Beduinen bevölkerte Wüste – blieb unabhängig, bis auf einige kleine britische Enklaven wie zum Beispiel Aden. Aber die arabischen Länder, die unter türkischer Herrschaft gestanden hatten, gingen vor oder nach dem ersten Weltkrieg unter direkte oder indirekte Oberhoheit Englands oder Frankreichs. In China hatte der Westen seine Privilegien und Machtpositionen gewaltsam von dem ohnmächtigen Mandschu-Hof in Peking erpreßt. Im Nahen Osten und in Nordafrika zogen sie die Drähte ihrer Marionetten-Sultane und Puppen-Könige oder, wie im Falle Ägyptens, überließen sie gern den Türken die unpopuläre Rolle des Machthabers, dieweil Engländer und Franzosen selbst durch ihre exterritorialen Rechte und Vorrechte gegen die Unbilden des korrupten und bedrückenden ottomanischen Staatswesens gefeit waren.

Der Krieg von 1914 wurde zum Wendepunkt. Bis damals hatte die Berührung mit dem Westen, wenn auch in Ausbeutung und Unterwerfung, doch das wohltätige Ergebnis, China und die arabische Welt aus jahrhundertelangem Dämmerschlaf zu erwecken. Die Bekanntschaft mit westlicher Wissenschaft und Technik erregte das Bedürfnis nach einer Änderung und nach einem Fortschritt, der die Mittel der Selbstverteidigung verhieß. Die Kenntnis westlicher politischer Gedanken und Institutionen erzeugte den Durst nach Frei-

heit. Nationale Bewegungen erhoben sich im Widerstand gegen die Erniedrigung durch die westliche Herrschaft, sie waren zugleich aber angeregt durch die Gedanken und Prinzipien des Westens.

Der erste Weltkrieg war die große, aber ungenutzte Gelegenheit, sowohl China wie auch die arabische Welt in unseren Lebenskreis einzufügen, indem man diesen Völkern den Weg in eine Zukunft an unserer Seite, aber frei von westlicher Herrschaft eröffnete.

Wilsons vierzehn Punkte trieben die intellektuellen und politischen Führer der nationalen Bewegungen in China und im Nahen Osten in einen Taumel der Hoffnung und des Vertrauens auf die Ideale und die Ziele des Westens, – doch die Rückwirkung auf die Preisgabe dieser Ideale auf der Pariser Friedenskonferenz war nicht minder große Enttäuschung, nicht weniger heftiges Ressentiment. In China führte die Unfähigkeit des Westens, seinen eigenen verkündeten Prinzipien zu folgen, zu dem Bündnis zwischen der Kuomintang und Moskau, das im Jahre 1923 bestätigt und ausgebaut wurde. In der arabischen Welt hinterließ sie eine Erbschaft des Mißtrauens gegen alle westlichen Bekundungen und Versprechen. Die Ergebnisse dieses Mißtrauens und weiterer Mißgriffe Englands, Frankreichs und der USA gegen die Araber sind jetzt klar ins Licht getreten.

Während und nach dem ersten Weltkrieg gab man den Arabern weit größere und bestimmtere Veranlassung zum Mißtrauen gegen westliche Versprechungen als den Chinesen. Sie waren in den Krieg eingetreten, erst nachdem ihnen England schriftliche Zusicherungen gegeben hatte, daß sie durch den Kampf an Englands Seite Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Welt in ihren historischen Grenzen gewinnen würden. Ihre gemeinsame Erhebung gegen die Türkei im Juni 1916 traf in eine Zeitspanne, als die Kriegsaussichten der Alliierten dank dem unglückseligen Dardanellen-Abenteuer Churchills und angesichts der Siege der Zentralmächte in Europa auf ihrem tiefsten Tiefpunkt angelangt waren.

Der Eintritt der Araber in den Krieg – ohne den die Türkei und ihre deutschen Verbündeten vielleicht nicht hätten besiegt werden

können – war die Frucht langwieriger Verhandlungen seit Oktober 1914, als Lord Kitchener, damals Kriegsminister, am 31. Oktober eine Botschaft an den Groß-Scherif von Mekka, Hussein, sandte mit der Versicherung, England werde die Araber in ihrem Kampf um die Freiheit unterstützen, wenn sie auf Seiten der Alliierten in den Krieg eintreten würden. Zu Anfang hatte England versucht, sein Ziel zu erreichen, ohne sich durch bestimmte Zusagen zu binden. Erst als die Briten im Sommer 1916 verzweifelt nach der arabischen Hilfe ausschauten, hatten sie sich auf die Bedingungen des sogenannten „Damaskus-Protokolls" eingelassen, das im Juli 1915 von führenden Köpfen der arabischen Länder in der syrischen Hauptstadt formuliert worden war. Diese Bedingungen enthielten:

1. *Die Anerkennung der Unabhängigkeit aller arabischen Länder in Asien durch Großbritannien, mit Ausnahme der britischen Kolonie Aden.*
2. *Die Preisgabe aller Sonderrechte, die Ausländern unter den sogenannten „Kapitulationen" eingeräumt worden waren (ähnlich den „exterritorialen" Rechten in China).*
3. *Abschluß eines Beistandspaktes zwischen Großbritannien und den künftigen unabhängigen arabischen Staaten, sowie Einräumung wirtschaftlicher Meistbegünstigung gegenüber Großbritannien.*

Diese Bedingungen waren den Engländern durch den Groß-Scherif Hussein vorgelegt worden, der als Abkömmling des Propheten und Hüter der heiligen Städte Mekka und Medina im Hedschas, den er beherrschte, großen Einfluß auf die gesamte Moslem-Welt besaß, abgesehen von seinem Prestige als Sprecher der Araber, deren Bündnis die Engländer erstrebten. Die arabischen Forderungen sind in Husseins Briefwechsel mit Sir Henry MacMahon ausführlich dargestellt, der als britischer Hochkommissar in Ägypten für die Londoner Regierung verhandelte. Die Briefe, die zwischen ihnen hin und hergingen, enthüllen, daß MacMahon die Araber mit sehr viel weniger, als sie wünschten, abzuspeisen suchte; erst als es deutlich wurde, daß die Klauseln des Protokolls von Damaskus das

Mindeste waren, was die Araber forderten, ehe sie das Risiko und die Opfer einer Rebellion gegen die Türkei auf sich nehmen würden, gab MacMahon die verlangten Zusagen.

Großbritannien machte bei der Unterzeichnung dieses Dokumentes durch seinen Hochkommissar in Ägypten einige Einschränkungen bezüglich gewisser kleiner Gebiete, die es nicht für reinarabisch erachtete: Mersina, Alexandrietta und „Teile von Syrien westlich der Distrikte von Damaskus, Homs, Haman und Aleppo". England bestand darauf, daß das Abkommen die französischen Interessen nicht nachteilig berühren dürfe. Andererseits verpflichtete sich die britische Regierung eindeutig „ . . . die Unabhängigkeit der Araber in allen Gebieten, die durch den Groß-Scherifen von Mekka genannt wurden, anzuerkennen und zu unterstützen".

Es muß zugegeben werden, daß der Vorbehalt bezüglich der französischen Interessen in MacMahons Schriftwechsel mit Hussein das Schicksal einiger arabischer Gebiete unbestimmt ließ; doch, wie man auch immer diese Dokumente auslegen mag, Frankreich konnte im äußersten Falle die nördlichen Teile des Libanon beanspruchen, gewiß aber nicht ganz Syrien, das es 1919 gewaltsam an sich riß.

Jeder, der die Akten studiert, kann nicht zweifeln, daß das Bündnis der Araber mit England unmißverständlich auf Englands Zustimmung gegründet war, das arabische Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit in den historischen Grenzen der arabischen Welt zu unterstützen, von den Grenzen Persiens bis zum Mittelmeer und zum Roten Meer.

Die Araber leisteten einen wesentlichen Beitrag zu Englands Sieg, sowohl auf militärischem wie auf politischem Gebiet. Die von Hussein ausgerufene arabische Revolte vereitelte eine geplante deutsch-türkische Expedition nach Süd-Arabien, die Aden umflügeln und das Rote Meer mit dem Suez-Kanal für die britische Schiffahrt blockieren sollte. Die Araber trugen auch nicht wenig zu Englands Sieg bei, als Emir Feisal, der dritte Sohn Husseins als Führer einer aus syrischen, palästinensischen und Irak-Arabern zusammengesetzten Truppe während der Kampagne General Allenbys in Palästina eine türkische Armee östlich des Jordans niederrang und

darauf Damaskus befreite, während die Briten westlich des Flusses durch eine etwa gleichstarke Feindgruppe engagiert waren. Weiter südlich hielten die Araber unter der Führung eines anderen Sohnes von Hussein weitere starke türkische Kräfte gebunden. Der arabische Aufstand versperrte nicht nur den Weg zum Roten Meer und zum Indischen Ozean, er hinderte auch die Türken, ihre Stellung an den Dardanellen zu verstärken, und entlastete schließlich die britischen Armeen von der Verteidigung Ägyptens und bewog die Ägypter als Glieder der arabischen Gemeinschaft Englands Sieg zu unterstützen.

Hören wir hierzu die Feststellung des Amerikaners Speiser, der in seinem Buch „Die Vereinigten Staaten und der Nahe Osten" schreibt: „Zweifellos verdankte der britische Feldzug viel von seinem endlichen Erfolg der arabischen Hilfe." Diese Tatsache wird von englischen Historikern und Militär-Schriftstellern nicht geleugnet; auch der berühmte Lawrence, der mit seinen arabischen Freunden im Kriege gegen die Türkei kämpfte, bezeugt die Wahrheit dieser Darstellung. General Allenby selbst erklärte, daß die arabische Hilfe für die siegreiche Führung dieses Krieges „unschätzbar" gewesen sei.

Doch schon im Frühling 1918 verursachten zuerst die türkischen und dann die sowjetischen Enthüllungen der Geheimabkommen zwischen England und Frankreich über die Aufteilung der arabischen Provinzen des Ottomanen-Reiches, ebenso wie die Verkündung der Balfour-Deklaration, die den Juden in Palästina eine Heimstätte versprach, starke Mißstimmung und solchen Argwohn innerhalb der arabischen Armeen, daß die britische Regierung ihre früheren Verpflichtungen erneut bestätigte.

In einer Mitteilung an den arabischen Kongreß, der im Juni 1918 in Kairo zusammengetreten war, wiederholte Großbritannien öffentlich seine Zusagen in umfassenderen und klareren Ausdrücken als in dem MacMahon-Hussein-Briefwechsel und ohne die früher doppeldeutig formulierten Einschränkungen zugunsten der syrischen Interessen Frankreichs. Die Mitteilung besagte in einfachen Worten:

1. *Bezüglich der Gebiete, die vor dem Kriege frei und unabhängig waren und bezüglich jener, die durch die Araber selbst von türkischer Herrschaft befreit worden waren: „Seiner Majestät Regierung anerkennt die völlige und souveräne Unabhängigkeit der Araber, die diese Gebiete bewohnen, und unterstützt sie in ihrem Kampfe um die Freiheit."*
2. *Bezüglich der Gebiete, die durch alliierte Truppen besetzt waren (damals der größte Teil des Irak, einschließlich Basra und Bagdad, und die südliche Hälfte Palästinas, einschließlich Jerusalem und Jaffa), verfolgt seiner Majestät Regierung eine Politik, die darauf gerichtet sei, „daß die zukünftige Regierung jener Gebiete auf dem Grundsatz der Zustimmung der Regierten begründet sein solle".*
3. *Bezüglich der arabischen Länder, die noch unter türkischer Herrschaft standen (sie umfaßten den größten Teil Syriens und Mossul im Irak), wünschte die englische Regierung, „daß die unterdrückte Bevölkerung in diesen Gebieten ihre Freiheit und Unabhängigkeit erhalten solle".*

Diese Zitate sind der Übersetzung aus dem arabischen Text durch George Antonius in seinem Buch „Das arabische Erwachen" (London, Hamish Hamilton, 1938) entnommen. Wie der Autor in diesem maßgebenden Buche schreibt, band diese englische „Erklärung an die Sieben", wie sie gewöhnlich genannt wird, Großbritannien noch strenger an seine später gebrochenen Versprechungen als die MacMahon-Briefe, weil sie in der Öffentlichkeit erfolgte und weil sie *nach* der Enthüllung des geheimen Sykes-Picot-Abkommens mit Frankreich und *nach* der Balfour-Deklaration erfolgte.

Die Zweideutigkeit der Balfour-Deklaration, die die Unterstützung der Zionisten gewinnen sollte, ohne die Araber vor den Kopf zu stoßen, war die Ursache für allen weiteren Verdruß. Während es dort einerseits hieß, Seiner Majestät Regierung würde „alle Anstrengungen machen . . . für die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina", so wird andererseits

festgestellt, es sei „selbstverständlich, daß nichts geschehen dürfe, was die bürgerlichen oder religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinwesen in Palästina beeinträchtigen könne". Die Deklaration konnte also nicht zur Absicht haben, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten. Die britische Regierung entsandte denn auch einen Sonderbotschafter zu König Hussein mit der Versicherung, daß die Balfour-Deklaration keine Widersprüche zu den Zusagen an die Araber enthalte.

Zu diesen falschen Versprechungen traten noch Präsident Wilsons vierzehn Punkte, deren zwölfter verhieß, „die Völker, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen", sollten „einer absolut ungestörten Möglichkeit zu autonomer Entwicklung" versichert sein. Beide Beteuerungen zerstreuten damals die Zweifel und Besorgnisse der Araber und veranlaßten sie, tapfer zu kämpfen, als General Allenby sie zur letzten Offensive aufrief, die den Krieg im Nahen Osten siegreich beendete.

Dann aber nahte der große Betrug, der das frühere Vertrauen der Araber zu Großbritannien zuschanden machte und ihr Mißtrauen gegenüber allen westlichen Versprechungen und Beteuerungen einwurzeln ließ. England, das den Krieg mit Unterstützung der Araber gewonnen hatte, brach sein gegebenes Wort. Es verwarf die feierlichen Verträge mit den Arabern als einen Fetzen Papier, der neben dem geheimen Sykes-Picot-Abkommen mit Frankreich und neben der Zusage an die Zionisten in der Balfour-Deklaration wenig galt. England errichtete sein Dominium über den Irak und Palästina und ließ Frankreich gewähren, als es Syrien in gewaltsamer und blutiger Unterdrückung des Eigenwillens der Bevölkerung zu seiner Kolonie machte. Für beides wählte man das trügerische Pseudonym von „Mandaten" der Liga der Nationen.

Großbritannien war nicht allein Schuld an diesem flagranten Vertrauensbruch gegen die Araber, die den Krieg hatten gewinnen helfen. Die Franzosen wußten zwar nichts von der Korrespondenz zwischen MacMahon und Hussein, die London geheimgehalten hatte, um unmittelbar nach der Zusicherung von Freiheit und Unabhängigkeit an die Araber in seinem Geheimvertrag mit Frank-

reich von 1916 die Aufteilung derselben arabischen Gebiete zu verabreden, – die Franzosen im gleichen Atem mit den Arabern täuschend. Aber Frankreich ließ sich mit England in dieses betrügerische Spiel ein, als es, um einer drohenden arabischen Meuterei zu begegnen, eine gemeinsame englisch-französische Erklärung vom 7. November 1918 vom Hauptquartier ergehen ließ, die weit verbreitet und in allen Städten und Dörfern Palästinas, Syriens und des Irak plakatiert wurde. In dieser Proklamation der beiden Mächte wurde als gemeinsames Kriegsziel verkündet: „Die völlige und endgültige Befreiung der so lange von den Türken unterdrückten Völker und die Errichtung nationaler Regierungen und Verwaltungen, die ihre Autorität aus dem Willen und der freien Wahl der bodenständigen Bevölkerung ableiten."

Zu gleicher Zeit, als England und Frankreich sich so bei den Arabern in den Ruf der Doppelzüngigkeit brachten, legte das bolschewistische Rußland zum ersten Mal die Verkleidung des antikolonialen Freundes der unterdrückten Völker im Nahen Osten an.

Das Rußland der Zaren hatte in dem englisch-französischen Komplott zur Aufteilung des Ottomanen-Reiches mitgespielt, wenn auch Petersburg nur nicht-arabisches Gebiet für sich beanspruchte. Die Sowjets veröffentlichten jetzt die Geheimverträge, die sie in den Archiven der Zaren entdeckt hatten, sie wiesen den russischen Anteil an der türkischen Beute zurück (die auch Konstantinopel umfaßt hätte), sie gaben zugleich auch die Machtpositionen und Vorrechte des Zarenreiches in China preis – und legten damit den Grund für ihre Behauptung, den Völkern Asiens als Anti-Imperialisten zur Seite zu stehen, während sie es England und Frankreich überließen, den Sturm zu ernten, den sie durch die Täuschung der arabischen Hoffnungen und Erwartungen gesät hatten.

Diese Ereignisse vor über vierzig Jahren gewinnen heute mehr als historische Bedeutung, wo Moskau seinen Fuß in die Tür zum Nahen Osten gestellt hat und eifrig dem arabischen Nationalismus schmeichelt. Der Bruch der Verpflichtungen Englands und Frankreichs gegenüber den Arabern wurde durch den Obersten Rat der siegreichen Alliierten auf der Konferenz von San Remo im April

1920 verkündet. Die arabischen Länder in dem Rechteck zwischen Mittelmeer und persischer Grenze sollten, an Stelle der versprochenen Freiheit, der Liga der Nationen als „Mandate“ unterstellt werden, – ein schönes Etikett für westliche Kolonialherrschaft. Syrien sollte in drei Teile gerissen werden: Palästina unter England, Libanon und ein verkleinertes Syrien unter Frankreich. Der Irak wurde ungeteilt einem britischen Mandat unterstellt. Die Gebiete, die heute Saudi-Arabien umfassen, wurden ihrer Freiheit überlassen, zweifellos nur, weil in jenen Tagen der Ölreichtum der arabischen Halbinsel noch unbekannt war.

Als von der Pariser Friedenskonferenz die ersten Indiskretionen durchsickerten, daß die Alliierten ihre Zusagen nicht halten würden, sahen sich die arabischen Führer, die 1915 das Protokoll von Damaskus verfaßt hatten, dazu veranlaßt, Wahlen zum ersten arabischen Parlament zu organisieren, das im Juli 1919 in der syrischen Hauptstadt zusammentrat. Dieser „All-Syrische Kongreß“ von Damaskus – damals das Zentrum der arabischen Welt – verlangte ein unabhängiges Syrien in seinen historischen Grenzen einschließlich Palästinas und sprach sich für die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie unter Emir Feisal als König aus. Er wies den Anspruch der Zionisten auf Palästina zurück, stimmte aber für eine dezentralisierte Verwaltung, die die Rechte der religiösen und rassischen Minderheiten wahren sollte.

Eine Generation später, am 17. November 1956, berichtete der Londoner „Economist“, Präsident Eisenhowers Stellungnahme zum Suez-Konflikt „habe Asien in höchste Spannung versetzt und Amerika eine Achtung erworben, deren es sich nie zuvor erfreuen konnte“. Mit einigem Bedauern müssen wir hier daran erinnern, daß schon damals, im Jahre 1919, die Beschlüsse des All-Syrischen Kongresses ein Bekenntnis aussprachen „zu den hohen Grundsätzen des Präsidenten Wilson, (die uns glauben lassen, daß) die bestimmende Grundlage in der Gestaltung unserer Zukunft der echte Wille unseres Volkes sein wird“. Viele Araber blickten damals, wie siebenunddreißig Jahre später, auf „die freiheitliche amerikanische Nation, die bekannt ist für ihre echte und großzügige Sympathie

für die Bestrebungen schwacher Völker, die von ihr Hilfe in der Erfüllung ihrer Hoffnungen erwarten".

Der syrische Kongreß erinnerte auch die Friedenskonferenz daran, daß „wir uns nicht gegen die Türkenherrschaft erhoben hätten, unter der wir uns bürgerlicher und politischer Rechte, ja, auch des Rechtes der Vertretung unserer Interessen bei der Hohen Pforte erfreuten, wenn uns die Türken nicht das Recht unserer nationalen Freiheit vorenthalten hätten".

Der berühmte Lawrence von Arabien scheint vorausgesehen zu haben, daß England beabsichtige, sein Wort zu brechen; doch offensichtlich band ihn das Pflichtgefühl gegenüber seinem Lande, das Vertrauen seiner arabischen Freunde auszunutzen, um sie weiter im Kriege zu halten.

In den „Sieben Säulen der Weisheit" schreibt er später:

„Als wir den Krieg gewonnen hatten, waren unsere Versprechungen an die Araber nur noch ein Blatt Papier. Dennoch war die arabische Begeisterung unsere Hauptwaffe im östlichen Kriege gewesen. Darum versicherte ich den Arabern, daß England sein Wort dem Buchstaben und dem Inhalt nach halten werde. In dieser Gewißheit führten sie einen tapferen Kampf, doch ich konnte natürlich auf unsere gemeinsamen Taten nicht stolz sein, sondern empfand ständig bittere Scham."

Durch den Bruch seines verpfändeten Wortes verwirkte England sein wertvollstes Gut und begann sein eigenes Grab als Großmacht zu graben. Lange vor seinem Angriff auf Ägypten 1956 hatte England Ansehen und Achtung in der arabischen Welt durch sein zynisches Doppelspiel eingebüßt. Der deutsche Begriff „Realpolitik" ist, wie zuvor und seither oft erwiesen, nicht realistisch, sondern lediglich die Vertagung der Rechenschaft, die den Preis, der am Ende zu zahlen ist, nur noch verteuert.

Der Schriftsteller George Antonius lebte nicht lange genug, um die heutigen Auswirkungen des britischen Verrates an den Arabern noch zu erleben. Aber schon im Beginn des zweiten Weltkrieges schrieb er über die Friedensregelung von 1919, die sowohl die be-

sonderen Zusagen an die Araber verletzten wie auch die allgemeinen Grundsätze, die die Alliierten als das Fundament des Friedens verkündet hatten:

„Tausende von Menschenleben, Millionen von Sachwerten und unermeßliches Leiden hätten erspart werden können. Der Aufstand im Irak von 1920, die syrische Rebellion im Jahre 1925 und die häufigen Zusammenstöße in Palästina wären nicht geschehen. Denn sie alle waren die unmittelbare Folge der verschiedenen Herrschaftssysteme, die widerrechtlich und gewaltsam den Arabern im Irak, in Syrien und Palästina aufgezwungen worden waren, – in Verletzung unserer Zusagen, die diese Völker in den Krieg gelockt hatten. Welche weiteren Gründe noch mitgewirkt haben mögen, die tiefere Ursache jener Erschütterungen, die die natürliche Freundschaft des Arabers zum Engländer und des Engländers zum Araber umwölkt haben, ist allein in der Empörung zu suchen, die die Nachkriegsregelungen hervorriefen – und nirgend sonst. Die Araber fühlten sich betrogen, betrogen durch ihren besten Freund.“

Die Aufrufe und Resolutionen, die das arabische Parlament im Jahre 1919 an die Westmächte richtete, blieben allesamt unbeachtet. Allein die USA sandten die King-Crane-Kommission in den Nahen Osten, um die arabischen Ansprüche zu untersuchen. Diese Kommission verfaßte Empfehlungen, die die arabischen Bestrebungen unterstützten. Wären diese Empfehlungen nicht durch England und Frankreich beiseite geschoben worden, sie hätten den Gang der Geschichte ändern und die Sowjetunion hindern können, ihren heutigen Einfluß im Nahen Osten zu gewinnen.

Im einzelnen sprach sich die King-Crane-Kommission für die Erhaltung der syrischen Einheit, einschließlich Palästinas aus, jedoch mit einer Autonomie für den Libanon innerhalb eines syrischen Staates; sie verwarf den Gedanken, den unbeliebten Franzosen ein Mandat anzuvertrauen, und empfahl, daß jedes britische oder USA-Mandat zeitlich beschränkt sein müsse. Darüber hinaus stellten die Mitglieder der Kommission nach ausgiebigem Studium des zionistischen Problems fest, daß der Zionismus auf die praktisch totale Ver-

treibung der nicht-jüdischen Bevölkerung gerichtet sei und daß daher das zionistische Programm nur mit Gewalt und in grober Verletzung der Rechte der eingeborenen arabischen Bevölkerung und der vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson durchgeführt werden könne.

Die Konsequenzen jener zweigleisigen Politik des Westens auf die arabische Welt treten heute klar zu Tage. Wir können sie feststellen und haben noch eine Chance, unsere Haltung zu ändern. In China haben wir endgültig verspielt. Wir verloren dort nicht einfach, weil die Truman-Acheson-Marshall-Politik nach dem zweiten Weltkrieg der chinesischen Nationalregierung als unserem treuen Alliierten Waffenhilfe und politische Unterstützung versagte, es sei denn, sie wolle eine Koalitionsregierung mit Moskaus Agenten, der chinesischen kommunistischen Partei, eingehen. Auch die Auswirkungen der Yalta-Verpflichtungen, die Roosevelt und Churchill an Stalin eingingen, waren nicht der alleinige Grund für Chinas Verlust, obgleich die „bedingungslose Erfüllung" unserer Zusage, die Mandschurei an Moskau preiszugeben, den Sowjets den Schlüssel zum chinesischen Haus auslieferte, – ein Verrat an einem treuen Bundesgenossen des Westens, der sich durchaus mit dem Wortbruch gegenüber den Arabern im ersten Weltkrieg vergleichen läßt.

Unsere Niederlage begann lange, lange vorher, als der Westen die nationale chinesische Bewegung durch seine starke Ablehnung in das Bündnis mit Moskau trieb und damit der kommunistischen Wühlarbeit selbst den Weg bereitete und dem Kreml den ständigen Einfluß ermöglichte, der ein Vierteljahrhundert später das ganze Land zu seiner Beute machte.

Da sich das gleiche Unglück heute im Nahen Osten vollziehen kann, wenn der Westen nicht seine Lehren aus seinem Versagen im Fernen Osten zieht, ist es notwendig, hier eine kurze Darstellung jener Geschehnisse in den zwanziger Jahren zu geben, als Chinas Nationalisten vor den gleichen Problemen und Versuchungen standen wie die arabische Welt heute.

In unseren Tagen sprechen Nasser und andere arabische Nationalisten häufig von ihrer Furcht vor dem „internationalen Imperia-

lismus". Wenn sie etwas von Chinas Erfahrungen wüßten, dürfte ihre Furcht sich noch vertiefen.

Wenn China auch nicht, wie die arabische Welt, unter den Großmächten in Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete aufgeteilt war – weder vor noch nach dem Kriege von 1914 – so war doch seine Lage kaum beneidenswerter. Im Gegenteil, wie sich später zeigte, war China jeder angriffslüsternen Nation ausgeliefert, dieweil die Großmächte gegeneinander im Kriege lagen. Folgerichtig nutzte Japan diese Situation – und seinen Geheimvertrag mit England, der ihm als Gegenleistung für seinen Eintritt in den Krieg gegen Deutschland freie Hand in China gab. Er zog mit erhöhtem Einsatz gegen China zu Felde.

Anders als die Araber im ersten Weltkrieg hatten die Chinesen von England keine besonderen Versicherungen oder bestimmten Zusagen über seine Befreiung von imperialistischer Beherrschung erhalten. Aber auch sie hatten die alliierte Partei ergriffen und ihre Hoffnungen auf Präsident Wilsons Ansprache von Mount Vernon am 4. Juli gesetzt, in der verkündet wurde, daß die Nachkriegsregelung auf „die freie Entscheidung der betroffenen Völker" gegründet sein werde. Sie erwarteten daher von der Pariser Friedenskonferenz die Annullierung der „ungleichen Verträge", die China im vergangenen Jahrhundert gewaltsam aufgezwungen worden waren und England, Frankreich, Deutschland, Rußland, Japan und den USA die Privilegien und die Machtstellung einräumten, die sie gemeinsam benutzten, um das Land in Unterwerfung und Machtlosigkeit zu halten.

In jenen Tagen riefen die gleichen chinesischen Reformer und Patrioten, die später der kommunistischen Verführung anheimfielen, ähnlich überschwengliche Worte aus wie die Teilnehmer des All-Syrischen Kongresses im gleichen Zeitraum:

„Da nun die Gerechtigkeit über die Gewalt triumphiert hat, sollten alle Völker klar einsehen, daß sie sich auf die Macht nicht verlassen können und daß das Recht nicht mißachtet werden darf. Die Reden des amerikanischen Präsidenten sind edel und gerecht.

Er ist der beste Mann dieser Welt. Seine bedeutsamsten Grundsätze lauten: nationale Souveränität und Souveränität der Völker über ihre Regierungen."

Chen Tu-hsiu schrieb diese Sätze in der Dezember-Ausgabe der „Neuen Jugend" 1918. Er war ein hervorragender Führer der chinesischen Intellektuellen und Patrioten, die sich nach Westen gewandt hatten, um Anregungen und politische Ideen für die Entwicklung und Umgestaltung Chinas zu suchen und ihres Landes Freiheit, Würde und Sicherheit wiederherzustellen. Ein Jahr später bildeten Chen Tu-hsiu und seine Anhänger kommunistische Zellen in den größeren Städten Chinas, die Vorläufer der am 1. Juni 1921 in Schanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas.

Der Grund ist ebenso einfach, wie es wichtig für uns ist, ihn zu verstehen – sollte uns nicht der Nahe Osten ebenso aus den Händen gleiten wie Ostasien.

Erst die Enttäuschung mit dem Westen, der seine freiheitlichen Leitsätze nicht auf Menschen anzuwenden verstand, die Kipling als „the lesser breeds" (die geringere Rasse) beschrieb, trieb die chinesischen Patrioten entweder in das Lager der Kommunisten oder in eine Vernunftehe mit Moskau.

Anstatt ihre freudigen Hoffnungen, die der USA-Präsident erweckt hatte, erfüllt zu sehen, mußte die chinesische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 sich sagen lassen, daß Japan die von Deutschland eingenommene Machtposition in Schantung erben werde. Nichts geschah, um weitere Einbrüche Japans in die chinesische Souveränität zu verhindern, wie sie die „Einundzwanzig Forderungen" formulierten, oder um China von den früher auferlegten Fesseln nationaler Freiheit zu erlösen.

So bot die Weigerung der Westmächte, ihre feierlich verkündeten Grundsätze der Gleichheit und Selbstbestimmung auf schwache oder koloniale Völker anzuwenden, den Kommunisten die große Gelegenheit, China von innen her zu erobern, mit den gleichen Mitteln also, die sie heute in der arabischen Welt einsetzen.

Während der Jahre 1918/20 hob die Sowjetregierung freiwillig

all die ungleichen Verträge auf, die das Zarenregime im vergangenen Jahrhundert China aufgezwungen hatte. Zugleich wies sie das geheime Sykes-Picot-Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England zurück, das die Zerstückelung des Ottomanen-Reiches bezweckte. Moskau versprach China damals Freundschaft und Hilfe auf der Basis politischer Gleichheit, wie es heute den arabischen Nationalismus unterstützt, beide Male mit dem Hintergedanken, seine eigenen imperialistischen Ziele auf Kosten des Westens zu fördern.

Der ersichtliche Widerspruch zwischen den Taten der Sowjets und der unnachgiebigen Haltung der Westmächte und Japans führte in China die Konservativen und die Liberalen ebenso wie die radikalen Elemente zu ihrer Wendung nach Moskau als dem einzig nützlichen Bundesgenossen in ihrem Kampf um die Wiederaufrichtung ihres Vaterlandes. Ähnlich wie einige Führer des arabischen Nationalismus in der Gegenwart, gelangten die chinesischen Nationalisten in den zwanziger Jahren nicht ganz ohne Grund zu der Annahme, daß sie ohne russische Waffen nicht hoffen durften, ihr Volk von der Bedrückung durch die alten Kolonialmächte oder von der Bedrohung durch seinen militaristischen asiatischen Nachbarn befreien zu können. Was Japan damals für China bedeutete, ist Israel heute für den Nahen Osten. Die Sowjets erschienen den Chinesen wie den Arabern vor dem Suez-Krieg als der einzige mächtige Verbündete, der sich bot.

Im Jahre 1919 erhob sich in ganz China eine Protestbewegung mit Massendemonstrationen der Arbeiter und Studenten in den Großstädten. Sie griffen den Friedensvertrag von Versailles an und stellten die pro-japanische „Anfu-Clique“ an den Pranger, die die chinesische Regierung in Peking beherrschte. Die Kraft des neu erwachten chinesischen Nationalgefühls zeigte sich auch in einem allchinesischen Boykott japanischer Waren, der Tokio 1922 zwang, auf seine territorialen Ansprüche aus dem Versailler Vertrage zu verzichten.

Moskau wartete natürlich – einst wie heut – auf die Gelegenheit, die tiefe Enttäuschung aller Schichten und Klassen auszunut-

zen, die der Westen durch den Bruch seiner Gelöbnisse und Verheißungen geschaffen hatte.

Nach Mao Tse-tung war jener Mai 1919 der historische Drehpunkt, wo sich die chinesische Revolution „in eine demokratische Revolution neuen Types umwandelte". (Mao Tse-tung: „Die neue Demokratie", 1940.)

Im Januar 1923 gelangten Dr. Sun und der sowjetische Emissär Adolf Joffe zu einem Übereinkommen für ein gemeinsames Vorgehen in der nationalen Revolution Chinas. Ihre Erklärung vom 26. Januar lehnte den Kommunismus oder Sozialismus für China ausdrücklich ab. Das eingegangene Bündnis war allein darauf gerichtet, Chinas nationale Einigung und Unabhängigkeit zu verwirklichen.

Sowjetische Waffen und Geldmittel, technische und politische Ratgeber begannen nach Kanton zu strömen, um Moskaus Zusage zu erfüllen, daß die nationale Bewegung „auf die Hilfe Rußlands rechnen könne". Michael Borodin kam 1924 als der sowjetische Berater der Kuomintang nach Kanton. Der jungen Kommunistischen Partei Chinas gab man das Schlagwort „Alle Arbeit für die Kuomintang", die die „bewegende Kraft der nationalen Revolution" sein und „an der Spitze stehen" solle.

Zwei Jahre bevor Moskau seine ersten Fühler zur Kuomintang ausstreckte, war Dr. Sun Yat-sen in Kanton durch ein Rumpfparlament zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt worden, das durch die Regierung in Peking ins Leben gerufen, jedoch unmittelbar darauf wieder aufgelöst worden war.

Dr. Suns und seiner Partei Einfluß erstreckte sich zwar über ganz China und war besonders stark unter den Übersee-Chinesen in Süd-Ost-Asien und auf den Philippinen. Aber die Autorität seiner Regierung in Kanton reichte nicht über die Grenzen dieser südlichen Stadt hinaus und war noch dazu auf den guten Willen gemieteter Söldnertruppen angewiesen. Anno 1922 war Sun Yat-sen durch den General dieser Armee aus seiner eigenen „Hauptstadt" verjagt worden. Nach seiner Rückkehr mit Michael Borodin ließ er sich von seinen kommunistischen Ratgebern überzeugen, daß die

Kuomintang eine eigene Kampfgruppe aus politisch geschulten Anhängern aufbauen müsse, um auf die Söldner verzichten und den Ehrgeiz ihrer „war lords“ brechen zu können. Auch die Notwendigkeit, die Kuomintang straff zu disziplinieren und eine Massenbewegung der Arbeiter und Bauern zu schaffen, wurde ihm klar gemacht, wenn er je sein Ziel der Einigung und Befreiung Chinas erreichen wolle.

Die später berühmt gewordene Whampoa Militär-Akademie wurde 1924 gegründet, von Moskau unterstützt und mit sowjetischen Militär-Instruktoren besetzt. Sie unterstanden dem Befehl Marschall Blüchers, dem Kommandeur der fern-östlichen Sowjet-Armee, der in Kanton unter dem Decknamen Galen auftauchte. Der erste Chef dieser Akademie war ein junger Offizier mit Namen Chiang Kai-shek, der bereits die Moskauer Militär-Akademie absolviert hatte. Ihr politischer Leiter hieß Chu En-lai, einer der Mitbegründer der französischen kommunistischen Partei in Paris. Die Absolventen der Akademie sollten das Rückgrat der chinesischen nationalen Armeen bilden. Aber auch einige Führer der späteren Roten Armee Chinas wurden hier geschult. Man erzählt, daß Chiang Jahre nach dem Bruch mit den Kommunisten das Leben des in seine Hände gefallenen Chu schonte, weil er die alte Freundschaft von der Whampoa Militär-Akademie achtete.

Mit Borodin als Mentor wurde die Kuomintang nach dem Muster der bolschewistischen Partei reorganisiert und ein Reformprogramm der Arbeiter und Bauern verkündet, das eine Mischung von Dr. Suns liberalen, aber unklaren „Drei Prinzipien“ und der revolutionären, proletarischen Ideologie der Kommunisten darstellte.

Bei seinen Verhandlungen mit den Vertretern des Kreml hatte Dr. Sun die Verschmelzung der KPC mit der Kuomintang nicht zugelassen; aber er gestattete dem einzelnen Kommunisten den Beitritt unter der Bedingung, daß er den Grundsätzen und Zielen der Kuomintang treu dienen werde. Diese Bedingung hat wohl niemals viel bedeutet, da die chinesischen Kommunisten in ihrer weiterhin bestehenden Parteiorganisation blieben und da für den Kommunisten

ein nach außen gegebenes Versprechen niemals irgendeine Bedeutung gehabt hat.

Sie waren nun in eine viel bessere Ausgangsposition für ihre Minierarbeit gerückt, als sie es in einer Minderheitspartei, der Kuomintang angegliedert, oder in Opposition zu ihr jemals hätten erreichen können. In dieser Situation vermehrte sich ihre Zahl schnell und sprunghaft. Sie zogen viele der tätigsten und fähigsten jungen Mitglieder der Kuomintang in ihre Reihen. Und da die „Organisations-Abteilung" der Kuomintang, die zur Aufgabe hatte, die Basis für eine Massenbewegung unter den Arbeitern und Bauern zu bilden, bis zum Mai 1926 von einem Kommunisten geleitet wurde, so wuchs die KPC aus einer kleinen Gruppe von Revolutionären zur Beherrscherin einer Massenbewegung an. Die Mitgliederzahl der KPC stieg von nur eintausendfünfhundert im Jahre 1924 in wenigen Monaten auf zehntausend, um sich im Laufe eines Jahres zu verfünfzigfachen.

Diesen Aufschwung nahm die Kommunistische Partei in China, obwohl sie nicht die geringsten Anstalten machte, ihre wirklichen Ziele zu verschleiern. Jeder, der sich die Mühe machte, die Resolutionen der Komintern oder die Parteiliteratur zu lesen, konnte daraus entnehmen, daß die KPC mit der Kuomintang nur zusammenarbeitete, um deren Grundsätze und Methoden zu revolutionieren und „sie in eine Arbeiter- und Bauernpartei umzuformen".

So schreibt Harold Isaacs, der bestunterrichtete marxistische Kritiker Dr. Sun Yat-sens in der ursprünglichen englischen Fassung seines Buches „The tragedy of the chinese revolution" *:

Sun „hoffte die Mittel entwickeln zu können, um die chinesische Gesellschaft auf friedliche Weise und ohne Erschütterungen umzubilden, nachdem er für sich und seine Anhänger die Macht durch rein militärische Mittel gesichert hatte. Es bestand also keine Ge-

* London, Secker & Warburg, 1938. Die 1951 von der Stanford University Press veröffentlichte Ausgabe hat der Autor umgearbeitet, nachdem er sich vom Trotzkismus losgesagt hatte.

meinsamkeit zwischen Dr. Sun Yat-sens Vorstellung von einer Demokratie und der (kommunistischen) Idee der unmittelbaren Eroberung der politischen Rechte durch das Volk."

Der Widerstreit zwischen dem westlichen politischen Gedankengut samt den fortwirkenden Einflüssen der konfuzianischen Ethik in Dr. Sun und der materialistischen marxistischen Doktrin der Kommunisten war ebenso groß wie der Antagonismus zwischen dem Islam und der Gottlosen-Propaganda der Kommunisten. Unglücklicherweise schützt diese breite Kluft kein Volk vor kommunistischer Eroberung von drinnen oder draußen, da der Kommunismus gleich dem Teufel in mittelalterlichen Legenden sich geschickt als rettender Engel oder als schöne Verführerin zu tarnen versteht, die die Sterblichen ins Verderben lockt.

Dr. Sun lehnte, wie die asiatischen Liberalen nach ihm, die Theorie vom Klassenkampf ab und hielt nichts von der materialistischen Ausdeutung der Geschichte durch Karl Marx. Dennoch begriff er offenbar nicht, daß zwischen ihm und seinen kommunistischen Bundesgenossen ein fundamentaler Unterschied sowohl in den Zielen, wie auch in den Ideen und den Methoden klaffte. Damals wie jetzt zielten die Kommunisten auf die Vernichtung der westlichen Kultur und all ihrer Werte. Dr. Sun und seine Generation chinesischer Patrioten aber wünschten gleich den nationalen Führern der Araber unserer Tage ihre Völker in den Genuß der Freiheit und der Vorteile der westlichen Zivilisation zu bringen, indem sie sie gleichzeitig von der wirtschaftlichen und politischen Beherrschung durch den Westen befreien. Wie die Araber würden auch Sun und seine Landsleute nach der Hand des Westens gegriffen haben, wäre sie in Freundschaft gereicht worden. Die Kommunisten können wir nicht versöhnen oder gewinnen, denn ihr Ziel ist die Zerstörung jeder ethischen Grundlage, auf der des Menschen und der Völker Dasein gebaut ist.

Obgleich die Methoden der Kommunisten, die die Kuomintang ausnutzten, um ihre eigene Hausmacht zu errichten, unter deren bürgerlichen oder konservativen Mitgliedern Unruhe und Ableh-

nung erregten, so ließ Sun doch bis zum Ende seines Lebens keine antikommunistischen Gefühle aufkommen oder lautwerden. Er scheint geglaubt zu haben, daß der Kreml ihn und die chinesische Nationalbewegung aufrichtig unterstütze. Entweder faßte er nicht den Abgrund zwischen seinen Zielen und denen der Kommunisten oder er hegte – gleich manchen arabischen Führern von heute – die Illusion, daß nationale Freiheitsbewegungen Partner oder Verbündete der Sowjetunion werden könnten, ohne daß die Kommunisten dabei das letzte Wort zu sprechen hätten.

Oberst Nasser und seine Anhänger in Syrien, Jordanien und in der übrigen arabischen Welt sind auf dem verhängnisvollen Wege der Zusammenarbeit mit dem Kommunismus noch lange nicht soweit vorwärts geschritten wie Sun Yat-sen und sein Nachfolger Chiang Kai-shek in den Jahren 1923 bis 1927. Im heutigen Ägypten ist die kommunistische Partei – im Gegensatz zu Amerika, Frankreich und Israel – verboten, und die Mitgliedschaft kostet fünfzehn Jahre Gefängnis, – trotz der sowjetischen Waffenlieferungen an Nassers Regierung. Nasser scheint nicht dem Beispiel Sun Yat-sens folgen zu wollen, sondern seine Politik ähnlich wie Kemal Atatürk in der Türkei zu führen, der es fertigbrachte, freundschaftliche Beziehungen zum Kreml zu unterhalten und sich in den ersten Jahren seines Regiments der Rückendeckung der Sowjets zu versichern, und zu gleicher Zeit den Kommunismus in der Türkei unterdrückt. Indessen ist heute das Sowjetreich unendlich viel stärker, als es damals im Anfang der zwanziger Jahre war, und das Spiel mit ihm ist weit gefährlicher, wenn nicht aussichtslos, geworden.

Oberst Nasser kann auf keinen Fall beschuldigt werden, auch nur annähernd so naiv zu sein wie Sun Yat-sen – oder wie Amerikaner vom Schlage General Marshalls, der glaubte, sich auf Stalins Zusicherung verlassen zu können, er werde Chiang Kai-sheks Regierung unterstützen, wenn Chiang die KPC in eine „Koalitions-Regierung“ aufnehmen würde.

Sun Yat-sen und seine Kollegen huldigten dem gleichen Irrglauben wie die meisten Amerikaner während des zweiten Welt-

krieges und wie manche arabische Führer heute, daß man sich mit dem kommunistischen Rußland militärisch verbünden könne, ohne vom Kommunismus von Innen her vernichtet zu werden oder ohne daß die eigenen Kriegsziele sich in ihr Gegenteil verdrehen. Die Alliierten des zweiten Weltkrieges vergaßen in ihrem Bestreben, Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten zu zerschmettern, die alte Weisheit, daß man einen langen Löffel braucht, will man mit dem Teufel speisen. Da der wahre Charakter des Kommunismus in jenen Jahren noch nicht klar sichtbar war, ist Sun Yat-sen weniger zu tadeln als Roosevelt oder Churchill eine Generation später. Sun war sich nicht bewußt, den Teufel selbst zur Tafel geladen zu haben.

Niemand wird an einer solchen Mahlzeit Freude haben, wenn er seinen Hunger in besserer Gesellschaft stillen kann. Wenn wir den Arabern das Brot der Freiheit und den Wein der Hoffnung anbieten, dann werden die unter ihren Führern, die ernstlich in den Teufelskreis des Kommunismus eintreten wollen, jeden Einfluß und jede Macht verlieren.

Ein englischer Historiker, G. F. Hudson („The far east in world politics“, London 1937) hat die vierjährige Partnerschaft der Kuomintang mit der Komintern als „eine Vernunftehe bezeichnet, in der jeder Teil hoffte, den anderen ausnutzen und dann fallen lassen zu können“. Gewiß sahen es die Kommunisten so und machten kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die Kuomintang zu liquidieren, nachdem sie sie für ihre revolutionären Zwecke ausgenutzt hätten.

Es ist zweifellos richtig, daß die chinesischen Bankiers, Kaufleute und Unternehmer, die der Kuomintang finanziellen Rückhalt gewährten, in ähnlicher Weise die Kommunisten auszunutzen und dann fortzujagen gedachten. Das letzte, was sie ersehnten war die „Diktatur des Proletariats“. Aber sie meinten, daß ohne die Gewinnung der Massen durch das Mittel der demagogischen Propaganda, die die Kommunisten beherrschten, ohne ihr Geschick und ihre Energie in dem Aufbau der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen der Kampf um ganz China nicht siegreich geführt werden könne.

Die Kommunisten ihrerseits hofften, sie würden – nach außen hin der Kuomintang untergeordnet – auf der Woge der nationalen Erhebung gegen Imperialismus und Ausbeutung zur Macht gelangen, und versprachen „das Land dem Bauern" und eine gerechte Ordnung dem elenden und ausgepowerten chinesischen Arbeiter. Und sie hätten ihr Ziel schon in den zwanziger Jahren erreicht und nicht drei weitere Jahrzehnte warten müssen, hätten sie den Bogen nicht überspannt und hätte Chiang Kai-shek ihnen nicht 1927 die Tür gewiesen.

Sun Yat-sen starb am 12. März 1925. Chiang Kai-shek, der nach ihm die Leitung der chinesischen Nationalpartei übernahm, war in der praktischen Politik besser zu Hause. Er war mit den Plänen der Kommunisten gut vertraut und schickte sich an, einen groben Keil auf einen groben Klotz zu setzen. Zum ersten Streich gegen die Kommunisten holte er im Jahre 1926 aus, indem er ihre Gewerkschaften und Streikkomitees schloß und die „politischen Arbeiter" verhaftete, die die KPC den Heereseinheiten beigegeben hatte. Doch weder Chiang noch Moskau waren damals zum endgültigen Aufwaschen bereit. Stalin unterdrückte die Nachrichten über diesen Rückschlag der chinesischen Kommunisten, und Chiang Kai-shek blieb bei seinen Lobreden auf die Komintern, die – wie er sagte – das Ziel verfolge, die unterdrückten Völker und das Proletariat der Welt zu vereinigen.

Der unvermeidliche und endgültige Bruch, der den Bürgerkrieg auslöste, erfolgte ein Jahr später, nachdem die triumphierende Armee der Kuomintang-KPC-Koalition in einer Reihe fast unblutiger Siege von Kanton bis Schanghai marschiert war. Der Massenzustrom von Millionen chinesischer Pächter, Arbeiter, Kulis, kleiner Kaufleute, Bauern und Studenten, die in patriotischer Begeisterung entbrannt waren oder auf die Besserung ihrer elenden Lage hofften, ließ die Armeen der „war lords" zusammenschmelzen oder zu den Nationalisten überlaufen.

Schanghai war damals die Hochburg westlicher politischer und wirtschaftlicher Einflüsse und zugleich der Mittelpunkt der chinesischen Bank- und Wirtschaftswelt, die sich mit den westlichen „Im-

perialisten“ verbunden hatte. Der konservative, gemäßigte oder kleinbürgerliche Flügel der von Chiang Kai-shek geleiteten Kuomintang wollte einen offenen Zusammenstoß mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vermeiden. Er suchte vielmehr nach einem Weg, die Anerkennung dieser Mächte auszuhandeln, eine Revision der alten „ungleichen Verträge“ durchzusetzen und schließlich des Westens Finanzhilfe für die Umgestaltung Chinas zu erlangen. Die Kommunisten dagegen wollten den Westen zu Moskaus Nutzen gewaltsam aus China verjagen und „die Erstarrung der chinesischen Revolution im bourgeoisen Stadium“ verhindern.

Glücklicherweise hatte England damals eine Regierung, die begriff, daß die Macht des Kommunismus in Asien nur durch ein Bündnis mit den Kräften der gemäßigten, westlich-orientierten Nationalisten gebrochen werden konnte.

Im Gegensatz zu Anthony Edens widersinnigem Unterfangen von 1956, den arabischen Nationalismus gewaltsam zu zermalmen, konnte damals im Jahre 1927 die britische Regierung die alten, harten China-Bosse in Hongkong und Schanghai überspielen und ihr Drängen auf bewaffnete Intervention gegen die nationale Bewegung zurückweisen. Gemeinsam mit den USA zog England den Kommunisten und ihren Verbündeten im linken Flügel der Kuomintang den Boden unter den Füßen weg, indem es weitgehende Angebote machte: Anerkennung der Nationalregierung, Vertragsrevision, Steuerhoheit, Preisgabe der britischen Konzession in Hankau an die chinesische Regierung und chinesische Beteiligung an der Verwaltung der internationalen Niederlassung in Schanghai.

Stalin hatte kein Geheimnis aus seiner Absicht gemacht, die chinesischen Nationalisten zu vernichten, sobald sie ihre Rolle für die Komintern ausgespielt hätten. Noch am 5. April 1927 sagte Stalin vor der Kommunistischen Akademie zur Rechtfertigung seiner mißlungenen zweigleisigen China-Politik gegenüber der trotzkistischen Opposition:

„Chiang Kai-shek wird sich unserer Disziplin fügen ... Der Bauer braucht eine abgetriebene Mähre, solange es geht. Er jagt sie

nicht davon. Das gleiche tun wir auch. Wenn die Rechte für uns nutzlos geworden ist, erst dann werden wir sie fortjagen. Gegenwärtig brauchen wir die Rechte. Sie verfügt über tüchtige Leute, die noch die Armee führen und gegen die Imperialisten kämpfen. Zudem haben die Leute von der Rechten Verbindungen mit den Generalen von Chang Tso-lin und verstehen es sehr gut, sie zu demoralisieren und sie mit Sack und Pack, ohne einen Schwertstreich, auf die Seite der Revolution herüberzuziehen. Außerdem stehen sie in Verbindung mit den reichen Kaufleuten und können von ihnen Geldmittel erhalten. Also muß man sie bis zum Ende verwenden, sie wie eine Zitrone auspressen und dann fortwerfen."

Im Gegensatz zu den Westalliierten des zweiten Weltkrieges, die von den Zielen der Kommunisten nichts wußten oder nichts wissen wollten, obgleich diese Ziele in der sowjetischen Literatur, in Resolutionen und Reden offen verkündet wurden, im Gegensatz zu diesen Politikern des Westens, wußte Chiang, was er zu erwarten hatte. Er entschloß sich, den Kommunismus in China zu liquidieren, bevor die Kuomintang durch Stalin liquidiert werden konnte. Stalins Plan, die chinesischen Nationalisten gegen England, Amerika und Frankreich auszunutzen, um sie zugleich der Früchte ihres Sieges durch eine „proletarische Revolution" zu berauben, erwies sich als Bumerang. Chiang spielte mit den Kommunisten nur soweit, als diese durch ihre Massenbewegung die Westmächte erschreckt und an den Verhandlungstisch gezwungen hatten. Dann drehte er seine Front gegen sie und vernichtete den kommunistischen Bundesgenossen. Chiang war es, der die Zitrone auspreßte und fortwarf, und Chiang sollte in die Geschichte eingehen als der einzige Mann, der gegen Stalin bestanden hat.

Als Chiang Kai-shek vor den Toren Schanghais erschienen war, forderte er die Kommunisten und ihre Gefolgsleute in der Arbeiterschaft auf, ihre Waffen auszuliefern. Der Bevollmächtigte der Komintern, dem Stalin befohlen hatte, einen offenen Bruch zu vermeiden, befahl indessen, die Waffen zu vergraben. Da ihnen nun weder sich zu ergeben noch zu kämpfen erlaubt wurde, wurden

Tausende durch Chiangs Soldaten niedergemetzelt, zuerst in Schanghai und später in Kanton, nachdem Stalin ohne Rücksicht auf das Schicksal seiner getreuen Anhänger einen ganz aussichtslosen Aufstand angeordnet hatte.

Die Gewerkschaften wurden für eine Generation zerschlagen – unter dem Beifall der gleichen Stimmen, die den Generalissimus zwei Jahrzehnte später einen „faschistischen Diktator" schimpften. Mittlerweile aber hatte Chiang staatsmännische Qualitäten entwickelt, die ihn danach streben lehrten, seine Feinde zu versöhnen, anstatt sie zu töten. Vielleicht sähe die ganze chinesische Entwicklung heute anders aus, wenn Chiang im Jahre 1927 weniger brutal zugeschlagen hätte, wodurch er sich damals viele wahre Liberale unter den KPC-Mitgliedern, aber auch unter Gewerkschaften, Studenten und Bauern entfremdete.

Aber Chiang mag wohl 1927 keinen anderen Weg gesehen haben. Die junge nationale Bewegung war durch machtvolle äußere Feinde bedroht, die die Kuomintang in Blut und Feuer hätten ersticken können, wie sie die Taipings und den Boxeraufstand zusammengeschlagen hatten. So mußte Chiang mit ihnen Kompromisse schließen. Das aber konnte er nur, wenn er den Kommunismus und seine Helfer im linken Flügel der Kuomintang vernichtete.

Durch seinen Gegenzug gegen Stalin hat Chiang Kai-shek sein Land für mehr als zwanzig Jahre vor dem Schicksal eines Satelliten Moskaus beschützt. Doch er erntete dafür die ewige Feindschaft sowohl des Kreml als auch aller kommunistischen „fellow travelers" und der ahnungslosen britischen und amerikanischen Liberalen, die sich von Moskau täuschen ließen. Ihr Einfluß in Amerika und England, zusammen mit dem der britischen „die-hards", die die chinesischen Nationalisten ärger haßten als die Kommunisten, zeigte sich im Kriege gegen Japan und Deutschland als so stark, daß die USA die Waffenhilfe und die politische Unterstützung zurückhielten, die Chiang Kai-sheks Regierung instand gesetzt hätten, die chinesischen Kommunisten samt ihren Herren in Moskau zu zerschlagen.

Die Lebensfrage für China in den zwanziger Jahren war die

gleiche wie für den Nahen Osten heute: werden die Nationalisten den Moskauer Weg einer wirtschaftlichen Autarkie unter diktatorischer Führung einschlagen, um sich so in ein Ebenbild der Sowjetunion zu verwandeln und Bauern, Arbeiter und Jedermann dem Moloch industrieller und militärischer Stärke aufzuopfern? Oder werden sie Freundschaft, Kredit und technische Hilfe vom Westen ersuchen und erhalten, um in Freiheit vorwärtszuschreiten. England ermöglichte es China 1927 den zweiten Weg zu wählen. Wäre nicht Japan gewesen, so hätte die nationale Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach ihr Land mit westlicher Hilfe in stufenweiser Reform ohne Gewalt und ohne Raub aus seiner Jahrhunderte alten Armut herausführen können. Aber gerade ihr Erfolg in dem Jahrzehnt von 1927 bis 1937 in der Überwindung der zentrifugalen Kräfte, in der Verwaltungsreform und in der Entwicklung der Produktion wurde zur Ursache des japanischen Großangriffs im Juli 1937.

Der achtjährige chinesisch-japanische Krieg, der jetzt ausbrach, ruinierte China. Es kämpfte länger und mit viel geringerer Unterstützung als jeder andere Alliierte der USA im zweiten Weltkrieg. Die chinesischen Kommunisten haben es Japan und der amerikanischen Nachkriegspolitik zu verdanken, daß sie ihre zweite Chance erhielten, China zu einem Anhängsel der Sowjetunion zu machen. Im Jahre 1949 errangen sie den Sieg, den Chiang Kai-shek im Jahre 1927 vereitelt hatte.

Doch nicht der japanische Krieg und die amerikanische Politik allein führten zu dem endlichen Sieg der Kommunisten. Die Wurzel des Übels reicht bis in jene anrüchige Partnerschaft der Nationalisten mit den Kommunisten in den Jahren 1922 bis 1927 zurück, als die allgemeine Begeisterung der chinesischen Patrioten und Idealisten für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Entwicklung ihres Vaterlandes durch die zynische, doppelzüngige Politik der Komintern mißbraucht, pervertiert und in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Die Mitläufer und Anhänger der kommunistischen Partei, die auf die irrige Annahme gebaut hatten, ihre eigenen Ziele seien auch die Ziele der Partei, wurden vom Kreml zu dessen eigenen Zwecken

ebenso rücksichtslos aufgeopfert, wie sie von Chiang Kai-shek bestraft werden mußten.

Bündnisse mit dem Kommunismus sind nicht leicht zu brechen. Die Trennung erfolgt nicht in förmlicher Auseinandersetzung zwischen Gleichen, sondern eher wie der Ausbruch eines Sklaven aus dem Hause seines Herrn, und gewöhnlich nur mit Gewalt. Die Gewalt von 1927 war der schreckliche Preis, den China für die kommunistische Hilfe während der vergangenen fünf Jahre zu zahlen hatte. Die Jugend, die starb oder mutlos wurde oder sich verkaufte in den Tagen von Haß und Rache, Folter und Mord, war die Blüte der Nation. Niemals mehr würde sich China zu so hochgemuter Hoffnung, Aufopferung und patriotischer Begeisterung erheben als in der kurzen Zeitspanne, da Männer aller Parteien und Klassen sich vereint hatten, ihr Vaterland aus der tiefen Erniedrigung des neunzehnten Jahrhunderts zu erheben. Die Erfahrungen der Jahre 1922 bis 1927 zermürbten den chinesischen Idealismus, brachen den Willen des Volkes und schwächten den Widerstand gegen den neuen Angriff des Jahres 1946.

Das alles könnte sich im Nahen Osten wiederholen. Die patriotische und fortschrittsfreudige arabische Jugend ist noch nicht, wie die Chinas in den zwanziger Jahren, von den kommunistischen Gedanken verführt. Sie folgt nationalen Führern, die sich auf die Zustimmung der Massen stützen können und daher weit unabhängiger sind als die Kuomintang in den Tagen Sun Yat-sens. Wenn aber der Westen fortfährt, wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben, um diese Führerschaft zu isolieren oder zu entmachten, kann der Trieb der Selbsterhaltung sie auf Chinas Weg zwingen. Das Gefühl der Dankbarkeit der arabischen Völker gegen die Sowjetunion kann sich in Sympathie mit dem Kommunismus umwandeln, die zur Zusammenarbeit und schließlich, wie in China, zur Katastrophe führt.

II.

USA gegen Sowjetunion im Nahen Osten

Was in China vor einem Menschenalter vor sich ging, wurde im vorhergehenden Kapitel geschildert, weil es uns die heutige Lage der arabischen Welt zu verstehen hilft. Die Sowjetunion hat sich, als sie in Westeuropa den Weg der Expansion versperrt fand, nach der Lehre Lenins gegen Asien gewendet, um die Stellung des Westens durch Unterstützung des asiatischen Nationalismus zu untergraben. Und es hat den Anschein, als würden Chruschtschow und Bulganin – oder wer immer im Kreml herrschen mag – die Torheiten Stalins vermeiden, der mit seinem zu offensichtlichen Betrug das Spiel um China im ersten Satz verspielte. Heute sind keine kommunistischen Veröffentlichungen oder Reden von Sowjetführern zu finden, die Nasser oder anderen nationalen Araberführern versprechen, sie würden wie eine ausgepreßte Zitrone weggeworfen, wenn sie der Sowjetmacht ausgedient hätten. Die Kommunisten arbeiten heute sehr behutsam, denn sie wollen kein Mißtrauen erregen. Anstatt ihre wirklichen Ziele, wie gegenüber China, offen zu verkünden, maskieren sie sich als arabische Nationalisten und haben offenbar Erfolg gehabt, in die Presse, die Rundfunk-Stationen und in einige Regierungen mit ihrem Einfluß einzudringen, indem sie die nationalen Beschwerden mit besonderer Lautstärke vorbrachten.

Von dieser vorteilhaften Position aus blasen sie in das Feuer des Argwohns und des Ressentiments gegen den Westen, um eine Verständigung zu erschweren und die Bildung einer arabisch-westlichen Front gegen die Achse Moskau–Peking zu verhindern. Die Kommunisten und ihre Mitläufer stellen die USA in eine Reihe mit dem „westlichen" Imperialismus, der französischen Kolonialherrschaft und dem Expansionsbestreben der Israelis und haben damit

nur allzuviel dazu getan, das Gefühl des Dankes und der Achtung für Eisenhowers Haltung im Suez-Krieg absterben zu lassen – wobei Amerika selbst nachgeholfen hat, als es später eine Politik des wirtschaftlichen Druckes gegen Ägypten einschlug und versuchte, das Land politisch zu isolieren.

Offensichtlich haben getarnte kommunistische Elemente Zugang zu den ägyptischen und syrischen Presse- und Rundfunk-Redaktionen dieser Länder gefunden oder wenigstens deren leitende Persönlichkeiten für sich gewonnen und es verstanden, dieser „Stimme Arabiens“ eine kommunistische Tönung zu verleihen. Viele Amerikaner haben sich dadurch überzeugen lassen, daß diese Staaten bereits im Lager Moskaus stünden. Zumindest haben sie die Fehlurteile amerikanischer Zeitungen genährt, die ständig von ägyptischem und kommunistischem Einfluß im Nahen Osten berichteten, als wären beide eine und dieselbe Sache. Das Durcheinander wird zugunsten des Kommunismus noch weiter verschlimmert, indem die amerikanische öffentliche Meinung keinen Unterschied macht zwischen dem Begriff „anti-westlich“ – gleich anti-englisch und anti-französisch – und anti-amerikanisch, wodurch sich die USA selbst mit dem französischen Kolonialismus und mit englischen imperialistischen Zielen identifizieren.

Die Kenntnis der brutalen Wirklichkeit des Roten Regimes und der Drohung des Sowjet-Imperialismus im verflossenen Jahrzehnt, sollte Moskau sein altes Spiel, nämlich die Ausbeutung nationaler Befreiungs- und Reformbewegungen für die größere Macht und Herrlichkeit der Sowjets, unmöglich gemacht haben. Dennoch überspringen die Kommunisten jetzt mit beträchtlicher Hilfe durch die Westmächte diese Hürde. Sie verkleiden sich mit den Gewändern des arabischen Nationalismus und machen sich gleichzeitig unsere Verwechslung der arabischen nationalen Bewegung mit „anti-westlichen“ Gefühlen zunutze. So führen sie erfolgreich Lenins Instruktionen von 1920 aus:

„Alle kommunistischen Parteien müssen dem bürgerlich-demokratischen Freiheitsstreben zur Seite stehen . . . Sie müssen ein

Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie in kolonialen und rückständigen Gebieten eingehen, ohne sich mit ihnen zu verschmelzen.“

Stalin hat, wie wir sahen, im China der zwanziger Jahre das leninsche Rezept zur Untergrabung der „kapitalistisch-imperialistischen“ Mächte verpfuscht. Er wies nicht nur die chinesischen Genossen an, sich mit der Kuomintang „zu verschmelzen“; er warnte auch die chinesischen Nationalisten vor dem, was er im Schilde führte, als er verkündete, daß die kommunistische Hilfe die Rolle eines trojanischen Pferdes spielen solle, um China von innen her zu erobern, nachdem die nationalen Kräfte zur Schwächung des Westens gedient hätten.

USA-Vizepräsident Nixon erkannte auf seiner Afrikareise im Frühling 1957, daß die Kommunisten heute Afrika und den Nahen Osten „für ebenso bedeutsam halten wie China vor fünfundzwanzig Jahren“. Und, so hätte er hinzufügen können, daß Moskau jetzt ein weit feineres Gewebe spinnt, während England und Frankreich völlig jene politische Klugheit vermissen lassen, mit der es den Briten 1926/27 gelang, die Kuomintang-KPC-Koalition zu spalten, indem sie sich mit den Kräften arrangierten, die der Marxismus als „bürgerlich-national“ bezeichnet.

England und Frankreich versuchten, den arabischen Nationalismus zu vernichten oder wenigstens zu schwächen, anstatt durch die Anerkennung der berechtigten Forderungen der Araber Moskaus Spiel zu vereiteln und die Entfaltung von „bürgerlichen Demokratien“ unter populären, reformerischen und modern gesinnten Regierungen zu ermöglichen. Frankreich hat unter Verwendung von NATO-Divisionen, amerikanischen Waffen und Hubschraubern, die der Verteidigung Europas dienen sollten, die westliche Welt in sein dummes und aussichtsloses Unternehmen hineingezerrt, um die algerische Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Und Großbritannien hat sich Frankreich im Suez-Krieg zugesellt mit dem *Ziel*, Nasser zu stürzen, und mit dem *Erfolg* jedoch, daß die Araber heute in der Furcht leben, der „westliche Imperialismus“ sei auf dem

Sprunge, seine Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten wieder zu errichten.

Dank Eisenhowers mutigem Einschreiten gegen jede Aggression, mag sie auch aus den Reihen der eigenen Verbündeten erfolgt sein, hat Amerika das Vertrauen und die Achtung von Millionen von Arabern gewonnen und nahezu erreicht, der sowjetischen Propaganda im Nahen Osten die Tür zu versperren, die England und Frankreich weit aufgerissen hatten. Gemeinsam mit der Eisenhower-Doktrin die den Feinden unserer Feinde Waffen und Wirtschaftshilfe zusagte, hat die Haltung der USA im Suez-Krieg uns die Unterstützung durch einige arabische Regierungen eingetragen. Doch der vereinigte Druck Englands, Frankreichs, der Zionisten und der amerikanischen Presse, verbündet mit den unmäßigen und grundlosen rotgetönten Angriffen von Kairos Presse und Radio gegen die USA, hemmten jetzt das State Department in seinen Bemühungen, eine Politik zu verfolgen, die im Einklang mit den Prinzipien und den Interessen Amerikas steht. So hat es Washington nicht fertiggebracht, den roten Propagandisten den Mund zu stopfen, was es leicht hätte erreichen können, wenn es sein Hilfsversprechen an die im Grunde westlichorientierten, reformerischen oder revolutionären Elemente in der arabischen Welt durch Taten verwirklicht hätte, denn das Trachten der Araber nach Freiheit, Unabhängigkeit und Einheit ist nahe verwandt mit den Idealen, denen die Väter Amerikas im Jahre 1776 huldigten. Nun aber setzen sich die USA dem Vorwurf aus, sie stellten ihre Interessen und die der freien Welt mit der Erhaltung des status quo in Ländern gleich, die unfrei sind und schon längst auf politische, wirtschaftliche und soziale Reformen warten.

Nach den Worten von Constantine Brown (der gleich den meisten anderen amerikanischen Leitartiklern und Kommentatoren Nasser als Moskaus Marionette verdammt hat), stellen die von uns unterstützten Könige in Jordanien, im Irak und in Saudi-Arabien *„eine Lebensform dar, die in steigendem Maße durch die jungen, intellektuellen Schichten der Moslemwelt abgelehnt wird . . . als Überbleibsel eines veralteten Feudalismus, dessen Herrschaft be-*

seitigt werden muß, wenn die arabischen Völker den Anschluß an das zwanzigste Jahrhundert finden wollen".

Das soll nicht heißen, daß nicht auch gebildete arabische Monarchen mit amerikanischer Hilfe ebenso wie scheindemokratische Regierungen oder Diktatoren ihr Volk durch Reformen auf den Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung und zur Selbstverwaltung führen könnten. Aber es will sagen, daß wir in die Hände der Kommunisten spielen, wenn wir Feudalismus gegen Nationalismus setzen. Wenn jeder König, Sultan, Scheich oder sonstige politische Cliquen sich darauf verlassen können, amerikanische Hilfe zu erhalten, wenn sie jedes Reformbegehren einer Opposition als „Moskau-gelenkt" oder als „Anschlag des internationalen Kommunismus" verdächtigen, dann werden wir selbst die anti-kommunistischen Patrioten unter den Arabern zwingen, sich um Moskaus Unterstützung zu bemühen. Wir werden ihnen anscheinend keinen anderen Ausweg lassen.

Zugegeben, wir sind in einer sehr schwierigen Situation. Die Konservierung der Macht und der Vorrechte kleiner herrschender Schichten in der arabischen Welt ist nicht das letzte Ziel amerikanischer Politik. Wir erhalten die Erhalter einer alten sozialen und politischen Ordnung nur, weil sie uns als die einzige Kraft erscheinen, die zuverlässig anti-kommunistisch ist, da der Selbsterhaltungstrieb sie zwingt, anti-kommunistisch zu sein. Wenn wir jedoch auf sie bauen, um mit ihnen die Macht und den Einfluß arabischer Volksführer zu unterminieren, die wie Winston Churchill bereit sind, „sich mit dem Teufel selbst zu verbünden", um ihre völkischen Ziele zu erreichen, dann durchkreuzen wir nur unsere eigene Politik und jagen die arabische Welt in Moskaus teuflische Umarmung.

Die Israelis haben mit unverhohlener Freude die USA – wie sie meinten – in Englands Fußtapfen treten sehen. In der Juni-Ausgabe 1957 von „Commentary" schreibt Georg Lichtheim aus Jerusalem:

„Es ist reizend, nach all dem jahrelangen Gerede der Amerikaner über degenerierte Monarchien und reaktionäre europäische Vorstellungen beobachten zu können, wie die USA die letzten klei-

nen Reste arabischer Tradition hegen und pflegen und selbst Jung-Hussein von Jordanien dabei helfen, eine rebellische Volksvertretung auseinander zu jagen! Wenn die Oppositionsführer in Jordanien und Syrien auch nur einen Funken politischer Intelligenz besäßen, so könnten sie einiges profitieren aus dieser Spannung zwischen Washingtons abstraktem Republikanertum und den grotesken Versprechungen, mit denen Hussein überschüttet wurde, weil er sich wie ein letzter Stuart-König aufführte."

Herr Lichtheim hat natürlich nichts gegen Amerikas Hilfe für Hussein, er widerspricht auch nicht der Unterstützung der irakischen „royalistischen Quasi-Diktatur" (wie er sie nennt) durch Washington, denn in beiden Fällen ist diese Politik darauf ausgerichtet, Nassers Stellung in der arabischen Welt zu zersetzen. Er meint, „der offensichtliche Glaube des State Departments an die weitere Lebenskraft der Monarchie ist weniger unrealistisch, als seine liberalen Kritiker anzunehmen geneigt sind"; und er nennt es sehr klug, daß das State Department „auf die blendende Idee gekommen ist, Oberst Nassers Einmischung in Jordanien als einen Ausdruck des ‚internationalen Kommunismus' zu bezeichnen". Dieser Schritt, so schreibt er, „kennzeichnet eine deutliche Verfeinerung gegenüber Downing Streets traditioneller Raffinesse". Aber Lichtheim wie andere Israelis geben sich keine Mühe, ihre Schadenfreude zu verbergen „angesichts der Geschwindigkeit, mit der amerikanische Diplomaten und Korrespondenten in jenen Teilen der Welt sich zu Anhängern der Monarchie bekehren".

Dieweil der Jerusalemer Korrespondent von „Commentary" es komisch findet, daß die USA „auf so mittelalterliche Relikte wie König Saud oder die haschemitische Dynastie in Bagdad und Amman bauen", so hält er es doch gar nicht für unklug: „Die Kombination von König, Armee und Reaktion verjagte mühelos die Führer des Parlaments"; und „die Königsherrschaft (in Jordanien) zeigte sich als durchaus einsatzfähig – wie es sich auch im Irak schon seit Jahren erwiesen hat". Er warnt indessen:

„*Wenn man den internationalen Kommunismus als wahre Ur-*

sache für Jordaniens Schwierigkeiten bezeichnet, dann erhebt sich der alarmierende Verdacht, daß die Verantwortlichen, die es für gut fanden, dieses Gespenst anzurufen, bereits an ihre eigene Propaganda zu glauben beginnen; . . . Wenn Washington Schlagworte dieser Art verwendet, dann sollte es das tun mit dem klaren Bewußtsein, daß sie unsinnig sind."

Diese Auslassungen müssen natürlich mit einem Körnlein Salz verstanden werden, denn die Zionisten und ihre Bundesgenossen sind daran interessiert, jede arabische Regierung entweder als reaktionär oder als faschistisch oder als kommunistisch beeinflußt zu diskreditieren und Israel als die einzige fortschrittliche, demokratische Macht im Nahen Osten erscheinen zu lassen. Darüber hinaus verkennt die Auffassung, „die ganze Kraft des konservativen Blocks, gestützt auf die sechste USA-Flotte und die Zusage finanzieller Hilfe" sei ein Stein, auf den die amerikanische Politik sicher aufbauen könne, verkennt also diese Meinung die wichtige Tatsache daß – so verläßlich pro-westlich ein König Hussein oder ein Nuri Pascha auch immer sein mag – niemand mit Gewißheit sagen kann, ob ihre Nachfolger ihrem Kurs auch folgen werden. Nasser dagegen ist ein Ausdruck von Kräften, die weiterwirken werden, auch wenn er selbst ausgeschaltet wird. Der Londoner „Economist" spricht das in einem Leitartikel vom 18. Mai 1957 aus:

„Die momentanen Erfolge im Nahen Osten gründen sich auf kleine herrschende Cliquen, deren Autorität nicht unbedingt sicher ist; so gelegen diese Erfolge auch sein mögen, so ist ihr politischer Wert doch vom Fluß der Dinge abhängig. Am Ende wird der Westen doch nur durch Ägypten Fühlung mit dem Kern des arabischen Nationalismus aufnehmen können, das zur vollendeten Tatsache im politischen Leben des Nahen Ostens geworden ist, ob die übrige Welt nun dafür oder dagegen sein mag."

Der Endeffekt der amerikanischen Anstrengungen, Nasser zu isolieren und durch ökonomischen Druck unschädlich zu machen, kann leicht ebenso ins Gegenteil umschlagen wie Englands und

Frankreichs altmodische und imperialistische Kanonenboot-Diplomatie. Denn, wie der „Economist“ fortfährt:

„Zwingende Gründe sprechen dafür, daß wir unsere Träume vom Ende des Nasser-Regimes preisgeben . . . Leute, die Ägypten kennen, sehen keine Alternative für Nasser außer dem Chaos; der wahrscheinlichste Nachfolger Nassers wäre ein triumphierender, fremdenfeindlicher linker Flügel der Armee oder eine ebenso antiwestliche Moslembruderschaft oder beide Arm in Arm . . . Eine tragfähige Brücke vom Westen zum Nationalismus des Nahen Ostens führt allein über Nassers Ägypten.“

Die Geschehnisse in Syrien im Sommer 1957 verraten, was die Entfernung Nassers von der politischen Bühne Ägyptens zur Folge haben würde, nämlich einen Machtkampf unter oppositionellen Gruppen mit den pro-sowjetischen Elementen als Sieger. Es war wirklich eine Ironie der Geschichte und zudem ein verhülltes Eingeständnis, daß das Bild Nassers in der amerikanischen Presse verfälscht war, als der Westen auf der Höhe der Krisis nach dem ägyptischen Staatschef rief, er möge seinen Einfluß aufbieten, um Syrien vor dem Abfall ins sowjetische Satellitendasein zu bewahren. So schrieb der New York Times-Korrespondent aus Damaskus am 25. August, Präsident Al-Kuwatli werde seine Stellung nicht „heftig anti-westlichen Kräften“ überlassen, solange er Rückendeckung bei Präsident Nasser, „dem Helden des arabischen Nationalismus“ finde; solange Nasser imstande sei „seinen Einfluß auf Syrien auszuüben werde Präsident Al-Kuwatli sein Staatsschiff auf einem mittleren politischen Kurs halten können“.

Syrien ist nach dem Urteil des Nah-Ost-Korrespondenten des „Economist“ ein Land, das durch die Erfüllung seiner Entwicklungspläne „ohne einen Pfennig fremder Hilfe bewiesen hat, daß es über eine kräftige, eigenständige Wirtschaft verfügt“; Aleppo und Damaskus sind nach diesem und anderen objektiven Beobachtern aus dem Westen, ebensogut oder besser geleitet und verwaltet wie jede andere Stadt im Nahen Osten. Freilich gehören politische Krisen in Syrien wie in Frankreich zum Innenleben der Nation,

ohne daß in beiden Ländern die Funktion der Verwaltung oder des Geschäftslebens dadurch gestört wird. Das würde sich ändern, wenn die extremen, kommunistisch-inspirierten Kreise ans Ruder kämen. Westlich orientierte Syrer sagten mir daher, sie wünschten, sie hätten einen Mann wie Nasser oder sie unterstünden seiner Regierung. In Syrien sind die jungen Offiziere der Armee sehr einflußreich, deren politische Einstellung nach einem „Economist"-Bericht „auf einen echten Nenner gebracht werden kann: Treue zu Ägypten – oder besser zu den nationalen Idealen, deren erster Sprecher Präsident Nasser ist" *. Daraus folgt: Solange Ägypten mit dem Westen uneins ist und solange der Sowjetblock die einzige Quelle für Waffenlieferungen bleibt, solange wird die syrische Armee nach Osten neigen. Doch daraus kann auch folgen, daß Nasser, dem die Gefahr einer zu nahen Verbindung mit Moskau nicht verborgen ist, den Drang nach Osten eindämmen könnte, wenn wir ihm dabei nicht im Wege stünden oder gar versuchten, ihn zu Fall zu bringen.

Es wäre wahrhaft närrisch, wollten wir glauben, daß die Freundschaft einiger arabischer Könige die Feindschaft der Millionen aufwiegen könne, die von Nasser eine neue Zukunft der arabischen Welt erhoffen. Ein solcher Verlust kann durch nichts aufgewogen werden, ganz gewiß nicht durch die Freundschaft König Husseins von Jordanien, dessen Thron auf der Treue einiger Wüstenscheichs beruht, aber durch die Palästina-Flüchtlinge bedroht wird, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Auch nicht die Freundschaft seines Vetters, des Königs im Irak, dessen Regierung keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat, obgleich Premierminister Nuri es-Said die Erträge der Ölproduktion zu klugen wirtschaftlichen Entwicklung verwendet. Auch König Saud ist kein Ersatz; er selbst unterhält in weiser Einschätzung der Gefühle seines Volkes freundschaftliche Beziehungen zu Nasser.

Wir finden eine Bestätigung dieser Lagebeurteilung in Dana

---

* Nach dem offiziellen Abstimmungsergebnis entschieden sich am 21. Februar 1958 in Syrien 99,98 Prozent der Wähler für die Verschmelzung ihres Staates mit Ägypten und für die Wahl Nassers zum Staatsoberhaupt der „Vereinigten Arabischen Republik". (Anm. des Übersetzers.)

Adams Schmidts Bericht für die „New York Times“ vom 18. Juni 1957:

„Präsident Nasser bleibt weiterhin ein volkstümliches Symbol für die ganze arabische Welt. Er verkörpert den anti-westlichen Nationalismus, die persönliche Sauberkeit und den Bruch mit der korrupten Vergangenheit.

Als nationale Symbole haben die drei Könige Hussein von Jordanien, Faisal vom Irak und Saud von Saudi-Arabien nicht den gleichen Rang wie Präsident Nasser. Westliche Gewinne sind wenig eindrucksvoll, wenn man sie mit Präsident Nassers mächtigem Einfluß auf die Volksmassen vergleicht. B e s o n d e r s i n J o r d a n i e n k a n n d i e S t i m m u n g f ü r N a s s e r u n t e r d e n P a l ä s t i n a - F l ü c h t l i n g e n n u r m i t W a f f e n g e w a l t n i e d e r g e h a l t e n w e r d e n .“ (Gesperrt vom Verfasser.)

Wir verkennen die Gründe für Nassers Volkstümlichkeit, wenn wir sie einfach nur seiner Ablehnung des verhaßten und verdächtigen „westlichen Imperialismus“ zuschreiben. Der Mann auf der Straße sieht in dem ägyptischen Staatschef seinen Führer im Kampfe gegen Armut, Ungleichheit und Korruption in der Verwaltung – gegen alle Mauern, die den Weg zu einem besseren Leben versperren. Nassers Landreform – wenn auch noch nicht weit entwickelt – steht beispiellos im Nahen Osten da; er gab Ägypten die erste saubere Regierung, die es seit Jahrhunderten gesehen hat. Seine bescheidene Lebenshaltung, sein von Skandalen unberührtes Privatleben, seine Unbestechlichkeit, seine Aufrichtigkeit und sein Mut, sein auch im Persönlichen demokratisches Verhalten gewinnnen ihm die Liebe und das Vertrauen der Volksmassen.

Die Mehrheit der gebildeten arabischen Jugend, die wie die chinesischen Studenten vor einem Menschenalter eine erhebliche politische Geltung hat, erwartet von Nasser die Verwirklichung ihrer Ziele. Und zu ihr gesellen sich zahllose Scharen von Menschen, die ihre Völker aus ihrer hoffnungslosen Armut und den Trümmern der Vergangenheit befreien und den Arabern eine Stel-

lung als starke, unabhängige und fortschrittliche Einheit in der modernen Welt schaffen wollen. Mit einem Wort: Nassers Ruf ist viel zu stark, als daß er durch Dollargeschenke an seine Feinde und Rivalen beeinträchtigt werden könnte.

Die Römer, denen das Wort „rex“ (König) verhaßt war, ermächtigten in Zeiten offener Gefahr für den Staat einen angesehenen Bürger mit der unbedingten Ausübung der höchsten Gewalt und nannten ihn Diktator. In diesem Sinne, nicht in der modernen Entartung dieses Wortes, ist Nasser ein Diktator, denn er wird von dem Vertrauen der großen Mehrheit der Ägypter getragen, also von vielen Millionen in der zerrissenen arabischen Welt. Den Beweis dafür liefert uns täglich sein Verhalten. Kaum ein „Diktator“ in dieser modernen Welt würde den Mut haben, im offenen Wagen durch riesige Volksmassen zu fahren, wie es Nasser tat, auch nachdem er Tausenden von Bürgern in Kairo und Port Said Waffen in die Hände gegeben hatte, um der anglo-französischen Invasion zu widerstehen.

Die Regierungen des Irak und Jordaniens, die weit mehr als Nassers populäres Regime die Bezeichnung „Polizeistaat“ oder „Militärdiktatur“ verdienen, werden selten, wenn überhaupt, von der westlichen Presse angegriffen. Die bittere Bemerkung des ägyptischen Präsidenten hat also einige Berechtigung: „Man nennt mich in Amerika einen Diktator, weil ich keine fremden Befehle annehmen will. Es gibt viele Diktatoren, die dem State Department gehorchen, ohne daß man sie beschimpft. Wenn ich den Amerikanern gefügig wäre, würden sie mich wahrscheinlich einen guten Demokraten nennen.“

Als ich dies las, erinnerte ich mich daran, wie Anno 1940 Father Gorham, Präsident der Fordham-Universität, auf einer New Yorker Versammlung sarkastisch sagte, Japan würde sich wohl über Nacht in eine Demokratie verwandeln, wenn es sich auf die Seite des Westens stellte.

Wenn es richtig wäre, wie manchmal behauptet wird, daß Nasser bereits den Kommunisten verfallen ist oder sich zu weit mit ihnen eingelassen hat, um sich noch lösen zu können, dann bleibt uns nur

ein Ausweg, nämlich anderen Persönlichkeiten zu helfen, die Ansprüche des arabischen Nationalismus mit besseren Mitteln zu erfüllen. Ob der ägyptische Staatschef nun die Heldengestalt ist, als die ihn das Auge des Arabers sieht, oder ob er der Bösewicht ist, wie die westliche Presse meint, eines ist gewiß: kein nationaler arabischer Führer, der dem Westen geneigt ist und sich keiner Bindung an Moskau schuldig gemacht hat, kann Nassers Stellung einnehmen, solange er der einzige Führer des arabischen Nationalismus ist, der im ganzen Nahen Osten breiteste Zustimmung findet.

Nuri Pascha ist zweifellos ein kluger und aufgeklärter Premierminister seines väterlich und feudal regierenden Herrschers im Irak. Dank der Zusammenarbeit seiner Regierung mit Großbritannien und den USA und dank der Verwendung eines großen Teils der Ölgewinne für Bewässerungseinrichtungen und andere öffentliche Arbeiten könnte es dem Irak bald gelingen, den Lebensstandard des ganzen Volkes so zu heben, wie es auf industriellem Gebiet schon geglückt ist. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß der Irak unter einer Gewaltherrschaft steht, die es nie gewagt hat, wie Nasser, die Interessen des großen Landbesitzes anzutasten, dem weit mehr als die Masse der Bevölkerung der Segen der vielgerühmten industriellen Unternehmungen in den Schoß fällt. Unsere Bemühungen, Nasser zu stürzen und Nuri Pascha oder irgend einen anderen Araber zu erheben, werden kaum erfolgreich sein. Die arabischen Führer begreifen besser als wir die zwingende Notwendigkeit einer arabischen Einheit, vor der jede persönliche Rivalität, die die arabische Welt zersprengen könnte, zurücktreten muß.

Leider war es mir unmöglich, den Irak zu besuchen; aber selbst wenn ich es getan hätte, so hätte ich doch kaum die Mitte finden können zwischen den rühmenden Berichten des Fortschritts und dem Argument der Opposition, daß alle ökonomischen Erfolge der Politik Nuri Paschas gering seien gegenüber dem revolutionären Aufruf Nassers an alle Araber, sich zu vereinen und all ihre Kräfte, Mittel und Möglichkeiten gemeinsam zum gemeinsamen Nutzen einzusetzen.

In diesem Sinne äußert sich auch John C. Campbell in „Foreign Affairs“ vom April 1957:

„Die Isolierung des Irak von seinen arabischen Brudervölkern ist unnatürlich und kann kaum von Dauer sein. Kein anderer arabischer Staat ist in den Rahmen des (Bagdad-)Paktes einbezogen worden, und der Sog der arabischen Welt ist von Natur aus stärker als der des Westens.

Amerika sollte dem Irak helfen, in seiner Position auszuharren, ohne aus dem Auge zu verlieren, daß der Irak nur auf der Seite des Westens bleiben kann, wenn der Westen eine gesündere Beziehung zur übrigen arabischen Welt findet. Anderenfalls wird das Bündnis für den Irak eine untragbare Bürde werden. Der Irak leidet auch an einigen inneren Handicaps, um seine Möglichkeiten, wenigstens in einem Teil der arabischen Welt die Führung zu übernehmen, wirklich auszuwerten. Die Tatsache, daß solche Möglichkeiten bestehen, macht es umso dringender für Bagdad, sein gegenwärtiges, patriarchales und feudales Regime auf friedliche Weise in ein System umzugestalten, das sich auf breitere Volksschichten stützen kann. Gleich wichtig ist es für den Irak, aus seiner Isolierung von der arabischen Gemeinschaft herauszukommen und den Vorwurf der Untreue an der heiligen Sache des arabischen Nationalismus abzuwehren ...

Wir können dem Sturm der arabischen Bewegung nicht befehlen, sich zu beruhigen ... Nur ein Weg bleibt uns zu gehen: offene Anerkennung des arabischen Strebens nach Selbstbestimmung, Gleichheit und Unabhängigkeit, mit der einen Einschränkung, daß wir extreme Ansprüche nicht unterstützen können, die die Rechte Dritter beeinträchtigen.“

Wer ohne Rücksicht auf die Folgen Nassers Sturz erhofft, gibt sich einem hemmungslosen Wunschdenken hin. Es ist beispielsweise keineswegs sicher, ja, nicht einmal wahrscheinlich, daß Saudi-Arabien die Ägypter und Syrer zu isolieren wünscht. Im Gegenteil deutet sehr viel darauf hin, daß sein Ziel die Vereinigung und nicht

die Zerreißung der arabischen Welt ist. In der Tat scheint König Saud, der altmodische Monarch und Stammesfürst, ein kluger Staatsmann zu sein, der besser als der Westen weiß, wie man den Kommunisten zu begegnen hat. Von Sauds Besuch in Bagdad im Mai 1957 wird seine Äußerung berichtet, er suche zwar nähere Beziehungen zum Irak, doch er würde niemals mit Ägypten und Syrien brechen, noch einen Viermächtepakt mit dem Irak, dem Libanon und Jordanien eingehen, denn dadurch „würde nur der Linksdrall in Ägypten und Syrien gefördert und die arabischen Staaten in zwei Lager gespalten werden", – zum Nachteil für sie alle.

Homer Bigart, dessen Ägypten-Berichte an die „New York Times" sich durch ihre Objektivität und ihr Verständnis auszeichnen, drahtete am 19. Mai 1957 aus Bagdad, es sei „ein Wunschtraum der westlichen Kritiker des Präsidenten Nasser", den Besuch König Sauds im Irak als ein Anzeichen für seine Entfremdung gegenüber dem ägyptischen Führer zu nehmen. Beobachter im Irak, so meldete er, „betonen, daß König Saud trotz seiner Sorge über Präsident Nassers wachsende Abhängigkeit von der wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Hilfeleistung der Sowjetunion es für möglich hält, daß man den ägyptischen Staatschef auf den Weg der Mäßigung zurückführen könne".

Und der „Economist" – wie üblich von keinem Wunschdenken angesteckt – lenkte in jener Ausgabe vom 22. Juni 1957 die Aufmerksamkeit auf das Communiqué über die Saud-Hussein-Gespräche in Jordanien, worin die beiden Könige ihre Treue zu dem „Solidaritätspakt" mit Ägypten und Syrien vom Jahre 1955 bekräftigten. Dieses Communiqué war also nach dem „Economist" „ein schlagender Beweis, daß König Saud sorgsam bemüht war, einen Bruch mit Ägypten zu vermeiden". Die Unterstellung, Sauds Parteinahme für König Hussein von Jordanien „müsse notwendigerweise Feindschaft mit Ägypten bedeuten", wurde vom „Economist" als „eine falsche Auslegung der Politik Sauds" zurückgewiesen. König Saud ist nach allen verfügbaren Informationen – einschließlich meiner eigenen Gespräche mit seinen Vertretern in Washington – nach wie vor „eng verbunden mit dem arabischen

Nationalismus, dessen machtvollster Exponent Oberst Nasser ist", um den „Economist" weiter zu zitieren.

Es hat also den Anschein, daß König Saud weit davon entfernt ist, seinen Einfluß und seine Mittel aus dem Ölgeschäft dazu zu verwenden, die arabische Welt aufzuteilen. Im Gegenteil, er sucht die inneren Spannungen zu überwinden. Wie Emir Hussein, den sein Vater als Beherrscher des Hedschas und als Hüter der heiligen Stätten des Islam verdrängte, könnte er sich als der Mann erweisen, dem es gelingt, eine gemeinsame arabische Politik vom Irak über Ägypten bis zum Sudan durchzusetzen. Die sofortige Hilfsbereitschaft der Regierungen des Irak und des Sudan für das angegriffene Ägypten beweist, daß so etwas nicht so unmöglich ist, wie es manchmal erscheint.

Auch wenn wir die Solidarität der arabischen Welt durch die Ausschaltung Nassers spalten könnten, – ist er wirklich dem Kommunismus so verfallen, daß wir berechtigt wären, ihn zum Sturz zu bringen? Mein Interview mit Oberst Nasser im Dezember 1956, ebenso wie meine Gespräche mit gutunterrichteten amerikanischen und europäischen Korrespondenten und mit Beamten unserer diplomatischen Vertretungen, haben mich davon überzeugt, daß der ägyptische Staatschef sich der Gefahren wohl bewußt ist, die ein blindes Vertrauen in die Verläßlichkeit Moskaus mit sich führt, und daß er sich sorgfältig davor hütet, durch Waffenhilfe und politische Unterstützung von der Achse Moskau–Peking abhängig zu werden.

Wir müssen begreifen, daß der Westen dem Staatschef Nasser keineswegs geholfen hat, den Kommunismus zu bekämpfen, er hat ihn im Gegenteil Moskau auf dem sprichwörtlichen Silbertablett offeriert. Bis 1955 haben sämtliche arabischen Führer, einschließlich Nasser, jede nähere Beziehung zur Sowjetunion vermieden, weil sie den Kommunismus fürchteten. Der Wandel in der Haltung Ägyptens und Syriens beruhte nicht nur auf der Weigerung des Westens, ihnen Waffen zu liefern. Wenigstens teilweise gründet sich diese Entwicklung auf die Genfer „Gipfel-Konferenz" vom Sommer 1955, als die sowjetischen Propaganda-Agenturen ein Photo über die ganze Welt verbreiten konnten, auf dem man Eisen-

hower und Bulganin in freundschaftlicher Unterhaltung sah. Wenn Moskau also verkündete, die USA und die Sowjetunion hätten ihre Freundschaft erneuert, – Amerika tat wenig, diese Nachricht zu bekämpfen – dann tauchte für die ägyptische Regierung wiederum die Gefahr auf, die beiden Mächte könnten sich auf arabische Kosten einigen, wie es schon in der Ära Truman geschehen war. Viele Araber glaubten, es sei besser, selbst zur Einigung mit den Sowjets zu gelangen, als zum Objekt eines fremden Geschäftes zu werden.

Salvador de Madariaga bekräftigte diesen Sachverhalt im „Manchester Guardian" vom 14. November 1955:

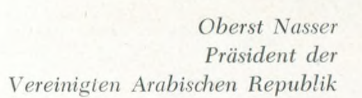
„Oberst Nassers neue Politik gegenüber Moskau ist die logische Folge der neuen Politik Großbritanniens und der USA. Diese neue Politik heißt: Einigung mit der Sowjetunion."

Um das Eisen zu schmieden, solange es noch warm war, eilte David Schepilow, Herausgeber der „Prawda" und bald darauf Außenminister, im Juli 1955 nach Kairo und nutzte den „Geist von Genf", indem er die Araber zu überzeugen suchte, daß die Sowjetunion nicht mehr eine kämpferische Bastion des Kommunismus, sondern diejenige unter mehreren konkurrierenden Großmächten sei, deren Interessen mit denen der arabischen Staaten zusammenfielen.

Zwei englische Schriftsteller, Guy Wint und Peter Calvocoressi, beschreiben in ihrem Buch „Krisis im Nahen Osten" (Penguin Special, 1957) die Atmosphäre vom September 1955, als der ominöse Waffenhandel zwischen Kairo und Moskau abgeschlossen wurde:

„Sie kamen mit ihrer Predigt im günstigen Augenblick. Die Stimmung war so aufgepulvert, daß viele Araber Rußland zur Hilfe gegen Israel herbeigerufen hätten, sei es auch um den hohen Preis, selber kommunistisch zu werden. Viele andere machten sich die Sache leicht und redeten sich ein, daß Rußland in Wirklichkeit ein harmloser Alliierter sei. Rußland war weit weg, Rußland hatte noch nie etwas mit den Arabern zu tun gehabt und hatte noch nie Greuel-

Statue von Ramses II.
(1290—1223 v. Chr.)
Größter ägyptischer Bauherr



Oberst Nasser
Präsident der
Vereinigten Arabischen Republik



taten gegen sie verübt. Die Araber waren geneigt, die Berichte über kommunistische Unterdrückung als westliche Propaganda anzusehen. Auch die Vorsichtigen und Skeptischen, wie Nasser selbst, glaubten, sie könnten vielleicht Rußland für arabische Zwecke ausnutzen und sich vor seinen Fußangeln selber hüten."

Der Besuch Bulganins und Chruschtschows in London vom April 1956 erweckte wiederum die Befürchtungen vor einem Kuhhandel zwischen der Sowjetunion und Großbritannien und wurde von Nasser mit der Anerkennung Rot-Chinas im folgenden Juli beantwortet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Ägypten in dieser Hinsicht auf Seiten der USA gestanden und war nicht dem Beispiel Englands, Indiens, Pakistans, Burmas, Indonesiens und Israels gefolgt. Aber die auch in England weit verbreitete Annahme, Sir Anthony Eden habe mit seinen Gästen ein „Gentleman-Agreement" über den Nahen Osten getroffen, führte Nasser zu dem Schluß, er könne ein englisch-russisches Geschäft auf Kosten der Araber durch die Gewinnung Rot-Chinas ausgleichen, eines der wenigen Länder, die bereit waren, ägyptische Baumwolle zu kaufen.

Nasser beging mit der Meinung, das kommunistische China sei von Moskau unabhängig, den gleichen Fehler, den viele westliche Staatsmänner, Politiker und Schriftsteller damals machten und auch heute noch machen. Auch sein Glaube oder seine Furcht, die Sowjetunion und England hätten sich in einem Koexistenz-Handel auf freie Hand für London im Nahen Osten geeinigt, war in England damals weit verbreitet. Sir Anthony Eden selbst glaubte offenbar, ein solches „Gentleman-Agreement" erreicht zu haben, sonst wäre es unerklärlich, daß ihm das Eingreifen der Sowjets in der Suez-Krise einen solchen Schock versetzen konnte. Der britische Premierminister legte zweifellos seine Unterhaltung mit den Sowjetgästen dahin aus, daß er mit Nasser, falls er England provozieren sollte, nach Gutdünken verfahren könne, ohne mehr als eine russische Propagandakampagne befürchten zu müssen, – so ähnlich soll er seinem Kabinett vor dem Suez-Angriff versichert haben.

Bilder links: Segelfrachter auf dem Nil — Wasserrad im Nildelta

Wie der „New York Times“-Korrespondent Osgood Carruthers aus Kairo unter dem 18. Mai 1957 berichtet, habe Ägypten sich verzweifelt bemüht „eine mittlere Haltung zwischen den USA und der UdSSR einzunehmen“. Mr. Carruthers lobte auch Nassers „Zurückhaltung“ gegenüber den USA trotz des heftigen politischen und wirtschaftlichen Druckes und der Bemühungen „Nassers nationale Bewegung zu isolieren und zu unterdrücken“.

Zumindest muß anerkannt werden, daß Nasser kein Heuchler ist. Als Mr. William Attwood am 25. Juni 1957 in einem Interview für die Zeitschrift „Look“ Oberst Nasser fragte, warum Ägypten als nicht-kommunistisches Land bei der Abstimmung über die UNO-Resolution zur Ungarn-Frage sich der Stimme enthalten habe, da antwortete Nasser nicht nach dem scheinheiligen und doppelzüngigen Muster Pandit Nehrus, sondern sagte offen:

„Weil die Sowjetunion das einzige Land war, das uns im Sicherheitsrat in unserem Streit um den Suez-Kanal unterstützte. Wir enthielten uns der Stimme aus Dankbarkeit.“

Als Antwort auf eine Frage, inwieweit sich die ägyptische Wirtschaft an den Sowjet-Block gebunden habe, stellte er fest:

„Ebensoweit wie mit dem Westblock vor einigen Jahren. Ist das böse? Wir hatten im letzten Winter nur noch eine Weizenreserve für einen Monat. Wir waren knapp mit Öl. Wir mußten unsere Baumwolle loswerden. Wir kamen zu Ihnen, aber Sie ließen uns stehen. So verkauften uns die Russen Weizen und Öl. Sie nahmen uns die Baumwolle ab. Sie halfen uns zu überleben. Ja, und sie halfen uns, dem Druck westlicher Herrschaft zu entrinnen. Wie kann ich sagen, daß das schlecht ist?“

Auf die Bitte, seine Behauptung, die USA, Frankreich und England führten „einen Wirtschaftskrieg“ gegen Ägypten, näher zu erläutern, antwortete Nasser:

„Sie ließen unsere Guthaben in den USA einfrieren; Sie weigerten sich, uns Getreide und Arzneimittel zu verkaufen, als wir sie

brauchten; Sie versuchten uns durch wirtschaftlichen Druck zu einer Änderung unserer Kanal-Politik zu zwingen. Der Unterschied zwischen den USA und Ihren Alliierten liegt darin, daß jene uns mit Bomben totzuschlagen suchten und Sie uns durch ‚friedliche Mittel' – durch wirtschaftliche Erpressung und Hunger – umbringen wollten. Beide Bemühungen sind fehlgeschlagen."

Ob Nasser nicht in Sorge sei über die wirtschaftliche und politische Durchdringung des Nahen Ostens durch Moskau, fragte Carruthers:

„Sehen Sie, Amerikas Logik ist anders als unsere. Der Westen wollte mit uns keine Geschäfte machen, wollte uns keine Waffen liefern, fror unsere Guthaben ein, – was erwarten Sie da von uns? Es war für Ägypten eine Frage auf Leben und Tod."

Aber als er gefragt wurde, ob er noch zu seiner Äußerung vom September 1954 stehe, daß die Methode und die Taktik der Kommunisten in allen arabischen Ländern darauf ziele, „Aufruhr und Haß zu erregen", antwortete Nasser bejahend:

„Ich bin weiterhin davon überzeugt, daß ihre Pläne gefährlich sind – und darum ist auch die kommunistische Partei in Ägypten verboten."

Die Politik ist wie das Leben, „eine Tragödie für die Fühlenden und eine Komödie für die Denkenden". Es ist eines jener traurigen oder komischen Paradoxe unserer Zeit, daß die westliche Politik in China vor zehn Jahren und die, die man heute im Nahen Osten betreibt, genau das Gegenteil von dem erreichte, was sie erstrebte, und zwar weil sie in beiden Fällen von den gleichen falschen Voraussetzungen ausgeht.

Heute wie gestern neigt man im Westen dazu, die liberalen und reformwilligen Kräfte mit russophilen und kommunistischen Mitläufern in einen Topf zu werfen und ihren Wunsch nach Reform und Fortschritt mit Bereitschaft zur Kollaboration mit den Kommunisten zu verwechseln. Der Unterschied besteht nur darin, daß

das US State Department jetzt *gegen* Kollaboration mit den Kommunisten ist, während das Truman-Acheson-Marshall-Regime für die Kollaboration war. Hören wir General Marshall selbst als Zeugen. In einem Bericht vom Januar 1947 bezeichnete er als „Reaktionäre" diejenigen, die eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnten, und tadelte sie wegen ihres Widerstandes „gegen fast jede meiner Bemühungen um die Bildung einer echten Koalitionsregierung". Vor zehn Jahren half also Amerika den Kommunisten in den Sattel, indem es den Liberalen und Reformern, denen es eigentlich beistehen wollte, immerfort predigte, es sei liberal und fortschrittlich, mit den Kommunisten zu kollaborieren. Heute dagegen wollen wir den Kommunismus austreiben, indem wir eine nicht-kommunistische, fortschrittliche und im Grunde liberale und nationale Reformbewegung als „kommunistisch" etikettieren und alle Anstrengungen machen, sie zu hemmen und zu ersticken. Da wir früher die Kommunisten als „Reformer" ansahen und heute die Reformer als Kommunisten betrachten, so besteht die Gefahr, daß wir im Nahen Osten das gleiche verhängnisvolle Resultat erzielen werden wie in China.

Im Juli 1946 stärkten die USA die Kommunisten, indem sie ihnen die dringend benötigte Atempause einräumten: General Marshall belegte China mit einem Waffen- und Munitionsembargo, um Chiang Kai-shek zum Abbruch seiner erfolgreichen Offensive gegen die chinesischen Kommunisten zu zwingen und ihn geneigt zu machen, eine „Koalitionsregierung" mit seinen Gegnern zu bilden. Heute wollen wir genau das Gegenteil von dem, was General Marshall in China 1946/47 zu erreichen strebte, nämlich wir suchen zu verhindern, daß sich ein Bündnis zwischen den Nationalisten und den Kommunisten formiert. Wir erreichen jedoch nur eines: wir helfen dem Sowjetreich, seine Macht und seinen Einfluß weiter auszubauen. Durch wirtschaftlichen Druck und durch politische Drohungen gegen Nasser, drängen wir ihn tatsächlich ins Lager der Sowjets, ebenso wie wir früher in der Aera Truman-Acheson-Marshall Chiang Kai-shek drängten, sich Moskau zu unterwerfen.

Nasser wurde bereits durch die Politik der USA, Englands und

Frankreichs genötigt, sich mehr und mehr auf Moskaus wirtschaftliche und andere Hilfe zu verlassen. Es ist dem Westen geglückt, den Einfluß jener anti-westlichen und anti-amerikanischen Elemente zu stärken, die so unwissend oder in ihrem Ressentiment so verblendet sind zu meinen, die arabische Welt könne Unabhängigkeit, Freiheit und imponierende Einheit durch eine Allianz mit der Achse Moskau–Peking und ihren Anhängern in Asien wie Pandit Nehru gewinnen. Wir lassen Nasser nur die Wahl zwischen Unterwerfung unter Moskau oder Vernichtung durch uns.

Chiang wurde vom chinesischen Festland vertrieben, weil er dem Bündnis mit uns selbst dann noch treu blieb, als wir seine Stellung politisch unterminierten und ihm Waffen vorenthielten, mit denen er gegen den Kommunismus kämpfen wollte. Wir werden jetzt sehen, ob Nasser im Verfolg einer „anti-westlichen" Politik seinen Zwei-Fronten-Krieg besser bestehen wird als Chiang, der amerikanischen Forderungen selbst dann nachgab, wenn er wußte, daß sie in tragischer Verkennung der Tatsachen nur dem Kommunismus nützlich sein konnten.

Sicherlich kann Nasser auf das türkische Beispiel blicken, wonach eine nationale Revolution in Asien bessere Chancen hat, wenn sie sich gegen den Westen wendet, als wenn sie sich auf des Westens Hilfe und Unterstützung verläßt.

In einem eindrucksvollen Artikel (Foreign Affairs, April 1957) schreibt John C. Campbell, der Direktor für politische Studien beim Council on Foreign Relations:

„Vor einem Menschenalter durchschritten die Türken ihre nationale Revolution. Sie wandte sich im Schwerpunkt gegen den Westen; die Hilfe der Sowjets wurde als eine Waffe im Kampf um den Sieg begrüßt. Die Türkei hielt sich dann eine zeitlang im neutralen Lager, während sie ihre Unabhängigkeit ausbaute, und wandte sich schließlich dem Westen zu, als das volle Gewicht der sowjetischen Drohung abschätzbar wurde. Heute ist sie zur freien Mitarbeit bereit, im Bewußtsein ihrer Stärke und ohne psychopathische Empfindlichkeit bezüglich ihrer ‚Souveränität'."

Der Kreml beschimpfte ursprünglich Nassers Regime als „reaktionär, terroristisch und demagogisch“. Die ägyptischen Kommunisten waren tief überzeugt, daß die neue Regierung außerhalb ihrer Reichweite stand, und begnügten sich mit dem Gedanken, „ihre besten Aussichten lägen in der Infiltrierung der (aufgelösten und verbotenen) WAFD und der Moslembruderschaft“. Walter Z. Laqueur, den ich hier zitiert habe, ist ganz gewiß kein Parteigänger von Nasser, dessen Regierung er als „Militärjunta“ abtat. Dennoch weist er im „New Leader“ vom 10. Juni 1957 nach, daß von 1953 bis 1956:

„... die Kommunisten so gut wie alles kritisierten, was diese Junta tat: ihre Agrarreform war ein Blendwerk; sie war arbeiterfeindlich; ihre Außenpolitik war pro-imperialistisch. Die Kommunisten liehen ihre Hilfe allen Elementen, die der Junta opponierten; zuerst der WAFD, dann General Nagib in seiner Auseinandersetzung mit Nasser, endlich der Moslembruderschaft, als sie mit der Junta zusammenstieß ... Der einzige ernstliche Konkurrent der Kommunisten in Ägypten konnte nur ein kemalistisches Regime sein, und in der Tat hatte die Junta in jenen Jahren eine beunruhigende Ähnlichkeit mit dem Kemalismus. Diese Gefahr verringerte sich nur in der ersten Hälfte des Jahres 1955, als die Junta schließlich beschloß, sich mehr der Außenpolitik zu widmen als häuslichen Reformen. Der Versuch, eine ägyptische Wohlstandssphäre im Nahen Osten zu errichten, trieb Nasser unvermeidlich in Kollision mit dem Westen. Er mußte die Sowjets um Hilfe bitten und erhielt sie. Darauf änderten die Kommunisten ihre Einstellung zu Nasser und gaben ihm in steigendem Maße ihre Unterstützung.“

Was Mr. Laqueur in seinem aufschlußreichen Artikel unterschlägt, ist die Tatsache, daß der Entschluß der ägyptischen Regierung, „sich mehr der Außenpolitik zu widmen“, die unmittelbare Folge des Israeli-Angriffs auf den Gaza-Streifen im März 1955 war. Präsident Nasser sagte zu mir:

„Bis damals hatten wir gehofft, der Friede könne erhalten wer-

den. Aber dieser Angriff ließ uns erkennen, daß wir eine starke Armee brauchen. Israel, der Aggressor, bezog seine Waffen aus dem Westen, besonders von Frankreich, und die Irun-Partei hatte verkündet, daß Israel sich vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen wolle. Da der Westen uns keine Waffen zu unserer Verteidigung lieferte, kauften wir sie von Rußland.“

„Unsere Furcht vor Israel“, fuhr Nasser fort, ist in kleinerem Maßstab durchaus vergleichbar mit Ihrer Furcht vor der Atombombe.“

Überlassen wir die Abwägung von Recht und Unrecht im arabisch-israelischen Konflikt einem späteren Kapitel. Hier interessiert er uns nur als Wurzel der gefährlichen Situation im Nahen Osten und der sonderbaren Perversion sowohl der arabischen wie der amerikanischen Politik zugunsten des Kommunismus.

Einstweilen hat Nasser dem westlichen Druck, der ihn der Sowjetunion in die Arme treibt, noch widerstehen und eine unabhängige Politik verfolgen können, denn er stützt sich auf die Mehrheit seines Volkes und auf seine große Beliebtheit in der ganzen arabischen Welt. Aber hören wir, was der gut informierte, arabischsprechende Chef des ap-Büros in Kairo, Winton Wynn, mir im Dezember 1956 erklärte:

„Wir haben im Nahen Osten den Punkt erreicht, wo die Opfer der Aggression fühlen, daß sie umschalten müssen, um zu verhindern, daß die Angreifer noch belohnt werden, es sei denn die USA leihen ernstlich ihre Unterstützung. Wenn zum Beispiel Israel den Gaza-Streifen und den Teil der Sinai-Halbinsel am Golf von Akaba behalten darf, dann werden die Araber glauben, ihr einziger Freund sei die kommunistische Welt, und sie werden darauf bestehen, Moskau um ‚Freiwillige‘ und Waffen zu bitten. In dieser Lage wird Nasser vor seinem Volke das Gesicht verlieren, wenn er weiter auf den Westen baut und das Schicksal seines Landes an den Westen bindet.“

Glücklicherweise verhinderten die USA diesen Lauf der Dinge durch ihren Druck auf Israel, das seine Armee zurückziehen mußte.

In der Folge jedoch scheint Washington eine Politik gewählt zu haben, die das gleiche Ziel mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln anvisiert, das England, Frankreich und Israel mit Gewalt zu erreichen suchten.

Anstatt Ägypten zu helfen und zu ermutigen, sich auf unsere Seite zu stellen, wünscht die amerikanische Presse – auch wo sie davon berichtet, Nasser wolle sich aus der zu nahen Berührung mit den Sowjets lösen, – daß wir diese Tatsache dazu ausnutzen sollten, unseren wirtschaftlichen und politischen Griff eher zu verstärken, als zu lockern.

Um Nassers mißliche Lage zu verstehen und um zu vermeiden, ihn in die Arme des Kreml zu treiben, da ihm nur die Alternative zu bleiben scheint, durch den Kommunismus oder durch den Westen zu sterben, müssen wir das verschiedene politische Klima und die verschiedene Erfahrungswelt in Asien und Afrika im Vergleich zu Europa und Amerika berücksichtigen.

In den meisten westlichen Ländern sind die Illusionen über die Sowjetwelt, die unsere Politik während und nach dem zweiten Weltkrieg entarten ließen, inzwischen verblaßt vor dem immer stärker aufscheinenden Eindruck der grausamen sowjetischen Wirklichkeit. Wenige Menschen in Amerika oder England, Belgien, Holland und den skandinavischen Staaten, praktisch keiner in Deutschland und eine immer weniger werdende Zahl in Italien und Frankreich, täuschen sich noch über die Tatsache, daß die kommunistische Verheißung des Himmels auf Erden für die „arbeitenden Massen" oder für wen sonst durch das totalitäre Regime des Bolschewismus weder verwirklicht worden ist, noch jemals verwirklicht werden kann.

Das gleiche trifft glücklicherweise auch für die islamischen Länder zu, die an die Sowjetunion grenzen oder ihr nahe benachbart sind, – besonders Pakistan, Persien, der Irak und die Türkei. Die Völker Koreas und Indochinas, ebenso wie die freien Chinesen auf Formosa, die zwei Millionen Flüchtlinge aus dem kommunistischen China in Hongkong und viele Überseechinesen in Südost-Asien kennen besser als irgendein Europäer oder Amerikaner (mit Ausnahme

der Deutschen, deren Brüder unter dem kommunistischen Stiefel der DDR leben) den Terror, das Elend und die Hoffnungslosigkeit des Lebens unter kommunistischer Herrschaft.

Es sieht indessen anders aus bei jenen asiatischen oder afrikanischen Völkern, denen, gleich den Amerikanern noch vor kurzer Zeit, die Erfahrungen fehlen, die man braucht, um kommunistischen Tricks entgehen zu können, oder die, so wie wir es taten, glauben, sie könnten ihre nationalen Ziele durch ein Bündnis mit den Sowjets erreichen. Seit Amerika und England die blutbefleckte Hand Stalins ergriffen, um Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, seit wir China nach dem Kriege hinter den Eisernen Vorhang trieben, weil wir den Nationalchinesen Waffenlieferungen und politische Hilfe versagten, bis es zu spät war, können wir heute schwerlich von den arabischen Nationalisten in Ägypten, Syrien oder Jordanien erwarten, daß sie in ihrem Kampf um ihre völkischen Ziele angesichts des Widerstandes des Westens sehr viel klüger und weitsichtiger sind, als wir es waren.

Wir lernten unsere Lektion erst, als wir dem Kommunismus bereits Osteuropa und China in den Fang geworfen hatten, wenn auch noch zeitig genug, um ihm eine Mauer gegen seine weitere Expansion in Europa in den Weg zu bauen. Aber heute schämen wir uns nicht zu verkünden, daß wir bereit sind, den Sowjets ihren Raub zu überlassen, wir ersticken die letzte Hoffnung der gefangenen Völker, – wenn uns die Kommunisten nur in Frieden lassen und es aufgeben, weitere Völker unter ihr Joch zu bringen. Wie könnten wir da von den Arabern erwarten, sie sollten besser als wir begreifen, daß sie ihr eigenes Grab graben, indem sie sich mit Moskau verbinden oder seine Hilfe zur Erreichung ihrer nationalen Ziele annehmen? Denn, wie gesagt, diese Völker des Nahen Ostens haben bisher keine unmittelbaren Erfahrungen mit dem Roten Imperialismus gemacht. Alles, was sie an Aggression und Fremdherrschaft erlebten, ging von Europa und der Türkei aus.

Das einzige Rezept, den Nahen Osten vor dem Zugriff des Bolschewismus zu retten oder ihm zu helfen, sich selbst zu retten, heißt, seine Probleme verstehen und die berechtigten nationalen

Ansprüche seiner Völker fördern. Nur so werden die Araber zur Einsicht kommen und fähig sein, einer Versuchung zu widerstehen, der wir selbst unterlagen, als wir dem Bolschewismus die Zügel in Osteuropa überließen, nur um Deutschland niederzuwerfen. Wir sollten jene Araber verstehen oder uns wenigstens ihnen nicht überlegen fühlen, die von ihren Befürchtungen, Leidenschaften, Ressentiments und Hoffnungen getrieben werden, das westliche Vorbild nachzuahmen. Denn auch wir verbanden uns mit dem bolschewistischen Rußland, um unsere „Blutsbrüder" zu befreien und Deutschland zu vernichten.

Bis heute haben sich die Araber, einschließlich Ägyptens Nasser, noch zurückgehalten, unserem Beispiel zu folgen. Es steht ihnen noch offen, eine Allianz mit der Sowjetmacht einzugehen, um Algerien zu befreien – oder um den Palästina-Flüchtlingen ihr Recht zu erzwingen – oder um sich vor den Expansionsdrohungen eines vom Westen gestützten Israels zu schützen. Noch haben sie diesen Schritt nicht getan, aber, wenn auch die kommunistische Partei in Ägypten offiziell verboten ist, so üben doch die Anhänger einer Orientierung auf Moskau offenbar einen starken Druck aus, dem Nasser vielleicht einmal nicht mehr widerstehen kann, wenn der Westen nicht aufhört, ihn nach Moskau, als dem einzigen Ausweg, zu drängen.

Keine einzige arabische Regierung hat bis heute die Ära Roosevelt darin übertroffen, die Kommunisten im eigenen Hause zu verhätscheln. Weder in der ägyptischen noch in der syrischen Regierung gibt es führende Köpfe, die das Sowjetsystem verherrlichten wie etwa der US-Vizepräsident Henry Wallace, der einmal einer Massenversammlung im Madison Square Garden versicherte, die sowjetische „Wirtschaftsdemokratie" sei in mancher Hinsicht der politischen Demokratie Amerikas überlegen. Die ägyptische Regierung dagegen sperrt nach wie vor ihre Kommunisten ein, auch während sie sowjetische Waffenlieferungen entgegennimmt. Auf die Dauer aber wird es für Nasser unmöglich sein, die in Kairos Radio und Presse oft hörbare Stimme der Extremisten zu ersticken oder die Allianz mit Moskau und Peking zu meiden, es sei denn, Amerika gibt ihm die Rückendeckung, die er dabei braucht.

Nach der ägyptischen Presse und den Rundfunkstationen zu urteilen, reicht der Einfluß der Kommunisten und ihrer Nachläufer schon weit. Immer mehr gleicht sich die „Stimme der Araber“ der Stimme Moskaus und Pekings an. Die Krawalle auf Formosa, die durch den Freispruch eines amerikanischen Sergeanten vor einem US-Kriegsgericht, der einen Chinesen erschossen hatte, ausgelöst wurden, und die elenden Entschuldigungen der Nationalregierung zu diesem Vorfall dienten als Musterbeispiel dafür, daß ein Land, welches amerikanische Hilfe annimmt, sich damit „nur seiner Unabhängigkeit begibt und zu einer Marionette erniedrigt“. Diese „sogenannte Hilfe“, fuhr Radio Kairo fort, „ist in der Tat nichts mehr als eine andere Art von Imperialismus, Ausbeutung und Fremdherrschaft“.

Zusammen mit Frankreichs Weigerung, die zugesagte Hilfe an Tunesien zu leisten, weil Tunis, dieser neugeschaffene unabhängige arabische Staat seinen algerischen Nachbarn Hilfe und Zuspruch geliehen hatte, gab der Zwischenfall auf Formosa Radio Kairo Anlaß, ungeschminkt seine Meinung zu sagen. Am 27. Mai ließ er sich also vernehmen:

„Die Bevölkerung Nationalchinas hat jetzt einen Anschauungsunterricht genossen. In den Augen der Amerikaner ist ein chinesisches Leben eine belanglose Kleinigkeit. Ihre Regierung kann gestürzt werden, weil erregte Demonstranten ein paar Stühle und Fensterscheiben in der amerikanischen Botschaft zerschlugen. Schwester Tunesien hat auch lernen können. Imperialisten werfen ihr Geld nicht fort, sie bieten ihre Hilfe nicht aus reiner Liebe für sogenannte unterentwickelte Völker. Hinter jedem Dollar steht eine Forderung. Ehre wird gekränkt und Recht wird verletzt. Werden die, die es angeht, ihre Lehre ziehen, bevor die Ereignisse sie überraschen und sie das gleiche Schicksal erleiden wie andere vor ihnen? Werden sie den Weg der Freiheit, der Würde und der Selbstachtung verlassen?“

Ein Artikel der ägyptischen Zeitung „Ash-Shab“ wiederholte fast Wort für Wort die Propaganda Rotchinas. Der Aufruhr auf

Formosa demonstriere, so schrieb das Blatt, daß die Bevölkerung der von den USA „besetzten" Insel – trotz der großzügigen Hilfe Amerikas an Nationalchina „zu allererst nach Freiheit strebe" und die Politik Washingtons verabscheue, weil „der amerikanische Imperialismus die Insel vom Festlande losgerissen und sie in eine imperialistische Bastion im Fernen Osten umgeformt" habe. Laut einer Sendung von Radio Kairo sagte das Blatt wörtlich:

„Starke Bande einigen Formosas neun Millionen unter Chiang Kai-shek und die sechshundert Millionen Chinesen auf dem Festlande. Seit 1950 haben diese neun Millionen auf Formosa den Fortschritt Chinas und die enge Zusammenarbeit des afro-asiatischen Blocks gegen die Anschläge des Imperialismus, für die nationalen Interessen und für den Weltfrieden genau beobachtet. Sie selbst waren von all diesen Dingen ausgeschlossen und durch einen gegenseitigen Sicherheitspakt an Amerika gefesselt, was schließlich zur völligen Okkupation der Insel und zu ihrer Ausgestaltung zur atomaren Angriffsbasis gegen das chinesische Mutterland führte. Alles deutet darauf hin, daß Formosa die Freiheit und die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Volke ersehnt."

Mit dem üblichen Undank und mit der typisch kommunistischen Einschätzung hat Radio Kairo in einer hebräischen Sendung selbst Amerikas Druck auf Israel, die Sinai-Halbinsel und den Gaza-Streifen zu evakuieren, in einen Beweis für „die Unterwerfung Israels unter die Herrschaft des Dollars" umgemünzt.

Es wäre ja auch wirklich seltsam, sollte nicht auch Ägypten seinen Alger Hiss und andere getarnte Kommunisten in einflußreichen Stellungen bei Radio, Presse und in der Regierung haben. Das beweist aber noch lange nicht, daß das Land schon im Lager Moskaus stehe, so wenig wie man das von Amerika behaupten konnte, als während der Kriegsjahre die Presse und der Rundfunk das Rußland Stalins in den Himmel hob, als Antikommunisten allgemein das Schreiben und Reden verboten war und viele Liberale die kommunistische Propaganda schluckten und wieder von sich gaben, so wie es in Ägypten heute geschieht.

Der Teufel kann die Bibel zitieren, und ein Körnchen Wahrheit in der Lügenpropaganda Moskaus macht ihr Gift für Menschen genießbar, die mit dem Westen ein Hühnchen zu rupfen haben. So erklärt sich, warum die Kommunisten ihre Karikaturen der amerikanischen Politik dort anbringen können, wo die Menschen durch eigene Erfahrungen mit dem westlichen „Kolonialismus" bereits dafür vorbereitet sind.

Die Regierung Pandit Nehrus und die indische Presse – ebenso, wenn auch mit feineren Mitteln, kontrolliert wie in Ägypten – zeichnen ständig das Bild Amerikas nach dem gleichen kommunistischen Muster. Ja, weit mehr, die indische Regierung steht seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen zu Rotchina und betrachtet es nach dem Willen Pekings als den Repräsentanten des chinesischen Volkes und als ein fortschrittliches und wohltätiges Regime anstatt der brutalen Tyrannei, die es in Wirklichkeit geworden ist. All das aber hat nicht verhindert, daß Herr Nehru in Washington mit allen Ehren empfangen wurde und amerikanische Unterstützung erhielt. Schließlich sollten wir doch bei der Bewertung der ungezügelten Angriffe und Verfälschungen der ägyptischen Presse uns daran erinnern, daß die amerikanische Presse sich in ihren Angriffen auf Nasser kaum weniger heftig, unfair und unwahr gebärdet hat.

Abgesehen von dem Machtfaktor, der einige, doch glücklicherweise keineswegs alle, Araber veranlaßt, Moskaus Hilfe gegen den „westlichen Imperialismus" anzunehmen, müssen wir auch den ideologischen Faktor in Rechnung stellen. Der Kommunismus, wie er sich in der Sowjetunion praktisch auswirkt, hat nicht mehr die Anziehungskraft, die er einst auf westliche liberale Intellektuelle und ihre Brüder in den asiatischen Ländern gehabt hat. Denn diese Kreise haben sich inzwischen davon überzeugt, wie falsch die Behauptungen Moskaus sind, die Wohlfahrt der Armen und Unterdrückten in der Welt zu erstreben, und mit welcher Brutalität die Sowjetregierung die beherrschten Völker in Elend und Armut hält. Doch diese Enttäuschung hat sich noch nicht bis zu den asiatischen und afrikanischen Völkern herumgesprochen, die im Bereich des englischen und französischen Kultureinflusses lange Zeit nur ein

rosafarbenes Bild der Sowjetunion zu sehen bekamen. Auch heute noch haben die gleichen englischen, französischen und auch amerikanischen „liberalen" Einwirkungen dazu beigetragen, dem kommunistischen Mythos neues Leben zu verleihen, indem sie das chinesische Kommunisten-Regime mit Lob und Preis bedachten.

Auf meiner letzten Weltreise im vergangenen Jahr konnte ich beobachten, wie sich von London aus nach Singapore, Rangoon und Neu-Delhi und von dort nach dem Nahen Osten die Illusion ausbreitet, der Kommunismus an sich sei nichts Böses. Heute heißt es, der Kommunismus sei nur durch Stalin oder die Russen pervertiert worden. Die Enttäuschung über den Kommunismus in Theorie und Praxis wird in weitem Umfange durch die Schaffung eines neuen Mythos verhindert. Überall in Asien wie in England, aber auch in manchen „liberalen" Kreisen Amerikas, vermehrt sich die Zahl derer, die ernsthaft glauben, die Tyrannei der kommunistischen Partei Chinas habe die Lebensbedingungen für die Mehrheit des Volkes verbessert. Und selbst die Überseechinesen, die es durch die bitteren Erfahrungen ihrer Verwandten und Freunde in China besser wissen, selbst sie räumen der Pekinger Regierung ein, daß sie China – mehr als jede andere chinesische Regierung seit langen Jahren – wieder zu einem angesehenen und respektierten Staatswesen erhoben habe.

Selbst die Schlauköpfe unter ihnen, die genau wissen, daß das chinesische Volk heute in einer viel elenderen Lage ist, seit es der kommunistischen Herrschaft verfiel, heben die unzweifelhafte Tatsache hervor, daß die Regierung in Peking die Interessen des Westens ungestraft habe mißachten können, weil sie im Bündnis mit der Sowjetunion steht, beziehungsweise sich ihr unterworfen hat. Die kommunistische Regierung hat unter dem Schutze Moskaus den Mord – wörtlich und bildlich genommen – zur Staatsmaxime erheben dürfen.

Diese kommunistische Regierung erfreut sich der Anerkennung und der Aufmunterung durch unsere britischen Verbündeten, die im Mai 1957 trotz amerikanischer Einwände verkündeten, sie würden in Zukunft mit dem kommunistischen China uneingeschänkt

Handel treiben, wie es ihnen gefiele. Sie wiederholten damit nichts anderes als gegenüber Japan, das sie bis ein oder zwei Jahre vor Pearl Harbor mit Kriegsgerät ausstatteten.

Der Machtfaktor hat in Asien und Nordafrika eine überragende Bedeutung, weil hier die Völker unter der gewaltsam aufgezwungenen imperialistischen Herrschaft des Westens lebten oder noch leben und unter der Erniedrigung leiden, als minderwertige Rassen behandelt zu werden. Das kommunistische China hat in ihren Augen Amerika in Korea erfolgreich die Stirn geboten und zu dem Abschluß eines Waffenstillstandes gezwungen; wenige wissen, daß das chinesische Volk diesen „Großmacht"-Status mit dem Los der Sklaverei bezahlt hat.

Man rühmt die Pekinger Regierung, weil sie die militärische Kraft des chinesischen Volkes in einer Auseinandersetzung mit dem Westen erfolgreich demonstriert habe. So wird das kommunistische China selbst von denen mit Neid und Bewunderung betrachtet, die durch die kommunistischen Machenschaften in der Sowjetunion enttäuscht worden sind. Ja, noch mehr, das kommunistische China wird von seinen westlichen Bewunderern und Mitläufern – ganz besonders durch Engländer, die nichts anderes sehen als die unmittelbaren Profite, die der Handel mit dem Feinde einbringt – als ein leuchtendes Beispiel eines guten, sauberen, fortschrittlichen und wohltätigen kommunistischen Regimes gefeiert.

In ähnlicher Weise und mit den gleichen verheerenden Resultaten wurde der kommunistische Diktator Jugoslaviens durch großzügige amerikanische Waffen- und Wirtschaftshilfe dazu instandgesetzt, den Mythos zu verbreiten, der Kommunismus an sich sei nichts Böses und weder der materiellen Wohlfahrt noch der Freiheit abträglich, so daß „nationale" kommunistische Regime unsere Freunde sein könnten.

Es ist indessen England und nicht Amerika, das durch seine unterschiedliche Haltung gegen Ägypten und China die Welt davon in Kenntnis gesetzt hat, daß den kommunistischen Ländern zwar alles erlaubt sei, daß aber jeder andere sich hüten solle, den alternden britischen Löwen zu reizen.

In einem Vortrag vor dem Hongkong Rotary-Club im August 1956 führte ich aus:

„Als die Regierung in Peking das britische Eigentum in China im Werte von rund einer Milliarde Dollar enteignet hatte, da sagte London zu den Kommunisten: ‚OK, wir wollen's vergessen und Freunde sein! Wir werden unserem Bundesgenossen, der chinesischen Nationalregierung, einen Fußtritt geben, Euch anerkennen, Washington dazu bringen, es ebenso zu tun, und soviel Handel mit Euch treiben wie irgend möglich.'

Aber als Ägypten den Suez-Kanal mit voller Entschädigung der Inhaber nationalisierte – womit es nichts anderes tat als England selbst mit seinen Bergwerken und Eisenbahnen – da schrien die Engländer: ‚Haltet den Dieb!' und zogen in den Krieg. Tatsächlich sagten sie also zu Nasser: ‚Du kannst so etwas nicht tun, Du bist kein Kommunist. Nur Länder unter Moskaus Schutz dürfen Großbritannien beleidigen oder die Interessen seines Reiches antasten.'"

Ich beendete meinen Vortrag mit den Worten, Großbritannien, das die kommunistische entschädigungslose Enteignung seines Vermögens in China und Osteuropa hinnahm, aber Ägypten den Krieg erklärte, als es den Suez-Kanal gegen Entschädigung nationalisierte, dieses England gebe der arabischen Welt den Rat, sie solle sich beeilen, mit der Sowjetunion ein Bündnis abzuschließen, wenn sie jemals Herr im eigenen Hause werden wolle.

Es waren gerade achtzehn Jahre her, seit ich zum letzten Mal die schöne und blühende Kronkolonie Hongkong besucht hatte. Ich befand mich damals auf meinem Weg an die Front bei Hankau und war empört, die zahlreichen Schiffe mit Kriegsmaterial für Japan zu sehen, das damals im zweiten Jahre seines Krieges gegen China stand. Bei meinem jetzigen Besuch sah ich, wie die Schiffe vieler Nationen über den gleichen britischen „Freihafen" von Hongkong offen oder geheim das kommunistische China mit Kriegsmaterial versorgten. Damals wie jetzt dachten die Engländer (ebenso wie einige Amerikaner und politisch gleichgültige Chinesen in Hongkong) an nichts anderes als den unmittelbaren Profit. Sie nahmen

Bargeld und pfiffen auf ihren politischen oder moralischen Kredit, sie ließen sich wie vor Pearl Harbor nicht durch die Möglichkeit beirren, daß sie mit dem Leben ihrer eigenen Söhne spielten, indem sie dem Feind die Mittel für eine künftige Auseinandersetzung mit den nichtkommunistischen Mächten lieferten. Sie mißachteten die Hemmungen, die Amerika seit dem Korea-Krieg ihren noch größeren und noch besseren Geschäften mit den Kommunisten in den Weg legten. Zugleich fuhr London darin fort, Washington unter Druck zu setzen, um es ebenfalls zur Anerkennung Rotchinas und zum Bruch seiner Bindungen an die chinesische Nationalregierung zu veranlassen.

Dieweil Groß-Britannien seinen Einfluß geltend machte, um uns in Korea am Siege zu verhindern, aus Furcht Rußland könne sich einmischen, war die britische Regierung im Falle Ägyptens, als die Interessen des Empires angetastet wurden, nur allzubereit einen Weltkrieg zu riskieren.

Heutzutage verdammen die Engländer und ihre amerikanischen Parteigänger den ägyptischen Staatschef als einen kommunistischen Bundesgenossen und Agenten, weil er Waffen von der Sowjetunion kauft, und künden zu gleicher Zeit, wie zum Beispiel im Juni 1957, an, daß sie in Zukunft die chinesischen Kommunisten trotz des amerikanischen Embargo mit strategischem Material unterstützen werden. Ist es denn wirklich tugendhafter, die Kommunisten zu bewaffnen, als Waffen von ihnen zu kaufen? Alles in allem wäre es nicht überraschend, wenn Nasser daraus schließen würde, daß der einzige Weg, Britanniens Freundschaft zu gewinnen, in einem Bündnis Ägyptens mit der Sowjetunion liege.

Man pflegt zu sagen, daß wir uns über China keine Sorge zu machen brauchten, weil die Lehre des Konfuzius im Verein mit dem Individualismus des Volkes einen Sieg des marxistischen Kommunismus verhüten werde. So meint man heute auch, daß der islamische Glaube mit der Philosophie des marxistischen Materialismus unvereinbar sei. Diese Argumente verkennen sowohl den furchtbaren Zwang, dem jeder untersteht, sobald einmal die kommunisti-

sche Herrschaft sich durchgesetzt hat, wie auch die Versuchungen, mit denen Moskau ahnungslose Völker in sein Netz spinnt.

Ob die arabische Welt unsere Seite wählt oder aber Moskau unterliegt, wird weit mehr von unserer Politik und unseren Handlungen abhängen als von „ideologischen" Glaubenssätzen.

Wie China gestern, so stehen die Araber heute zwischen den alternden, aber noch nicht machtlosen „Teufeln" des Imperialismus alten Stiles und der tiefen, unbekannten Hölle des Kommunismus. Und der junge, energische und dynamische Staat der Israelis mit seiner vom Westen unterstützten modernen Wirtschaft spielt im Nahen Osten eine ganz ähnliche Rolle wie Japan im Fernen Osten vor Pearl Harbor. Ebenso wie England und Frankreich Israel zu Hilfe eilten, als es Ägypten im Oktober 1956 angriff, so konnten auch damals im Jahre 1931, als Japan sich der Mandschurei bemächtigte, und später, als Tokio 1937 seinen Großangriff über ganz China begann, machtvolle britische Interessenten in Schanghai, Hongkong und London ihre Freude nicht verbergen. Sie waren töricht genug, sich einzubilden, daß England seine imperialistischen Rechte und Privilegien wieder würde zurückerobern können, nachdem die Japaner den „aufsässigen" chinesischen Nationalisten eine Lektion erteilt hätten. Ähnlich wie Eden und Mollet im November 1956 die Uhr der Geschichte zurückstellen wollten, indem sie mit ihrem Angriff gegen Ägypten die Aggression Israels unterstützten.

Aber der Vergleich läßt sich noch weiter ziehen. Während der ersten Jahre des japanischen Krieges gegen China belegten das britische Empire und die Vereinigten Staaten nicht etwa die Waffeneinfuhr an den Aggressor mit einem Embargo, sondern verkauften an Japan alles, was es verlangte, so daß die schlecht bewaffneten chinesischen Nationalisten sich auf die Hilfe Rußlands und Deutschlands verlassen mußten, die ihnen Waffen und Militärinstruktoren zur Verfügung stellten. Ähnlich kämpft heute Frankreich gegen die algerische Befreiungsarmee mit der NATO-Ausrüstung, die ihm Amerika lieferte, und Israel – das die Araber als die Vorhut des westlichen Imperialismus betrachten, weil es aus amerikanischen Mitteln unterhalten wird – droht die Araber noch aus weiteren Ge-

bieten zu verjagen und weitere Millionen von ihnen heimatlos zu machen. Die arabischen Befürchtungen sind zweifellos übertrieben, aber es bleibt die Tatsache, daß Israel heute, wie Japan und Deutschland gestern, nach mehr „Lebensraum“ ruft, um alle Juden unterzubringen, die es aus der ganzen Welt „einzusammeln“ strebt.

Trotz Eisenhowers Einspruch gegen die anglo-französisch-israelische Attacke auf Ägypten sind die Araber weiterhin mißtrauisch gegen den Westen. Weder Nasser noch viele andere arabische Nationalisten können einsehen, warum sie nicht Waffen und technische Hilfe von Moskau als der einzig verfügbaren Quelle annehmen sollten, so lange Amerika fortfährt, Israel und Frankreich zu bewaffnen und zu unterstützen.

Ein Ägypter sagte mir in Kairo:

„Kein Mensch nannte Churchill oder Roosevelt eine rote Marionette oder einen kommunistischen Agenten, als sie dem kommunistischen Rußland die Waffen schenkten, mit denen es Deutschland besiegte und Osteuropa seiner Tyrannei unterwarf. Wir haben nichts anderes getan, als Waffen von Rußland gekauft, um uns selbst gegen Angriffe zu verteidigen. Warum sollen wir jetzt beschuldigt werden, pro-kommunistisch und anti-westlich zu sein? Ist es wirklich böser, Waffen von den Kommunisten zu kaufen, als sie ihnen zu schenken, wie Sie es taten?“

Das Lieblingszitat der Araber – ob sie Christen oder Moslems waren –, die ich in Kairo, Port Said, Beirut, Jerusalem und Bethlehem traf, war Winston Churchills Stoßseufzer aus dem zweiten Weltkrieg, daß „er sich mit dem Teufel selbst verbinden“ würde, um England zu retten. Warum sollte Nasser, so fragten sie, ein kommunistischer Agent oder eine rote Marionette sein, weil er Waffen aus dem Sowjetbereich kaufte, während Churchill, der in Teheran und Yalta Millionen von Europäern der kommunistischen Sklaverei überlieferte, um den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen, als großer englischer Staatsmann geachtet wird?

Und wirklich, warum sollte man das britische Imperium und die arabische Welt mit zwei verschiedenen Maßstäben messen?

Man bedeutete mir auch wiederholt, daß der Westen für Israel einen ganz anderen Maßstab bereithalte als für die Araber. Nasser wurde in der amerikanischen Presse als ein Alliierter der Sowjetunion verdächtigt, weil er Waffen aus der Tschechoslowakei bezog; aber kein Wort der Anklage erhob sich gegen Israel, das im Jahre 1948 seinen Sieg über die Araber zu einem wesentlichen Teil „den rechtzeitigen und bedeutsamen Waffenlieferungen von jenseits des Eisernen Vorhangs, vor allem aus der Tschechoslowakei" verdankte.

Viele weitere Beispiele für unsere einseitige Parteilichkeit lassen sich anführen. England und Frankreich beispielsweise dürfen sowjetische Tänzer, Musiker oder Fußballmannschaften einladen, russische Filme zeigen und andere „kulturelle" Beziehungen mit den kommunistischen Staaten pflegen, ohne daß die USA darauf unfreundlich reagieren. Sobald aber Ägypten an die gleichen Unternehmungen herangeht, werden sie als Beweis seiner „anti-westlichen" Orientierung genommen.

Großbritannien verkündet einseitig die Wiederaufnahme der Ausfuhr von strategisch wichtigem Kriegsmaterial an das kommunistische China, weil es den Profit sucht oder weil es den vergleichsweise hohen Lebensstandard erhalten möchte, an den seine Bevölkerung sich gewöhnt hat; und Amerika unterdrückt sein Bedauern über diesen Verrat an unseren Gefangenen in China und über die Hilfe, die den Feinden der freien Welt gewährt wird. Amerika verzeiht England sein Vorgehen mit dem Worten: „Armes England, es muß gewiß mit dem Feinde Handel treiben, um auf den Beinen zu bleiben; wollen wir uns darüber nicht zanken." Aber wenn Ägypten wirtschaftliche Beziehungen mit kommunistischen Ländern aufnimmt, um dem Druck des Westens zu entkommen und um Nahrung für sein hungerndes Volk zu beschaffen, dann wird daraus der Schluß gezogen, daß Kairo im Lager Moskaus stehe.

Den nationalen Führern der Araber kann auch kaum die Tatsache verborgen geblieben sein, daß Amerika nach wie vor große Mengen an Waffen und wirtschaftlicher Hilfe an den kommunistischen Diktator Jugoslaviens lieferte, obwohl Marschall Tito offen erklärt hat, daß er im Kriegsfalle Schulter an Schulter mit seinen

russischen Kameraden kämpfen werde. Der Widerstreit zwischen unseren Lobeshymnen auf Tito und unseren Beschimpfungen für Nasser – der im Gegensatz zu dem jugoslawischen Diktator kein ideologischer Bundesgenosse Moskaus ist – kann von den Arabern schwer verstanden werden. Sie können nur vermuten, die USA seien „kolonial gesinnt" und wendeten daher auf Europäer andere Wertungen an als auf Asiaten und Afrikaner.

Gewiß ist auch für weniger „einfältige" Leute wie die Araber unsere bedingungslose Hilfe an Tito ein unsinniger Widerspruch zu unserer Behauptung, wir stünden in einem weltweiten Kampf gegen den Kommunismus.

Englands Geschäftigkeit im Handel mit Rotchina, unsere Bereitschaft, einen Tito oder einen Gomulka zu unterstützen, und unsere Hilfe für Nehru, dessen „Neutralität" die Achse Moskau–Peking begünstigt, all diese Dinge haben den Eindruck geschaffen, daß die Moskau nahe verbundenen Staaten oder Völker, in denen einflußreiche kommunistische Parteien auf den Anschluß an das kommunistische Lager drängen, im Westen eine bessere Behandlung finden als unsere Freunde und Alliierten in Asien und Afrika, die eben ihre Unabhängigkeit gewonnen haben oder die noch um ihre Freiheit kämpfen.

Die „New York Times" vom 11. Mai 1957 zitiert den Präsidenten von Tunesien, Habib Burgiba, einen der vorbehaltlosesten Freunde der USA in der arabischen Welt:

„Für die Vereinigten Staaten war es wichtiger, das kommunistische Übel zu bekämpfen, wenn es einen kritischen Grad erreicht hatte, als vorsorgliche Ausgaben an Länder zu wenden, deren Regierungen ein klares Bündnis mit der freien Welt gewählt hatten. So setzten die USA eine Geldprämie auf den Flirt mit dem Kommunismus."

Es trifft sich schlecht für Ägypten, daß der Flirt mit Moskau keine Liebeserklärungen der Vereinigten Staaten hervorlockt, wenn Amerika dadurch in Konflikt mit seiner Treue zu England und Frankreich geraten könnte. Dazu kommt noch, daß keines der ara-

bischen Länder mit Frankreich in der Zahl und dem Einfluß seiner kommunistischen Partei konkurrieren kann. So gewinnt Paris jeden Streit, wem die größte Hilfeleistung aus Amerika zukommt. Also erhält Frankreich, wo einer von vier Einwohnern kommunistisch wählt, großzügige Unterstützung von den Vereinigten Staaten, die es dazu verwendet, die algerischen Freiheitskämpfer zu unterdrücken, die ihrerseits kommunistische Hilfe ablehnen.

Währenddessen spielt Moskau weiterhin den Freund der arabischen Unabhängigkeit und erweitert durch kleine Gaben von wirtschaftlicher Hilfe oder Waffen, die es scheinbar ohne Schlingen und Fußangeln liefert, den Kreis seines Einflusses unter den Völkern im Nahen Osten. Selbst wenn aber die USA, wie im Suez-Krieg, es wagen, der zionistischen Pression in Amerika zu widerstehen, und mutig und klug die imperialistischen Interessen Englands und Frankreichs zurückweisen, dann muß ein guter Teil der Früchte dieses moralischen Sieges zugunsten der Kommunisten geopfert werden, weil es notwendig ist, unseren anglo-französischen Alliierten die bittere Pille zu versüßen oder die falsch unterrichtete amerikanische öffentliche Meinung zu versöhnen.

Als ich im letzten Dezember in Jordanien, im Libanon und in Ägypten Zeuge der freudigen Überraschung und Dankbarkeit wurde, die Amerikas Eingreifen in den Suez-Krieg hervorrief, war ich davon überzeugt, daß wir die loyale Zusammenarbeit des größeren Teiles der arabischen Welt in unserem Kampf gegen den sowjetischen Imperialismus hätten gewinnen können und noch immer gewinnen könnten, wenn wir zäh auf unserem Standpunkt des gleichen Rechts für alle auch dann verharren würden, wenn der Rechtsbrecher sich in den Reihen unserer eigenen Freunde befände.

Stattdessen aber erhält Israel – nachdem es seine Schläge für den Angriff auf Ägypten bekommen hat – weiterhin steuerfreie amerikanische Dollars überwiesen, die zionistische Organisationen sammeln. Schon im Mai 1957 wurde Tel Aviv versichert, daß die USA-Dollar-Hilfe wieder aufgenommen werden würde, während Ägyptens eigene Dollarkonten in den Vereinigten Staaten noch immer eingefroren blieben. Noch mehr, die Vereinigten Staaten wei-

gerten sich, Nahrungsmittel, Medikamente oder Wolldecken für die ausgebombte Bevölkerung von Port Said zu spenden oder zu verkaufen, obgleich auch kirchliche Organisationen sie darum ersuchten.

Zu gleicher Zeit lieferte die Sowjetunion in ostentativer Großzügigkeit die Nahrungsmittel und die Medikamente, die Amerika hungernden und heimatlosen Ägyptern versagt hatte.

Unsere Haltung gegenüber Ägypten ist ähnlich der einer Stiefmutter, die, wenn sie ihre eigenen Kinder aus Erziehungsgründen schlägt, weil sie ihren Stiefbruder geprügelt haben, zugleich das Opfer straft und es auf Brot und Wasser setzt. Nach dem gleichen Rezept stoppte Amerika nach dem September 1956 auch die Verschiffung von überflüssigen Lebensmitteln, die vorher der CARE-Organisation zur Verteilung an hungernde ägyptische Schulkinder überlassen worden waren. Senator Hubert Humphrey äußerte sich dazu auf einer Pressekonferenz während seines Besuches in Kairo am 2. Mai 1957:

„Es ist schlecht für uns Amerikaner, wenn irgendein Volk fühlt, daß wir Nahrungsmittel als eine Waffe der politischen Vergeltung und des politischen Drucks benutzen . . . Unsere Lieferungen von Nahrungsmitteln sollten auf unsere eigene Veranlassung schnell wieder aufgenommen werden. Wir sollten nicht kleinlich sein.“

Der demokratische Senator aus Minnesota stellte auch fest, daß „Ägypten uns nicht feindlich ist“ und daß Nasser, obgleich er fühlt, daß wir versuchen, ihn zu isolieren und ihn durch wirtschaftlichen Druck zu Fall zu bringen, zwar „unglücklich aber nicht verbittert über Amerikas Reaktion ist“. Senator Humphrey war indessen klug genug zu erkennen, „er könne verbittert werden und seine Verbitterung könne ihn zu unkontrollierten Handlungen führen, die den Frieden des ganzen Gebietes bedrohen würden.“

Schon einen Monat später zeigte es sich, daß Oberst Nasser dieses Stadium der Verbitterung erreicht hatte, wie der hier früher schon erwähnte Korrespondent von „Look“ in einem Interview offenbarte:

„Ich habe den Amerikanern meine Meinung über den Nahen Osten schon vor fünf Jahren gesagt. Es hat keinen Zweck gehabt. Wie ich schon sagte, ich habe es satt. Alles, was ich zu sagen habe, ist, daß wir an einem Wendepunkt unserer Beziehungen mit dem Westen stehen. Ich möchte annehmen, daß Ihr Amerikaner versucht korrekte Informationen über diesen Teil der Welt zu sammeln. Seien Sie nicht oberflächlich. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, den Charakter des Nahen Ostens zu verstehen ...

Würden Sie jemandem trauen, der Ihnen einen Gewehrlauf in die Rippen drückt? Wir wurden durch Ihre englischen und französischen Alliierten angegriffen. Wir wurden durch Dulles bedroht. Ich lese, was Sie über mich in der amerikanischen Presse schreiben. Ich sage Ihnen, Sie machen es mir schwer, Ihnen zu vertrauen."

Während meines einstündigen Interviews mit Staatschef Nasser am 19. Dezember 1956 überzeugte ich mich, daß er nicht antiwestlich eingestellt ist. Aber seit damals haben wir es ihm sicher nicht leicht gemacht, den Anti-Westlern zu widerstehen, ohne daß er in einen Zweifronten-Krieg wie Chiang Kai-shek geriet.

Moskau stellte sich ursprünglich hinter Israel und gewann dadurch die Sympathie vieler Juden in der ganzen Welt, besonders in Amerika. Die Sowjetunion würde sich zweifellos wieder für Israel verwenden, falls Nasser dem Beispiel des chinesischen Führers folgen und sich eindeutig dem Westen verbinden würde.

Nasser weiß wahrscheinlich wenig oder nichts von China. Aber die Lehre aus Chinas tragischem Geschick muß dem ägyptischen Staatschef im letzten Herbst aufgegangen sein, als Moskau seinen Unmut bekundete, daß Nasser den Vereinigten Staaten seinen Dank für die Rettung Ägyptens vor den anglo-französisch-israelischen Angreifern aussprach. Nach dem Londoner „Economist" vom 17. November 1957 (der weit fairer und besser informiert war als die meisten amerikanischen Blätter in ihren Berichten und Kommentaren zur Suez-Krise) schäumte sowohl die „Prawda" wie auch der russische Rundfunk vor Empörung über, weil Nasser in seiner Rede am 9. November Amerika für sein Einschreiten gegen die Aggres-

sion Englands, Frankreichs und Israels gedankt hatte, anstatt die Sowjetunion allein als Ägyptens Retter zu rühmen.

Heute ist Nasser viel vorsichtiger geworden, zweifellos weil er unter dem Eindruck dessen steht, was er als „die Haßkampagne und den Nervenkrieg gegen Ägypten im Anschluß an die bewaffnete Aggression" nennt. In einer Rede in Alexandria vom 27. Juli 1957 erklärte der ägyptische Staatschef – übrigens in Übereinstimmung mit dem Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten – daß England und Frankreich das Feuer nur eingestellt hätten, weil das russische Ultimatum ihnen gebot, „sich vor einem Atomkrieg zu hüten". Wenn die Vereinigten Staaten nicht den Versuch gemacht hätten, Nasser an die Kette zu legen, während er sein Land gegen England, Frankreich und Israel verteidigte, sondern Sympathie und großzügiges Verständnis für die arabischen Ziele und die ägyptischen Probleme bewiesen hätten, dann hätten wir unzweifelhaft Moskaus Pläne, die arabische Welt auf seine Seite zu locken, nicht nur gehemmt, sondern für immer zuschanden gemacht. Stattdessen haben die USA das große Vertrauenskapital, das sie durch ihre Haltung zur Suez-Krise gewannen, inzwischen nutzlos vertan.

Es ist gewiß dem machtvollen Druck des vereinten zionistischen, französischen und englischen Einflusses in Amerika gelungen, die US-Regierung seit Anfang 1957 zur Preisgabe ihrer mutigen und einsichtigen Haltung zu veranlassen, die sie 1956 vor den Vereinten Nationen eingenommen hatte. Ein Amerikaner kann auch heute noch daran glauben oder darauf hoffen, daß Präsident Eisenhower, nachdem er einmal durch seine kluge und grundsätzliche Stellungnahme zu Suez das Risiko einer Niederlage in den Wahlen von 1956 auf sich genommen hatte, jetzt nicht zu der alten, fatalen Politik zurückkehren werde, Amerika an die französischen oder britischen imperialen Interessen oder die ehrgeizigen Ziele des Zionismus zu binden. Aber die Araber, von denen man nicht erwarten kann, daß sie die komplizierten Wege der amerikanischen Politik kennen oder verstehen, beurteilen natürlicherweise „westliche" Proklamationen nach „westlichen" Taten. Und wir selbst tragen noch zur all-

gemeinen Verwirrung bei, indem wir dazu neigen, in unserer Presse das Widerstreben der arabischen Völker gegen die französische und britische Kolonialherrschaft und ihre Furcht vor Israels Expansionsstreben mit „anti-westlichen“ oder pro-kommunistischen Gefühlen zu verwechseln.

Wir tun damit nichts anderes, als wenn wir glauben würden, die amerikanische Revolution sei durch „anti-britische“ Ressentiments inspiriert worden oder sei dem Einfluß der französischen Monarchie zu verdanken, die den amerikanischen Kolonien in ihrem Freiheitskampfe beistand.

Es ist wichtig zu erkennen, daß wir Moskau in die Hände spielen, wenn wir es als eine kommunistische Verschwörung betrachten, daß die arabischen Völker für ihre Einheit kämpfen, daß sie in Algerien die französische Kolonialherrschaft abzuschütteln versuchen und daß sie frei von Furcht vor der Wiedererrichtung westeuropäischer Herrschaft oder israelischer Expansion leben wollen. Durch die Gleichsetzung des arabischen Freiheitsstrebens mit dem Kommunismus stärken wir selbst seinen Einfluß und unterstützen seine falschen Versprechungen. So sind unsere Großzügigkeit und unsere guten Absichten während der Suez-Krise vergessen worden, denn unsere Bindung an den französischen Kolonialismus, unsere Hilfe für Israel und unsere Unterstützung unpopulärer Regierungen machen uns in arabischen Augen verdächtig.

Amerika bietet anscheinend Steine statt Brot. Die Kommunisten, deren Praxis vielmehr der Theorie widerspricht als bei uns, machen sich unser Unvermögen zu Nutze, eine beständige, von Englands, Frankreichs und Israels Wünschen unabhängige Politik zu führen. Es ist nur logisch und sollte uns nicht überraschen, wenn die Führer des arabischen Nationalismus, die unsere Freunde sein sollten und sein könnten, sich Moskau zuwenden, weil sie an ihrer Hoffnung verzweifeln, Unabhängigkeit, Einheit, Freiheit und Gleichberechtigung auf unserer Seite zu gewinnen.

Die nationalen Führer der Araber sind zum größten Teil Männer, die in englischen, französischen und amerikanischen Schulen und Universitäten erzogen wurden, wo sie sich für die westlichen

Gedanken von Freiheit und Gerechtigkeit entzündeten. Ihre Erziehung öffnete ihnen auch die Augen für die Möglichkeiten des Fortschritts und des Wohlstandes in ihren armen und rückständigen Heimatgebieten, wenn sie die alte feudale Sozialstruktur durch wirtschaftliche, soziale und politische Reformen überwinden und volkstümliche Regierungen an die Stelle selbstherrlicher Monarchien oder korrupter Bürokratien setzen würden. Aber obgleich sie danach verlangen, sich unserer Welt anzugleichen, werden sie doch von den Westmächten anscheinend immer gehindert, die Ideen, die sie bei uns gelernt haben, in die Praxis umzusetzen. Hieraus erwächst die Gefahr, daß sie den kommunistischen Verlockungen zum Opfer fallen. Diese Gefahr vergrößert sich noch durch die Tatsache, daß Ägypten und Syrien, gegen die sich unsere Maßnahmen richten, zivilisatorisch fortgeschrittener sind als alle anderen arabischen Länder, mit Ausnahme des Libanon.

In den zwanziger Jahren scheiterte der Kommunismus an den derben und brutalen Methoden Stalins. Heute führen geschicktere Hände das Ruder der Sowjetmacht, die sich jetzt auch über China ausdehnt. Heute gibt es niemanden im Kreml, der offen zugibt, daß die Kommunisten die nationale Freiheitsbewegung in Asien und Afrika für ihre eigenen Zwecke ausnutzen. Moskaus linke Hand ist so sorgfältig versteckt, daß weder Amerikaner noch Araber erkennen, wie die Kommunisten Gift in den Wein der Freundschaft träufeln oder wie sie den Westen durch ihre Anschläge, Konspirationen oder Massendemonstrationen in die Irre führen, mit denen sie die arabische Welt zu teilen und für die kommunistische Eroberung reif zu machen suchen.

Heute wissen wir weit mehr über Ziele und Methoden des Bolschewismus als während und nach dem zweiten Weltkrieg, als wir unseren Sieg gegen Deutschland in eine Niederlage gegenüber der Sowjetunion eintauschten. Aber wir haben immer noch keine rechte Vorstellung davon, wie abwegig und machiavellistisch die Politik der Sowjets sein kann. Vor allem scheinen wir nicht zu begreifen, daß der Kreml es versteht beide Seiten gegeneinander auszuspielen, um das „Teile und Herrsche“ mit vollem Erfolg anzuwenden.

Während Stalin die Juden in der Sowjetunion und ihren Satelliten verfolgte, stand er im Jahre 1948 zugleich mit Truman als Pate am Taufbecken Israels. In unseren Tagen unterstützt Moskau den arabischen Nationalismus gegen den Zionismus, sät aber unter der Hand zugleich Unfrieden unter den Arabern selbst und zwischen ihnen und Israel, um zu verhindern, daß das „Vakuum" im Nahen Osten durch eine starke Gemeinschaft von arabischen Staaten ausgefüllt wird. Und da die Vereinigten Staaten in ihrer Angst, die arabischen Nationalisten seien Freunde Moskaus oder könnten dazu werden, ebenfalls eine Politik der Aufspaltung unter den Arabern betreiben, so ist das Spiel für Moskau allzuleicht zu gewinnen. Anstatt daß wir endlich einsehen, daß es nur ein Mittel gibt, den Nahen Osten vor der Umarmung der Sowjets zu retten, nämlich die Bildung einer unabhängigen und lebensfähigen Föderation von arabischen Staaten, anstatt also den Arabern auf diesem Wege zu helfen, treiben wir sie genau auf den entgegengesetzten Weg.

III.

Die Hintergründe der Suez-Krise

Selten ist ein geschichtlicher Vorgang so sehr durch Vorurteil und Leidenschaft, Unkenntnis, Irrtum und Bosheit verdunkelt worden wie die Auseinandersetzung um den Suez-Kanal. Kein Politiker oder Journalist, der Nasser in heller Empörung als Vertragsbrecher und Verletzer des Völkerrechts anklagte, scheint es für nötig gehalten zu haben, sich der Tatsachen zu vergewissern, oder er zog es vor, sie nicht zu kennen. Anstatt daß man den Inhalt der Verträge und Abmachungen studierte, die der ägyptische Staatschef verletzt haben sollte, sprudelte die Mehrheit der amerikanischen Journalisten, Leitartikler und Kommentatoren aus allen politischen Richtungen vor Empörung über und gefiel sich in Beschimpfungen anstelle von Argumenten. Alte Republikaner, für die „Nationalisierung" gleich „kalter Sozialismus" ist, den sie mehr fürchten als den Kommunismus, reagierten wie Stiere vor dem roten Tuch. „Liberale", die zweifellos Nassers Nationalisierungs-Maßnahmen als ein Anzeichen seiner „fortschrittlichen" Politik begrüßt hätten, wäre er nicht ein Feind von Israel, ließen in ähnlicherweise ihren Haßgefühlen gegen den „arabischen Hitler" und den „Diktator am Nil" freien Lauf. Die Anglophilen und die Freunde Frankreichs verstärkten diesen Haßgesang. Frühere Parteigänger und Freunde der Sowjetunion begrüßten die Gelegenheit, sich von dem Vorwurf, noch immer anfällig für den Kommunismus zu sein, dadurch zu befreien, daß sie Nasser als Agent des Kreml oder als rote Marionette denunzierten. „Progressive" und „Konservative", Parteigänger von Truman und Stevenson zusammen mit Senator McCarthy und seinem Gefolge, Leitartikler wie George Sokolsky und Henry Hazlett, Stuart Alsop, Marquis Childs, Drew Pearson und Max Lerner –

alle wetteiferten in der Heftigkeit ihres Abscheues gegen „diesen Mann“ Nasser. Auch William F. Buckleys „National Review“ und Frank Hanighens „Human Events“, die bei fast jedem anderen Anlaß in Widerspruch zur „New York Times“ und „New York Post“ stehen, fanden sich in grundsätzlicher Zustimmung mit diesen Blättern. In dem allgemeinen Sturm der Verleumdung konnte nur hier oder dort noch die leise Stimme der Vernunft und der Wahrheit gehört werden. Die Zeitungen des Scripps-Howard-Konzerns, gelegentlich auch die Publikationen von Luce, ein abseitiger Konservativer wie John T. Flynn, ein paar wirkliche Liberale und Internationalisten, die sich von dem Durchschnitt unterschieden, besonders Norman Thomas und Dorothy Thompson, weiterhin einige mutige Berichterstatter wie Marguerite Higgins von der New Yorker „Herald Tribune“, Homer Bigart von der „New York Times“ und Winton Wynn von der „Associated Press“, das waren die wenigen, die sich bemühten, die amerikanische Öffentlichkeit über die Tatsachen aufzuklären. Aber ihre Stimmen drangen kaum durch. Mit dem höchsten Grade der Einstimmigkeit seit dem zweiten Weltkrieg, als Konservative und „Reaktionäre“ sich den Liberalen und Fortschrittlichen beigesellten, um Stalins Hand zu drücken und gemeinsam mit diesem Bundesgenossen Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, mit der gleichen Einstimmigkeit beschuldigte jetzt die amerikanische Presse den Oberst Nasser, den Suez-Kanal geraubt oder gestohlen zu haben, brandmarkte ihn als den „kommunistisch versippten, erwiesenen Vertragsbrecher“, als „einen bedenkenlosen Diktator, der aktiv von Moskau unterstützt wird“, als einen „arabischen Hitler“ und so weiter und so fort.

Ebenso wie Chiang Kai-shek vor einem Jahrzehnt wurde Nasser gründlich verleumdet – nur, daß diesmal die Verleumdung von beiden Seiten kam. In beiden Fällen wurden die Tatsachen vor dem amerikanischen Volke verdunkelt und die Sache des Kommunismus gefördert. Der bedeutsame Unterschied lag darin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten damals dazu beigetragen hatte, die Stellung der chinesischen Nationalregierung zu untergraben und den Weg für die Kommunisten freizumachen, während im Falle

Ägyptens die Regierung sich bemühte, fair und objektiv zu bleiben, um nicht die arabische Welt in die Fänge Moskaus zu treiben, – trotz des törichten und böswilligen Geschreies der amerikanischen Presse und des Kongresses.

Die meisten Zeitungsschreiber verwirrten das Bild der Suez-Krise, weil sie keine saubere Unterscheidung zwischen der Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft und der Beachtung der Konvention von Konstantinopel vom Jahre 1888 machten, die in der Tat zwei ganz verschiedene Dinge sind. Das State Department hat diese Unterscheidung gemacht, indem es feststellte, daß Nassers Dekret zur Nationalisierung nicht der geringste Hinweis zu entnehmen sei, Ägypten beabsichtige, jene Konvention zu mißachten und den Kanal als internationale Wasserstraße zu sperren. Alfred Lilienthal zitiert in seinem Buch „There goes the middle east“ (New York, Devin-Adair, 1957) einen Regierungssprecher mit folgenden Worten:

„Ägypten hat zweifellos das Recht, die Suez-Kanal-Gesellschaft zu nationalisieren, wenn es das wünscht, vorausgesetzt, daß eine entsprechende Entschädigung gewährt wird. Wenn Nasser nicht weitergeht und den Betrieb des Kanals nicht unterbricht, dann ist alles in Ordnung.“

Wer die geschichtliche Entwicklung und die juristischen Gegebenheiten untersucht, kann Nasser keineswegs beschuldigen, er habe irgendeinen Vertrag gebrochen oder das Völkerrecht verletzt, als seine Regierung die Suez-Kanal-Gesellschaft nationalisierte und den Betrieb des Kanals selbst übernahm. Man mag dazu stehen, wie man will, diese Maßnahme war genau so gesetzlich wie die Nationalisierung der englischen Bergwerke, der Eisenbahngesellschaften und der Stahlindustrie durch die britische Labour-Regierung. Denn die entscheidende Tatsache, die Nassers Feinde und Kritiker nicht kennen oder unterschlagen, liegt darin, daß die Suez-Kanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft unter ägyptischem Recht ist, die eine Konzession zum Bau eines Kanals durch ägyptisches Gebiet und mit ägyptischer Arbeitskraft erhalten hatte.

Die ägyptische Regierung ahmte weder Stalin noch Tito noch Mao Tse-tung nach, die das Eigentum von Ausländern ebenso wie den Besitz ihrer eigenen Staatsbürger ohne Entschädigung enteigneten. Die ägyptische Regierung übernahm volle Entschädigung für die Aktieninhaber der Suez-Kanal-Gesellschaft zu dem Preise, den die Pariser Börse am Tage vor der Veröffentlichung des Nationalisierungs-Dekrets ausgewiesen hat.

In der „Saturday Evening Post" vom 26. Januar 1957 schrieb James P. O'Donell hierzu:

„Im Vergleich mit gewissen anderen Staatsmännern, die sich auf der Weltbühne produziert haben, scheint der Oberst ein Abdul Légalité zu sein."

Wenn irgend jemand daran zweifelt, daß der Suez-Kanal ägyptisches und nicht fremdes Eigentum ist und daß man daher Nasser nicht beschuldigen kann „ein Vertragsbrecher" zu sein, so braucht er nur einen Blick auf den Text der ursprünglichen ägyptischen Konzession an die Suez-Kanal-Gesellschaft zu werfen oder sich mit den rechtlichen Argumenten zu befassen, die die Engländer selber vorbrachten, als sie ihr „Protektorat" über Ägypten ausübten.

Als Ägypten der „Universal Suez Maritime Canal Company" eine Konzession zum Bau und Betrieb eines Kanals vom Mittelmeer zum Roten Meer erteilte, war das Land ein Teil des Ottomanen-Reiches. Die türkische Regierung verlangte als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu dieser Konzession eine genaue Klärung des Status der Suez-Kanal-Gesellschaft.

Diesem Verlangen wurde durch ein Übereinkommen vom 22. Februar 1866 entsprochen, das „die endgültigen Bedingungen festlegt, wie sie die Hohe Pforte ratifiziert hat".

Der Artikel 16 dieses Dokumentes lautet:

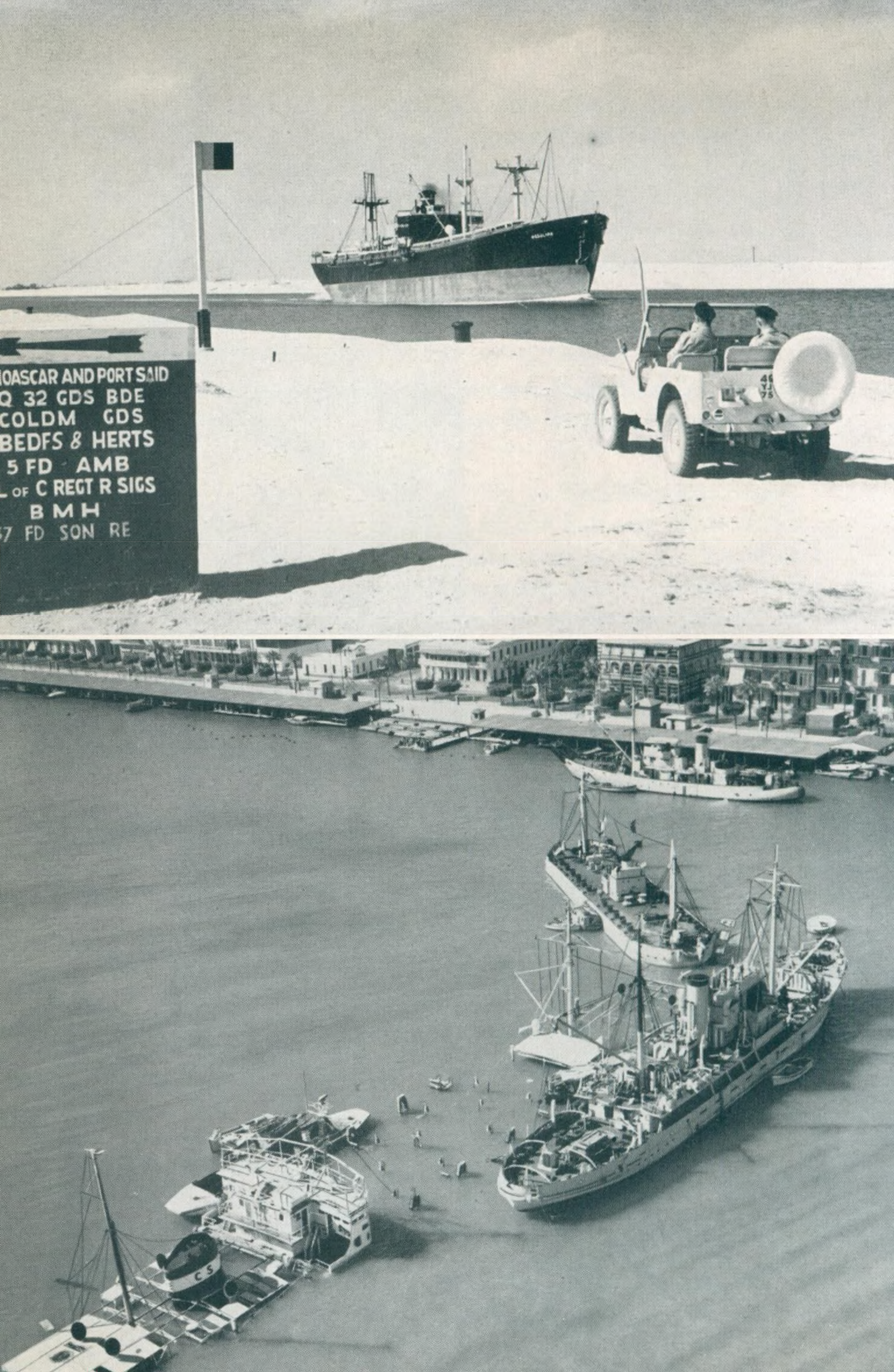
„Da die Universal Company of the Maritime Suez-Canal Company eine ägyptische Gesellschaft ist, bleibt sie den Gesetzen und dem Gewohnheitsrecht des Landes unterworfen."

Der gleiche Artikel bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und der ägyptischen Regierung „den ägyptischen Ju-

Das Denkmal des Erbauers des Suez-Kanals, Ferdinand Lesseps, an der Hafenmole von Port Said



und nach dem Suez-Konflikt zerstört



OASCAR AND PORT SAID
Q 32 GDS BDE
COLDM GDS
BEDFS & HERTS
5 FD AMB
L OF C REGT R SIGS
B M H
7 FD SQN RE

stizbehörden vorgetragen und nach ägyptischem Recht entschieden“ werden müssen. Er sieht weiterhin vor:

„Was Streitigkeiten betrifft, die in Ägypten zwischen der Gesellschaft und Privatpersonen irgendwelcher Nationalität entstehen, so sind sie vor ägyptischen Gerichten zu behandeln, die nach ägyptischem Recht, ägyptischem Brauch und gemäß den Verträgen des Landes richten werden.“

Die einzige Ausnahme hiervon betrifft die „Satzung der Gesellschaft“ und „die Beziehungen der Anteilseigentümer untereinander“.

Diese sollten „auf Grund einer besonderen Vereinbarung“ nach den „Vorschriften für gemischte Aktiengesellschaften “ geregelt werden, indem man Streitigkeiten unter den Aktieninhabern oder zwischen ihnen und der Gesellschaft „Schiedsgerichten in Frankreich übertrug, mit einer Appelationsmöglichkeit vor dem Kaiserlichen Gerichtshof in Paris als höchstem Schiedsrichter“.

Da Frankreich sich weithin des Rufes erfreut, rückständigen Völkern die Zivilisation gebracht zu haben und für die Freiheit des Individuums einzutreten, ist es nicht uninteressant, den ersten Artikel der Übereinkunft mit der Türkei von 1866 in Erinnerung zu rufen mit der Überschrift „Abschaffung der Zwangsarbeit bei dem Kanalbau“. Ägypten verpflichtete sich, eine Entschädigung von achtunddreißig Millionen Franken an die Kanal-Gesellschaft zu zahlen, um damit die Genehmigung von 1856 zu widerrufen, die de Lesseps berechtigte, ägyptische Zwangsarbeiter beim Bau des Kanals zu verwenden, eine Berechtigung, die zugunsten der französischen und englischen Aktieninhaber vielen Tausenden Ägyptern das Leben gekostet hatte.

Als Entgelt für Ägyptens Zahlung von achtunddreißig Millionen Franken für die Preisgabe des Rechts auf Zwangsarbeit durch die französisch geleitete Suez-Kanal-Gesellschaft, erklärte sich die

Bilder links: Die „Orsolina“ im Suez-Kanal und englische Beobachter am Kanal-Ufer. — Wracks von gesunkenen Tankern versperren den Schiffahrtsweg bei Port Said.

letztere liebenswürdigerweise damit einverstanden, hinfort „die nötigen Arbeiter für das Unternehmen nach allgemeinen Rechtssätzen anzuwerben".

In diesen und früheren Übereinkünften von 1854 und 1856 zwischen Ägypten und der Suez-Kanal-Gesellschaft war es klargeworden, daß der Kanal und die Ländereien, die der Suezkanal-Gesellschaft für den Bau von Einrichtungen zum Betrieb des Kanals verpachtet worden waren, ägyptisches Hoheitsgebiet blieben. Sie waren weiterhin der ägyptischen Polizei unterstellt, und die ägyptische Regierung behielt sich das Recht vor „jedes Gebiet und jeden strategischen Punkt, den sie für die Verteidigung des Landes für notwendig halte, zu besetzen".

Wie auch John T. Flynn in seinen Rundfunk-Vorträgen bestätigte, hat Präsident Nasser ganz zweifellos im Rahmen seiner Hoheitsrechte gehandelt, als er den Suez-Kanal nationalisierte, ebenso wie Präsident Roosevelt, als er die Tennessee Valley Authority errichtete.

Die Hohe Pforte, nämlich die türkische Regierung in ihrer Eigenschaft als oberste Instanz für Ägypten, weigerte sich am 10. Januar 1872 auf Vorschläge einzugehen, die einer internationalen Organisation den Betrieb des Kanals übertragen wollten: „Sie könne aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zulassen, daß der Kanal verkauft oder auf ihrem eigenen Gebiet eine internationale Verwaltung geschaffen werde."

Dementsprechend wurde in der Konvention von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 (unterzeichnet von Großbritannien, Deutschland, Österreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Türkei) Ägypten und nicht die Suez-Kanal-Gesellschaft zum Garanten des ungehinderten Kanalverkehrs eingesetzt, wobei es Ägypten überlassen blieb, nach seiner Wahl eine Behörde zum Betrieb des Kanals einzusetzen.

Die Konvention von Konstantinopel unterscheidet im Einzelnen in Artikel XII die bedingten territorialen Rechte der Türkei und die unbedingten Hoheitsrechte Ägyptens. Sie sieht auch keine Klauseln zu Gunsten der Konzession an die Suez-Kanal-Gesell-

schaft vor. Im Gegenteil sagt Artikel XIV ausdrücklich, daß die Regelungen der Konvention unabhängig von der Konzession an die Suez-Kanal-Gesellschaft Anwendung finden solle. Die beiden Dinge stehen also ohne Beziehung nebeneinander, obgleich man der amerikanischen Öffentlichkeit vorgespiegelt hat, sie seien miteinander identisch.

Wir finden eine Bestätigung hierfür bei dem Völkerrechts-Experten Robert Delson, der im „Reporter" vom 27. Juni schrieb:

„Die Auffassung, die Kanal-Gesellschaft sei auf Grund der Konvention der international eingesetzte und privilegierte Schutzengel der freien Kanalpassage, stößt sich mit den Formulierungen der Konvention selbst, die vorsah, daß jeder durch den Kanal auf- und niederfahren könne und nicht daß ein jeder das Recht habe den Kanal zu besitzen und den Kanalbetrieb zu führen." (Sperrung durch Verfasser.)

Mr. Delson stellt fest, daß der Text der Konvention keinerlei Rechtfertigung für die Äußerung des britischen Außenministers Selwyn Lloyd im Jahre 1956 gibt, der Betrieb des Kanals durch die Gesellschaft „bilde einen grundlegenden Teil der Konvention". Ebenso befand sich Mr. Dulles im Unrecht mit seiner Auffassung, daß die Konzession an der Suez-Kanal-Gesellschaft vom Jahre 1866 durch den Vertrag von 1888 in das endgültige Vertragssystem eingebaut worden sei, das die Rechte der Gesellschaft festsetzt. Mr. Dulles war offensichtlich zu sehr in Eile, um den Text studieren zu können, und er war durch seine Experten falsch unterrichtet, als er meinte, „das Recht und die Einrichtungen zum Betrieb des Kanals durch die Gesellschaft seien durch die Konvention von Konstantinopel als ein allgemeines internationales Anliegen gesichert worden". Denn dieser Vertrag hatte gar nicht zur Absicht, die ägyptische Konzession an die Suez-Kanal-Gesellschaft in sich aufzunehmen oder zu garantieren. Er war im Gegenteil dazu bestimmt „die Ausübung eines in Ägyptens Belieben stehenden Rechtes aus einem Arrangement (mit der Suez-Kanal-Gesellschaft) in eine vertraglich gesicherte, rechtliche Verpflichtung umzuwandeln."

Wie wir die Konvention von Konstantinopel auch immer interpretieren mögen, ihre Bestimmungen wurden öfter gebrochen als eingehalten. Das lag einmal an dem widerspruchsreichen Text der verschiedenen Artikel, zum anderen daran, daß Großbritannien sich mehr als zwei Jahrzehnte weigerte, die wichtigsten Vorschriften der Konvention zu ratifizieren, und zum dritten an der einseitigen Aufsage der wichtigsten Klausel durch England und Frankreich im Jahre 1904, der Klausel nämlich, die die freie Durchfahrt für die Schiffe aller Nationen auch in Kriegszeiten garantierte.

Aber in einer Hinsicht sind die Bestimmungen von Konstantinopel deutlich genug, um Ägyptens Haltung zu rechtfertigen, nämlich daß den Schiffen Israels die Passage durch den Suez-Kanal verweigert werden dürfe, so lange nur ein Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel bestehe. Denn Artikel X bestimmt, daß die Regelung über freie Passage „auch für Schiffe von Kriegführenden" nicht Maßnahmen Ägyptens oder seines Suezterrains (zu jener Zeit des Sultans der Türkei) behindern solle, „die es für notwendig hält, um die Verteidigung Ägyptens und die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung durch die eigenen Streitkräfte zu sichern". Der gleiche Artikel X sieht auch vor, daß die Bestimmungen der Artikel IV, V, VII, und VIII des Vertrages „in keinem Falle Maßnahmen behindern sollen, die die kaiserliche ottomanische Regierung für notwendig hält, um die Verteidigung ihrer weiteren Besitzungen an der Ostküste des Roten Meeres durch ihre eigenen Streitkräfte zu gewährleisten".

Nachdem England im Jahre 1884 Ägypten besetzt hatte, verharrte es in der gleichen Opposition gegen alle Versuche, den Suez-Kanal zu internationalisieren wie die Türkei zuvor. Auf einer Konferenz vom Juni 1885 in Paris machte der britische Vertreter Mr. Pauncefote nach einer grundsätzlichen Zustimmung zu der Konvention (die dann 1888 in Konstantinopel unterzeichnet wurde) die Einschränkung, daß sie „nicht die Handlungsfreiheit Englands behindern dürfe, so lange es Ägypten besetzt halte". Und Lord Salisbury (dessen Nachkomme im Jahre 1957 aus Protest gegen die von Premierminister Macmillan erzwungene Anerkennung

der Berechtigung Ägyptens, den Kanal selber zu verwalten, aus dem britischen Kabinett ausschied), sandte 1887 ein Rundschreiben an die Signatar-Mächte, worin er sich Englands Handlungsfreiheit in Ägypten ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Konvention von Konstantinopel vorbehielt. Elf Jahre später, am 12. Juli 1898, antwortete Mr. Curzon, damals Unterstaatssekretär im Foreign Office auf eine Anfrage im Unterhaus, ob die Konvention von Konstantinopel in Kraft sei:

„Sie war zweifellos in Kraft ... aber sie wurde in der Praxis nicht angewendet. Das beruht auf den Vorbehalten, die die britischen Delegierten bei der Suez-Kanal-Kommission im Jahre 1885 für Ihrer Majestät Regierung vorgebracht hatten, die durch Lord Salisbury formuliert und den Mächten im Jahre 1887 übermittelt worden sind."

Für fast zwei Jahrzehnte blieb Großbritannien bei seiner Weigerung die Vorschriften der Konvention von Konstantinopel über freie Kanalpassage zu allen Zeiten für die Schiffe aller Nationen anzuwenden. Als es sich schließlich dazu bequemte, machte England wiederum einen Vorbehalt (in seinem Tauschgeschäft mit Frankreich, das Frankreich freie Hand in Marokko gegen freie Hand für England in Ägypten gab), wodurch die wichtigste Bestimmung aufgehoben oder jedenfalls praktisch unanwendbar gemacht wurde, nämlich bezüglich des letzten Satzes von Artikel I, der lautet: „Der Kanal soll niemals der Ausübung eines Blockaderechtes unterworfen sein."

Als die Engländer im Jahre 1922 Ägypten dem Namen nach die Unabhängigkeit verliehen, behielten sie für sich das ausschließliche Recht den Kanal zu kontrollieren und zu verteidigen. Wenn heute Ägypten als vertragsbrüchig beschuldigt wird, weil es Israel die Schiffahrt durch den Kanal verbietet, sollten wir uns des englischen Beispiels erinnern. So lange England über Ägypten herrschte, weigerte es sich ausdrücklich, sich oder seinen ägyptischen Vasallen in der Ausübung der Rechte einer kriegführenden Macht zu beschränken.

Ohne daß sich irgendein hörbarer Protest der Signatar-Mächte der Konvention von Konstantinopel erhob (mit Ausnahme Deutschlands, Österreichs und vielleicht der Türkei während des ersten und Italiens und Deutschlands während des zweiten Weltkrieges) hielt Großbritannien den Kanal nur für seine und seiner Alliierten Schiffahrt offen.

Ich verdanke Mr. Delsons Artikel im „Reporter" die Kenntnis einer weiteren interessanten Tatsache. Er berichtet, daß „Präsident Roosevelt, als Rommel im Jahre 1943 nur noch fünfzig Meilen vor Alexandria stand, sich zu vergewissern suchte, ob England vorbereitet war, im Ernstfall den Kanal zu sprengen, – obgleich die Konvention bestimmte, daß der Kanal in Kriegs- und in Friedenszeiten offenzuhalten sei".

Zu Zeiten seines „Protektorats" über Ägypten betonte England mit demselben Nachdruck den ägyptischen Charakter der Suez-Kanal-Gesellschaft, mit dem es im Jahre 1956 das Gegenteil behauptete.

Zum Beispiel erklärte die britische Regierung in einem Memorandum, das sie dem Gemischten Gerichtshof in Ägypten im Jahre 1939 vorlegte (der übrigens im Februar 1940 zu Englands Gunsten entschied):

„Die Suez-Kanal-Gesellschaft ist ein Rechtssubjekt gemäß dem ägyptischen Recht. Ihre Nationalität und ihr Rechtscharakter sind ausschließlich ägyptisch. Sie untersteht daher den ägyptischen Gesetzen.

Wenn auch die Gesellschaft den Namen trägt ‚The Universal Company of the Maritime Suez-Canal' . . . so kann doch diese Bezeichnung die Gesellschaft nicht ihres ägyptischen Charakters berauben. Die Gesellschaft ist ägyptisch in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des Rechts (Sperrung des Verfassers) *und insbesondere mit den Prinzipien des internationalen Privatrechts und der Satzung der Gesellschaft.*

Sie ist ägyptisch, weil sie auf einer Konzession beruht, die aus

ägyptischen privatrechtlichen Anteilen besteht, und weil sie im wesentlichen in Ägypten ansässig ist.

Sie kann nicht ägyptisch und zugleich nicht-ägyptisch sein. Das wäre eine rechtliche Anomalie . . . und stünde im Gegensatz zu den allgemeinen Rechtsprinzipien."

Schließlich und endlich sei bemerkt, daß der Artikel VIII des Übereinkommens zwischen Ägypten und Großbritannien vom Jahre 1954 ausdrücklich feststellt, daß der Suez-Kanal ein integraler Teil Ägyptens ist.

In diesem englisch-ägyptischen Vertrage von 1954, mit dem die letzte britische Oberhoheit über Ägypten liquidiert wurde, ist von der Suez-Kanal-Gesellschaft nicht die Rede; und die einzige Erwähnung, die die Konvention von Konstantinopel in diesem Dokument findet, ist in der Versicherung enthalten, daß man „die Konvention von 1888, die die Freiheit der Schiffahrt auf dem Kanal garantiert, aufrechterhalten" wolle.

England konnte offenbar nicht gut verlangen, daß Ägypten die Bestimmungen dieser Konvention anders auslegen oder anwenden solle als Ihrer Majestät Regierung.

Als England im Jahre 1914 den Suez-Kanal für die deutsche und österreichische Schiffahrt sperrte, war Ägypten seiner Verfassung nach ein Teil der Türkei. Die Türkei war aber noch neutral, so daß die Artikel der Konvention von Konstantinopel, die Ägypten es erlaubten, den Kanal für gewisse Flaggen zu sperren, falls es seine Selbstverteidigung erforderte, rechtlich nicht anwendbar waren. Aber als am 18. August 1914 ein österreichisches Handelsschiff, die „Carcadero", die über keine Funkeinrichtungen verfügte und deren Besatzung daher noch nichts vom Ausbruch des Krieges wußte, nichtsahnend in Suez einlief, wurde sie von britischen Soldaten ergriffen und zur Prise erklärt.

Nach Mr. Delsons Worten „setzten sich die Unterzeichner und jeweiligen Nutznießer der Konvention über ihre Grundsätze hinweg, sobald es ihnen nützlich schien".

Wenn Ägypten der Verletzung des internationalen Rechts und

der Konvention von Konstantinopel für schuldig erachtet wird, weil es die Schiffahrt Israels aus dem Kanal verbannt, dann müssen die Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Panama-Kanal für ebenso schuldig erklärt werden. Denn die Neutralitätsbestimmungen des Hay-Pauncefote-Vertrages von 1901 (zu dem sich die Vereinigten Staaten bequemen mußten, um der Verpflichtung zu entgehen, den Kanal nur gemeinsam mit England zu bauen) sind nach dem Muster der Konvention von Konstantinopel von 1888 gearbeitet, über die Sir Julian Pauncefote 1885 in Paris ebenfalls selbst verhandelt hatte. Ungeachtet dessen veröffentlichte Präsident Wilson kurz nach dem Eintritt der Staaten in den ersten Weltkrieg eine Erklärung, die deutschen und österreichischen Schiffen die Benutzung des Panama-Kanals untersagte. Die USA gingen aber noch weiter: diese Sperrung des Panama-Kanals wurde aufrechterhalten, auch nachdem die Vereinigten Staaten gemeinsam mit ihren Alliierten den Waffenstillstand mit Deutschland am 11. November 1918 zu Compiègne unterzeichnet hatten, ja, auch noch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland im Juni 1919 zu Versailles. Da der Versailler Vertrag lange Monate im US-Senat diskutiert und schließlich verworfen wurde, blieb der Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bis zum Vertrag von Berlin vom 25. August 1921 bestehen. Während dieser ganzen dreijährigen „Waffenstillstands-Periode" blieb der Kanal der deutschen Schiffahrt verschlossen (bis auf die Ausnahme – wenn man es so nennen will – für jene deutschen Schiffe, die von den alliierten Mächten beschlagnahmt worden waren).

Angesichts dieser Vorgänge ist es unmöglich die These aufrechtzuerhalten, daß Ägypten gegen die Konvention von Konstantinopel oder gegen das Völkerrecht handele, wenn es den Suez-Kanal für die Schiffahrt Israels während eines Waffenstillstandes sperrt. Schließlich war der Suez-Kanal für die Schiffe Israels auch schon gesperrt, bevor die Engländer sich aus Ägypten zurückzogen, so daß das Nationalisierungs-Dekret mit dieser Sache überhaupt nichts zu tun hat.

Man kann Nasser auch in anderer Hinsicht nicht eines Verstoßes

gegen die Konvention von 1888 zeihen, da Ägypten nach der Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft es fertig brachte, den Kanal in vollem Betrieb zu halten – trotz der Anstrengungen der französischen Gesellschafts-Direktoren, Kairos Bemühungen zu sabotieren. Es waren Frankreich und England und nicht Ägypten, die 1956 sich anstrengten, die freie Durchfahrt durch den Kanal zu unterbrechen. Die Direktoren der Suez-Kanal-Gesellschaft boten ihren Lotsen einen zweijährigen Gehaltszuschuß, um sie zur Aufgabe ihrer Arbeit zu bewegen, und bedrohten die, die bleiben würden, mit dem Verlust ihrer Pensionen. M. Georges Picot, der Generaldirektor der Suez-Kanal-Gesellschaft (und französischer Vertreter bei den Vereinten Nationen), stellte am 6. August fest, daß fast alle nicht-ägyptischen Lotsen „loyal" seien, und fügte hinzu: „Ich könnte morgen jeden Verkehr auf dem Kanal beenden, wenn ich den Befehl zur Heimreise gäbe. Die Gesellschaft ist jetzt in der Lage, die Treue ihrer Angestellten dazu zu benutzen, den Kanal zu jeder beliebigen Zeit zu paralysieren." Als dann am 11. September die Lotsen den Kanal verließen, glaubten London und Paris zuversichtlich, Nasser in eine unentrinnbare Klemme versetzt zu haben. Der „Times"-Korrespondent in Paris sprach es aus:

„Entweder wird die Schiffahrt unterbrochen oder die Ägypter werden die Lotsen gewaltsam zurückhalten. Man ist hier der Ansicht, daß beide Ereignisse ein Anlaß für die militärische Intervention Englands und Frankreichs wären."

Man mußte sich schließlich um einen dritten Anlaß bemühen, da es Ägypten glückte, ebensogroße Konvois wie zuvor durch den Suez-Kanal zu schicken, und Nasser sogar den britischen und französischen Schiffen die Durchfahrt gestattete, die sich weigerten, die Gebühren an Ägypten zu bezahlen. Nicht Ägypten, sondern England und Frankreich verursachten schließlich in Zusammenarbeit mit Israel die Blockade des Suez-Kanals durch ihre Aggression gegen Ägypten.

Ägypten verdankte seinen Erfolg vornehmlich der Ausdauer und der patriotischen Begeisterung der ägyptischen Lotsen, die vier-

undzwanzig Stunden am Tag arbeiteten; auch den Griechen, deren Unterstützung in diesen Krisenzeiten von Nasser dankbar anerkannt wurde; und auch dem loyalen Dienst mancher Lotsen anderer Nationalität, die sich auch durch große Summen nicht bewegen ließen, ihre Arbeit hinzuwerfen. Auch deutsche Lotsen kamen vom Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Ägypten, um ihre Dienste anzubieten, trotz der plötzlichen Erhöhung ihrer Gehälter durch Dr. Adenauers Regierung, die in ihren Bemühungen um eine Versöhnung mit Frankreich jede Hilfe für Ägypten zu verhindern suchte. Nasser erhielt auch in seinen erfolgreichen Bemühungen, den Kanal offen zu halten, den Beistand amerikanischer, italienischer und skandinavischer Freiwilliger, die seinem Aufruf folgten, die von Frankreich zum Zweck der Sabotage des Kanals zurückgezogenen Lotsen zu ersetzen. Selbst einige russische und jugoslavische Lotsen wurden von ihren Regierungen nach Ägypten beordert.

Alles in allem bewies dieser Erfolg der ägyptischen Regierung, daß sie auf eigenen Beinen stand und auch ohne die Hilfe Englands und Frankreichs, ja selbst gegen die anglo-französischen Sabotage-Versuche, den friedlichen Kampf um den Kanal gewinnen konnte. Man berichtete mir sogar in Ägypten, daß die neuen deutschen Lotsen in ihrer typischen Tüchtigkeit der neuen ägyptischen Verwaltung Vorschläge gemacht hätten, deren Durchführung die Kanalreise gegenüber früher um zwei Stunden verkürzte.

Wenn angesichts dieser Tatsachen viele amerikanische Blätter, in Sonderheit die „New York Times", dabei bleiben, Ägypten fälschlich als Rechtsbrecher und Verletzer des Völkerrechts anzuschuldigen, der somit den anglo-französischen Angriff „provoziert" habe, dann liegt das entweder an ihrer Unkenntnis oder daran, daß ihre Leitartikler zu böse waren, um die Tatsachen und den historischen Ablauf zu studieren.

Die Ignoranz oder der Glaube, daß die Dinge nun mal so seien, kann sich ebenso gefährlich auswirken, wie eine handfeste Lüge, denn wenn falsche Behauptungen in der Presse und im Rundfunk nur oft genug wiederholt werden, dann finden sie schließlich Glauben und leiten die Politiker in die Irre.

Wenn Oberst Nassers vorzeitige Aufkündigung der Konzession an die Suez-Kanal-Gesellschaft, die im Jahre 1968 erloschen wäre, auch vertraglich gerechtfertigt war, so bleibt doch die Frage offen, ob er nicht geschickter hätte operieren können. Hätte er nicht die Geduld verloren und hätte er sich nicht durch seinen Wunsch, Amerika an seiner eigenen Wut ersticken zu lassen, zu übereilter Aktion treiben lassen, so würde er sein Ziel nur mit verhältnismäßig geringem Widerstand erreicht haben und hätte nicht den Einfluß und die Hilfe seiner westlichen Freunde zu verlieren brauchen. Denn es war weniger, was er tat, als wie er es tat, was die öffentliche Meinung in Amerika und England vor den Kopf stieß.

Wenn die ägyptische Regierung annehmbaren westlichen Vorgängen in der Nationalisierung privaten Eigentums gefolgt wäre, dann hätte die Welt erfahren, was sie niemals zu wissen bekam, nämlich die sachlichen und rechtlichen Gründe für Nassers Entscheidung, die Konzession der Suez-Kanal-Gesellschaft im Jahre 1956 zu kündigen, obwohl sie doch ohnedies im Jahre 1968 ausgelaufen wäre. Hätten Nasser und seine Ratgeber mehr von der Kunst der „public relations" verstanden oder wären sie nicht durch ihren Zorn geblendet worden, so hätten sie etwa in folgender Weise verfahren:

Zunächst wäre wohl eine Kommission von Anwälten, Technikern und anderen Experten benannt worden, um das Problem zu erörtern, wie man den Kanal für die neuerbauten großen Tanker der Ölgesellschaften modernisieren könnte. Diese Kommission hätte natürlich empfohlen, den Kanal zu vertiefen und zu verbreitern, um den neuen Supertankern die Durchfahrt zu ermöglichen. Die Suez-Kanal-Gesellschaft wäre dann in eine Zwickmühle geraten. Stimmte sie den hohen Ausgaben für den Ausbau des Kanals zu, dann würde sie sich niemals an den Gebühren der großen, neuen Tanker schadlos halten können, da ihre Konzession 1968 schon erlosch. Weigerte sie sich aber, dann hätte Ägypten mit gewichtigen Gründen seine Hoheitsrechte zur Nationalisierung der Kanal-Gesellschaft geltend machen können, um nicht nur seinen eigenen Interessen, sondern auch denen der Kanalbenutzer zu dienen.

Durch ein solches Verfahren hätte Ägypten nicht nur die Suez-

Kanal-Gesellschaft in ein schiefes Licht gestellt, sondern auch die Kanalbenutzer auf seine Seite gebracht. Kairo hätte auch die englische Regierung mit dem Vorschlag überraschen können, englische Aktien der Suez-Kanal-Gesellschaft auf Ägypten zu übertragen, um damit die Millionenkredite, die Ägypten an Großbritannien während des zweiten Weltkrieges ausgeliehen hatte und die Ägypten jetzt nur in kleinen Raten wieder zurückerhält, mit einem Schlage abzudecken. Wenn England solch einer Aktienübertragung zugestimmt hätte, wäre Ägypten zum Herrn der Suez-Kanal-Gesellschaft geworden. Wenn England sich aber weigerte, so wäre es das schwarze Schaf gewesen und Ägyptens Nationalisierungsmaßnahme wäre in der Weltöffentlichkeit günstiger aufgenommen worden.

Neben dem Versagen der Suez-Kanal-Gesellschaft, den Kanal durch Verwendung eines Teiles ihrer Einkünfte den modernen Erfordernissen anzupassen, konnte Ägypten noch weitere zwingende wirtschaftliche Gründe vorbringen, die die Nationalisierungsmaßnahmen weniger drastisch hätten erscheinen lassen.

Die Kanalgebühren, die im Jahre 1935 ungefähr einhundert Millionen Dollar betrugen, brachten ständig steigende Einnahmen, aus denen aber Ägypten wenig Nutzen zog. Der Kanal war dreimal so stark befahren wie der Panama-Kanal. Wenn Nasser mit seinen Staatsausgaben sparsam verfuhr und wenn er Zuschüsse von der Sowjetregierung oder aus anderen Quellen hätte erhalten können, wäre er im Stande gewesen, seinen Assuan-Staudamm aus den Kanaleinnahmen zu bauen und noch genügend Mittel zur Entschädigung der Aktionäre und zum weiteren Betrieb des Kanals übrigzubehalten. Ihm war bekannt, daß ein großer Teil der Einnahmen der Suez-Kanal-Gesellschaft durch fantastisch hohe Gehälter an ihre Direktoren in Paris vergeudet wurde, von denen einige einhunderttausend Dollar im Jahr für ihre „Dienste" bezogen, Dienste, die sich vielleicht in der Erhöhung der Gesellschaftseinnahmen durch Spekulationen oder in Investierungen auf anderen Gebieten auswirkten, aber für Ägypten wenig oder gar keinen Vorteil brachten. Ägypten hatte auch reichlich Anlaß für den Verdacht, daß die

Suez-Kanal-Gesellschaft, je mehr sich die Konzession dem Ende zuneigte, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der normalen Reparaturen und der Erhaltung des Kanals vernachlässigte.

Nach den Behauptungen der ägyptischen Regierung, die wohl durch die Direktoren der Suez-Kanal-Gesellschaft niemals zurückgewiesen worden sind, hatte die Gesellschaft folgende Verpflichtungen mißachtet:

1. Den Ausbau des Timsah-Sees zu einem Inlandhafen gemäß dem Konzessionsvertrag, mit der Kapazität für Schiffe der höchsten Tonnage.

2. Die Unterhaltung des Hafens von Port Said, den die Gesellschaft verwaltete, in einem Zustand, der vor allem den Erfordernissen des Transithandels entsprach. „Trotz der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Hafens", so stellte die ägyptische Regierung in ihrem Weißbuch über die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft fest, „fehlen Kais für die Anlandung von Schiffen", so daß „das Laden und Löschen weiterhin in altmodischer Weise auf offener See erfolgt, was den Handel, insbesondere den Transithandel, mit hohen Kosten belastet".

3. Die ägyptische Regierung hatte einen weiteren Grund zur Klage, weil die Suez-Kanal-Gesellschaft nicht einen genügenden Teil ihrer Einkünfte zur Erweiterung der Kapazität des Kanals oder zur Verbesserung und Modernisierung der Häfen und weiteren Einrichtungen verwendete. Statt dessen zahlte sie absurd hohe Gehälter an ihre Direktoren in Paris und benutzte die Kanalprofite zu Investitionen außerhalb Ägyptens und erwarb so Anteile an fremden Gesellschaften, über deren Eigentum jetzt der Streit zwischen Ägypten, Frankreich und England entbrannt ist.

4. Die ägyptische Regierung war auch dadurch betroffen, daß die Suez-Kanal-Gesellschaft es unterließ, ägyptische Lotsen auszubilden als Ersatz für die Ausländer, die bei Erlöschen der Konzession mit Pensionsberechtigungen in den Ruhestand treten sollten.

Mit einem Wort, Ägypten hatte sehr gute Gründe gegen die Suez-Kanal-Gesellschaft und für seine Nationalisierungs-Maßnahmen, aber es verstand sie nicht der Welt in der richtigen Weise zu

präsentieren. Denn Nasser handelte nicht mit kaltem Blut, sondern in zorniger und gedankenloser Reaktion auf die Beleidigung, die er empfand, als die amerikanische Regierung im Juli 1956 ihr Angebot zur finanziellen Hilfe beim Bau des Assuan-Staudammes zurückzog.

Im vorangegangenen Dezember hatten die USA sich erboten von den vierhundert Millionen fremder Geldmittel, die für das 1,2 Milliarden-Dollar-Projekt benötigt wurden, 54,6 Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen und weitere Hilfe wohlwollend zu erörtern, die den Gesamtanteil des amerikanischen und britischen Beitrages im Laufe von zehn bis fünfzehn Jahren auf zweihundert Millionen Dollar gebracht hätten, wobei Amerika fünfundsiebzig Prozent leisten würde. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sagte weitere zweihundert Millionen Dollar zu, und Ägypten selbst wollte es unternehmen, die restlichen Kosten in Form von Dienstleistungen und Material aufzubringen. In diesem Augenblick der Entwicklung haben offenbar die russischen Waffenlieferungen an Ägypten den Westen vor dem Finanzangebot für dieses gigantische Projekt zurückschrecken lassen, durch das der Ackerboden des übervölkerten Ägyptens um ein Viertel vermehrt und der elektrische Strom für seine industrielle Entwicklung geschaffen worden wäre. Das Land brauchte eine wesentliche Unterstützung, denn es hatte bisher nur einen ungenügenden Anteil aus dem Füllhorn der Auslandshilfe erhalten, obgleich sein Bedarf viel größer war als der anderer Länder, die von den Vereinigten Staaten weit großzügiger bedacht worden waren. Ägypten hatte nur vierunddreißig Millionen Dollar aus der Gesamtsumme von dreiundfünfzig Milliarden erhalten, die bis Ende 1955 in Form von Zuschüssen und Krediten an fremde Regierungen ausgeschüttet worden waren. Nasser hatte vorher Einwendungen gegen einige Bedingungen der Weltbank für die Anleihe erhoben und versuchte jetzt, günstigere Abmachungen auszuhandeln, in dem er darauf hinwies, daß ihm die Sowjetunion eine Anleihe von dreihundert Millionen Dollar zum Bau des Staudammes angeboten habe, ohne irgendwelche Einschränkungen zu machen.

Mit diesem Versuch, auf die Vereinigten Staaten einen Druck auszuüben, beging Nasser einen Fehler; er hatte jedenfalls kein Glück damit. Er kam mit seiner Methode, die bisher von anderen Ländern mit gutem Erfolg angewendet wurde, in einem unglücklichen Moment, weil die Regierung der Vereinigten Staaten gerade zu der Erkenntnis gekommen war, daß sie durch ihre Gaben an Neutrale ihre Freunde verlor und sich ihre Alliierten entfremdete. Zugleich schien es Washington an der Zeit, Rußlands Machenschaften am Beispiel Ägyptens aufzudecken. Man kann Nasser wegen seiner kostspieligen Fehlrechnung kaum tadeln in Anbetracht der früheren Praxis Amerikas, seine Hilfe an neutrale Nationen oder an solche Freunde unserer Feinde wie Jugoslawien und Indien viel großzügiger und mit weniger Bedingungen auszuteilen, – natürlich mit der Ausnahme unserer alten Verbündeten Frankreich und England. Im Jahre 1956 haben die USA mehr als ein Drittel der gesamten Wirtschaftshilfe an die abseitsstehenden oder neutralen Staaten verteilt. Nasser selbst hatte das Angebot der finanziellen Unterstützung für die Erbauung des Staudammes erst erhalten, nachdem er in Handelsbeziehungen mit dem Sowjetbereich eingetreten war, indem er ägyptische Baumwolle gegen tschechische Waffen tauschte. Er hat gewiß auch zur Kenntnis genommen, daß die erste Reaktion des Westens auf seinen Waffenhandel mit dem Sowjetblock nur ein beiläufiger Hinweis von Macmillan, Pinay und Dulles an Molotow (im September 1955 in New York) gewesen war, er möge den Geist von Genf" erhalten und die Waffenlieferungen der Tschechoslowakei an Ägypten unterbinden. Da die Westmächte so bereit waren, ein Geschäft mit Moskau auf Ägyptens Kosten zu machen, war es kaum verwunderlich, daß Nasser sich revanchierte, indem er Amerika wissen ließ, auch er könne den Geist von Genf durch ein eigenes Geschäft mit dem Kreml beschwören.

Ob nun Nasser glaubte oder nicht glaubte, die Sowjetunion sei imstande auf wirtschaftlichem Gebiet mit den Vereinigten Staaten in einer großen Anleihe an Ägypten zu konkurrieren, die Regierung der Vereinigten Staaten wußte es besser und ergriff die Gelegenheit, die Sowjets mit ihrem Bluff auffliegen zu lassen. Damit

ist offensichtlich der brüske Rückzug Amerikas von seinem schon zehn Monate alten Angebot der Finanzhilfe beim Bau des Assuan-Damms zu erklären. Dem ägyptischen Botschafter in Washington wurde gewissermaßen die Tür vor der Nase zugeschlagen, als er im Juli 1956 im State Department erschien, um unser Angebot zu unseren Bedingungen anzunehmen.

Das ist zumindest die einzige plausible Erklärung, die bisher für die grobe Absage an Ägypten vorgebracht wurde. Sie führte unmittelbar zur Nationalisierung des Suez-Kanals und damit zum Suez-Krieg. Zwar hat diese Auffassung, die wir in der offiziösen Biographie John Foster Dulles' von John R. Beale finden (veröffentlicht in „Time", 1957), ein Dementi von Dulles hervorgerufen. Dennoch erscheint Beales Bericht über die Geschehnisse und ihre Hintergründe in der Sache als korrekt. Auf die Frage: „Warum ließ Dulles den Oberst Nasser so brutal fallen, ohne ihm eine Chance zu geben, sein Gesicht zu wahren?", antwortet Beale:

„Es war ein großes Spiel, welches Dulles mit dieser Entscheidung einging ... er riskierte damit, eine Schlüsselstellung im Nahen Osten an dem strategisch wichtigen Suez-Kanal dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß des Kommunismus zu öffnen. Er nahm auch das Risiko auf sich, andere arabische Völker vor den Kopf zu stoßen, die die Öllieferungen kontrollierten, ohne die Westeuropas Friedens- und Kriegswirtschaft nicht lebensfähig ist.

Dulles ging dieses Risiko ein, weil er glaubte, die wirtschaftlichen Versprechungen der Sowjets als hohle Propaganda erweisen zu können ..."

Wenn diese Erklärung trotz Mr. Dulles' diplomatischer Ableugnung richtig ist, dann muß man sich wundern, warum er Ägypten anstatt Jugoslawien oder Ceylon oder Indonesien oder Nehrus Indien wählte, – denn diese alle standen näher bei der Achse Moskau–Peking als das Ägypten Nassers.

Angesichts des Eisenhower-Dulles-Berichts über die Leitung der amerikanischen Außenpolitik vor und während der Suez-Krise ist

Bilder rechts: Tote und Trümmer des Suez-Krieges



Das von den Engländern und Franzosen zerstörte Port Said

es unwahrscheinlich, daß der Staatssekretär durch zionistische oder anglo-französische Einflüsse bewogen wurde, Ägypten zu wählen, um für die Gefahren eines Flirts mit der Sowjetunion ein Exempel zu statuieren. Es scheint viel wahrscheinlicher, daß er, verstrickt in seine Bemühungen des Kampfes gegen die weltweite kommunistische Tyrannei, die Konsequenzen übersah, als er sich Ägypten auswählte, um den Beweis zu führen, daß Amerika sich nicht erpressen läßt. Was aber auch immer die Beweggründe des Staatssekretärs gewesen sein mögen, die Tatsache bleibt bestehen, daß die USA durch den plötzlichen Widerruf ihres Finanzierungsangebotes für Assuan die Regierung Nassers in eine unerträgliche Zwangslage versetzte und sie zu einer Reaktion zwang, die der Sowjetunion einen immensen Vorteil eintrug. Die offizielle Begründung durch das State Department – die Lage der ägyptischen Wirtschaft rechtfertige die Anleihe nicht – mußte als eine zusätzliche Beleidigung wirken.

Die Unterkommission der Senats-Komitees für die Waffengattungen und die auswärtigen Beziehungen erhielt im Januar 1957 den Auftrag, die amerikanische Nahost-Politik seit 1946 im Hinblick auf die Gründe der Suez-Krise zu untersuchen. Sie hat keinen Bericht erstattet. Als Grund wurde angegeben, daß das State Department die Unterkommission nicht mit den nötigen Vollmachten oder mit einer chronologischen Darstellung und der notwendigen Dokumentierung ausgestattet habe und daß der halbmeterhohe Aktenberg, der sich allein auf den Assuan-Damm bezog, sowohl unverdaulich war, als auch zum größten Teil aus geheimen und geheimsten Dokumenten bestand. Indessen nahm sich Senator Fulbright, der Vorsitzende der Unterkommission, die Zeit, die Tatsachen herauszusuchen, die in diesem großen Berge begraben lagen, und berichtete am 14. August im Senat, daß er auf Grund von Dokumenten, die er nicht zitieren dürfe, weil sie den Stempel „Geheim“ trügen, zu folgenden Schlußfolgerungen gelangt sei:

„Das Assuan-Damm-Projekt war ein gesundes Unternehmen sowohl hinsichtlich seiner technischen Ausführbarkeit als auch wegen des wirtschaftlichen Rückhaltes, den es für Anleihen bot. Auch

andere Kapitalquellen neben den in dem Angebot an Ägypten enthaltenen, und zwar private Quellen wie weitere staatliche Geldgeber, waren durchaus interessiert an der Verfolgung des Projektes.

... es wurde bekannt, daß der Assuan-Staudamm ... für die Zukunft Ägyptens lebenswichtig sei ... Ohne solche Entwicklungsarbeiten muß man damit rechnen, daß Ägypten mit seiner Bevölkerungsvermehrung in seinem Lebensstandard für die Dauer absinken werde ... (mit der Folge) sozialer und politischer Unruhen in Ägypten (und der Gefährdung) des Friedens im Nahen Osten.

Die Entscheidung der Regierung, das Angebot an Ägypten zurückzuziehen, erfolgte gegen den Rat des amerikanischen Botschafters in Ägypten und des Präsidenten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklungsarbeiten.“

Die Gründe des Mr. Dulles für die Zurückziehung des Angebotes wurden durch Senator Fulbright Stück für Stück zerpflückt.

Die stärkere Belastung der ägyptischen Wirtschaft durch die Zahlungen für die tschechischen Waffen war schon eingetreten, bevor die Vereinigten Staaten ihre Hilfe zum Bau des Assuan-Dammes anboten. Damit konnte man also die amerikanische Absage sieben Monate später nicht begründen. Im Gegenteil: Dulles selbst bemerkte im Laufe seiner Auseinandersetzung mit Senator Knowland im Senat, „der Waffenhandel war einer der hauptsächlichen Gründe gewesen, der die amerikanische und die britische Regierung zur Aktion trieb und er war der Hauptgrund für das Angebot selbst. Es waren keinerlei Anzeichen vorhanden“, so fuhr er fort, „für eine radikale Verschlechterung in der wirtschaftlichen Situation Ägyptens, und der amerikanische Präsident der Internationalen Bank, die zweihundert Millionen Dollar als Anleihe geben wollte, sei immer noch für die Durchführung des Projektes. Es bestanden auch keine Bedenken, daß der Sudan oder andere Nilufer-Staaten ihre Zustimmung zum Bau des Assuan-Dammes verweigern könnten, denn auch sie hätten greifbare Vorteile daraus gezogen.“

Was aber Mr. Dulles’ zuletzt angeführten Grund betraf, daß

nämlich die Opposition im Kongress mitbestimmend für die Weigerung der Vereinigten Staaten gewesen sei, Ägypten Finanzhilfe zu gewähren, kann man Senator Fulbrights Ausführungen nicht ganz folgen. Man kann ihm vorwerfen, daß er ein innenpolitisches Spiel treibt, um die Fehler der republikanischen Regierung hervorzuheben, denn er vermied es, Israel überhaupt zu erwähnen und hatte kein Wort zu sagen über die Verantwortung der Truman-Regierung, die das Durcheinander im Nahen Osten durch ihre Patenschaft bei den UNO-Teilungsplänen für Palästina zu verantworten hat. Aber man muß immerhin anerkennen, daß der Senator von Arkansas wenigstens zugegeben hat, daß die Senatoren aus den Baumwoll-Staaten, deren einen er selbst repräsentiert, den Bau des Assuan-Staudammes ablehnten, weil sie eine vermehrte Konkurrenz Ägyptens befürchteten. Nach seiner Meinung waren diese Befürchtungen unbegründet; er fügte sogar hinzu, daß die Interessen dieser Kreise auf keinen Fall eine Unternehmung stören dürften, die für die Vereinigten Staaten als Ganzes von Vorteil sei. Seiner Meinung nach hätten diese Einwendungen überwunden werden können, wenn ihnen die höheren Interessen der USA durch das State Department entgegengehalten worden wären.

Der Bau des Assuan-Staudammes mit finanzieller Rückendeckung durch die USA hätte dem ganzen Nahen Osten „ein solch dramatisches Beispiel der westlichen Fähigkeit und Bereitschaft zu größeren Unternehmungen für die Hebung des Lebensstandards geben können, daß er für die Regelung der politischen und sozialen Spannungen eine große Bedeutung gehabt hätte".

Wichtiger noch war Senator Fulbrights Auffassung, Dulles habe „den Nationalismus und Neutralismus Ägyptens mit dem Kommunismus verwechselt" und so „die Entwicklung des ägyptischen Volkes zu einem demokratischen Staatswesen auf einer festen wirtschaftlichen Grundlage" verzögert. Wenn wir Ägypten geholfen hätten, seine Kräfte auf den inneren Ausbau anstatt auf außenpolitische Abenteuer zu konzentrieren, hätten wir dazu beitragen können, „die Lage im ganzen Nahen Osten zu stabilisieren". Senator Fulbright sagte:

„Obgleich fähige Beamte des State Departments erklärten, daß Nasser die Gefahren einer zu nahen Verbindung mit der Sowjetunion einigermaßen richtig abschätze, schien Mr. Dulles doch zu glauben, daß Nasser zu einer Marionette der Sowjets geworden sei. Er wollte nicht anerkennen, daß der ägyptische Nationalismus eine machtvolle Kraft sei, die bei richtiger Einschätzung durch eine geschickte Politik auf den Weg der Freiheit und nicht auf den Weg des Kommunismus geleitet werden könne ... Er verkannte auch die enormen Gefühlswerte, die der Bau des Dammes in allen Ägyptern mobilisiert hätte. Er begriff nicht, daß der Bau des Dammes auf die ganze arabische Welt als ein Beispiel dafür wirken würde, daß wir bereit seien ihr zu helfen, sich selbst zu helfen."

Wie der weitere Gang der Dinge bewiesen hat, war Senator Fulbright auch im Recht, als er erklärte, daß die Rücknahme des amerikanischen Angebotes, bei der Finanzierung des Assuan-Dammes behilflich zu sein, zum Suez-Krieg * führte und den Sowjets ermöglichte „den Fuß in die Tür eines Landes zu setzen, das sonst wohl relativ unberührt von Einflüssen aus der Sowjetwelt geblieben wäre."

Zweifellos hätte eine weitsichtigere, vernünftigere und diplomatischere Handhabung der amerikanischen Interessen im Nahen Osten verhindern können, die Beziehungen zu Ägypten so weit abgleiten zu lassen, daß „Nasser an der Möglichkeit einer Freundschaft mit uns verzweifeln und sich zu jener großen Nation wenden mußte, die ihm nach seiner Ansicht die Freundeshand entgegenstreckte."

---

* Der von Amerika angebotene Beitrag zu den Kosten des Dammbaues — fünfzehn Millionen Dollar jährlich für zehn Jahre — war Kükenfutter im Vergleich zu den Milliarden, die die USA Frankreich für seinen unsinnigen Krieg in Indochina gaben; oder im Vergleich zu den Hunderten von Millionen Dollars, die die kommunistischen Regierungen Jugoslawiens und Polens im Laufe des letzten Jahrzehnts erhielten. Inzwischen haben die USA im Jahre 1957 im Nahen Osten unter der Eisenhower-Doktrin bereits einhundertvierundsiebzig Millionen Dollar ausgegeben, um die Vorteile auszugleichen, die Moskau durch den Suez-Krieg gewonnen hat.

Diese Worte aus der Rede von Senator Fulbright im Senat vom 14. August 1957 zeichnen ein Bild der Krise im Nahen Osten, das ich wegen seiner Übereinstimmung mit meinen eigenen Eindrücken hier in mein Buch im Augenblick der Drucklegung einfügte. Wenn ich auch mit den Anschauungen Senator Fulbrights und denen anderer bekannter demokratischer und republikanischer Liberaler auf anderen Gebieten, besonders bezüglich Chinas, nicht übereinstimmte, so ist das unbedeutend gegenüber unserer jetzigen gemeinsamen Erkenntnis der Grundtatsachen in der gefährlich explosiven Lage im Nahen Osten. Wie jene Grundprinzipien, die Amerika groß und frei und stark gemacht haben, in einer sich wandelnden Welt jeweils anzuwenden sind, darüber läßt sich diskutieren. Aber die Kenntnis der Tatsachen ist ein Erfordernis jeder gescheiten Diskussion, was immer auch die Gründe derjenigen sein mögen, die diese Tatsachen zu verbergen suchen. Und die Vorgänge, die Senator Fulbright uns darstellt, begründen die Auffassung, daß John Foster Dulles ebenso wie Gamal Nasser der Vorwurf zu machen ist, er habe sich mehr durch Gefühle oder durch kurzsichtige politische Augenblickseindrücke leiten lassen, als durch kalte und nüchterne Erwägung der Lebensfragen seines Volkes. Eines ist gewiß: der Staatssekretär bewies eine fatale Verständnislosigkeit für die Empfindlichkeit von Völkern, die erst jüngst ihre Selbständigkeit wiedererlangten, als er Ägypten die Hoffnung nahm, durch amerikanische Hilfe beim Bau des Assuan-Dammes den Hunger zu bekämpfen, und dazu noch die Beleidigung hinzufügte, das Land sei unserer Hilfe unwürdig.

Dulles zerstörte nicht nur Nassers Traum, mit Amerikas finanzieller Hilfe das verzweifelte Problem der Übervölkerung und der steigenden Armut lösen und erleichtern zu können, ein Problem, das durch den absinkenden Bedarf ägyptischer Baumwolle in Amerika und England noch verschärft wird. Dulles zwang Nasser geradezu zu dem Versuch, die Mittel zum Bau des Dammes durch die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft flüssig zu machen. Der Abbruch der Finanzierungsverhandlungen durch Dulles wurde aber auch so verstanden, daß die Vereinigten Staaten ihre Politik

der Unterstützung des reformistischen und fortschrittlichen Nasser-Regimes preisgegeben hätten. Ohne Amerikas Rückendeckung schien die ägyptische Regierung ein Opfer ihrer Feinde im Lande und draußen zu werden, es sei denn, sie könnte die Sowjets für sich gewinnen oder wenigstens durch eine Verständigung mit Moskau ein Bündnis der gefährlichen ägyptischen Extremisten vom rechten und vom linken Flügel verhindern.

Nassers Landreform hatte ihm den ägyptischen Großgrundbesitz entfremdet, der sich an dem Elend der ägyptischen Fellachen gemästet hatte. Diese und andere Reformen mit dem Ziel einer neuen Ordnung für die ägyptischen Bauern und Arbeiter hatten neben der Errichtung einer sauberen und besseren Regierung die Mehrheit der Bevölkerung Ägyptens für Nasser gewonnen und ihm Einfluß und Beliebtheit in der ganzen arabischen Welt verschafft. Doch zugleich hatte er sich damit die Feindschaft der ägyptischen und ausländischen Geschäftswelt in den vielsprachigen Geschäftsvierteln Kairos und Alexandriens zugezogen. Sein Widerstand gegen die Fanatiker in der Moslem-Bruderschaft und bei den Kommunisten und ihrem Gefolge, denen seine allmählichen Reformen nicht gefielen, hatte ihm weitere Feinde gemacht. In einem Worte, Nassers Weg des Fortschritts auf der Linie der westlichen Demokratie war links und rechts von Gefahren bedroht, und jetzt schien er auch noch den amerikanischen Weggefährten verloren zu haben.

Ein Außenminister der Vereinigten Staaten, dessen weltweite Schau wenig von den Nöten und Notwendigkeiten, Gefühlen und Hoffnungen der kleinen Figuren in dem Schachspiel zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR sah, hatte durch die Zurückweisung Ägypten in Moskaus Hand gespielt. Kein Bauer und kein König liebt es, in diesem Spiel als überflüssig zu gelten oder in seinem Wert und seiner Würde mißachtet zu werden. Jeder träumt davon, das Spiel zu überleben und in der Endentscheidung seine Rolle zu spielen. Die Vereinigten Staaten, die so viel Rücksicht auf die Gefühle ihrer europäischen Freunde oder Neutraler wie Nehru nehmen, haben sich als blind für die Gefühle und die Würde der

arabischen Völker erwiesen. Wir haben keine Meisterpartie geliefert, als wir Ägypten abtauschten und es willkürlich opferten, um den anderen Figuren ein schreckliches Beispiel dafür zu geben, was derjenige zu erwarten hat, der in dem Spiel auf Leben und Tod zwischen der freien Welt und dem Kommunismus eine größere Rolle zu spielen wünscht.

In meinen Notizen über das Interview mit Nasser wie auch in seinen sonstigen Reden und in den Äußerungen anderer arabischer Führer wiederholt sich immer und immer wieder der Ausdruck „nationale Würde". Völker, die unter den Entwürdigungen westlicher Herrschaft gelitten haben, ganz gleichgültig, ob der fremde Herr ihre materielle Lage förderte oder verschlechterte, haben ein sehr feines Gefühl für jede Kränkung ihrer Würde, ihrer Selbstachtung oder ihres völkischen Stolzes. Die Amerikaner erfreuen sich schon Jahrhunderte der Unabhängigkeit und Freiheit, für die ihre Vorväter kämpften und starben. Sie haben keine Erfahrung und keine Erinnerung, jemals als minderwertig behandelt worden zu sein. Sie haben auch niemals die Klassenunterschiede gespürt, die in Europa heute noch Verbitterung erregen. So neigen sie natürlich dazu, die Empfindlichkeit von weniger glücklichen Völkern zu übersehen oder zu verkennen, die noch an den Wunden der Geringschätzung und der Erniedrigung durch fremde Eroberer oder Besatzungsmächte leiden.

„Die Weigerung, Ägypten als gleichberechtigt zu behandeln", war der Haupteinwand des Nahöstlichen Forschungszentrums in Kairo gegen den Plan des US-Außenministers, eine Vereinigung der Kanalbenutzer einzusetzen; diese Vereinigung wurde abgelehnt „als eine geschlossene Gesellschaft mit begrenzter Mitgliedschaft, die die zahlreichen anderen, den Kanal benutzenden Länder nicht berücksichtigt".

Wenn Mr. Dulles den empfindlichen Argwohn afrikanischer und asiatischer Völker gegen die Europäer, von denen sie früher als minderwertige Rassen verachtet wurden, besser eingeschätzt hätte, dann hätte er sich kaum Ägypten als Prügelknaben wegen des Flirts

mit Moskau herausgesucht und zugleich den kommunistischen Diktator Jugoslawiens weiterhin unterstützt.

Als William Attwood Oberst Nasser in einem Interview (veröffentlicht am 25. Juni 1957 in „Look") fragte, warum er nicht bis 1969 gewartet habe, wo der Kanal automatisch in die Verfügungsgewalt Ägyptens gekommen wäre, antwortete der ägyptische Staatschef:

„Aus zwei Gründen: Als Sie uns erklärten, Sie würden uns beim Bau des Staudammes nicht helfen, mußten wir Ihnen zeigen, daß Sie nicht ungestraft ein kleines Land beleidigen durften. Wenn wir diesen Schlag ins Gesicht hingenommen hätten, würden Sie uns wieder geschlagen haben. Zweitens brauchten wir Geld, um den Damm selber zu bauen. Die Kanalgebühren waren die natürliche Geldquelle ... Wir haben die Frage der Nationalisierung des Kanals lange erörtert, waren aber noch zu keiner Entscheidung gelangt. Sie haben den Entschluß für uns gefaßt."

Die Ägypter sind gegen den Westen besonders empfindlich geworden durch das Unrecht und durch die Beschimpfungen, die sie während einer achtzigjährigen Besatzungszeit von den Briten zu erleiden hatten. In wenigen Worten hat es der britische Labour-Abgeordnete Michael Foot ausgesprochen: „Das Ägypten von 1956 mit all seiner Armut und seinem widerborstigen Nationalismus ist von England geschaffen worden."

Die englische Okkupation, die nur „vorübergehend" sein sollte, setzte im Jahre 1882 ein, als Premierminister Gladstone Kriegsschiffe aussandte, um Alexandria zu bombardieren, und fünfundzwanzigtausend britische Soldaten landeten mit dem Auftrag, Ahmed Arabi Bey zu stürzen, den damaligen nationalen Führer Ägyptens, der das korrupte und harte Regime der verschwendungssüchtigen Khediven überwinden wollte, die zu seiner Zeit im Namen des türkischen Sultans über Ägypten herrschten. Arabi, der auf Gladstones liberales Glaubensbekenntnis gesetzt hatte und die Freundschaft Englands suchte, wurde geschlagen und vor Gericht gestellt. Sein Land blieb unter Fremdherrschaft. Michael Foot und

Mervyn Jones schrieben über ihn in ihrem Buch „Guilty Men" (New York, Rinehart, 1957): „Der edle Arabi war ein ägyptischer Nationalist des Jahres 1882, nicht der harte, verbitterte Typ des Jahres 1956 . . . und war kein Gegner für den britischen Imperialismus, der mit den Mitteln der Zivilisation – mit Lüge, Betrug und Verrat – kämpfte." Es sei hier festgehalten, daß Arabi den Rat seiner Militärs, den Suez-Kanal im Augenblick eines britischen Angriffs zu blockieren, nicht befolgte.

Von Winston Churchill ist es bekannt, daß er ein Dreivierteljahrhundert später gegen den britischen Rückzug aus Ägypten opponierte und sich für den Suez-Krieg einsetzte, um Nasser zu stürzen und die Rechte des britischen Imperiums wieder herzustellen. Der gleiche Winston Churchill berichtet in der Lebensbeschreibung seines Vaters, Lord Randolph Churchill, daß dieser mit Arabis Aufstand sympathisierte und für die Verteidigung des Ägypters vor einem Kriegsgericht fünfzig Pfund stiftete, weil er Arabi „für den Kopf einer echten nationalen Bewegung hielt, die sich gegen eine der verkommensten und wertlosesten Regierungen der Welt richtete". Sir Winston Churchills Vater nannte es „ein hassenswertes Verbrechen" und „einen hinterhältigen und ungerechten Krieg von Sklavenhaltern", als England seine Macht einsetzte, um Arabis Bewegung zu vernichten und das ägyptische Volk dem Khediven und den Erpressungen seiner Gläubiger wieder zu unterwerfen. Fünfundsiebzig Jahre später stellte sich der Sohn hinter Eden in einem Kriege gegen Ägypten, der keine andere Bezeichnung verdiente.

Während der folgenden Jahre bis nach dem zweiten Weltkrieg blieb das System von Unrecht und Kränkung für die Ägypter bestehen, die von den britischen Herren verächtlich als „wogs" benannt wurden und die nur wenig von den Vorteilen genossen, die die englische Kolonialherrschaft anderen Ländern brachte. Großbritannien beutete Ägypten zu Gunsten der „Sklavenhalter" aus und hielt die korrupte und ungerechte Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Landes aufrecht, in der eine herrschende Klasse von reichen Paschas fast alles Land besaß, während die Schicht der Bauern, Pächter und Landarbeiter immer mehr verarmte, da einer wachsen-

den Bevölkerung kein wachsender Ackerboden zur Verfügung stand. Als die ägyptischen Nationalisten König Faruk davonjagten und an ihre Landreform herangingen, besaßen weniger als zweitausend Latifundien-Besitzer ein Viertel des bebaubaren Bodens, während weitere drei oder viertausend ein weiteres Viertel inne hatten. Und das in einem Lande, wo vierzehn von zwanzig Millionen Menschen ihre Nahrung auf dem Lande suchen und wo nach einem Bericht der Vereinten Nationen von 1952 auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Viertel Morgen bebaubaren Bodens kommt, woraus hervorgeht, daß Ägypten das am stärksten übervölkerte Land der Welt ist. Trotzdem wird Nasser und nicht die Engländer gewöhnlich dafür verantwortlich gehalten, daß die ägyptischen Fellachen halbverhungert dahinvegetieren, Nasser, der dieses Elend durch den Bau des Staudammes von Assuan hatte lindern wollen.

Alles in allem sprechen die Tatsachen für die Auffassung jener linksgerichteten englischen Schriftsteller wie Michael Foot und Mervyn Jones, die in ihrem Buch „Guilty Men" zwar zugeben, daß das liberale England in seinen Beziehungen mit einigen Völkern seinen hohen Idealen folgte, die aber hinzufügen: „Nächst Irland ist unsere Geschichte in Ägypten eine Kette von schamlosem Betrug und brutaler Gewalt, ohne daß wir unsere blutigen Ziele erreichten".

Selbst wenn die britische Herrschaft materiellen Fortschritt statt steigender Armut für die Masse der Bevölkerung gebracht hätte, so wären dennoch die Menschen Ägyptens unter den zahllosen Erniedrigungen durch die Engländer zu jenem Gefühl des Argwohns gegen den Westen getrieben worden, aus dem Nasser heute seine Popularität schöpft. Hören wir was das konservative britische Wochenblatt „Spectator" am 28. Dezember 1956 hierzu zu sagen hat:

„Während des zweiten Weltkrieges erhob sich aus unserer Residenz in Kairo kein Wort gegen den rassischen Hochmut und die geradezu zoologische Fremdenfeindlichkeit der Hunderttausende von Briten, die des weißen Mannes Bürde trugen und die in jener

Zeit im Nahen Osten Amok liefen, ob sie Amtsträger waren oder Privatleute ...

Mit keiner Geste suchte man wenigstens eine gewisse Gemeinsamkeit der Ziele und Ideale mit Ägypten zu unterstreichen, als der Krieg gegen Deutschland gewonnen war ...

Ägypten wurde ein Dutzend Jahre später unter Begleitumständen aufgegeben, die die ägyptischen Führer davon überzeugten, daß die Engländer bei all ihrem schönen Gerede über Menschenrechte und Demokratie nur auf einen Fausthieb reagieren, und zwar vorzugsweise auf einen derben."

Die Lehre, die Ägypten vom Westen annahm, nämlich daß nur die Macht zählt, wurde bestätigt, als Winston Churchill im Juli 1954 nur widerstrebend den Abzug der britischen Truppen aus Ägypten hinnahm und erklärte, man könne das tun, weil die Wasserstoffbombe nach seiner Überzeugung die Stellung am Suez-Kanal überflüssig gemacht habe. So legte England selbst den Grund für die ägyptische Unterstellung – die während des Suez-Krieges kräftig untermauert wurde –, daß es die Befreiung von der britischen Besetzung und die Verteidigung gegen den britischen Angriff nur Rußland und der russischen Atombombe verdanke. Der „Westen" selbst belehrte Oberst Nasser, daß England die Macht mehr respektiert als die freiheitlichen Grundsätze, die es lehrt, aber zu oft mißachtet.

Es würde meine Leser langweilen, wenn ich hier all das viele Hin und Her, alle Verhandlungen, Behauptungen und Gegenbehauptungen anführen wollte, die dem Suez-Krieg vorangingen. Doch wenn man den Ablauf untersucht, so scheint es klar, daß die englische und die französische Regierung anstatt einer friedlichen Regelung die Gelegenheit zur Demonstration ihrer Macht suchten.

Als Sir Anthony Eden im September irrtümlich annahm, Außenminister Dulles sei damit einverstanden, daß die „Vereinigung der Kanalbenutzer" im Notfalle ihren Weg durch den Kanal freischießen solle, da frohlockten die Tories im englischen Parlament, daß sie mit Amerika an ihrer Seite nach Suez zurückmar-

schieren würden. Dieser Traum zerflatterte als Präsident Eisenhower Eden anrief und Dulles in einer Pressekonferenz in Washington erklärte, er wisse nichts über irgendeinen Plan, den Kanal gewaltsam zu übernehmen. Anschließend nahm Ägypten die sechs Punkte an, die die Vereinten Nationen als Basis für weitere Verhandlungen vorgeschlagen hatten, – und genau in diesem Augenblick fielen England und Frankreich über Ägypten her.

So äußerte sich auch der „Economist" vom 18. Mai 1957, dessen Suez-Berichte ganz besonders gut informiert und objektiv waren:

„Die englische und französische Politik nach der Beschlagnahme des Kanals war insofern grundsätzlich fehlerhaft, als sie nicht darauf gerichtet war, über eine Regelung für den Kanal zu verhandeln, sondern nur auf den Sturz von Oberst Nasser zielte."

Nachdem England und Frankreich zum Angriff geschritten waren, ließen ihre Radiosendungen nach Ägypten keinen Zweifel übrig, daß Nassers Vernichtung ihr erstes Kriegsziel sei. Nach dem Zitat durch Sir Wedgewood Benn im Unterhaus vom 5. November hatte eine Rundfunksendung von Cypern aus am frühen Morgen dieses Tages kundgetan:

„Wir sind also gezwungen Euch mit Bomben zu überschütten, wo immer Ihr seid. Denkt daran, daß Eure Dörfer bombardiert werden. Denkt daran, daß Eure Frauen und Kinder, Mütter, Väter und Großväter aus ihren Häusern fliehen und ihr Eigentum im Stich lassen werden. Ebenso wird es Euch gehen, wenn Ihr Euch hinter Euren Frauen in Euern Dörfern versteckt ... Wenn Ägypten die Kanal-Zone nicht räumt, dann zweifelt nicht daran, daß wir Eure Dörfer und Häuser vernichten werden. Ihr habt eine Sünde begangen ... Ihr habt Euer Vertrauen auf Abdul Nasser gesetzt."

Ein anderer Abgeordneter gab den Inhalt eines Flugblattes wieder, das die Königliche Luftwaffe über Ägypten abgeworfen hatte, und zitierte daraus den Satz: „Wir haben die Macht und werden sie bis zum Äußersten anwenden, wenn Ihr nicht nachgebt."

In der anschließenden Debatte sagte Aneurin Bevan:

„Es handelt sich hier nicht um ein militärisches Eingreifen zum Zwecke der Trennung der Truppen Ägyptens und Israels, sondern um eine Kriegserklärung an die ägyptische Regierung in brutalster Form."

Hören wir weiter britische Stimmen zu ihrem eigenen Unternehmen. Ein anderes Flugblatt enthält folgende Sätze:

„Ihr habt eine einfache Wahl: Entweder nehmt Ihr die alliierten Vorschläge an, die Euch Frieden und Ehre und Wohlstand verheißen, oder Ihr nehmt die Folgen der Nasserschen Politik hin, was Euch schwere Vergeltung eintragen wird, nicht nur denen, die schuldig sind, sondern auch Euch, den vielen Unschuldigen."

Eine Rundfunksendung nach der englischen Landung bei Port Said lautete:

„Sehr bald wird es dunkel um Euch sein. Soldaten in Port Said, Ihr seid in einer hoffnungslosen Lage. Rettet Euer Leben. Es ist nicht Eure Pflicht, für Euer Land zu sterben. Ihr habt unsere Einsatzkommandos bei Tage kämpfen sehen. Wißt Ihr, wie sie bei Nacht fechten? Das erste, was Ihr davon zu spüren bekommt, wird der kalte Stahl in Eurem Rücken sein."

Nach britischen Berichten wurde nur zu Anfang auf dem Flugplatz hart gekämpft. Der Widerstand in der Stadt stützte sich hauptsächlich auf die im letzten Augenblick ausgehobenen und schlecht bewaffneten Zivilisten im Araberviertel, an die diese grimmige Warnung gerichtet worden war. Währenddessen wurde die Stadt durch Flugzeugraketen und durch das Bombardement der Marine in Schutt gelegt.

Als ich das verwüstete Port Said mit eigenen Augen sah, war ich erschreckt über das Pharisäertum oder die hochmütige Ignoranz der englischen Politiker, die behaupteten, daß die englischen und französischen Kommandanten in der Ausführung ihrer militärischen Aufgaben durch die Vorschrift gehindert worden seien, die

Zivilbevölkerung nach Möglichkeit zu schonen, so wenig Schaden wie möglich anzurichten und „Luftangriffe auf die ägyptischen Flugplätze zu beschränken".

Die Wirklichkeit sieht weit anders aus: Das ganze Araberviertel von Port Said glich einer jener zerstörten deutschen Städte in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich blickte über ein weites Feld von teilweise zerstörten Häusern und Straßen, deren überlebende Einwohner unter den Ruinen nach Resten ihrer Habe suchten. Die Gesamtziffer der Verluste in der Zivilbevölkerung war noch nicht bekannt, als ich Port Said am 22. Dezember besuchte; sie wurde auf etwa zehntausend geschätzt. Frauen und Kinder wurden mit Maschinengewehren beschossen, als sie aus ihren brennenden Häusern flohen. Als Beweis dafür liegen die Aufnahmen des schwedischen Fotografen Per-Olaf Anderson vor, dem es gelang, während des Massakers nach Port Said zu kommen. Er zählte die Leichen von siebzig Kindern, die durch Gewehrkugeln getroffen waren. Seine Fotos wurden fast überall in der Welt, einschließlich Englands, nachgedruckt, mit Ausnahme allerdings der Vereinigten Staaten. Ich traf ihn in Kairo und ließ mir von ihm berichten. Die Engländer hatten die Wasser- und die Elektrizitätsversorgung abgeschnitten. Er sah Ärzte, die bei Kerzenlicht operierten und nur einen Eimer Wasser zur Verfügung hatten, um sich die Hände zu reinigen. Der britische Rundfunk auf Cypern gab dazu die Begleitmusik: man würde die Ägypter weiterhin abschlachten, bis sie Nasser davonjagten.

Die englischen Korrespondenten in Ägypten widersprachen schroff der Behauptung Butlers im Unterhaus, daß nur einhundert Ägypter getötet und nur fünfhundertvierzig verwundet worden seien. Zwei Wochen nach Beendigung der Kämpfe berichtete der „Times"-Korrespondent aus Port Said, daß „jeder hier noch immer in äußerster Verlegenheit sei angesichts der offiziellen Zahlen, die London gemeldet hatte ... denn jedermann könne durch die Krankenhäuser gehen, um die Verwundeten zu zählen, oder auf den Friedhof, wo die langen Reihen der Gräber noch offen lagen". Selbst der Korrespondent des „Daily Expreß" schrieb:

„Die offizielle Zahl von hundert getöteten Ägyptern ist blödsinnig. Unglücklicherweise habe ich viel mehr gesehen. Ich glaube, eine korrekte Schätzung würde ungefähr tausend Tote (Militär- und Zivilpersonen), fünftausend Verwundete, fünfundzwanzigtausend Obdachlose ergeben. Es wäre besser, wenn man die Wahrheit gesagt hätte."

Der gleiche Journalist beschrieb auch die „schreckliche Lage" in einem Krankenhaus, das er besuchte: „Zweitausend Verletzte und kein Wasser und keine Medikamente."

Im „Daily Herald" schrieb Denis Pitts über die furchtbare Rache der Engländer, als sie im Araberviertel beschossen wurden, weil dort der Befehl der Feuereinstellung noch unbekannt war:

„Die Truppen rückten aus, und das blutige Massaker begann. Englische und französische Tanks fuhren in das Araberviertel; wenn sich jemand sehen ließ, wurde eine Granate auf das betreffende Haus abgeschossen . . . Viele Menschen wurden so umgebracht. Noch viel mehr verbrannten in den Flammen. Die ‚Stimme Englands' hatte den Ägyptern gesagt, sie sollten zu Hause bleiben! ‚Es wird Euch nichts geschehen', hatte man ihnen gesagt . . . Die Armee hätte sich sehr gut Zeit lassen können, bis das Araberviertel von dem Feuereinstellungsbefehl Kenntnis erhalten hätte."

An dem Tage, an dem die englischen und französischen Truppen von Suez abzogen, war ich gemeinsam mit Lydia Oswald von der „Hearst-Press" in Port Said. Viele Einwohner sprechen englisch oder französisch oder beides. Meine Kenntnis des Deutschen erlaubte mir auch eine Unterhaltung mit schwedischen UNO-Soldaten, die die Stacheldraht-Barrikaden bewachten, in deren Schutz die Engländer sich einschifften.

Überall sammelten sich Leute um uns, um ihre Erlebnisse zu berichten. Viele von ihnen äußerten ihre Dankbarkeit gegen Amerika. Fast alle waren empört und überrascht über das Benehmen der Briten. „Die Franzosen, ja", sagte ein gebildeter Araber zu mir, „von

ihnen erwarteten wir nichts Besseres, – aber wie die Engländer sich aufführten, das können wir nicht verstehen."

Aber nicht allein der plötzliche und brutale Angriff mit seinen zahllosen Opfern unter der Bevölkerung von Port Said hat viele frühere Freunde und Bewunderer Englands in Ägypten erschreckt. Es war auch das Verhalten der Armee nach der Besetzung Port Saids. Eine Kanadierin aus New Brunswick, die mit einem ägyptischen Ingenieur verheiratet ist, berichtete mir, wie ihre Wohnung durch die Engländer ohne ersichtlichen Grund und offenbar nur aus Rachegefühlen zugerichtet worden war. Das amerikanische Konsulat hatte angeboten, ihre Familie zu evakuieren, da zwei von ihren drei Kindern US-Bürger sind, die in den Vereinigten Staaten geboren waren, wo das Ehepaar viele Jahre lang gelebt hatte. Sie zog es aber vor in der Nähe ihres Gatten zu bleiben, der bei der Suez-Kanal-Gesellschaft angestellt war. Als die Bomben zu fallen begannen, war sie aus ihrer Wohnung zu Freunden gezogen, die über einen Keller verfügten, der siebzig Personen, darunter fünfunddreißig Kindern, Schutz bot. Von Zeit zu Zeit hatte sie sich in ihre Wohnung zurückgewagt, um einige Gebrauchsgegenstände zu holen. Sie hatte außer den vom Luftdruck zerbrochenen Fensterscheiben alles unberührt und in Ordnung gefunden. Bei ihrem nächsten Besuch verweigerte ein englischer Offizier ihr zunächst das Betreten der Wohnung, ließ sich jedoch überreden, als sie ihm sagte, daß sie Kanadierin sei. Sie fand jetzt ihre Wohnung in Trümmern: Bilder zerschlagen, Teppiche zerschnitten, Möbel zerbrochen; ihre Kleider und andere Habseligkeiten waren entweder verschwunden oder fanden sich in einem großen Müllhaufen auf dem Fußboden. Der junge englische Offizier war beschämt, als sie ihm erklärte, ihre Wohnung sei erst ausgeplündert worden, nachdem die Engländer von dieser Gegend Besitz ergriffen hatten. Er sagte, sie hätten nicht wissen können, daß der Wohnungseigentümer kein Ägypter sei.

Der Ehemann dieser Frau Willa Elvi war durch Maschinengewehrfeuer aus der Luft verwundet worden, als er nach Ismailia fuhr.

Ich suchte zwei Krankenhäuser in Port Said auf und sprach mit

im Westen ausgebildeten Ärzten, die in jenen schrecklichen Bombentagen bei der Behandlung der Massen verwundeter Zivilisten heroische Leistungen vollbracht hatten. Dr. Ramzin Magaldi, der Inspekteur des Gesundheitswesens in der Kanal-Zone, erzählte mir, wie froh er gewesen sei, den Ausbruch von Epidemien verhindern zu können, weil er glücklicherweise einen reichlichen Vorrat von DDT – zwölf Tonnen – zur Hand gehabt hätte. Die englischen und französischen Truppen verhinderten die Lieferung von Arzneimitteln und medizinischem Gerät. Das sei aber nicht das Schlimmste gewesen. Das Hauptproblem bildete die große Zahl der Verwundeten und der Mangel von Wasser, Licht und Brot, das während vieler Tage nicht gebacken werden konnte. Einige Krankenhäuser seien durch Bomben und durch die Granaten der englischen Kriegsschiffe total, andere teilweise vernichtet worden; aber das große Regierungskrankenhaus sei nicht getroffen worden. Im Garten dieses Hospitals saß ich damals und sprach mit einer Gruppe von Ärzten. Vor den Toren wartete eine Menge von Menschen auf die Verteilung von Nahrungsmitteln und Seife durch das Rote Kreuz. Viertausend Obdachlose waren in Schulen untergebracht worden; viele weitere Tausend hatten kein Dach über dem Kopf. Keine Auslandshilfe stand zur Verfügung außer einer amerikanischen Gabe von Milch, Käse und Butter.

Am Nachmittag gingen wir unter der strahlenden Sonne durch das zerstörte Araberviertel. Eine lebensgroße Puppe mit Edens Zügen und einem Schild „Kriegsverbrecher" hing an einem Strick quer über einer Straße. Auf den Mauern vieler Ruinen waren noch erbitterte Aufschriften zu lesen, die die Engländer nicht hatten auslöschen können. Natürlich sahen wir überall Nassers Porträt. Auf einer langen Mauer stand in großen Buchstaben „Cochons français, retournez aux feux d'Alger". Wir fuhren in einer Pferdedroschke. Der wortreiche, englischsprechende Kutscher hielt überall an, um uns die schlimmsten Zerstörungen sehen und fotografieren zu lassen. Niemand bettelte uns an, aber zerlumpte Kinder und Erwachsene fanden sich ein und deuteten auf die Stellen, wo einst ihre Häu-

ser gestanden hatten. Unser Kutscher übersetzte uns, was sie erzählten.

In dem einstündigen Interview, das mir Oberst Nasser am 19. Dezember in seinem Landhaus bei Kairo gewährte, sprach er seine Dankbarkeit für Amerika aus:

„Wir wußten, daß wir zu schwach seien, der gemeinsamen Kraft des englisch-französischen und israelischen Angriffs zu begegnen. Aber wir vertrauten darauf, daß die britische Machtpolitik an den moralischen Kräften des Westens zerschellen werde. Zum ersten Mal konnten wir unsere Sache vor der ganzen Welt vorbringen. Die Sittlichkeit des Westens war stärker als die Aggression.

Man hat uns beschuldigt, wir hätten gehandelt, ohne die Folgen für die ganze Welt zu bedenken. In Wahrheit aber waren wir uns bewußt, daß wir in unserem Vertrauen auf die moralische Meinung der Welt ein schweres Risiko eingingen. Aber wir taten es, um nicht einen Weltkrieg zu verursachen."

Nasser berichtete mir auch, daß die Ägypter für Rußland applaudiert hätten, als er in seiner Rede vom 9. November den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für ihre Haltung dankte. Nasser erklärte:

„Unser Volk ist mißtrauisch wie keines auf der Welt. Es war zu vielen Invasionen aus dem Westen unterworfen: Zuerst Napoléon, dann die Briten und nun wieder die Franzosen und die Engländer gemeinsam mit Israel. Vor 1948 war Amerika, im Gegensatz zu England und Frankreich, hochgeachtet, aber als dann Präsident Truman alles tat, um Israel zu unterstützen, wurden wir auch gegenüber den Vereinigten Staaten argwöhnisch. Aber jetzt, zwei Monate nach dem anglo-französischen Angriff, setzt sich die Überzeugung durch, daß die Vereinigten Staaten sich gewandelt haben. Wir sind bereit, daran zu glauben, daß Israel nicht im Sinne der USA handelt."

Es war nicht Nasser, sondern der Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich, Mr. A. C. Douglas Dillon, der darauf be-

stand, daß die Sowjetunion und nicht die Vereinten Nationen oder die USA Ägypten gerettet habe. In seinem Radiointerview vom 11. Dezember 1956 äußerte sich Mr. Dillon, England und Frankreich seien nicht durch moralischen Zuspruch, sondern durch die Drohungen der Sowjets zum Abbruch ihrer Kampagne gegen Ägypten bewogen worden. Ängstlich darum bemüht, Frankreich in Recht und Unrecht der Hilfe Amerikas zu versichern, tat der amerikanische Botschafter mehr für die Kommunisten im Nahen Osten als jeder Araber, indem er die Welt wissen ließ, daß die UdSSR und nicht die Vereinigten Staaten der Retter Ägyptens sei. Glücklicherweise holte das State Department Mr. Dillon bald darauf von seinem Posten in Paris zurück, aber das Kind war bereits in den Brunnen gefallen. Er war nicht der einzige Amerikaner, der die Meinung vertrat, Ägypten schulde seine Rettung den Sowjets. Beispielsweise schrieb der Herausgeber des „Bulletin of the Atomic Scientists“, Eugene Rabinowitch, in der Januarausgabe 1957:

„England und Frankreich sahen sich vor einem Ultimatum, das die beiden Länder in aller Eindeutigkeit mit atomarer Vernichtung bedrohte, wenn sie nicht die Suez-Expedition zurückzögen.

Diese Demonstration atomarer Abschreckung ist ein Wendepunkt in der Geschichte. Wir sollten uns bei der Einschätzung seiner Bedeutung nicht durch beiläufige Ereignisse beirren lassen, wie zum Beispiel der diplomatische Druck der Vereinigten Staaten . . . oder die Reden und Resolutionen in den Vereinten Nationen.

England und Frankreich sahen nicht voraus, daß die Führer der Sowjetunion bereit waren, aus Anlaß eines lokalen und weitentfernten Konflikts den Atomkrieg zu entfesseln.“

Dagegen berichtete D. Middleton an die „New York Times“ am 31. Januar 1957, daß der wichtigste Grund, der England zur Einstellung des Feuers bewog, die Haltung der Vereinigten Staaten war, unterstützt durch die öffentliche Meinung Kanadas und Englands selbst.

Zweifellos war es die Wirkung all dieser Faktoren, die Sir Anthony Eden und seine Tory-Freunde zwangen, ihren Traum der Wiederaufrichtung der britischen Macht im Nahen Osten durch

„eine Lektion für die Wogs“ aufzugeben. Unübersehbar ist der Schaden, den Großbritannien seinem Ansehen und seinen Interessen ebenso wie der antikommunistischen Sache in der ganzen Welt zugefügt hat. Aber dieser Fehlschlag wird wahrscheinlich jede britische Regierung in Zukunft davon überzeugen, daß es töricht ist, von der klugen Politik der vergangenen Jahre abzuweichen: nämlich von der Politik der freiwilligen Preisgabe imperialer Privilegien und Machtstellungen in Asien und Afrika; von einer Politik, die aus früheren Untertanen Freunde zu machen versteht.

IV.

Im Heiligen Land

Präsident Nasser gehört zweifellos zu jener Art, die die Franzosen als „un animal très méchant, quand on l'attaque, il se défend" bezeichnen.

Aber gerade weil er sich verteidigt, wenn er angegriffen wird, ist er zum Helden und zum Symbol der arabischen Völker geworden, die so lange Zeit nicht imstande waren sich gegen Angriffe zu verteidigen und das Joch fremder Eroberer abzuwerfen.

Neila Izzeddin, die wortgewandte Araberin, die das brillante Buch „The Arab World" schrieb, sagte mir im Dezember 1956 in Beirut:

„Nasser verkörpert das Verlangen der Araber, stark und frei zu sein, wie wir es waren, als die arabische Kultur in der Welt erstrahlte und die Tapferkeit unserer Heere keinesgleichen fand. Unsere Hoffnungen können sich nur erfüllen, wenn wir Araber, die fast ein Hundertmillionen-Volk bilden, uns vereinigen und unser soziales, politisches und wirtschaftliches Leben umgestalten und modernisieren."

Dr. Izzeddin gehört zu der Sekte oder der Religion der Drusen, deren Mitglieder die einzigen nicht-jüdischen Bürger von Israel sind, die die gleichen Rechte wie die Juden haben. Ich verbrachte mit ihr einen Abend in Beirut bei einem römisch-katholischen Ehepaar, Robert und Georgette Kfouri. Drei weitere Gäste waren Moslems, deren einer ein Vetter des libanesischen Premierministers war. Keiner von ihnen hielt seine Religion oder die künstliche Teilung der arabischen Welt durch den Westen für bedeutsam ge-

genüber der Tatsache, daß sie alle Araber waren. Soviel auch sie und andere Araber, die ich im Libanon und in Jordanien traf, über Nasser verschiedener Meinung sein mochten, so viel sie auch darüber stritten, ob Ägypten durch die Annahme sowjetischer Waffen und politischer Hilfe richtig oder falsch gehandelt habe und ob sie vielleicht auch meinten, daß Nuri es-Said im Irak eine raffiniertere und klügere Politik führe, die vielleicht erfolgreicher als Ägyptens und Syriens ungebärdiger Nationalismus sein werde – sie alle stimmten darin überein, daß es in der ganzen arabischen Welt nur eine überragende Kraft gebe, nämlich das Verlangen nach Einheit und Fortschritt.

Alle sprachen das Französische ebenso fließend wie ihre Muttersprache. Keiner von ihnen war amerikafeindlich eingestellt. Aber sie alle konnten nicht begreifen, ja sie waren empört darüber, daß man alle Araber als „anti-westlich" bezeichne, die die Kolonialherrschaft Frankreichs in Algerien ablehnen und sich gegen die Bedrohung der arabischen Welt durch Israel wenden.

Dr. Izzedin sagte:

„Unsere Bestrebungen laufen parallel mit der großen Bewegung der Welt zur Integration. Die Sache Ägyptens wurde nach dem Suez-Angriff von den USA und den Vereinten Nationen verteidigt, weil die ganze Welt nach Freiheit und Gerechtigkeit strebt. Warum werden wir dann angeklagt, dem Westen gegenüber feindlich zu sein, nur weil wir Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für die arabische Welt suchen?"

Niemand von ihnen leugnete, daß Nassers Prestige und Beliebtheit in allen arabischen Ländern außerordentlich groß sei. Auch die Araber, die Nasser ablehnten, anerkannten diese Tatsache, die selbst durch einen so Nasser-feindlichen Journalisten wie Joseph Alsop zugegeben wurde, der aus Beirut meldete, daß der ägyptische Staatschef „wohl oder übel der größte Mann in der arabischen Welt ist". Der gleiche Leitartikler berichtete nach seinem Besuch in Bagdad in einem Aufsatz vom 22. Mai 1957, daß „das kluge (ölfinan-

zierte) Entwicklungsprogramm des Irak keine echte Volksbegeisterung hinter sich habe", während arabische Führer wie Nasser „den Beifall der Massen fänden", weil sie nach Alsops Meinung „die gefährlichen aber machtvollen Gefühle alteingewurzelten und gerechtfertigten Hasses anzurufen verstehen".

„Gerechtigkeit" ist das Schlüsselwort, wie Mr. Alsop selbst eingesteht, indem er weiter berichtet, daß so pro-westlich eingestellte Araber wie die Herren des Libanon „Nasser fürchten trotz ihrer eigenen Stärke", weil „diese Haßgefühle in den zahllosen Tragödien der Geschichte des Nahen Ostens tief begründet sind".

Man muß sich im Nahen Osten umsehen und seine Geschichte studieren, um die tragische Wahrheit dieser Worte recht abwägen zu können. Sie sind umso eindrucksvoller, als Joe Alsop einer der vielen amerikanischen Journalisten ist, die für Israel, Frankreich und England die allerfreundschaftlichsten Gefühle hegen.

Das Unrecht, unter dem die Araber leiden, gehört nicht nur der Vergangenheit an, sondern ist auch in ihrem heutigen Leben wirksam. „Wogegen wir uns am heftigsten auflehnen", sagte Neila Izzeddin, die einen amerikanischen Doktorgrad trägt und unsere Sprache ebenso vollendet spricht wie schreibt, „ist das doppelte Maß, mit dem Ihr uns und die Juden mißt. Die Juden fechten bei Euch immer nur für die Freiheit, aber unser arabischer Kampf heißt ‚fanatischer Nationalismus'."

Einige Tage später fuhr ich gegen Abend mit einem anderen Libanesen, Dr. A. R. Labban, dem Leiter einer Nervenklinik für arabische Flüchtlinge in diesem Teil Jordaniens, von Jerusalem nach Bethlehem. Mehrere Male hielten uns uniformierte jordanische Heimwehrmänner an, die untertags ihren Acker bestellen und ihre Herden hüten, die des Nachts aber gegen israelische Angriffe Wache stehen. Zwei dieser Männer hatten Dr. Labban erkannt und baten uns, sie bis zu ihrem nächsten Stützpunkt mitzunehmen, nachdem sie sich vergewissert hatten, daß ich weder ein Israeli noch ein Engländer, sondern Amerikanerin war. Sie alle, die wir trafen, trugen sowjetische Maschinenpistolen.

Mit ihnen und ungefähr einem Dutzend weiterer unterhielt ich

mich durch Dr. Labban als Dolmetscher und fragte sie, was sie von Rußland, dem Kommunismus und von Nasser hielten. Die Antworten glichen einander fast immer. „Rußland? Kommunismus?" antworteten sie, „wir wissen von beiden nichts; aber jetzt haben wir zum ersten Mal Waffen, um unsere Höfe und unsere Familien gegen die Israelis zu verteidigen, die uns bisher ungestraft angriffen; also muß Rußland unser Freund sein."

Als ich sie fragte, was sie über Nasser dachten oder warum sie soviel von ihm hielten, leuchteten ihre scharfgeschnittenen Gesichter auf und ihre dunklen Augen funkelten: „Er ist offen und ehrlich und tapfer"; oder: „Wir glauben an Nasser, weil er geradeheraus ist."

Der Mondschein erhellte die uralte Straße, die links den Ölberg streift, wenn man nach Bethlehem geht, und dann ihren Lauf längs der Hügel südlich der Heiligen Stadt nimmt. Unter diesem Himmel sprachen die Antworten dieser einfachen Männer, die in der Nacht ihre Familien bewachten, beredtsamer als es jedes Buch vermöchte.

Warum Nassers Offenheit und Glaubwürdigkeit von diesen arabischen Bauern und Hirten als seine höchste Tugend bewundert wurde, das begann ich in dieser unvergeßlichen Nacht auf dem Wege nach Bethlehem zu begreifen. Es stimmte mit dem überein, was ich in einer langen Unterhaltung von Mrs. Vester in Jerusalem erfahren hatte. Diese wunderbar verständnisvolle, mitleidige und mutige alte Dame stammt aus Chikago, aber sie hat mehr als vierzig Jahre ihres Lebens in Palästina zugebracht, wo ihr Vater im Jahre 1881 die amerikanische Kolonie in Jerusalem gründete. Bertha Spafford Vester, deren Mann vor einigen Jahren verstarb, hat das gemeinsame Werk weitergeführt und ist jetzt die Leiterin des Spafford-Kinderkrankenhauses, das oberhalb des Damaskus-Tores liegt und durch die Ford-Foundation unterstützt wird. Das größte allgemeine Krankenhaus der amerikanischen Kolonie ging verloren, als der Staat Israel in Mißachtung der Vereinten Nationen den modernen Teil Jerusalems besetzte. Insgesamt fallen acht Missionskrankenhäuser, die verschiedenen protestantischen und katholischen Missions-Gesellschaften gehören und in West-Jerusalem liegen, jetzt

für die Betreuung der arabischen Bevölkerung aus. Trotzdem ist den Arabern nicht gestattet das Hadassah-Hospital in der entmilitarisierten Zone zu besuchen, obgleich es leersteht und nur von einer Wache bewohnt wird.

„Die Araber", sagte mir Mrs. Vester, „halten den Bruch eines gegebenen Wortes für eine Schande. Sie hielten die Engländer für Menschen mit demselben Ehrgefühl wie sich selbst, doch sie wurden bitter enttäuscht. Als ich mit meinem Manne in das Heilige Land kam, sagte ein Araber, der Wert darauf legte, daß man ihm glaube, daß er die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit sprach: er spreche ‚englische Wahrheit'. Wenn er heute aber ‚englische Wahrheit' sagt, meint er eine Lüge."

Vor einigen Jahren schrieb Mrs. Vester ein Buch „Our Jerusalem" über ihr Leben im Heiligen Lande, das von Doubleday Doran herausgegeben wurde. Ihr Schlußkapitel freilich, das über die Betrugsmanöver des Westens wie auch über die Verbrechen, die israelische Terroristen gegen die Araber verübt hatten, berichtete, wurde von den Herausgebern aus dem Buche entfernt. Sie übergab mir einen Abdruck dieses Kapitels, den sie auf eigene Rechnung als Broschüre hatte drucken lassen. Aus ihrem Munde hörte ich zum ersten Mal die schreckliche Geschichte des israelischen Massakers im Dorfe Deir Yassin, durch das Tausende von Arabern vertrieben wurden, die heute in Jordanien und im Gaza-Streifen als Flüchtlinge vegetieren.

Obgleich das Ereignis schon so lange zurückliegt, stiegen Mrs. Vester die Tränen in die Augen, als sie mir erzählte, wie die Irgun-Leute die ganze Bevölkerung dieses arabischen Dorfes eingeschlossen hatten, die Männer, aber auch viele Frauen und Kinder mit Maschinengewehren zusammenschossen, und wie danach Jeeps und Panzerwagen durch West-Jerusalem fuhren und durch Lautsprecher der Bevölkerung drohten, wenn sie nicht sofort das Land verließe, würde sie das gleiche Schicksal wie die Leute von Deir Yaseen erleiden.

„Fünfzig Kinder unter zwei Jahren", erzählte sie, „nahm ich damals aus dem gemarterten Dorfe Deir Yaseen in mein Krankenhaus auf."

Sie wiederholte mir, was sie auch in dem ausgeschalteten Kapitel ihres Buches geschrieben hatte:

„Während ich diese Babies aufnahm und auf den schrecklichen Bericht der Frauen lauschte, trat ein kleiner Junge von etwa vier Jahren zu mir. Als er sah, daß ich keine Araberin war, schrie er auf, fragte: ‚Ist sie eine von denen?' und sank ohnmächtig zu Boden. Ich lief, um Wasser für das Kind zu holen, aber als ich zurückkam, war es tot."

Der nackte und erschütternde Bericht Mrs. Vesters über die Schreckenstaten, die sie im Jahre 1948 miterlebte, als fünfzehntausend Verwundete in das Lazarett der amerikanischen Kolonie in Jerusalem gebracht wurden, erwähnt nur gelegentlich die Gefahren und Entbehrungen, die sie, ihre Familie und ihre Mitarbeiter auf sich nahmen. Das Hauptgebäude der amerikanischen Kolonie war durch einen jüdischen Mörser zerbombt worden. Sie befanden sich in der direkten Frontlinie zwischen den Zionisten und dem arabischen „Lumpengesindel", das gegen die Juden kämpfte. Die Arabische Legion Jordaniens unter britischem Kommando verzögerte ihren Anmarsch so lange, bis die zionistischen Banden das Araberviertel der Stadt geplündert hatten, so weit sie nicht durch den verzweifelten Widerstand seiner Einwohner abgewehrt wurden. Einige amerikanische Missionare wurden getötet oder starben an ihren Verwundungen, weil keine Ärzte für ihre Versorgung verfügbar waren. Da aber, wie Mrs. Vester sagte, die Araber die Rot-Kreuz-Flagge achten und als Anhänger von Mohammed nicht auf Frauen schießen, konnte sie die Überreste des Gebäudes der amerikanischen Kolonie vor weiteren Zerstörungen schützen.

Der Mord von Deir Yaseen war nur ein Glied in einer Kette von Verbrechen. In dem harten Kampf zwischen Israel und den Arabern wurden im Laufe der folgenden Jahre von beiden Seiten Raub- und Mordtaten begangen. Im Oktober 1953 zum Beispiel drangen bewaffnete Israelis gegen das Dorf Kibya vor, ermordeten sechsundsechzig Jordanier, verwundeten viele andere und

sprengten Dutzende von Häusern in die Luft. Die Araber begingen währenddessen ähnliche schreckliche Verbrechen, fanden aber vielmehr feindliche Publizität in der westlichen Presse.

Man hört häufig, die Araber hätten sich für den Verlust von weiteren Gebieten über die hinaus, die Israel von den Vereinten Nationen zugestanden waren, nur bei sich selbst zu beklagen, denn sie griffen den neuen Staat an und wurden geschlagen. Diese Behauptung geht an den historischen Tatsachen vorbei. Dr. William Ernest Hocking, früherer Professor der Harvard-Universität, beschreibt, wie die Irgun-, Stern- und Haganah-Banden, die Vorläufer der Armee Israels, ihre terroristischen Unternehmungen lange vor der englischen Evakuierung Palästinas begonnen hatten und aus dem Untergrund auftauchten, um arabische Dörfer und Städte anzugreifen, die Einwohner zu ermorden oder zu verjagen. Diese Bandentätigkeit setzte schon unmittelbar nach der Resolution der Vereinten Nationen vom November 1947 ein. Professor Hocking stellt fest:

„Die erwiesenen Tatsachen lassen keinen Zweifel daran, daß Israel der Aggressor war . . . Vor Beendigung des britischen Mandats am 14. Mai 1948 und zwei Monate bevor der Staat Israel rechtlich ausgerufen werden konnte . . . hatten die zionistisch-israelischen Streitkräfte bereits viel von den den Arabern vorbehaltenen Gebieten illegal besetzt . . . Während der Kämpfe in diesen sechs Monaten wurden dreihunderttausend Araber durch den Terror der Zionisten aus ihrer Heimat verjagt – ein Schlag gegen jedes menschliche Gefühl. Die ganze arabische Welt fühlte sich in diesen Flüchtlingen getroffen. Aus diesem Mitleid und dem Gefühl des Unrechts erwuchs eine entschiedene Feindschaft gegen Israel, die durch diplomatische Redensarten ahnungsloser Politiker nicht aus der Welt geschafft werden kann."

Die Welt ist abgestumpft durch die Greueltaten der Nazis und der Kommunisten. Wir neigen dazu, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verzeihen, wenn sie von unseren Freunden oder von den

früher Verfolgten begangen werden. Aber wenn endlich einmal der Teufelskreis von Grausamkeit und Verbrechen und Vergeltung zerbrochen werden soll, dann müssen wir uns klarmachen, daß Untaten auch Untaten bleiben, wenn sie von unseren Verbündeten begangen werden oder von denen, denen wir unser Mitleid schenken, weil sie selbst Opfer der Verfolgung waren. Anderenfalls wird die Menschheit in Barbarei verfallen, trotz all ihrer wunderbaren Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft.

Frau Vesters Mitleid für die Araber, die sie um die Verteidigung ihrer Heimat mit alten Büchsen und Schwertern gegen die modern ausgerüsteten Israelis kämpfen sah, hat sie nicht zur „Antisemitin" werden lassen, – übrigens in dem Streit zwischen Arabern und Juden ein sinnloser Ausdruck, denn beide stammen ursprünglich von derselben „Rasse" ab; ebensowenig wünschte sie den Juden die Rache der Araber. Sie sagte sich, daß die Juden, die sie Grausamkeiten begehen sah, durch ihr eigenes Geschick unter den Nazis oder anderswo in der Welt auf den Weg der Gewalt geführt worden seien und daß ihre Lage inmitten einer arabischen Welt, die der Teilung Palästinas mit unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstand, sie zur Verzweiflung getrieben habe. Sie erzählte mir, daß viele Juden in Jerusalem nur aus Furcht die Terroristen unterstützten, die in ihrer Behandlung der Araber mit den Nazis wetteiferten, denen sie entronnen waren. Eine ihrer besten Schwestern, eine Jüdin, hatte bei ihr während des Kampfes der Juden und Araber um Jerusalem angerufen, um ihr zu sagen, sie könne nicht länger im Krankenhaus der amerikanischen Kolonie arbeiten. Mrs. Vester versicherte sie, sie habe von den Arabern nichts zu befürchten, deren volles Vertrauen sie nach einem dreißigjährigen Dienst im Hospital genoß. Aber die jüdische Schwester antwortete: „Ich fürchte nicht die Araber, sondern meine eigenen Leute."

Im Jahre 1954 empfing Präsident Eisenhower Mrs. Vester während ihres Besuches in Washington und führte mit ihr eine lange Unterhaltung. Es ist durchaus möglich, daß ihr Bericht über die tragische Auseinandersetzung zwischen Israelis und Arabern den Präsidenten in seiner Entscheidung zwei Jahre später bestärkte, als er

während des Wahlkampfes im November 1956 dem Druck des zionistischen, englischen und französischen Einflusses widerstand.

Frau Vesters in Amerika geborener Sohn hat sich in England naturalisieren lassen. Auch ihre Tochter ist mit einem konservativen Parlamentsmitglied verheiratet. In unserem langen Gespräch in Jerusalem berichtete sie mir, wie sehr sie der Gedanke beunruhigt habe, sie könne nach dem englischen Angriff auf Ägypten ihrer Familie entfremdet werden. Doch zu ihrer großen Freude war ihr Schwiegersohn eins der wenigen konservativen Parlamentsmitglieder, die gegen Edens Politik opponierten.

Ich verließ das Jerusalemer Heim von Frau Vester, nachdem ich mit ihr einen Besuch in ihrem Krankenhaus für den nächsten Morgen sechs Uhr vereinbart hatte. Für den Abend war ich zu Dr. Dejani und seiner Frau, die auch Ärztin ist, in ihr Haus bei dem arabischen Flüchtlingshospital in Bethlehem eingeladen. Dieses Hospital ist das einzige modern ausgestattete Krankenhaus, das für die erwachsene Bevölkerung des alten Jerusalem zur Verfügung steht.

Die Bekanntschaft mit den Dejanis verdanke ich meinem Verleger Henry Regnery und Dave Collier von der Amerikanischen Gesellschaft der Freunde des Nahen Ostens in Chikago. Sie hatten einst einen schönen Besitz in dem modernen Westen Jerusalems. Als sie von den Israelis 1948 verjagt worden waren und ihre gesamte Habe eingebüßt hatten, richteten sie ihr Flüchtlings-Krankenhaus in Bethlehem mit finanzieller Unterstützung durch großzügige Chikagoer Freunde ein. Einer ihrer Söhne ist bei den Vereinten Nationen tätig, die den arabischen Flüchtlingen das zur Erhaltung des Lebens notwendige Minimum an Nahrung – etwa eintausendsiebenhundert Kalorien – für acht Cent täglich liefern. Das Krankenhaus Dr. Dejanis macht alle Anstrengungen für die ärztliche Betreuung dieser hilflosen Menschen, aber es ist sehr schwer, die große Zahl der kranken und unterernährten arabischen Flüchtlinge zu versorgen. Einen Tag und einen Abend verbrachte ich als Gast der Dejanis, lernte viele ihrer Verwandten und Freunde in Bethlehem kennen und sah sie bei ihrer Arbeit, die sie in selbstloser Hingabe für ihre Landsleute leisteten. Ich konnte mich auch von der

Dankbarkeit der Araber für die Hilfeleistung einzelner amerikanischer Privatleute überzeugen.

In Bethlehem hatte ich auch ein Erlebnis, das mich davon überzeugte, wieviel Sympathien Präsident Eisenhowers Haltung zur Suez-Krise selbst unter den arabischen Flüchtlingen gewonnen hatte, die ihr elendes und hoffnungsloses Leben in Höhlen, Zelten und Lehmhütten mit dem Blick auf ihre früheren Häuser auf israelischem Gebiet verbringen. Als ich mit Dr. Dejanis jungem Sohn ein Flüchtlingslager auf einem Hügel in der Umgebung Bethlehems besuchte, schaute eine Gruppe von Arabern mit so unmißverständlicher Feindseligkeit auf mich, daß mir die Schamröte ins Gesicht stieg. Aber als wir eine Stunde später nach unserer Besichtigung zur Landstraße zurückgingen, grüßte mich die gleiche Gruppe von Arabern mit einem freundlichen Lächeln. Der arabische Chauffeur Dr. Dejanis hatte ihnen inzwischen erzählt, daß ich keine Engländerin, sondern Amerikanerin sei.

Keiner der Flüchtlinge in diesem Lager oder sonstwo bat mich um ein Almosen. Im Gegensatz zu Indien, wo man keinen Augenblick parken kann, ohne von Bettlern umringt zu werden, behalten diese unglücklichen Araber ihre Würde und bitten um nichts als um ihr Recht.

Als wir in dem kleinen Heim Dejanis nachts in Decken gehüllt vor einem kleinen Feuer saßen, sagte der Hausherr zu mir:

„Wir stehen zum Westen, wenn Ihr uns fair behandelt, – wenn nicht, komme, was kommen mag.

Rußland hat im Nahen Osten nicht einen Dollar ausgegeben und gewinnt dennoch an Einfluß. Amerika, das so viel ausgibt, erntet wenig Dank, weil seine Dollar-Hilfe nur den Reichen zu größerem Reichtum verhilft oder in unnützen Unternehmungen vergeudet wird. Nehmen wir zum Beispiel das Punkt-Vier-Programm. Was hat es für die Leute in Jordanien getan? Es hat Mittel gestiftet, um einen Palast in Amman zu bauen und ein Forschungslaboratorium der Regierung einzurichten, die beide für das Volk keinen sichtbaren Vorteil brachten. Wir brauchen Schulen und Hochschulen

und kleine Industrien, die uns auf eigene Beine stellen anstatt uns von der Wohltätigkeit der UNO oder der USA abhängig zu machen. Aber Eure Leute scheinen mehr daran interessiert, uns Luxus zu liefern oder den letzten Fortschritt modernster wissenschaftlicher Forschungsinstitute zu bringen. Ich bilde hier Schwestern aus, die imstande sind die einfachen Bedürfnisse der Kranken zu erfüllen. Aber die USA und die UNO senden uns im Westen ausgebildete Spezialisten und Schwestern, die ihre großen Fähigkeiten in einem rückständigen Lande gar nicht anwenden können, und die, weil sie des Arabischen nicht mächtig sind, sich nicht einmal mit unseren Leuten verständigen können."

In den Jahren 1949/50 hatte Dr. Dejani als Leiter des Gesundheitsdienstes von Jordanien die örtliche Herstellung von Impfseren in gang gesetzt und gehofft Punkt-Vier-Hilfe dafür zu bekommen. Stattdessen zogen die Vereinigten Staaten es vor, hunderttausend Dollar für den Aufbau eines Forschungslaboratoriums zu spendieren. Aber in einem Lande, dessen Gesundheitsdienst noch in den Kinderschuhen steckt, bestand nach Dr. Dejani die größte Nachfrage nicht nach Forschungslaboratorien, sondern nach Krankenhäusern, Ärzten und Schwestern, deren Niveau nicht zu hoch ist, die also die Nöte der einfachen Bevölkerung verstehen. Gebraucht werden praktische Ärzte mehr als Spezialisten und einfache Stationsschwestern mehr als Assistentinnen mit hoher Fachausbildung.

Das mögen Kleinigkeiten sein im Vergleich zu anderen Mißgriffen und Unbilligkeiten bei der Hingabe amerikanischer Unterstützung, aber sie sollten doch immerhin die Amerikaner interessieren, die sich wundern, warum all ihre Großzügigkeit in fremden Ländern so wenig Dank erntet. Dr. Dejani und seine Frau, seine Söhne und Schwiegersöhne erregten sich weit heftiger gegen die Unterstützung Israels durch Amerika als über die Art, wie die Punkt-Vier-Hilfe im Nahen Osten vergeben wird. Gleich Kfouris in Beirut und anderen Arabern, die Amerika kennen, sind sie unsere Freunde und bemühen sich, ihre Länder auf der Seite des Westens zu halten. Aber sie empörten sich über das doppelte Maß der westlichen Presse

für Araber und Juden und bedauerten die Unterstützung des französischen Kolonialismus in Nordafrika.

In dem Privatdruck des letzten Kapitels ihres Buches, das der amerikanische Verlag ausgeschieden hatte, unterstreicht Mrs. Vester die Tatsache, daß es vor der Bildung des Staates Israel keinen Streit zwischen den Arabern und Juden in Palästina gegeben hat. Die Unruhe in der arabischen Welt entstand erst mit der Gründung dieses Staates, der siebenhunderttausend Araber enteignet und aus Palästina verjagt hat, der sich zum Militärstaat entwickelt und das Ziel verkündet hat, Millionen weiterer Juden herbeizuziehen.

„*Es ist sonderbar*", schreibt Frau Vester, „*daß das gleiche Volk, das unter Hitlers Rassentheorien am schwersten gelitten hat, jetzt eine ähnliche Theorie zur Begründung des Zionismus aufstellt. Dabei gibt es ebensowenig eine ‚reine deutsche Rasse', wie es eine reine jüdische Rasse gibt ... Das Volk, das sich zum jüdischen Glauben bekennt, ist eine Mischung aus vielen Rassen ... Die ursprüngliche semitische Blutlinie aus Palästina ist nur eine von vielen ... Es ist daher absurd, von der ‚Rückkehr' der Juden nach Palästina zu sprechen, die so viele nicht-palästinische Erbteile mitbringen. Sie sind gar nicht in Palästina zuhause ... Man kann sich über jene Liberalen nur wundern, die die Rassentheorien mit lauter Stimme verdammen und zu gleicher Zeit einen Rassismus unterstützen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat.*"

Meine Reaktion auf das, was ich in Jordanien erlebte, ist gewiß gefühlsbedingt. Dasselbe könnte man von der amerikanischen Reaktion auf die Verbrechen und Grausamkeiten in Nazi-Deutschland und im kommunistischen Rußland sagen. Ich bin davon überzeugt, daß der Kampf gegen die Unterdrückung, das Mitgefühl für die Opfer von Unrecht und Unglück und das Verlangen nach Gerechtigkeit die Eigenschaften sind, die uns über das Tier erheben. Wir versinken aber in Barbarei, wenn wir „Auge um Auge" fordern und uns von unseren Gefühlen dazu treiben lassen, ein Unrecht durch seine

Bilder rechts: Ismailia am Suez-Kanal, der Schauplatz schwerer Kämpfe. — Vorgehende englische Truppen und ägyptische Gefangene.



Arabische Flüchtlinge beim Essenempfang

Ein Zeltlager für arabische Flüchtlinge bei Bethlehem in Jordanien

Wiederholung zu rächen. Wir müssen uns davor hüten, den Israelis aus Mitleid mit den Arabern Unrecht zuzufügen. Wir würden damit den Fehler Trumans wiederholen, der den Einfluß Amerikas in den Vereinten Nationen dazu benutzte, Hitlers Opfer auf Kosten der Araber zu entschädigen.

Arnold Toynbee, der englische Historiker, schreibt in seiner „Study of History“:

„Wenn die Verruchtheit einer Sünde nach dem Maß der Einsicht des Sünders in seine Sünde zu messen ist, dann trugen die Juden, die im Jahre 1948 nach Christi Geburt die Araber aus ihrer Heimat in Palästina vertrieben, noch schwerere Schuld als Nebukadnezar und Titus und Hadrian und die spanische und die portugiesische Inquisition, als sie die Juden in Palästina und anderswo verfolgten, entwurzelten und umbrachten. Anno 1948 wußten die Juden aus eigener Erfahrung, was sie taten: Es war ihre tiefste Tragödie, daß sie die Lektion aus ihrem Zusammenstoß mit den Heiden Nazi-Deutschlands dazu führte, die Untaten der Nazis gegen die Juden nicht zu verabscheuen, sondern sie nachzuahmen.“

Zum Glück gibt es noch viele Araber, die gewillt sind, das ihnen zugefügte Unrecht zu vergeben und zu vergessen, wenn Amerika nur weiterhin zu den Prinzipien stünde, die es groß und frei und stark gemacht haben. Dr. Dejani und seine Familie und viele andere Araber, die in den Vereinigten Staaten studiert haben und die Großzügigkeit und die Hilfsbereitschaft des Amerikaners für arme oder hungernde oder unterdrückte Völker in allen Ländern kennengelernt haben, sind für und nicht gegen Amerika eingestellt. Doch sie müssen sich als anti-westlich klassifizieren lassen, weil sie für die Araber sind. Die Dejanis hegten auch keine persönlichen Rachegefühle gegen „die Juden“, obgleich sie in Jerusalem reiche Leute waren, bevor die Regierung Israels ihr gesamtes Vermögen konfiszierte. Ihr Hauptanliegen war es, den unendlichen Scharen kranker und hungriger arabischer Flüchtlinge zu helfen, die aus den Lagern in ihr Hospital kamen oder aus Jerusalem, wo die Araber keine

ärztliche Hilfe mehr in den von Israel beschlagnahmten Krankenhäusern der protestantischen und katholischen Mission fanden.

Das Heilige Land hat sich auf der jordanischen Seite noch seinen ursprünglichen Liebreiz bewahrt. Als ich an diesem Morgen nach Jerusalem fuhr, blickten die mit dünnem Grün gefleckten Hügel wohl ebenso zu der Straße herunter, wie damals als Christus auf einem Esel zur Stadt ritt. Noch zweitausend Jahre später war außer dem meinen kein Wagen zu sehen. Nur ein paar Araber führten ihre mit Gemüse beladenen Esel zum Markte. Ich selbst fühlte mich ins Morgengrauen der Welt versetzt. In meinem Halbschlaf überdachte ich, daß die Probleme und Forderungen unserer modernen Welt im Wesen die gleichen sind wie in jenen frühen Zeiten, als zuerst die Propheten des Alten Testaments und dann Jesus Christus und Mohammed uns zur Verehrung des selben Gottes aufriefen und uns auf eben die Grundsätze der Rechtlichkeit verpflichteten, die seitdem von den Juden, den Christen oder den Anhängern des Propheten gleich selten beachtet wurden.

Wir kamen zu der Mauer der Altstadt Jerusalems, durchfuhren den schmalen Weg, der zum Kalvarienberg führt, und ließen den Wagen am Tor von Damaskus zurück. Ich ging zu Fuß nach Jerusalem hinein, das in seinen engen Gassen und Straßen keinen Platz für Fahrzeuge hat, und schritt über einen schmalen Steinweg und über manche Stufe hinauf zu dem Kinderkrankenhaus der amerikanischen Kolonie oberhalb der Mauer zwischen dem Damaskus- und Herodes-Tor. Die ersten Strahlen der aufsteigenden Sonne vergoldeten die steinernen Zinnen und erleuchteten das Bild der ganzen Stadt, das sich mir vom Dach des Hospitals aus bot. Jenseits des Damaskus-Tores trennt eine neue Mauer den Araber vom Juden. Dahinter ist nur noch Grasland zu sehen und ein paar beschädigte Häuser auf dem Hügel. Die alte Stadt, in der die Araber in vielen Jahrhunderten die Heiligen Stätten der Christen, der Moslems und der Juden gehütet haben, ist jetzt ein Teil von Jordanien; weiterhin nach Westen konnte ich die Umrisse des israelischen Jerusalems sehen, das den modernen Teil der Stadt bildet.

Mein Führer durch die Altstadt war eine katholische Schwester

armenischer Herkunft, die mir Frau Vester zur Verfügung gestellt hatte. Als wir durch die schmalen Straßen gingen, die nur von Fußgängern und Eseln passiert werden können, und zum Heiligen Grab hinaufschritten, erzählte sie mir, wie sie und ihre Familie ihr schönes großes Haus in West-Jerusalem verloren hatten, als sie durch die Zionisten 1948 vertrieben wurden. Bis jetzt hatte ich nicht gewußt, daß die Christen ebenso wie die Moslems in Israel enteignet und vertrieben worden waren, wobei für Jerusalem noch hinzutritt, daß es nach einer Resolution der Vereinten Nationen eine internationale Enklave werden sollte. In meiner Unwissenheit, die ich mit so vielen Amerikanern teilte, rief ich aus: „Aber Ihrer Familie kann doch nichts geschehen sein, denn Sie sind doch Christen!"

„Ob Mohammedaner oder Christ", antwortete sie, „sie machten keinen Unterschied; jeder, der nicht Jude war, wurde durch die Israelis seines Eigentums beraubt und verjagt."

Schon im Libanon, der zur Hälfte christlich ist, hatte ich erfahren, daß in dem Gefühl von Ressentiment und Haß der Araber gegen Israel die Religion keinen größeren Anteil hat. Aber in Beirut hatten mir die Kfouris, die französisch sprechende Katholiken sind, gesagt, das Schlimmste, was Israel getan habe, sei die Wiedererweckung der langvergessenen religiösen Feindschaft gewesen. Sie befürchteten, daß es den Zionisten vielleicht gelingen könne, die Moslems gegen die Christen aufzubringen, wie es ihnen schon gelungen war, die arabische und die jüdische Welt zu trennen.

Niemand kann die arabischen Länder mit offenen Augen besuchen ohne zu erkennen, daß die eigentliche Wurzel des anscheinend unlösbaren Konflikts weder Religion noch Rasse, sondern das Gefühl des Unrechts und die Furcht vor der aggressiven Politik und den messianischen Ansprüchen des Staates Israel ist. Es ist also falsch, wenn man von einem Konflikt zwischen „Arabern und Juden" spricht.

Die Völker des Irak und Syriens, Libanons, Jordaniens und Palästinas wie auch Ägyptens und Nordafrikas sind vielfältiger Herkunft und Rasse, die sich vermischten und einander befruchteten, seit die Kultur in den Tälern des Nil, des Euphrat und des Ti-

gris aufblühte. Viele Wellen von Eroberern und Einwanderern aus der arabischen Wüste im Süden und aus dem persischen Bergland im Norden gingen noch in das bunte Gemisch von Rasse und Kultur ein, das wir heute den Nahen Osten nennen. Vor den Griechen und Römern waren die ägyptischen, babylonischen und persischen Eroberer gekommen, und alle hatten ihr kulturelles Erbe hinterlassen. Schließlich prägten im siebenten und achten Jahrhundert die arabischen Gefolgsleute des Propheten Mohammed diesen Ländern ihren Stempel auf, den auch die mongolischen und türkischen Eroberer nicht auslöschen konnten. Anders als die germanischen Stämme, die das weströmische Reich eroberten und anders auch als die fanatischen Christen, die den Barbaren halfen, die griechisch-römische Kultur zu zerstören, bewahrten die Araber das geistige, philosophische und wissenschaftliche Erbe der Mittelmeerwelt für die Nachkommen. Der islamische Glaube gab ihnen die Kraft und Begeisterung zur Eroberung der östlichen und nordafrikanischen Provinzen Roms. In diesem neugeschaffenen Reich begründeten sie auch eine neue Kultur. George Antonius sagt darüber:

„Diese Kultur entstand aus einer vielfältigen Verbindung in einem Vorgang gegenseitiger Assimilation. Die mißbrauchten und lebensmüden Geisteskräfte und Talente wurden durch den Impuls der mohammedanischen Eroberer zu neuem Leben erweckt. In ihren äußeren Formen war die neue Kultur in jedem Lande verschieden, je nach den Verschiedenheiten der kulturellen Fähigkeiten der örtlichen Bevölkerung. Aber zwei Züge waren allen gemeinsam: Glaube und Sprache, mit allem, was damit an neuen Wertungen und neuen Zielen verbunden war."

Die Araber brachten nicht wie die christlichen Könige diejenigen um, die sich dem neuen Glauben versagten. Sie legten ihnen Steuern auf, von denen die Mohammedaner frei blieben, – eine weit ergiebigere Methode der Bekehrung. Die neue Religion, die die Eroberer predigten, wurde zwar keineswegs allgemein angenommen. Dennoch schufen die Araber in dem großen Gebiet, das wir jetzt den

Nahen oder den Mittleren Osten nennen, eine bleibende Einheit, da die Völker durch Blutmischung oder religiöse oder kulturelle Beeinflussung die Sprache der Eindringlinge als ihre Muttersprache annahmen.

Die rassische Durchdringung durch das Arabertum hatte schon Jahrhunderte vor der Entstehung des Islams begonnen, als Einwanderer und Eroberer in wiederholten Wellen aus der Wüste die vielen Rassen in Palästina, dem Libanon, in Syrien und im Irak überflutet hatten. Aber erst nachdem die Araber unter der Fahne des Propheten ihr Reich über den Ländern errichtet hatten, die sie vorher nur teilweise erobert oder infiltriert hatten, erst dann fanden die vielen Völker aus den verschiedensten rassischen Ursprüngen – vom Irak bis Marokko – eine dauernde Einheit. Und diese Einheit ruhte nicht so sehr auf der Annahme des Moslem-Glaubens, der keineswegs allgemein wurde, als vielmehr auf der Annahme des Arabischen als Muttersprache.

Edward Atiyah, ein christlicher Araber aus dem Libanon, beschreibt in seinem interessanten Buch (erschienen in der englischen Pelikan-Serie) die kulturelle Überlegenheit der Araber im Nahen Osten und Nordafrika als das Ergebnis „einer gemeinsamen Schöpfung der mohammedanischen Religion und der arabischen Sprache", die nach seiner Meinung „eines der schönsten und ausdrucksvollsten Sprachgebilde ist, die jemals Geist und Zunge des Menschen formten".

Niemand kann sich vorstellen, meint Edward Atiyah, wie Mohammed in der Verkündung seines neuen Glaubens hätte erfolgreich sein können, „wären nicht Geist und Ohr der Araber durch ihre Liebe zur Dichtkunst so empfänglich für den Zauber" der Sprache gewesen, die er sprach und die heute die Sprache von einhundert Millionen Menschen in Asien und Nordafrika geworden ist.

Neben der Verbreitung der arabischen Sprache, die allen Völkern vom Irak bis Marokko ein tiefes Gefühl der Gemeinsamkeit gegeben hat, steht noch die größere Gemeinschaft all jener, die die islamische Religion angenommen haben. Persien und Pakistan wurden niemals „arabisiert", dennoch reagierten sie in ähnlicher Weise

auf die Vertreibung der Araber in Palästina, die Platz für Israel machen mußten, und ebenso auf den israelisch-anglo-französischen Angriff auf Ägypten. Und der Irak hat ebenso wie Ägypten den Arabern in ihrem Widerstand gegen die französische Herrschaft geholfen.

Zwischen dem christlichen Westen und den Mohammedanern, die beide ihre Religionen aus den gleichen Quellen schöpfen, gibt es keine solche Verschiedenheiten wie zwischen uns und Indien, wo sich die animistischen Frühreligionen, Aberglaube und Mystizismus mit hochfliegenden Philosophien weiser Männer in einer Art verschmelzen, die jedes westliche Verstehen ausschließt.

Als ich nach sechs Wochen Aufenthalt in Indien nach Pakistan und Persien, Libanon, Jordanien und Ägypten kam, hatte ich das Gefühl, ich sei nach Hause gekommen in eine Welt, die ich verstand. Denn trotz der weiten Unterschiede in der geschichtlichen Entwicklung, dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau und den politischen Vorstellungen ist die arabische Welt der europäisch-amerikanischen in den Ursprüngen ihrer Kultur und Religion doch nahe verwandt. Wir alle sind mehr oder weniger die Erben der uns von den Babyloniern, Ägyptern, den Persern, Griechen und Römern, den Juden und Arabern überlieferten Kultur.

Mein Aufenthalt im Heiligen Land und die Studien, zu denen mein kurzer Besuch im Nahen Osten mich veranlaßten, überzeugten mich davon, daß der Islam weniger einen Abgrund zwischen Ost und West aufreißt als der verjährte Anspruch der Zionisten, „die Juden“ seien das Erwählte Volk Gottes.

Europäer und Amerikaner wissen wenig über die Religion des Islam. Sie haben nur einige Erinnerungen aus der Schule oder ihrer Lektüre, wonach die Kreuzzüge zwischen den ungläubigen Mohammedanern und den Christen, die an den Gott des Alten und des Neuen Testaments glauben, um den Besitz des Heiligen Landes geführt wurden. Wenige wissen, daß Mohammed die Christen verdammte, nicht weil er sich gegen die Lehre des Christus wendete, sondern weil nach seiner Meinung die Christen zu Götzendienern geworden waren, indem sie Christus als Gottes Sohn und nicht als

einen Propheten betrachteten, und weil sie Heilige verehrten, die durch die katholische Kirche an die Stelle des griechisch-romanischen Götter-Pantheons gesetzt waren. Im Kapitel 2 des Koran sagt Mohammed, der heidnische Götzendienst der zahlreichen griechischen und römischen Götter müsse ausgelöscht werden, weil „wir der Religion des rechtgläubigen Abraham folgen, der kein Götzendiener war".

Im Gegensatz zur hebräischen Religion erkennt der Islam Jesus als Propheten an. Der Koran betrachtet die Juden als gemeinsam schuldig, weil sie „Jesus-Christus, den Sohn der Maria, den Apostel Gottes getötet" haben. Dennoch verfolgten die Anhänger Mohammeds die Juden nicht; viele von ihnen flohen im Mittelalter vor christlicher Verfolgung nach arabischen Ländern.

Nach dem Koran sind die Juden ein Volk, das wie sie selbst von Abraham abstammt – dessen „Samen" Gott alles Land „von dem Strom Ägyptens bis zu dem großen Strom, dem Strom Euphrat" versprochen hatte – das aber seinen Glauben verließ und während und nach der Herrschaft des Königs Salomon dem Götzendienst verfiel. Sie wurden darum von Gott wegen ihrer Untreue verflucht und ihres Anspruches für verlustig erklärt, wie ihre eigenen Propheten es ihnen vorausgesagt hatten. Da die Worte „Deinen Samen" auch die von Ismael abstammenden Araber einschließen, betrachten die Mohammedaner das Gelobte Land als ihr Erbe, nachdem die Abkömmlinge Isaaks ihr Recht verwirkt hatten.

Ich nehme keineswegs in Anspruch, über das Recht oder Unrecht der zionistischen Forderung auf Palästina gemäß der Schrift zu urteilen. Auch dürfte „der geistige" Anspruch der Juden, die Araber zweitausend Jahre nach der Vertreibung der Juden durch die Römer ihrerseits vertreiben zu dürfen, kaum eine Bedeutung für amerikanische Christen haben, wenn nicht grundsätzliche Protestanten den Zionismus unterstützten in der Meinung, die Bildung des Staates Israel sei die Erfüllung einer biblischen Prophezeiung. Wer sich für dieses Problem interessiert, sollte Ilene Beattys Buch „Araber und Jude im Lande Canaan" (Chikago, Regnery, 1957) lesen, in dem sie die biblischen und historischen Beweise gesammelt hat,

die dem jüdischen Anspruch auf ein unanfechtbares Besitzrecht auf das Heilige Land widersprechen.

Beattys Zitate aus dem Alten Testament beweisen, daß die Juden nach ihren eigenen Propheten das Recht auf das gelobte Land verwirkten, weil sie „aufhörten, Gottes Geboten zu gehorchen". Aber diese Bibelstellen sind einer Generation von Christen allgemein unbekannt, weil sie sich in der Bibel weniger auskennen als ihre ungebildeten Vorfahren in Europa.

Ähnlich steht es mit den geschichtlichen Gründen. Die Forderung des Zionismus, Palästina als seine Heimstatt in Besitz zu nehmen, ist noch weniger begründet, als wenn die Waliser oder die Iren die Krone Englands verlangen würden, weil sie von den alten Briten abstammen. Denn die Canaaniter und nicht die Juden sind die ursprünglichen Bewohner Palästinas.

Die meisten Juden in Israel wurden 586 vor unserer Zeitrechnung in die babylonische Gefangenschaft geführt. Die Überlebenden durften nach Palästina zurückkehren, als die Perser Babylon eroberten. Sie gingen zurück zu den Juden in Juda, die nicht in Gefangenschaft geführt worden waren. Aber im Jahre 70 nach Christi Geburt befahl der römische Kaiser Titus die Zerstörung Jerusalems und die Verjagung der Juden. Anno 130 wurden die Überreste der jüdischen Bevölkerung von Judäa schließlich durch Kaiser Hadrian ausgetrieben. Professor Alfred Guillaume von der Londoner Universität sagt hierzu nach einem Zitat des Präsidenten der amerikanischen Universität in Beirut, Stephen B. L. Penrose: „Innerhalb der kanonischen Literatur des Alten Testaments gibt es keine Prophezeiung einer zweiten Wiederkehr nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil." Der letzte der Propheten starb Jahrhunderte vor dem Jahre 70, dem Datum der Zerstörung Jerusalems durch die Römer. Seit jener Zeit suchten „die Juden" Zuflucht in den Nachbarländern, in Europa und Nordafrika und vermischten sich dort – entgegen ihrer eigenen und auch der antisemitischen Propaganda – mit anderen Völkern, so daß sie heute so gemischt und so verschiedenen rassischen Ursprungs sind wie die Amerikaner. Ihre Religion überlebte als die starke Kraft, die ihr Gefühl für Einheit wachhielt.

Heute aber sind es gerade diejenigen Juden, die die ihnen von Gott gegebenen Grundsätze der Gerechtigkeit noch in Ehren halten, die dem zionistischen Anspruch, alle Juden zu vertreten, widersprechen. So sagt der Präsident der amerikanischen Universität in Beirut:

„Es ist wesentlich, daß wir zwei Dinge nicht miteinander verwechseln: die irdische, moderne, politische Einheit namens Israel und das Reich Gottes, das keine irdischen Grenzen in Raum und Zeit kennt."



V.

Israel: Unser Problem

Wie ein Blitz erhellte der Suez-Krieg die bedrohliche und explosive Lage im Nahen Osten. Wie vorher Korea nur eine ferne Halbinsel auf der Landkarte war und die Eroberung Chinas durch die Kommunisten den Westen wenig anging, bevor er in Korea angegriffen wurde, so wußten auch vor dem Herbst 1956 die meisten von uns wenig vom Nahen Osten und kümmerten sich noch weniger darum. Plötzlich erwachten wir angesichts der Gefahr, in einen neuen fernen Krieg verwickelt zu werden, und standen vor der Möglichkeit, daß in jenen fernen Ländern, die wir nur aus der Bibel oder aus dem Kino kennen, ein dritter Weltkrieg ausbrach.

Jetzt, nachdem der kalte Krieg sich dem Nahen Osten zugewendet hat, können wir es uns nicht länger leisten, die Tatsachen zu übersehen. Durch den Suez-Krieg und durch die Eisenhower-Doktrin hat Amerikas weltweite Verantwortlichkeit eine neue Aufgabe erhalten, nämlich das Gebiet des Nahen Ostens vor sowjetischer Beherrschung zu schützen.

Israel ist unser Problem geworden. Wir können es nicht umgehen, indem wir Waffen und Wirtschaftshilfe an die sogenannten „guten Araber“ geben, wie sie Sir Anthony Eden wohlwollend benannte. Wir mögen es für bedauerlich oder für närrisch halten, es bleibt eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen, daß sowohl die „guten“ wie die „schlechten“ Araber den Zionismus mehr fürchten als den Kommunismus. So lange wir sie nicht überzeugen, daß Amerika für eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts auf der Grundlage seiner Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit eintritt – und daß Amerika ebenso die Beendigung der französischen Kolonialherrschaft in Algerien anstrebt – so lange besteht keine

Hoffnung, daß der Nahe Osten in dem Kampf zwischen Kommunismus und der freien Welt eine Stellung bezieht. Wir wissen, daß dieser Kampf entscheidender ist als alle anderen; aber ein arabisches Sprichwort sagt: „Ein Ertrinkender kümmert sich nicht um ein aufziehendes Gewitter." Wir dürfen nicht erwarten, daß die Araber sich um die viel größere, aber ihnen fernere Drohung der kommunistischen Tyrannei kümmern, so lange sie in Israel die nahe und gegenwärtige Gefahr sehen, und solange Frankreich unter ihren Augen ihre „Blutsbrüder" in Algerien unterdrückt. In diesem von Frankreich geführten „Kolonialismus", der aber auch Befürchtungen und Erinnerungen an britische Herrschaft wachruft, besteht das andere große Hindernis für den Westen, die Basis eines gemeinsamen Interesses mit den arabischen Staaten zu finden. Hierüber mehr im nächsten Kapitel.

Amerika muß den arabischen Staaten die bestimmte Zusicherung geben, daß es die arabische Welt gegen die anglo-französischen oder zionistischen Imperialisten schützen wird, wenn die Araber sich mit dem Bestehen des Staates Israel in den von den Vereinten Nationen gesetzten Grenzen abfinden und mit Israel Frieden schließen. Wenn wir diese Zusicherung nicht geben, dürften sich die Araber mit dem Ruf „Nach uns die Sintflut" in das Meer des Kommunismus stürzen.

Unsere eigene Sicherheit fordert jetzt gebieterisch, daß wir eine amerikanische Politik verfolgen „made in Washington" und nicht mehr mit Ausnahme einiger lichter Momente den politischen Linien „made in New York", „made in London", „made in Paris" oder „made in Tel Aviv" folgen. Voraussetzung dafür ist freilich, daß wir das Problem ohne Furcht und Vorurteil studieren und uns von der Illusion befreien, alle Juden seien Zionisten und könnten gemeinsam mit ihrer christlichen Gefolgschaft die Wahlen in Schlüsselstaaten entscheidend beeinflussen.

Bis jetzt lief fast ein jeder die Gefahr, als Antisemit oder gar als Nazi verleumdet zu werden, der auch nur einräumte, daß die Araber einen Grund für ihren Haß und für ihre Furcht gegenüber Israel hätten. Daher sind es im wesentlichen Juden selbst gewesen,

die den Mut zeigten, Israels Missetaten zu enthüllen und anzuprangern und dem zionistischen Einfluß in Amerika die Stirn zu bieten; und diese Juden, die das Judentum für eine religiöse und nicht für eine politische, rassische oder nationale Bewegung halten, wurden deswegen „Verräter an ihrer Rasse" genannt. Es ist doch eine bedeutsame Tatsache, daß diejenigen Juden, die den Mut hatten, gegen den Zionismus aufzutreten, niemals in der Schar der liberalen Freunde der Sowjetunion zu finden waren. Unter ihnen ist Rabbi Elmer Berger zu nennen, der geschäftsführende Vizepräsident des American Council for Judaism, der ein sehr wertvolles, inhaltreiches und mutiges Buch mit dem Titel „Who knows better should say so" schrieb (New York, 1946). In einer Rede vor der fünften Jahreskonferenz der Amerikanischen Freunde des Nahen Ostens in New York im März 1957 sagte er, es sei ihm unverständlich, daß die westlichen Politikmacher „hoffen könnten, dem sowjetischen Einfluß zu begegnen, ohne die zentrale Bedeutung des arabisch-israelischen Streits anzuerkennen". Er sprach die Hoffnung aus, daß *„die Realisten – im Unterschied zu den willfährigen Dienern – einsehen werden, daß ohne die Heilung dieser Wunde im Nahen Osten durch eine Gerechtigkeit, die die Vergangenheit versteht und die ein Gefühl für die Zukunft hat, die Pläne der Sowjetunion gefördert werden, das ganze Gebiet mit dem internationalen Kommunismus zu infizieren"*.

Rabbi Berger erklärte auch, daß ihn die Neigung selbst führender Persönlichkeiten in unserer Regierung, entweder pro-israelisch oder pro-arabisch zu sein, aufs Höchste beunruhige. Denn ihre Aufgabe wäre es doch, „mit klaren und bestimmten Worten eine grundsätzliche amerikanische Politik zu verkünden, die für Araber, Israelis und Amerikaner annehmbar ist".

„Wenn wir weiterhin versuchen, Gott zu spielen", schloß Rabbi Berger, „indem wir bald den Arabern und bald den Israelis Linderungsmittel geben, in hektischem Bestreben eine Politik amerikanischer Grundsätze zu vermeiden, dann werden wir dem Nahen Osten nicht nur nicht helfen, sondern wir werden auch die eigene Seele verlieren."

Wir müssen dem Problem ins Auge sehen und nicht vor ihm davonlaufen. Wenn Amerika auch nicht den Wunsch hat, dem lieben Gott ins Handwerk zu pfuschen oder den Schiedsrichter in dem anscheinend unentwirrbaren arabisch-israelischen Konflikt zu spielen, so sind wir doch gezwungen, eine Lösung zu finden, die beiden Teilen gerecht wird – oder beiden so wenig Unrecht wie möglich zufügt. Mit den Worten Alfred M. Lilienthals, eines anderen mutigen Amerikaners jüdischen Glaubens: „Es wird keinen dauernden Frieden im Nahen Osten geben, so lange Gerechtigkeit nicht mehr als ein hochtönendes Wort ist.“

Der Direktor des Büros der Delegation der arabischen Staaten in New York, Dr. Fayez A. Sayegh, der auch auf der Konferenz der Amerikanischen Freunde des Nahen Ostens im Jahre 1957 sprach, ist nicht nur der brillanteste und kraftvollste Sprecher der arabischen Welt in Amerika; er kennt uns auch gut, denn er hat auf der amerikanischen Universität in Beirut studiert und anschließend auf der Georgetown Universität in Washington den Doktor phil. gemacht. Dr. Sayegh ist sowohl pro-amerikanisch wie antikommunistisch eingestellt; doch als er die Eisenhower-Doktrin „als den Beginn der Entwicklung einer amerikanischen Politik für den Nahen Osten“ begrüßte, warnte er, daß sie kein Ersatz sein könne für eine Zusage an die Araber, man werde sie gegen „die Gefahr kolonialer Aggression oder zionistischer Expansion“ schützen. Dr. Sayegh sagte:

„Die Eisenhower-Doktrin läßt die Gefahr außer acht, die nach Meinung der Araber höchst bedrohlich und höchst wirklich ist ... Die Gefahr für unsere Souveränität und territoriale Unversehrtheit liegt in den räuberischen Bestrebungen der europäischen Kolonialmächte und in den aggressiven Tendenzen Israels. In der Vergangenheit und in der Gegenwart war es der gierige Kolonialismus und der Raumhunger des Zionismus, die unseren Reichtum begehrten und in unsere Länder einfielen ...

Eine Sowjet-Aggression auf die arabische Welt liegt für die meisten Araber geographisch weit außer Sicht, sie ist geschichtlich

unbekannt und man glaubt nicht, daß sie in überschaubarer Zukunft geschehen werde . . . Die Schweigsamkeit der Eisenhower-Doktrin über koloniale oder zionistische Aggression kann als Ermutigung eines solchen Angriffs betrachtet werden."

Dr. Sayegh und andere politische Persönlichkeiten haben auch daraufhingedeutet, daß der Kommunismus dem arabischen oder islamischen Geist zwar fremd sei, daß aber das Ressentiment gegen den europäischen Kolonialismus und den Zionismus zusammen mit der Enttäuschung darüber, daß die Vereinigten Staaten den berechtigten nationalen Ansprüchen der Araber nicht mehr als lauwarmen Beifall gespendet haben, sich dahin auswirken könnten, die Eisenhower-Doktrin als Schild gegen kommunistische Eroberung zu entwerten.

Das heißt nicht, Amerika solle Israel preisgeben. Aber es heißt wohl, daß wir uns von dem Vorurteil zu Gunsten der überlebenden Opfer der Naziverfolgung oder von unserem Schuldgefühl für den Antisemitismus des Westens soweit befreien müssen, daß wir den Arabern Gerechtigkeit gewähren, die – beiläufig gesagt – auch Semiten sind.

Wir behaupten, es sei eine ungenügende Entschuldigung, wenn die Deutschen entweder behaupten, sie hätten keine Kenntnis gehabt oder sie hätten sich nicht der Liquidation von Millionen Juden zu widersetzen gewagt. Heute haben, wie Rabbi Elmer Berger feststellt, weder Juden noch Christen eine rechte Kenntnis vom Zionismus und unterstützen dennoch den Staat Israel in materieller und politischer Hinsicht. Ich will hier nicht unterstellen, Israel habe irgendwelche so große Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wie Hitler. Es besteht aber, wenn auch nicht im Ausmaß, so doch in der Art eine grundsätzliche Ähnlichkeit zwischen dem Vorgehen Israels gegen die Araber und der Haltung der Nazis gegen die Juden. In beiden Fällen hat die Selbsteinschätzung als „Herrenrasse" oder „Erwähltes Volk" zur Begehung von Ungerechtigkeiten und Verbrechen gegen „minderwertige" Rassen geführt. Auch Arnold Toynbee teilt diese Ansicht (A Study of History, Band VIII):

„In unmittelbarer Reaktion auf ihre eigenen Erfahrungen wurden die Juden ihrerseits zu Verfolgern ... Sie nutzten die erste Gelegenheit, die sich ihnen bot, um etwas von den Leiden und dem Unrecht, das den Juden von ihren zahlreichen westlichen Verfolgern während der vergangenen siebzehn Jahrhunderte zugefügt worden war, nun ihrerseits menschlichen Wesen aufzuerlegen, die den Juden nichts Böses getan hatten, die aber zufällig schwächer waren als sie selbst ... Die Araber in Palästina wurden die stellvertretenden Opfer des Zorns der europäischen Juden über den ‚Völkermord', den ihre westlichen Landsleute in den Jahren 1933 bis 1945 an ihnen begangen hatten."

Wegen dieses Zitats und anderer Äußerungen in seinen Werken hat man Arnold Toynbee als Antisemiten denunziert, obgleich er klargestellt hatte, daß „der Trieb, mitschuldig zu werden an der Schuld eines stärkeren Nachbarn, indem man einem unschuldigen, schwächeren Nachbarn die gleichen Leiden zufügt, die das ursprüngliche Opfer von der Hand des stärkeren Nachbarn hinnehmen mußte", daß dieser Trieb nicht charakteristisch ist für die Semiten oder die Juden, sondern unglücklicherweise für die ganze Menschheit.

Die Araber für die Naziverbrechen und für Jahrhunderte der Verfolgung und Unterdrückung der Juden in Europa büßen zu lassen, ist umso ungerechter, weil sie mit den Juden in Freundschaft lebten, bis der Staat Israel aus ihrem Gebiet herausgeschnitten wurde. Im allgemeinen haben die Araber für die Anhänger anderer Glaubensbekenntnisse weit größere Toleranz bewiesen als das christliche Europa in seiner Geschichte. Und selbst heute noch hat es – außer dem Irak – keine Massenvertreibungen von Juden aus arabischen Ländern gegeben, die man mit der Behandlung der arabischen Bevölkerung durch Israel vergleichen könnte.

Auch Alfred Lilienthal schreibt hierüber in seinem schon genannten Buche:

„In Ägypten lebten die Juden für Jahrtausende mitten unter den Anhängern des Islam. Die einen waren Abkömmlinge der alten

Hebräer, die Moses bei seinem Auszug zurückließ. Andere flohen nach Ägypten, als der Tempel in Jerusalem durch die Babylonier zum ersten Mal zerstört wurde. Philo berichtet, daß im Jahre 250 vor Christi Geburt mehr Juden in Alexandria lebten als in Jerusalem. Juden fanden in Ägypten Zuflucht vor den christlichen Verfolgungen in Spanien und Portugal während des fünfzehnten Jahrhunderts bis zu den Exzessen der Sowjets während der russischen Revolution und den Rassenverfolgungen Hitlers. Der Einfall Israels in Ägypten vom 29. Oktober 1956 zerstörte zweifellos diese ägyptische Zuflucht für die Juden der ganzen Welt.

Aber was in Ägypten im Gefolge der israelisch-britisch-französischen Aggression vor sich ging, war kein Antisemitismus. Man hat nicht die Juden als Juden diskriminiert, sondern stellte die Juden mit den Israelis gleich, denen die Araber aus politischen und nicht aus religiösen Gründen feindlich gegenüberstehen. Israel wird von den Ägyptern als eine fremde Kolonialmacht betrachtet, deren Führung und Hilfsmittel aus Europa und den Vereinigten Staaten kommen."

Im Hinblick auf diese Sachlage ist Nasser durchaus berechtigt, sich über die amerikanische Presse zu empören, wenn sie ihn als Antisemiten angreift. Hier sind seine eigenen Worte: „Wie kann ich ein Antisemit sein? Die Ägypter sind auch ein semitisches Volk."

Zumindest haben wohl die Araber das gleiche Recht, sich als Semiten zu bezeichnen, wie die Juden, die auch eine gemischte „Rasse" sind und nicht mehr „reine" hebräische Ahnen haben als die Ägypter arabische. Die Feindschaft der Araber gegen den Staat Israel ist nicht nur das Ergebnis der Enteignung und Vertreibung von Hunderttausenden von Arabern aus dem Gebiet, das die Vereinten Nationen dem neuen Staat zugewiesen haben. Der tief eingewurzelte Haß und die Furcht vor den Zionisten in allen arabischen Ländern vom „westlich" eingestellten Irak bis zum „anti-westlichen" Syrien und Ägypten entspringen in gleichem Maße oder noch mehr der Behandlung der Araber, die in Israel zurückblieben, und aus der Drohung Israels, seine Herrschaft noch weiter auszudehnen.

Dies bestätigt auch der englische Schriftsteller Gerald Sparrow in seinem Buch „The Sphinx awakes“ (London, Robert Hale, 1957):

„Ich erkannte bald, daß die ägyptische Haltung sich weniger auf das Schicksal der arabischen Flüchtlinge gründete als auf die Lage der arabischen Minderheit (früher eine starke Mehrheit) in Israel . . . In offener Verletzung der elementaren Grundsätze der Menschenrechte und der besonderen Vorschriften der Teilungsresolution (der UNO) wurden die etwa einhundertfünfundsiebzigtausend Araber, die nach der Vertreibung der großen Mehrheit ihrer Landsleute zurückblieben, sowohl in der Praxis wie auch im Gesetz offen diskriminiert.“

In Amerika wird Israel gewöhnlich als ein demokratischer Staat westlichen Typs dargestellt. Es ist allgemein unbekannt, daß es tyrannische und diskriminierende Gesetze hat ähnlich denen der Nazis in Deutschland, nur im umgekehrten Sinne. In der Tat hat es noch nie einen Staat gegeben, der so offen und restlos auf einem rassischen Mythos aufgebaut ist.

Das Staatsbürgergesetz Israels von 1952 gewährt allen Juden automatisch das Bürgerrecht, während ihnen das „Gesetz über die Rückkehr“ von 1952 gleichzeitig das unbeschränkte Recht der Einwanderung gibt. Sie können zwei Staatsangehörigkeiten beibehalten, so daß sie also Amerikaner bleiben können, während sie zugleich Israel Treue geloben. Andererseits können Araber in ihrer Heimat nur Staatsbürger werden, wenn sie ständigen Aufenthalt in Israel seit der Bildung des Staates nachweisen können, wenn sie eine gewisse Kenntnis des Hebräischen haben und wenn sie vom Innenministerium der israelischen Staatsbürgerschaft für würdig befunden werden. Darüber hinaus wird auch diese Minderheit, wenn sie diesen drei Erfordernissen entspricht, offiziell als Nicht-Juden gekennzeichnet.

Sie werden nicht durch eine Armbinde mit einem Kreuz markiert, so wie die Juden in Deutschland den David-Stern tragen mußten. Aber ihre gekennzeichneten Ausweispapiere gaben doch der Polizei das Recht, sie den vielen scharfen Bestimmungen zu un-

terwerfen, die alle Araber betreffen, einschließlich eines Verbotes, auch nur einige wenige Kilometer von ihrem Wohnsitz ohne einen militärischen Erlaubnisschein zu reisen.

Man hat die Araber zum größten Teil in Gebieten unter Militärrecht konzentriert – nach Galilea, dem Negeb und in das Kleine Dreieck – wo von den insgesamt einhundertfünfundsiebzigtausend Arabern unter israelischer Herrschaft einhundertfünfundvierzigtausend zu leben gezwungen sind. Die israelische Armee hat in diesen Gebieten das Recht, Araber zu verbannen, ihr Eigentum zu konfiszieren, ganze Dörfer von einer Zone in die andere zu verlagern und jeden Araber vor ein Kriegsgericht zu stellen. Die bürgerlichen Rechte sind für diese Araber praktisch aufgehoben; und die Härte des Militärrechts, unter dem sie leben, ist eine der Hauptursachen ihrer Klagen. Da sie kein Recht vor ordentlichen Gerichten suchen können, laufen sie Gefahr, aus ihren Dörfern verbannt zu werden oder beim Verdacht, Grenzgänger zu beherbergen, von einem Kriegsgericht verhaftet zu werden. Oder man wirft sie einfach ins Gefängnis, weil man sie als Unruhestörer ansieht. Rabbi Morris Lazaron schreibt in der „New York Times“: „Für die Araber in Israel gibt es kein habeas corpus.“ Dieser rechtlich denkende und mutige Rabbiner hat weiterhin gesagt:

„Bisweilen mißachten die militärischen Verbände selbst die Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe in Israel. Wenn zum Beispiel ein Araber wegen seines Anspruchs auf Haus oder Hof vor Gericht geht und das Gericht seinen Anspruch bestätigt und die Wiedereinweisung in sein Eigentum verfügt, dann zerstören die Militärbehörden das Eigentum aus ‚Sicherheitsgründen‘, und niemand kümmert sich darum.“

So wurde nicht nur das Eigentum der sechs- oder siebenhunderttausend Araber konfisziert, die 1948 flüchteten. Auch die Habe vieler anderer Araber, die noch in Israel ansässig sind, ist weggenommen worden. Ganze arabische Dörfer wurden zerstört und die Einwohner gezwungen, für jüdische Siedler Platz zu machen. Beduinen-Stämme wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt, indem man

sie vertrieb, um neue jüdische Ansiedlungen zu schaffen. Manchmal wird so etwas als Kollektivstrafe für Handlungen durchgeführt, die von einzelnen Individuen begangen wurden. In anderen Fällen macht man sich nicht einmal die Mühe, eine solche Entschuldigung anzugeben. Stattdessen erklärt der Militärbefehlshaber einfach ein bestimmtes Gebiet als „verbotene Zone", die kein Araber betreten darf, und wendet dann das Gesetz von 1953 an, das die Konfiszierung von arabischem Landbesitz vorschreibt, der von den Arabern nicht kultiviert wird! Um all das mit dem Mantel der Gesetzlichkeit zu umkleiden, bietet man dem Araber, den man erst an der Bearbeitung seines Hofes verhindert und den man dann seines Hofes beraubt, weil er ihn nicht bearbeitet, eine Art von Entschädigung an, die weniger als einen Jahresertrag seines Hofes beträgt. Das Gesamtgebiet, das auf diese Art enteignet wurde, wird auf etwa ein Viertel der dreihundertfünfzigtausend Hektar arabischen Grundbesitzes geschätzt, den die Regierung Israels konfisziert hat.

Israel begründet diese Behandlung der arabischen Minderheit mit dem halben Kriegszustand oder dem Waffenstillstand, der zwischen Israel und den arabischen Staaten besteht. Man müsse annehmen, daß alle Araber innerhalb dieses Staates in Verbindung mit ihren Verwandten und Freunden jenseits der Grenzen stünden, die immer wieder die Grenze verletzten. Jeder Staat in dieser Situation würde eine Minderheit, die zu einer feindlichen Nation gehört, als feindliche Ausländer betrachten.

Israels Verfahren gegen die Araber im Lande, seine Mordtaten gegen andere Araber jenseits der Grenzen in Vergeltung von Übergriffen gegen die Juden, das alles ist ein Teil des circulus vitiosus, der 1948 einsetzte. Man kann darüber streiten, wen die größere Schuld an den meisten Verbrechen und Mordtaten trifft, da aber Israel stärker als seine Nachbarn ist, scheint es in der furchtbaren Rechnung und Gegenrechnung von Mord und Vergeltung im allgemeinen sehr gut weggekommen zu sein. Der Hauptunterschied liegt darin, daß arabische Mordtaten gegen Israel in der westlichen Presse einen breiten Raum finden, während die Gegenrechnung der Israelis gegen die Araber nur gelegentlich erwähnt wird.

Nicht-zionistische amerikanische Juden und selbst manche Zionisten waren erschüttert über das, was sie in Israel vor sich gehen sahen. Hauptsächlich durch sie ist einige Kenntnis der Tatsachen in die amerikanische Presse gelangt, die im allgemeinen zu viel Angst vor dem Vorwurf des Antisemitismus hat, um auch die arabische Seite zu berücksichtigen. Ein jüngeres Beispiel dafür ist der Bericht der „New York Times" vom 23. Juni 1957 aus Tel Aviv darüber, daß Ben Gurion den Rat amerikanischer jüdischer Politiker zurückgewiesen habe, die Begünstigung für Juden bei der Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft abzuschaffen.

Die „New York Times" berichtet weiter, daß eine Delegation des American Jewish Committee (das nicht zionistisch ist, aber Israel unterstützt und Sammlungen für die Finanzierung der Einwanderung nach Palästina veranstaltet hat) unter Mr. Irwing M. Engel aus New York City eine Änderung der Einwanderungspolitik gefordert habe. Mr. Engel führte aus: „Diese Organisation hat für die Gleichberechtigung der Juden überall in der Welt gekämpft und war daher überrascht durch die Tatsache, daß die Juden, nachdem sie ihren eigenen Staat bekommen hatten, in ihrem Staatsbürgerrecht zwischen Juden und Nichtjuden einen Unterschied machten."

Mr. Engel wandte sich auch gegen Äußerungen führender Persönlichkeiten in Israel, „daß Juden im Ausland eine Treuepflicht gegen Israel hätten". Er wagte zu sagen, daß „die Juden Amerikas sich dadurch dem Vorwurf einer doppelten Treuepflicht aussetzen".

Im Gegensatz zu dem Los der arabischen Minderheit in Israel blieben die fünfzigtausend Juden in Ägypten bis zum Suez-Krieg unbelästigt. Es gab keine diskriminierende Gesetzgebung irgendwelcher Art, die jüdische, christliche oder mohammedanische Staatsbürger unterschied, eine Tatsache die nebenbei auch beweist, daß die meisten Juden in arabischen Ländern keine Zionisten sind. Selbst nach dem Angriff Israels gegen Ägypten enthielt sich Nasser, den die Zionisten einen arabischen Hitler zu nennen belieben, irgendwelcher Unterdrückungsmaßnahmen gegen ägyptische Staatsbürger jüdischer Herkunft. Wenn er die gesamte jüdische Bevölkerung in

Ägypten interniert hätte, so wie Amerika alle seine Staatsbürger japanischer Abkunft nach Pearl Harbor einsperrte, dann hätte er sich nicht auf ein nazistisches, sondern auf ein demokratisches Rezept berufen können. Die ägyptische Regierung aber ließ die jüdischen Staatsbürger Ägyptens unangetastet; sie internierte oder wies nur Staatsangehörige von Feindländern aus und einige andere, die niemals ägyptische Bürger geworden waren. Ja noch mehr, während Meldungen über Greueltaten der Israelis gegen Araber in Gaza im Dezember 1956 in Jordanien und im Libanon breit ausgewalzt wurden, wurde in Ägypten in der von der Regierung kontrollierten Presse nur wenig darüber gebracht, um jeder Gefahr einer Massenerregung gegen die Juden vorzubeugen, wovon ich mich damals an Ort und Stelle überzeugen konnte. Natürlich haben die Ägypter, die auch nur Menschen sind, an einigen ihrer jüdischen Mitbürger ihr Mütchen gekühlt, und viele Juden haben es jetzt schwer, in Ägypten ihrem Beruf nachzugehen. Aber in Ägypten geschah nichts, was mit der totalen Konfiszierung des deutschen und japanischen Privatvermögens durch die Vereinigten Staaten, England und Frankreich während und nach dem zweiten Weltkrieg verglichen werden könnte. Trotz alledem aber wird Ägypten beschuldigt, seine jüdischen Mitbürger verfolgt und verjagt zu haben, während Israel im allgemeinen als der kleine tapfere Staat geschildert wird, der „sein" Land verteidigt und der sogar seinen arabischen „Mitbürgern" Demokratie und materiellen Fortschritt gebracht hat.

Unser doppeltes Maß für Israel und Ägypten betrifft auch die Außenpolitik der beiden Länder. Nasser, der seine Politik als „positive Neutralität" – was das immer auch bedeuten mag – kennzeichnet, spielt in der amerikanischen Presse die Rolle eines „antiwestlich" eingestellten Staatsmannes, der versucht, einen sowjetfreundlichen Block im Nahen Osten zu schmieden und zu führen; die Presse der Vereinigten Staaten hat sich daran gewöhnt, den ägyptischen und den kommunistischen Einfluß in Jordanien und Syrien als ein und dieselbe Sache zu behandeln. Israel dagegen, dessen Politik ebenso positiv oder negativ neutral wie die ägyptische ist, wird als verläßlicher Bundesgenosse und als ein Bollwerk gegen die

nahende kommunistische Flut betrachtet. In Wirklichkeit aber ist es weder das eine noch das andere und ist es auch nie gewesen. Im Gegenteil, Israel verdankt seine Existenz ebensosehr Stalin wie Truman, der den Sowjet-Diktator in dem Rennen um die Anerkennung des neuen Staates im Jahre 1948 nur um einen knappen Kopf schlug. Israel ist ferner der einzige Staat im Nahen Osten mit einer legalen kommunistischen Partei und mit einer Mehrheit von prosowjetischen oder „neutralen“ Abgeordneten in seiner Volksvertretung, dem Knesset.

In den Wahlen vom Juli 1955 fielen fünfundzwanzig der insgesamt einhundertzwanzig Sitze an die kommunistische Partei und ihre eingestandenermaßen pro-sowjetischen Bundesgenossen in der Achidut Avoda und der Mapam, die in ihrer gemeinsamen Außenpolitik „Freundschaft zwischen Israel und der Sowjetunion und allen anderen fortschrittlichen Kräften in der Welt“ proklamieren. Weitere vierzig Sitze gewann die Mapai (israelische Arbeiterpartei), die sich selbst als „eine zionistische sozialistische Partei“ bezeichnet und die auf die Errichtung einer „vom Staate geplanten Wirtschaftsordnung“ zielt. Ihre Außenpolitik „tritt ein für die Unabhängigkeit gegenüber jedem Block“. Diese neutralistische und sozialistische Partei, der auch Premierminister Ben Gurion angehört, ist mit Abstand die größte Partei Israels. (An nächster Stelle mit fünfzehn Sitzen steht die nahezu faschistische Herut-Partei, die von den Irgun-Terroristen gegründet wurde und offen ihre Absicht verkündet, den Arabern noch weitere Gebiete zu entreißen. Ihr Ziel ist: „Die territoriale Sicherung Israels in seinen historischen Grenzen auf beiden Ufern des Jordan.“)

Von den einhundertzwanzig Mitgliedern des israelischen Parlaments gibt es also eine Majorität von fünfundsechzig Abgeordneten, die entweder Kommunisten und ihre „fellow travelers“ sind oder die ihre „Neutralität“ gegenüber der freien Welt und dem Sowjetblock verkünden. Das Kabinett des Premierministers Ben-Gurion stellt eine Koalition aus Angehörigen der kommunistenfreundlichen Mapam und Achidut Avoda und seiner eigenen Partei dar, der starken linkssozialistischen und neutralistischen Mapai. (Zwei Mitglie-

der der Mapam-Partei traten im Jahre 1952 mit der Begründung zurück: „Es gibt praktisch kein Gebiet, auf dem die Mapam unabhängig und ohne die offene und geheime Partnerschaft der Kommunisten handelt." Zitiert bei Alfred M. Lilienthal, „There goes the Middle East", Seite 20.)

Auch die Ereignisse der Vergangenheit beweisen, daß die Regierung Israels uns gegenüber ebenso neutral ist und immer war wie das Indien Nehrus. Das läßt sich an folgenden Tatsachen erhärten:

Israel war einer der ersten Staaten, der Rotchina anerkannte; Israel beteiligte sich nicht einmal mit einer symbolischen Hilfeleistung am Korea-Krieg; am 21. November 1951 sandte Premierminister Ben-Gurion eine Note an die Sowjetunion, in der er Stalin versicherte, daß Israel „niemals an irgendeinem Bündnis oder Abkommen teilnehmen werde, das aggressive Ziele gegen die Sowjetunion verfolgt"; Israel hat im Gegensatz zum Irak und Saudi-Arabien den Westmächten die Genehmigung verweigert, auf seinem Boden eine Luftbasis für die Verteidigung der freien Welt gegen den Imperialismus der Sowjets zu errichten.

Mit einem Wort, die Haltung Israels gegenüber der Sowjetunion ist ebenso verdächtig wie die Ägyptens. Während jede Handlung der Vereinigten Staaten, die nicht ganz dazu geeignet ist, zionistischen Zielen zu nützen, lebhafte Anklagen in Israel und in bedeutenden Teilen der amerikanischen Presse erregt, kann Moskau tun oder lassen, was es will, Israel bemüht sich weiterhin, freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjet-Macht aufrechtzuerhalten. Das liegt nicht nur an den kommunistischen, linkssozialistischen und neutralistischen Einflüssen in Israel. Es gründet sich auch nicht nur auf die dankbare Erinnerung an Rußlands Hilfe „zur Zeit der Errichtung des jüdischen Staates und an die Tatsache, daß die Sowjetregierung Israel unmittelbar nach der Verkündung seiner Unabhängigkeit de jure anerkannte", um die Erklärung des israelischen Gesandten in Moskau vom Dezember 1953 zu zitieren. Israel hat auch durchaus nicht die russische Waffenhilfe vergessen, die ihm im Jahre 1948 die siegreiche Kriegführung gegen die Araber ermöglichte. Aber der bestimmende Grund, warum alle Parteien in Israel

in ihren Bemühungen verharren, gute Beziehungen zur Sowjetregierung aufrechtzuerhalten, liegt in dem zionistischen Ziel, die zwei oder drei Millionen Juden im Sowjetbereich „einzusammeln". So hat also weder die Bombe, die im Februar 1953 in der Sowjetgesandtschaft zu Tel Aviv explodierte, noch die antisemitische Kampagne der Sowjets in jenem Jahr, noch auch Moskaus Unterstützung für die arabische Sache vor den Vereinten Nationen im Jahre 1956 einen dauernden Bruch der diplomatischen oder sonstigen Beziehungen zwischen Israel und den Sowjets und keine grundsätzliche Wandlung in der Haltung der starken linksgerichteten und neutralistischen politischen Parteien in Israel verursacht.

Als Moskau nach dem Bombenzwischenfall die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatte, ergriff Israel die Initiative, diese Beziehungen wieder aufzunehmen, wobei es den Wunsch ausdrückte, der Kreml möge den Juden in der Sowjetunion die Auswanderung nach Israel erlauben. Israels Wunsch, die Juden von überall in der Welt „einzusammeln", hat der Sowjetunion die beneidenswerte Möglichkeit gegeben, ihren Einfluß sowohl auf die Araber als auch auf die Israelis zu vertiefen. Die Araber fürchten, daß Israel durch den Zustrom von einer Million oder mehr jüdischen Flüchtlingen aus Rußland, Polen und Rumänien noch stärker, noch aggressiver werden wird. Die Araber hoffen daher, diesen Machtzuwachs ihrer Feinde durch Aufnahme und Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Moskau verhindern zu können. Und auf der anderen Seite kann die Sowjetunion damit rechnen, daß die Israelis keinem westlichen Bündnis gegen die Sowjetunion beitreten werden, weil sie dadurch ihre Hoffnungen zerstören würden, Moskau könne doch noch einmal die Auswanderung seiner jüdischen Untertanen nach Palästina zulassen. Da eine solche Erlaubnis den Konflikt zwischen Israel und den Arabern nur zum Vorteil von Moskau verschärfen kann, ist es wahrscheinlich, daß bald ein Strom von jüdischen Flüchtlingen aus dem Sowjetblock in Israel erscheinen wird. In jedem Falle stehen wir vor dem klaren Ergebnis, daß das kommunistische Rußland die einzige Macht ist, die je im

Stande war, den Antisemitismus sowohl unter den Juden wie auch unter ihren Feinden zu seinem politischen Vorteil auszunutzen.

Walter Z. Laqueur berichtet in einem Artikel in „Commentary“ vom Juni 1957, daß Israel auch, als die Sowjetunion in ihrer Haltung immer feindlicher wurde, „sich standhaft jeder effektiven politischen Gegenaktion enthalten habe“ und weiterhin versuchte, Moskau von seinen „freundschaftlichen Absichten“ zu überzeugen. Mr. Laqueurs Artikel ist von besonderem Interesse, da „Commentary“ von dem American Jewish Committee gefördert wird und daher nicht des Antisemitismus oder eines Vorurteils gegen Israel bezichtigt werden kann.

In seinem Bericht über einen kürzlichen Besuch in Israel sagte er, daß „viele der alten Illusionen über die Sowjetunion in Israel noch blühen – besonders üppig natürlich bei der Linken, wo die Lektion von Chruschtschows Enthüllungen über Stalin und die Lehren der ungarischen Revolution nur zum Teil und mit größtem Widerstreben angenommen wurden“. Laqueur schreibt, daß viele Mitglieder der „traditionell sowjetfreundlichen“ Mapam-Partei in privaten Gesprächen ihre Enttäuschung zugeben, aber „sobald es zu öffentlichen Erklärungen kommt“, sei die Mapam-Partei „weniger deutlich in ihrer Verdammung von Sowjetmaßnahmen als Pietro Nenni in Italien oder Jean-Paul Sartre in Frankreich“, weil sie offenbar „fürchte, sie müsse dem Sozialismus absagen, wenn ihr Vertrauen auf die Sowjetunion verloren ginge“. So fahre also die Mapam-Partei fort, „offiziell die Sowjetpolitik zu unterstützen und weiter mit den Kommunisten und ihren Frontorganisationen wie den Friedensfreunden, dem Weltgewerkschaftsbund, der Weltjugendbewegung etc. zusammenzuarbeiten. Sie neigt dazu, Rußlands derzeitige Feindseligkeit als einen vorübergehenden Irrtum zu betrachten.“

Während man in Ägypten und überhaupt in der arabischen Welt befürchtet, daß der Kreml und die „westlichen Imperialisten“ sich gegen sie zusammenfinden werden, wenn nicht die arabischen Nationalisten sich unwiderruflich zu Moskau bekennen, ist diese Möglichkeit für Israel ein Grund zur Hoffnung. Laqueur schreibt:

„Man findet überall Leute, die der Ansicht sind, man solle einen plötzlichen Wandel in der sowjetischen Außenpolitik – in diesem Falle also von Feindlichkeit zu Freundschaft für Israel – nicht ausschließen. Viele Mitglieder der Mapam sind fest davon überzeugt, daß eine solche Sinnesänderung eintreten wird, wenn der Kreml seine Politik im Nahen Osten als eine Abweichung von den geheiligten Grundsätzen des proletarischen Internationalismus erkennt."

Mr. Laqueur berichtet auch, daß andere Kreise in Israel damit rechnen, daß die Russen am Ende Nasser als eine schlechte Karte fallen lassen werden, weil er militärisch weniger Wert ist als Israel, vor allem aber weil seine „Haltung zum Sowjetblock zweifelhaft ist". Das könnten sie schließlich auch tun, weil der Einfluß der Kommunisten und ihrer fellow traveler in Israel offensichtlich viel stärker ist als in Ägypten.

Einige der Gründe für die so mangelhafte Unterrichtung der Israelis über Rußland und den Kommunismus führt Walter Laqueur in dem gleichen Artikel an. Bücher und Zeitschriften in Israel „könnten sich in Aufmachung und Inhalt mit ihren ägyptischen Gegenstücken nicht vergleichen", und „Radio Israel . . . hinkt hinter dem Rundfunk in Ägypten und anderen arabischen Ländern hinterher". Das hat nach Laqueur zur Folge, daß:

„viele Israelis nach ausländischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen greifen . . . und dabei gar zu oft an die falschen geraten, . . . (denn) das altgewöhnte Blatt nimmt oft die traditionelle Linkshaltung ein, die (in ihrer Heimat) die Haltung vieler Israelis gewesen ist . . . Das hat größere politische Bedeutung, als man bei oberflächlicher Betrachtung glaubt. Die Einwirkung von Zeitschriften aus London, Paris oder New York ist in Delhi, Beirut oder Jerusalem viel stärker als in den Heimatländern . . . Der Einfluß des Londoner ‚New Statesman' oder eines politischen Journalisten wie Isaac Deutscher auf das Denken in Israel kann kaum überschätzt werden; beide haben eine ausgesprochen schräge Einstellung zur Weltpolitik und zur Natur des Sowjetregimes. Dieser Einfluß erstreckt sich bis in die höchsten Stellen im Außenministerium.

Solche Informationen mögen einseitig sein, sie mögen sich auch schon oft genug als falsch erwiesen haben. Da aber keine besseren Quellen bekannt sind, bleibt ihr Einfluß stark."

Ich habe Walter Laqueurs Artikel so ausführlich zitiert, weil das Zeugnis eines jüdischen Schriftstellers in einer jüdischen Zeitschrift über die Stärke des kommunistischen und pro-kommunistischen Einflusses in Israel weit mehr überzeugt als jede Behauptung der Araber oder anderer Feinde Israels.

Zugegeben, Israel hat jetzt die Eisenhower-Doktrin angenommen, jedoch mit Vorbehalten und nur nach einer langen, stürmischen Debatte im Knesset, in der Premier Ben-Gurion seinen ganzen Einfluß aufbieten mußte, um eine Ablehnung zu verhindern. Die Vorlage wurde schließlich mit neunundfünfzig gegen fünf Stimmen bei neununddreißig Enthaltungen angenommen, nachdem man sich vorher darauf geeinigt hatte, daß die Mapam und die Achidut Avoda in der Regierungskoalition verbleiben würden, wenn sie auf die Abgabe negativer Stimmen verzichteten. Beide Parteien hatten sich heftig gegen die Annahme der Eisenhower-Doktrin gewehrt, weil Israel durch sie in den kalten Krieg zwischen Ost und West gezogen würde und sie die Chancen für eine Auswanderung der Juden aus der Sowjetunion nach Israel zunichte machen könne.

Der israelische Premierminister führte in seiner Rede vor dem Knesset mit Nachdruck aus, daß die neue Doktrin jeder Nation im Nahen Osten wirtschaftlichen und militärischen Beistand zusichere, wenn sie nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch durch einen anderen „vom internationalen Kommunismus kontrollierten Staat angegriffen werden" würde. Da man sich zu gegebener Zeit darauf einigen könnte, darunter Ägypten und Syrien zu verstehen, konnte Ben-Gurion also das machtvolle Argument ins Feld führen, die Eisenhower-Doktrin „stärke die Sicherheit Israels".

Der Premier erhob weitere wesentliche Vorbehalte, die Israels Zustimmung lediglich formell oder nominell erscheinen lassen. Wir zitieren den Bericht der „New York Times" aus Jerusalem vom 3. Juni:

„Premierminister Ben-Gurion sagte, trotz Israels Annahme der Doktrin werde es weitere freundschaftliche Beziehungen mit jeder ‚friedensliebenden' Nation unterhalten, ohne nach ihrem inneren Regierungssystem zu fragen.

Doch es gäbe einen lebenswichtigen Unterschied zwischen Israel und anderen Staaten, fügte er hinzu. Das liege in seiner Bestimmung, eine nationale Heimstatt für das jüdische Volk zu bieten.

Deshalb unterscheide sich Israels Einstellung zu der Doktrin von den meisten Erklärungen anderer nahöstlicher Staaten.

Dieser Unterschied betreffe zwei Punkte: Israel stellte fest, daß es jede Aggression von jeder Seite zurückweise und daß es selbst keine aggresiven Absichten gegen irgend ein Land hege; es weigere sich auch irgendeine andere Nation anzuklagen." (Hervorhebung vom Verfasser.)

Der „Times"-Korrespondent berichtet auch, daß in der Debatte „die Eisenhower-Doktrin durch die Herut-Partei angegriffen wurde, der extremen Rechtsgruppe, die von früheren Mitgliedern terroristischer Organisationen begründet worden ist".

Wenn es nur die Nachwirkungen vergangenen oder gegenwärtigen Unrechts wären, die einer Versöhnung zwischen den arabischen Staaten und Israel im Wege stehen, dann wäre es vielleicht möglich, den Nahen Osten zu befrieden, indem man die arabischen Flüchtlinge wieder zurückführt und den Lebensstandard der unglaublich armen arabischen Bevölkerung durch großzügige amerikanische Wirtschaftshilfe verbessert. Unglücklicherweise ist das Problem, das der israelische Staat geschaffen hat, durch so verhältnismäßig einfache Methoden nicht lösbar, so lange die Zionisten nicht ihr Ziel preisgeben, Millionen weiterer Juden aus der ganzen Welt „einzusammeln".

US-Senator Ralph E. Flanders, den man unmöglich als antisemitisch oder untolerant verdächtigen kann, sagte hierüber am 9. Mai 1957 in einer Rede:

„Über eine Sache braucht die arabische Welt Sicherheit, nämlich, daß der Einwanderung nach Israel Grenzen gesetzt werden.

Die gegenwärtige Politik einer unbeschränkten Einwanderung muß aufgegeben werden; sie bedeutet praktisch eine Einladung zur Einwanderung, die die natürliche Fassungskraft sprengen könnte. Es kann keine friedlichen Beziehungen im Nahen Osten geben, so lange Israel sein Gebiet mit einer Bevölkerung anzufüllen sucht, die unweigerlich den bestehenden Lebensraum überansprucht. Der Friede im Nahen Osten setzt voraus, daß diese Politik in Worten und Taten preisgegeben wird."

Der Senator von Vermont sagte warnend, wenn irgendwelche Nachbarländer die weitere Existenz altansässiger jüdischer Gemeinden unmöglich machten, dann würde natürlich ein Grund für die Ausdehnung des israelischen Staatsgebietes geschaffen werden, da diesen Juden eine neue Heimstatt geboten werden müßte.

Nach Senator Flanders Worten macht Israels „unabsehbare Einwanderungspolitik" das Grundproblem sichtbar, vor das die Araber gestellt sind:

„*(Die Araber) möchten wissen, ob sie mit der Nation Israel auskommen können oder nicht. Haben sie es mit einem Staat zu tun gleich anderen Staaten im Nahen Osten oder stehen sie einer weitgespannten Bewegung gegenüber, wie es der Zionismus ist, mit seinem materiellen Rückhalt, seinen Idealen und Zielen, der das ganze Weltjudentum anspricht? Will man eine Friedensordnung im Nahen Osten erreichen, dann müssen die arabischen Völker davon überzeugt werden, daß sie es mit einem Volk wie sie selbst zu tun haben und nicht mit einer massiven übernationalen Organisation.*"

Commander E. H. Hutchison, der Mitglied der UN-Organisation zur Überwachung des Waffenstillstands in Palästina war, bevor er 1954 zum Chef der gemischten israelisch-jordanischen Waffenstillstandskommission ernannt wurde, spricht dieselbe Ansicht aus. „Die Araber", schreibt er in „Violent Truce" (New York, Devin Adair, 1956), „müssen fürchten, daß die dauernden Anstrengungen israelischer und zionistischer Führer um die Sammlung der Juden Israel eines Tages in einen Krieg zur Erwerbung weiteren Gebietes treiben müsse."

Die Erfahrung hat diese arabische Befürchtung bestätigt.

Als am 2. November 1917 die Balfour-Deklaration erfolgte, gab es nur siebenundfünfzigtausend Juden in Palästina, von denen die meisten sich als Araber jüdischen Glaubens bezeichneten. Im Jahre 1922 waren es immer noch nur vierundachtzigtausend Juden, denen nur zweieinhalb Prozent des Landes gehörten. Nach der UNO-Resolution über die Teilung Palästinas von 1947 sollte die Bevölkerung des durch sie vorgesehenen zionistischen Staates ein wenig mehr Juden als Araber – vierhundertsiebenundneunzigtausend zu vierhundertfünfundachtzigtausend – mit gleichen Rechten für beide Teile umfassen. Heute sind nur etwa einhundertfünfundsiebzigtausend Araber in Israel zurückgeblieben, während die jüdische Bevölkerung auf eindreiviertel Millionen angewachsen ist und fast den gesamten Boden besitzt. Darüber hinaus aber hat sich Israel mit Waffengewalt sechsunddreißig Prozent mehr an Staatsgebiet angeeignet, als dem „jüdischen Staat" durch den Teilungsplan der Vereinten Nationen zugebilligt worden war. Nach arabischen Berechnungen stammt etwa die Hälfte der enteigneten und verarmten arabischen Flüchtlinge aus den Gebieten, die Israel in Mißachtung der Vereinten Nationen okkupiert hat. Dieser zusätzliche Landgewinn stammt auch nicht allein aus der Kriegsbeute des Jahres 1948. Viele Ländereien sind durch zionistische Terrorbanden schon während der letzten Monate des englischen Mandats besetzt worden. Weitere wurden während und seit dem Waffenstillstandsbefehl der Vereinten Nationen besetzt. Bis jetzt hat Israel bereits zwanzig Millionen der insgesamt sechsundzwanzig Millionen Dunums an sich gerissen, die Palästina insgesamt besitzt. Die Methoden, mit denen dieses Ziel erreicht wurde, beschreibt Dr. Stephen B. L. Penrose, der Präsident der Amerikanischen Universität in Beirut in Nr. 4 der Minaret-Serie, die durch die Amerikanischen Freunde des Nahen Ostens herausgegeben wird:

„Auf beiden Seiten wurden schreckliche Missetaten vollbracht, doch insgesamt machten die Zionisten einen besseren Gebrauch der terroristischen Praktiken, die sie nur zu gut von ihren Nazi-Lehr-

meistern erlernten. Ganz zweifellos haben solche furchtbaren Blutbäder, wie das von Deir Yassin vom April 1948 den Hauptzweck verfolgt, die arabische Bevölkerung in Schrecken zu versetzen und sie zur Flucht zu veranlassen. Das zionistische Radio wiederholte unaufhörlich seinen Ruf an die arabischen Hörer „Erinnert Euch an Deir Yassin!" Es ist kein Wunder, daß viele arabische Familien sich hastig aufmachten, um die Kampfgebiete und die Gegenden, die vielleicht bald zum Kriegsschauplatz werden konnten, zu verlassen. Terror ist ansteckend und er verursachte bald die schreckliche Völkerwanderung, deren Resultate heute in den Flüchtlingslagern festgestellt werden können.

Als die Kriegsfront schließlich auf Linien halt machte, die keineswegs mit den ursprünglichen Teilungsgrenzen übereinstimmen, waren ungefähr eine Million arabischer Flüchtlinge aus ihren Heimstätten verjagt oder durch die Aufnahme ganzer Scharen von arabischen Flüchtlingsfamilien in größte Bedrängnis geraten. Die meisten flohen Hals über Kopf und nahmen nur mit sich, was sie tragen konnten. Die Vorräte, die sie mitnahmen, reichten im allgemeinen nicht weiter als für ein oder zwei Wochen."

Ein Grund, warum diese Verjagung der bodenständigen Bevölkerung durch den Staat Israel in den Vereinigten Staaten verziehen oder entschuldigt wurde, liegt darin, daß – dank dem Film – das Wort „Araber" das Bildnis des Scheichs auf dem Araber-Roß heraufbeschwört, verkörpert durch Rudolph Valentino und seine Nachfolger auf dem nicht mehr stummen Bildschirm, oder der Beduinen-Stämme, die vom Kamelrücken aus ihre Herden hüten und in Zelten leben, die sie leicht zusammenpacken können, wenn es weiterziehen heißt. Dazu kommt die zionistische Propaganda, die die Araber als halbwilde Nomaden ähnlich den Indianern schildert, die die Ansiedlungen friedlicher Farmer in Israel oder in Algerien überfallen.

Diese Bilder, die in einem gewissen Maße für das französische oder früher französische Nordafrika zutreffen mögen, stellen das heutige Palästina ebensowenig dar, wie etwa die Cowboys und In-

dianer aus Hollywood das Amerika des zwanzigsten Jahrhunderts repräsentieren.

Ein großer Teil jener Welt, die sich arabisch nennt, war bereits kultiviert und durch seine Bildungsstätten berühmt, als unsere Vorfahren in Europa noch Barbaren waren. Die arabischen Eroberer in den früheren Ostprovinzen des Römischen Reiches waren es, die die Kenntnis der griechischen Wissenschaft und der Mathematik bewahrten und schließlich an Europa weiterleiteten. Auf dieser Grundlage, in Verbindung mit dem arabischen Zahlensystem, hat der moderne Mensch sich zum Herrn des Universums entwickelt, dieweil er der Sklave seiner Leidenschaften geblieben ist. Heute aber wissen nur noch wenige Amerikaner, daß die Mehrheit der Menschen, die sich Araber nennen und die heute von Israel verjagt wurden, entweder Stadtbewohner waren oder aber Landwirte, deren Wissen und Geschick in Acker- und Gartenbau auf armen und steinigen Böden, ohne die Hilfe der modernen Wissenschaft und moderner Maschinen, in Europa nur durch die Italiener und die arabisch-gemischte Bevölkerung Südspaniens erreicht worden sind.

Es ist richtig, daß Palästina gleich Syrien, zu dem es gehörte, unter der türkischen Fuchtel in Verfall geriet. Die Landbevölkerung versank in größter Armut und wurde abhängig von einer privilegierten Grundbesitzerklasse, die von der türkischen Regierung unterstützt wurde. Es ist weiterhin richtig, daß das kleine Gebiet, das den Arabern bei der Teilung Palästinas durch die Vereinten Nationen übrig blieb (es gehört jetzt zu dem haschemitischen Königtum Jordanien) hauptsächlich aus Wüste besteht; aber in dem lieblichen Libanon, der einen einzigen großen Garten bildet, kann man das Ergebnis arabischen Fleißes und arabischen Geschicks kennenlernen.

Um aber zur Hauptsache zurückzukommen: So wichtig es für uns ist zu wissen, welche Art Menschen die Israelis beraubt haben und mit welchen Methoden dabei verfahren wurde, weit aufschlußreicher ist es für uns, die proklamierten Ziele des Zionismus zu kennen. Die zionistische Zukunftsvision ist die Bildung eines Staates in dem gesamten Gebiet, das die Juden „Eretz Israel“ nennen, wo-

runter sie die ganze Fläche Palästinas und Jordanien verstehen, d. h. ein Gebiet, das achtmal größer ist, als es der Teilungsplan der Vereinten Nationen dem jüdischen Staate zugemessen hatte.

Nicht nur die extremen Nationalisten Israels in der zweitgrößten Partei, der Herut, erstreben eine Expansion bis über die sogenannten „historischen Grenzen“ hinaus. Premier Ben-Gurion selbst stellt in dem Government Year Book Israels fest, daß der Staat Israel nur in „einem Teil des Landes Israel wiedererstanden“ sei und fährt fort:

„*Auch diejenigen, die der Wiederherstellung der historischen Grenzen – gegeben und bestimmt und gewachsen seit Anbeginn der Zeiten – zweifelnd gegenüberstehen, werden kaum die Anomalie der Grenzen des neuen Staates leugnen.*“ (Sperrung vom Verfasser.)

Als der Staat Israel sich konstituierte, wurde feierlich verkündet, daß er der „Einsammlung der Exiljuden“ gewidmet sei, also aller Juden überall in der Welt, die vor fast zweitausend Jahren von Rom vertrieben wurden.

Max Ascoli, der Herausgeber des „Reporter“ schreibt in seinem „Bericht über Israel“ am 11. Juli:

„*(Die heutigen Politiker Israels) sind bestrebt die Ursprünge des Zionismus – und damit Israels – auf eine Reihe von Geschehnissen zurückzudatieren, die etwa zweitausend Jahre vor uns die Juden zwangen, das damalige Judäa zu verlassen. Die Führer Israels wollen das Unrecht wieder gut machen, das das jüdische Volk von griechischen Fürsten und römischen Kaisern erfuhr.*

Diese Führer sind ein erschreckender Haufen. Kalt und unbarmherzig, geheim und unendlich erfindungsreich haben sie alle Hindernisse umgangen und haben ihre Auffassung des Schicksals zum Schicksal gemacht, das heute das Leben von zwei Millionen Menschen beherrscht.

Zionismus, dieses von Menschen geschaffene Schicksal für Menschen, die sich Juden nennen, hat es fertig gebracht Israel zu schaf-

fen, eine Nation, die nach ihrer eigenen Erklärung der Einsammlung der Exiljuden gewidmet ist.“

Ascoli hätte richtigerweise sagen können, daß die Politiker Israels den Ursprung des Zionismus nicht zwei, sondern drei Jahrtausende zurückdatieren, denn nur während der Herrschaft des Königs Salomo verfügten die Juden über das Gebiet, das heute als „Eretz-Israel“ bezeichnet wird. Für die Verfolgung dieses phantastischen Ziels brauchen sie mehr Land, um die Millionen von einzusammelnden Juden unterzubringen, die ihrerseits wiederum die militärische Mannschaft stellen sollen, um das benötigte Land zu erobern. Natürlich wird es Israel niemals glücken, alle Juden zur Rückkehr nach Judäa zu bewegen, da Millionen von Juden sich bereits anderen Völkern assimiliert haben und keine Neigung zeigen, Untertanen eines „jüdischen Staates“ zu werden, ja, sie weisen dessen messianische Ansprüche zurück. Nur eine handvoll Juden der fünf Millionen in Amerika oder der jüdischen Bevölkerung aus England, Frankreich und Italien sind nach Israel ausgewandert. Aber in Nordafrika und im Nahen Osten leben Millionen weiterer Juden, die so verzweifelt arm sind wie ihre arabischen Nachbarn, und zu ihnen kommen die Juden Osteuropas, die sowohl arm wie auch unterdrückt sind. Sie alle greifen nach der Möglichkeit einer freien Einwanderung nach Israel und der Gelegenheit, Boden zu erwerben oder ausreichend bezahlte Anstellungen anzunehmen. Daher stammt der jährliche Zustrom, der 1949 auf zweihundertneununddreißigtausendundsechsundsiebzig stieg, nach einem vorübergehenden Absinken jetzt etwa hunderttausend im Jahr beträgt und, wie man erwartet, ansteigen dürfte.

Jeder Einwanderer in militärischem Alter wird sofort als Soldat ausgebildet. Von allen Einwanderern erwartet man, daß sie sich der Erfüllung der zionistischen Pläne hingeben.

Ist es zu verwundern, daß die Araber einen Staat fürchten und vernichten wollen, dessen Ziele die Eroberung weiterer Länder und die Verjagung von weiteren Millionen von Arabern bedingen? Dr. Penrose sagt hierzu:

„(Nach den bisherigen Erfahrungen haben die Araber) keinerlei Vertrauen mehr, daß Israel eine friedliche Regelung zu anderen Bedingungen als seinen eigenen suche. Sie fürchten, daß solche Verhandlungen von Israel nur als eine Plattform für weitere intensive Propaganda in den Vereinigten Staaten und sonstwo benutzt werden würden. Die öffentlichen Bekundungen Israels über seinen Wunsch und sein Streben nach Frieden klingen in arabischen Ohren ebenso falsch wie die Rußlands in der westlichen Welt. Die Parallele ist fast eindeutig."

Was die Araber weiterhin empört und ihnen neue Gründe für ihre Befürchtungen gibt, sind „die messianischen Ansprüche" – wie es mehrere prominente nicht-zionistische Juden genannt haben – nämlich die Behauptung, einer höheren und älteren Kultur als alle anderen Völker anzugehören, der Komplex, das „auserwählte Volk" zu sein. Dieser von israelischen Sprechern erhobene Anspruch, ein ganz besonderes Volk zu vertreten, fand am 9. April 1957 einen bildhaften Ausdruck in einem Vortrag von Dr. Ebba Eban vor der Georgetown-Universität. Der Botschafter Israels in den Vereinigten Staaten, dem Ägypten, Babylonien und China offenbar unbekannt sind, reklamierte für die Juden „der Menschheit älteste Stimme und Kultur", die „mehr als Griechenland und Rom die geistige Entwicklung aller Generationen bestimmt habe". Er behauptete sogar: „Dieser Planet schritt aus der Barbarei in die Zivilisation in dem Augenblick, als er in Israel durch die helle Strahlung des hebräischen Geistes erleuchtet wurde."

Er behauptete weiterhin, daß das jüdische Volk in seinem Marsch durch die Geschichte während dreier Jahrtausende „die Fackel der Ordnung und des Fortschritts im großen Weltenplan getragen habe", und „daß das moderne Israel als menschliches Phänomen seinen eigenen Wert und Zweck in sich trägt, da es ein großes Mysterium und einen unerforschlichen Plan der Geschichte offenbart".

Es wäre leicht, weitere, weniger zurückhaltende und wissenschaftliche Erklärungen von Zionisten zu zitieren als den obigen

Vortrag von Botschafter Eban. Aber ich habe hier nur die Absicht, die Aufmerksamkeit auf die übertriebenen Prätentionen Israels zu lenken, die an die Ansprüche der Nazis auf arische Überlegenheit erinnern und die seine Nachbarn als eine Drohung betrachten, die der Hitlers gegen die Juden ähnlich ist.

Wäre Israel nur ein kleiner Staat mit weniger als zwei Millionen Bevölkerung, dann könnte man diese Drohung als bedeutungslos abtun. Aber der Zionismus als „eine massive übernationale Organisation", von Juden in der ganzen Welt sichtbar unterstützt, bildet eine Drohung für seine Nachbarn, die mehr als ein Produkt arabischer Einbildung ist.

Reverend Edward L. R. Elson, ein Priester der presbyterianischen Nationalkirche in Washington und Vorsitzender des Nationalrates der Amerikanischen Freunde des Nahen Ostens schreibt:

„(Die Araber) betrachten Israel als ein Protektorat der Vereinigten Staaten und den neuen Staat als eine Projektion des westlichen Imperialismus in den Nahen Osten . . . Man machte ihnen einen Vorschlag etwa dieses Inhaltes: ‚Wir werden die Hälfte Eures Landes Fremden übergeben, aber wenn Ihr Euch anständig benehmt und Euern neuen Nachbarn keinen Ärger macht, dann werden wir Euch vielleicht die andere Hälfte Eures Landes behalten lassen.' Vor diesem Hintergrund gewinnen Streitigkeiten über Wasserrechte und Grundstücke an der Grenzlinie eine tödliche Bedeutung. Die Araber sehen die anwachsende Bevölkerung Israels, sie kennen den ständigen Zufluß finanzieller und moralischer Hilfe aus dem Westen und leben daher in der Furcht vor weiterer Ausdehnung Israels. Darum steigen ihre Militärbudgets über die Wirtschaftskraft der kleinen Staaten. Ihre politische Führungskraft wendet sich dorthin, wo ihr Widerstand versprochen wird. Ihre Außenpolitik muß sich von jenen Staaten abwenden, die für die Gründung des neuen Staates als verantwortlich betrachtet werden. Und kein Araber und sehr wenig Juden werden je daran zweifeln, daß Amerika bei der Bildung des Staates Israel eine entscheidende Rolle spielte."

Rabbi Elmer Berger, der Geschäftsführende Vizepräsident des

„American Council for Judaism", wurde in einer Diskussion gefragt: „Warum sollten die Araber so unbedingt sicher sein, daß Israel über die Grenzen des Teilungsplans von 1947 hinaus kein Gebiet mehr besetzen werde?" Seine Antwort lautete:

„Das kann nur jemand verstehen, der weiß, welche psychologischen Vorgänge in der arabischen Seele ausgelöst wurden, als sie das zionistische Experiment aus der vagen Balfour Deklaration, in der die arabischen Rechte garantiert wurden, sich entfalten sah zu einem kompletten Staat mit einem machtvollen Militärapparat, der das Recht auf Rückkehr für die arabischen Flüchlinge verweigerte. Nur wer das weiß und versteht, und zwar ebenso wie er die psychologischen Faktoren des Zionismus kennt und versteht, wird begreifen, welche psychologischen Gründe die Araber veranlassen, den geschichtlichen Ablauf dieses Problems immer wieder in die Erinnerung zurückzurufen ... Es ist nicht damit getan, daß man sagt, die Araber erinnern sich dieser Dinge – und ihre politischen Agitatoren verwenden sie, – um Rachegefühl und Verbitterung zu nähren. Diese Erinnerung ist der psychologische Grund, warum die Araber nicht von irgendeinem Punkt der Gegenwart aus an die Regelung irgendeiner letzten Krisis herangehen kann, sondern ein Verständnis jener historischen Lage fordert, in der der Zionismus die arabischen Rechte mit einer Diplomatie der vollzogenen Tatsachen hinwegfegte."

In einem aufschlußreichen und packenden Teil seiner Rede lenkte Dr. Berger die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß dem Westen zwar durch Hitler die Tragödie der Unsicherheit und Rechtlosigkeit der Juden dramatisch vor Augen geführt wurde, daß aber im Westen noch nichts geschehen ist, um in ähnlicher Weise die Tragödie bewußt zu machen, wie eine koloniale und imperiale Haltung auf ein Volk wirkt, „das diese Manifestation westlicher Entwicklung" über sich ergehen lassen mußte, die so oft „durch den Westen glorifiziert wurde". Im ganzen genommen: die Araber sind zu oft unterdrückt worden und können es ebensowenig vergessen wie die Juden.

Dr. Penrose spricht einen ähnlichen Gedanken aus:

„In der Seele der arabischen Völker ist das Gefühl des Unrechts tief eingewurzelt, das ihnen seit dem ersten Weltkrieg und besonders seit dem 29. November 1947 zugefügt wurde (dem Zeitpunkt der UNO-Resolution über die Teilung Palästinas). Dazu tritt noch besonders die tiefe Verbitterung gegen die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen, durch deren Maßnahmen das Bild von Elend, Demoralisierung und Leiden entstand, das in den Flüchtlingslagern ständig vor ihren Augen steht. Selbst wenn sie die Vergangenheit vergessen wollten, so können sie nicht diesen ständigen Eindruck der Gegenwart überwinden ... Sie empfinden, daß ihnen diese Situation von draußen auferlegt worden ist und daß daher Gerechtigkeit und Wiedergutmachung auch von draußen kommen müssen."

Es ist nur zu augenscheinlich, daß wir Gefahr laufen, uns nicht nur die Araber, sondern die weit größere ganze islamische Welt zu entfremden, weil unsere „Meistbegünstigung" für Israel uns dem Vorwurf aussetzt, daß wir es als „Vorhut des westlichen Imperialismus benutzen, der weiterhin teilen und herrschen will". Die Araber wissen, daß Israel durch große, steuerfreie Schenkungen von amerikanisch-jüdischen Bürgern und durch Zuschüsse der Vereinigten Staaten unterstützt wird, die weit größer sind als unsere Wirtschaftshilfe an die arabischen Staaten und daher aus Israel trotz seiner kleinen Bevölkerung den militärisch stärksten Staat im Nahen Osten gemacht haben. Das führt die Araber zu der falschen Unterstellung, Amerika nehme maßgebenden Einfluß auf Israel und sei daher verantwortlich für das, was dort geschieht. Ich erkannte bei meinem kurzen Aufenthalt im Nahen Osten, wie schwierig es ist, die Araber davon zu überzeugen, daß wir zwar den Spieler bezahlen, aber die Melodie nicht bestimmen. Amerikaner mögen aus sentimentalen Gründen gern eine Musik hören, die Erinnerungen an König Salomos Tempel wachruft. Aber die Melodie, die Israel mit unserer Erlaubnis, wenn nicht auf unseren Wunsch spielt, geht seinen Nachbarn so auf die Nerven, daß sie in die Versuchung kom-

men, nach dem sowjetischen Polizisten zu rufen, um sowohl den Spieler wie auch den gefühlvollen Besucher hinauszuwerfen.

Selbst wenn es der Eisenhower-Doktrin besser als dem Bagdad-Pakt gelingt, einen starken nördlichen Gürtel islamischer Staaten von der Türkei durch den arabischen Irak nach Persien und Pakistan zu spannen, so wird uns das wenig nützen, wenn die Sowjetmacht die Etappe bedroht, indem sie ein Bündnis mit den „antiwestlichen" arabischen Staaten eingeht und durch weiteres Ausspielen der arabischen Sorgen die Völker gewinnt, deren Regierungen uns verbündet sind. In einem Wort, der Erfolg der Eisenhower-Doktrin hängt ab von der Unterstützung der arabischen Völker.

Bei unserem Kampf gegen den sowjetischen Einfluß auf die arabische Welt erfreuen wir uns des großen Vorteils, daß dieser Einfluß nicht aus alten sozialistischen Sympathien mit Sowjet-Rußland stammt, die es noch in Indien, Japan und Israel gibt. Da die kommunistische Gefahr im Nahen Osten auf keiner ideologischen Verwandtschaft beruht, sondern in der Hauptsache durch die Fehler der westlichen Politik eingeschleppt wurde, könnte sie auch durch Beseitigung dieser Gründe bekämpft werden. Diese Gründe sind: die zionistischen Expansionsbestrebungen und der französische Kolonialismus.

Ich lasse hier den britischen Imperialismus bewußt beiseite, da wir hoffen dürfen, daß England nach Edens Suez-Desaster zu der klugen Politik zurückgekehrt ist, mit der es sich seit dem zweiten Weltkrieg bemüht, die Freundschaft seiner früheren kolonialen Untertanen durch eine großzügige Preisgabe seiner Herrschaftsrechte zu gewinnen. Man kann also erwarten, daß auch England die amerikanischen Bestrebungen unterstützen wird, eine vorausschauende Nah-Ost-Politik zu führen, die die gemäßigten Kräfte des arabischen Nationalismus auf unsere Seite zieht und die kommunistische Infiltration zum Scheitern bringt. Es gibt sogar Anzeichen, die vermuten lassen, daß England uns überspielen könnte, in dem es seine Haltung gegen Ägypten ändert, enge Handelsbeziehungen aufnimmt und die ägyptischen Guthaben wieder freigibt, dieweil Amerika fortfährt, Nasser beinahe wie einen Paria zu behandeln.

Wenn England und Amerika wieder gemeinsam vorgehen könnten, unbeirrt durch die Träume der Torys, die die „Macht und die Herrlichkeit“ des britischen Weltreichs wieder aufrichten wollen, unbeirrt auch durch die Einwirkungen der Zionisten oder durch ein falsches Treuegefühl gegenüber Frankreich in seinem zwecklosen Bemühen, die algerische Freiheitsbewegung zu unterdrücken, dann könnten wir mit Erfolg eine Politik entwickeln und durchführen, die für die Araber und für die Juden ebenso nützlich sein würde wie für Frankreich, das sich jetzt in seinem Algerien-Krieg ausblutet.

Eine solche gemeinsame anglo-amerikanische Politik könnte durchgesetzt werden, ohne daß man den Staat Israel preisgibt oder in seinen Rechten beschneidet.

Wenige arabische Staatsmänner wagen es heute in dem allgemeinen Zustande öffentlicher Erregung zuzugeben, aber alle wissen es, daß sie früher oder später die Tatsache des Staates Israel anerkennen und sich mit ihr abfinden müssen. Sie werden aber niemals dazu bereit sein, so lange nicht Israel sein Ziel der „Einsammlung“ der Juden aus der ganzen Welt aufgibt – ein Ziel, das nur erfüllt werden kann, wenn Israel weiteren „Lebensraum“ gewinnt, also auch seine militärische Kraft erhöht, um diesen größeren Lebensraum zu erobern.

In meinem Interview mit Präsident Nasser vom 19. September 1956 in seinem Landhaus bei Kairo, gewann ich die Überzeugung, daß er kein Extremist ist, der davon träumt, „Israel ins Meer zu jagen“. Er sagte, er habe niemals die Vernichtung Israels gefordert und sei nur in Sorge, daß „die Ägypter wie die Araber in Palästina ihres Eigentums beraubt und von Haus und Hof vertrieben werden würden, wie es im November drohte“. Ganz ähnlich hat Nasser auch in seinem Interview mit William Attwood (veröffentlicht in „Look“ am 25. Juni 1957) erklärt, er habe in keiner seiner Reden jemals die Vernichtung Israels gefordert.

Unglücklicherweise stehen sich hier zwei Gegner gegenüber, die einander zu Übertreibungen reizen. Während auf der einen Seite die Nationalisten Israels ihre Absicht verkünden, ihre Grenzen vom

Nil bis an den Euphrat auszudehnen, so ergeht sich auch Nasser in feurigen Sprüchen nach der Art eines Catcher-Enthusiasten, der seinem Favoriten zuruft: „Dreh ihm das Gas ab!“ Und wenn auch Nasser selbst tatsächlich niemals von der Vernichtung Israels gesprochen hat, so hat man solche Worte doch häufig genug in der ägyptischen Presse und in den aufstachelnden Sendungen der „Stimme der Araber“ aus Kairo gehört.

Wir haben einfach mit der Tatsache zu rechnen, daß es in dieser nahöstlichen Atmosphäre von Furcht, Argwohn, Haß und überreiztem Nationalismus, in diesem tragischen Zirkel von Unrecht, Gewalt, Vergeltung und Gegenvergeltung, für die Führung beider Teile praktisch unmöglich ist, den Mittelweg zu Aussöhnung und Frieden einzuschlagen. Wenn sie ihre Völker bei der Stange halten wollen, müssen sie zum allermindesten kriegerische Sprüche machen. Selbst Nuri Pascha im Irak sagte während des Suez-Krieges, daß alle Juden in Palästina dorthin geschickt werden sollten, woher sie kamen. König Hussein von Jordanien beeilte sich nach seinem Bruch mit Ägypten seine unversöhnliche Feindschaft gegen Israel zu verkünden, und unser Freund König Saud steht nicht nur gegen Israel, sondern verweigert auch jedem Juden, auch einem amerikanischen, die Einreise in sein Königreich.

Ebenso schwierig ist es für die politische Führung Israels, Mäßigung und Vernunft zu bewahren oder gar auszusprechen, man sei bereit, um eines Kompromisses oder der Versöhnung willen auch nur einen symbolischen Ausgleich für die den Arabern zugefügten Unbilden zu gewähren. Israels Lebensangst ist nicht nur ebenso wirklich, sondern noch besser begründet als die Furcht der Araber vor Israel, der „Vorhut des westlichen Imperialismus“. Israel ist nur eine kleine Insel von weniger als zwei Millionen Menschen inmitten des arabischen Meeres und des islamischen Ozeans. Von Feinden umringt verdankt es sein Überleben mehr dem Mute, der Hingabe, der Ausdauer und der harten Arbeit seiner Bevölkerung als der finanziellen und politischen Unterstützung des Westens. Nur eine kämpferische Moral kann ein Volk aufrecht halten, das inmitten ständiger Entbehrungen und Gefahren lebt. So unrecht auch die Teilung

Palästinas zugunsten der Errichtung eines jüdischen Staates für die Araber gewesen sein mag, so kann man Israel doch sein Lebensrecht nicht bestreiten. Wir würden ein neues Unrecht in dem circulus vitiosus begehen, ließen wir die arabischen Extremisten die Mittel gewinnen, ihren Feind zu vernichten. Wir können auch nicht von Israel verlangen, daß es seine Strategie der Verteidigung durch Angriff aufgebe, ohne daß es auf andere Art Sicherheit erhält. Da aber wahre Sicherheit für Israel nur möglich ist, wenn es bestimmte Grenzen anerkennt und sein Ziel, die Juden aus der ganzen Welt einzusammeln, aufgibt, muß es sich damit einverstanden finden, einer unter vielen nahöstlichen Staaten zu sein. Es ist eine simple Tatsache, daß Israel – ohne Amerikas materielle und politische Hilfe – nicht ohne die Araber leben kann und daß es lernen muß, mit den Arabern zu leben. Mit einem Wort, Freiheit und Recht für Israel beruhen auf Freiheit und Recht für die Araber. Daraus ergibt sich für uns eine Möglichkeit, einen gerechten und lebensfähigen Frieden zu stiften. Daraus ergibt sich für uns aber auch die Pflicht und die Verantwortung, es zu tun.

Leider spielen nüchterne Vernunft und materielles Eigeninteresse im Leben der Völker nur eine kleine Rolle gegenüber dem nationalen Ehrgeiz, der Leidenschaft, dem Vorurteil und der Furcht. Anders wäre es leicht, sowohl die Israelis wie die Araber davon zu überzeugen, daß sie durch Versöhnung und Zusammenarbeit weit mehr zu gewinnen haben als durch weitere Energieanspannung mit dem Ziel, einander zu besiegen oder zu vernichten.

Israel könnte Kenntnisse und Fähigkeiten seiner europäischen Einwanderer zugunsten der Araber in Palästina und Jordanien einsetzen, um ihnen zu helfen, den technischen Vorrang des Westens einzuholen, wenn es seine Expansions- und Herrschaftsgelüste vergessen wollte und wenn man die Araber dazu bringen könnte, das Unrecht zu verzeihen, das Israel ihnen zugefügt hat. Die Israelis und die Araber könnten in gemeinsamer Arbeit die Wüste in einen blühenden Garten verwandeln und ihr die Nahrung für beide Völker abgewinnen, wenn man sie dazu veranlassen könnte, die Wasser des Jordan zum gemeinsamen Vorteil in gemeinsamer Arbeit zu

nutzen, anstatt sie versickern zu lassen. Wenn die Israelis wollten, so könnten sie immer noch die Rolle des Amerika von heute spielen dadurch, daß sie den Lebensstandard wirtschaftlich rückständiger Völker heben, anstatt die amerikanischen Pioniere nachzuahmen, die die Indianer umbrachten aus keinen besseren Gründen, aus denen die Israelis die Araber umbrachten, die ihr geraubtes Land zurückzuerobern suchten.

Einen gewissen Anlaß zur Hoffnung gibt der Unterschied in Haltung, Charakter und Zielen zwischen den „Sabras" – das sind die Juden, die in Israel geboren sind – und den alten Zionisten, die heute noch die Nation führen. Nach den Berichten einer Reihe nüchterner jüdischer und nichtjüdischer Israel-Reisender weisen die Sabras die Visionen der Zionisten zurück. Gewisse jüdische Charaktereigenschaften und Gewohnheiten gehen ihnen auf die Nerven, und sie möchten vor allem konstruktiv, selbstgenügsam, wirklichkeitsnah und sachlich sein, anstatt messianischen Idealen nachzueifern, die sich auf Torah oder Talmud gründen. Sie möchten wie die Mehrheit der Juden in der Welt für nichts anderes gelten als für normale Menschen, die in Sicherheit arbeiten und ihr Land aufbauen wollen, wenn nur fanatische Araber und fanatische Zionisten sie gewähren ließen.

Auch nach Meinung Max Ascolis sind die Sabras bereit „eine Menge alter Dogmen und Schlagworte zum alten Eisen zu werfen, einschließlich der ‚Einsammlung der Exilierten'". Dieser mitfühlende, aber objektive jüdische Beobachter schreibt weiter, daß für eine sehr große Anzahl Israelis, besonders für die jüngeren Leute „die Religion eine sehr begrenzte oder überhaupt keine Rolle spielt".

Diese „gleichmütigen, unintellektuellen, unneurotischen" Sabras, so zitiert er einen jungen israelischen Offizier, „werden sich vielleicht als eine Menschenart erweisen, die den Nicht-Juden etwas näher steht".

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Autoren des Buches „This is Israel" (New Philosophical Library, 1956), Dr. Theodore Huebner von der Universität New York und Dr. Carl Hermann

Voss, Dozent an der New School for Social Research und Vorsitzender des Executiv Council, American Christian Palestine Committee. Sie stellen fest, daß es junge, intelligente Sabras gibt, die den Gedanken der Diaspora vom „Einsammeln der Juden“ und einer damit verbundenen jüdischen Sonderart zurückweisen und eine „neue nationale Einheit“ entwickeln wollen, die „ein breiteres geographisches und ethnisches Gebiet, frei von den Idealen des Zionismus“, umfassen würde. Bezeichnenderweise tragen diese Sabras den Namen der ursprünglichen Einwohner Palästinas „Canaaniter“. „Die meisten jüngeren Israelis lehnen den orthodoxen Judaismus ab, der der Nation auferlegt worden ist“, und sind der Ansicht, daß „die ethnisch-religiöse Basis Israels das Haupthindernis für die Verwirklichung der westlichen Demokratie ist.“

Auch Waldo Frank berichtet in seinem Buch „The Drama of Israel“, daß die Angehörigen der aufwachsenden Generation sich nicht als Juden, sondern als Israelis betrachten, die messianischen Ansprüche des Zionismus zurückweisen oder ignorieren, gewisse „jüdische Charakterzüge und Gewohnheiten“ ablehnen und nur das Recht zur Entwicklung ihres eigenen Staates gesichert wissen wollen.

All das führt zu dem Schluß, daß Israel einmal seinen Versuch, eine Theokratie für alle Juden zu errichten, aufgeben und stattdessen ein normaler, irdischer Staat werden wird. Da viele seiner Einwanderer aus dem Nahen Osten kommen und den Arabern verwandter sind als den Europäern und da die in Israel geborene Generation offenbar den zionistischen Mythos und die messianischen Ansprüche der Älteren satt hat, ist es durchaus möglich, daß der neue Staat einmal aufhören wird, sich Feinde zu machen, daß er sich mit der arabischen Welt ringsum verträgt und zu einem normalen Bestandteil des Nahen Ostens wird. Im gleichen Sinne äußert sich Professor Hocking von der Harvard-Universität:

„Der erste Schritt zur Gesundung scheint mir die Erkenntnis für Israel zu sein, daß das Ideal einer nationalen Heimstätte als Ausdruck der Seele des jüdischen Volkes unter menschlichen Bedingun-

gen nicht zu verwirklichen ist; daß die Anwendung von Gewalt und von korrupter Erpressung aufhören muß und daß die Fahne einer religiösen Grundsätzlichkeit – die dem Geist des Israel von heute nicht entspricht – nicht weiter dazu mißbraucht werden darf, einen rohen politischen Realismus zu tarnen. Wir können mit einem solchen öffentlichen Bekenntnis nicht rechnen, aber in der Stille des menschlichen Geistes, wo trotz allem die Kräfte der Geschichte wachsen, mögen diese Gedanken reifen."

Pessimisten können der Ansicht sein, es sei für Amerika bereits zu spät, durch seinen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Einfluß den tragischen Konflikt zwischen den Israelis und den Arabern zu überbrücken. Dennoch bestehen Gründe für die Hoffnung, daß die Unheilspropheten sich irren. John C. Campbell, ein früheres Mitglied des Politischen Planungsstabes im State Department, schreibt in der Juli-Ausgabe 1957 von „Foreign Affairs":

„Israel braucht vor allem nationale Sicherheit, die es, wie sich eben erwiesen hat, durch eigene Kraft nicht erringen kann ... Die Araber brauchen vor allem eine gerechte Regelung in Palästina ... Hier gibt es wenigstens die Gelegenheit, Vorschläge zu entwerfen, die den grundsätzlichen Bedürfnissen beider Teile Genüge leisten, wenn auch unmittelbare Forderungen nicht befriedigt werden können."

Wenn wir diese Gelegenheit, den „grundsätzlichen Sicherheits-Bedürfnissen beider Teile" Genüge zu tun, ausnutzen wollen, müssen wir zunächst die Geltung der arabischen Klagen zugestehen.

Wir alle wissen aus unserer persönlichen Erfahrung, daß ein Mensch bereit ist, ein Unrecht zu verzeihen, wenn es eingestanden und bedauert wird, auch wenn man ihm keinen materiellen Ausgleich gewährt; aber wir wissen auch, daß kein Schadensersatz, den ein Richter dem Kläger zugesteht, jemals die Weigerung des Angeklagten aufwiegen kann, sein Unrecht einzugestehen. Wenn wir also die Araber dazu bewegen wollen, mit Israel Frieden zu schließen, müssen wir zuerst ihre Klagen anerkennen und die Gerechtigkeit

ihrer Sache zugeben. Wenn wir das Unrecht, das den Arabern zugefügt wurde, anerkennen und bedauern und ihnen überzeugend versichern, daß man keine weiteren Opfer von ihnen fordern werde, dann könnte es vielleicht möglich sein, sie dazu zu überreden, sich mit der Existenz Israels abzufinden – wenn auch vielleicht nicht in seinen heutigen ausgeweiteten Grenzen, die ein Gebiet umfassen, das größer ist als das, das ihm die Vereinten Nationen ursprünglich zugestanden haben. Zu diesem Endzweck wäre es notwendig, daß die Vereinigten Staaten die künftige Sicherheit der Araber und der Israelis garantierten. Es wäre weiterhin notwendig, daß Israel den enteigneten Arabern eine gewisse Entschädigung gäbe. Dann könnten die Araber wohl veranlaßt werden, das Kriegsbeil zu begraben, ihren Frieden mit Israel zu machen und seinen Schiffen die freie Passage durch den Suez-Kanal und im Golf von Akaba zu gestatten.

Ein Appell an den Großmut der Araber, sie mögen für die Sache des Weltfriedens Zugeständnisse machen, dürfte weit erfolgreicher sein als der Versuch, sie zu zwingen oder einzuschüchtern. Wir werden aber überhaupt nichts erreichen, wenn wir uns nicht Mühe geben, die Gründe ihrer Unnachgiebigkeit zu erkennen, von unserer einseitigen Sympathiekundgebung im israelisch-arabischen Konflikt ablassen und der arabischen Welt Grund geben, uns wieder zu vertrauen. Dank Präsident Eisenhowers mutiger und grundsätzlicher Stellungnahme gegen den anglo-französisch-israelischen Angriff auf Ägypten und Dank dem Vertrauen, das Amerika durch seine klaren Worte unter Millionen von Arabern gewonnen hat, ist die Lage nicht hoffnungslos. Der „Economist", das angesehenste und bestinformierte englische Blatt, bestätigt unsere Auffassung:

„Präsident Eisenhower hat in Asien ein Ansehen gewonnen wie nie zuvor, als er am Vorabend der Präsidentschaftswahlen ohne Rücksicht auf die jüdischen Stimmen in den Vereinigten Staaten sprach und als er mit Festigkeit sowohl die anglo-französischen Freunde wie auch Israel davor warnte, sich dem Willen der Vereinten Nationen zu widersetzen."

Wenn Eisenhower aus dem gleichen Holz geschnitzt ist, aus dem die großen amerikanischen Präsidenten geschaffen waren, und wenn ihm das amerikanische Volk auf seinem Wege folgt, dann wird er imstande sein, einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt anzubahnen und durchzusetzen, der auf den gleichen Grundsätzen gebaut ist, die die USA zu einem großen, starken, freien und geachteten Staatswesen gemacht haben.

VI.

Die Drohung der beiden Imperialismen

In seiner großen Rede vor dem Kongreß am 2. Juli 1957 sagte Senator John F. Kennedy, die stärkste Kraft in der heutigen Welt sei weder der Kommunismus, noch der Kapitalismus, noch die Wasserstoffbombe, sondern des Menschen „ewiges Bestreben, frei und unabhängig zu sein“. Der junge Senator aus Massachusetts mag vielleicht hinsichtlich des Friedensstrebens um jeden Preis überoptimistisch sein, aber er hatte durchaus recht, als er sagte:

„Der große Feind der gewaltigen Kraft der Freiheit wird – mangels eines genaueren Ausdrucks – Imperialismus genannt; und das heißt heute Sowjet-Imperialismus und – es mag uns passen oder nicht, wenn auch zwischen beiden kein Vergleich möglich ist – der westliche Imperialismus!“

Viele haben nur Augen für die Drohung des Sowjet-Imperialismus und wollen uns hindern, den Völkern in Asien und Afrika in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit Unterstützung zu geben, weil wir dadurch die imperialistischen Interessen unserer französischen und britischen Alliierten verletzen. Andere wiederum suchen nach der friedlichen Koexistenz mit dem Sowjetblock und glauben, daß das kommunistische Gespenst durch gute Werke beruhigt werden könne, worunter sie großzügige Wirtschaftshilfe für die „unterentwickelten“ Völker verstehen. John Kennedy ist einer der wenigen, die sich mit unserem Versagen zu schaffen machen, „beiden Imperialismen zu begegnen und so unsere Verantwortlichkeit gegenüber der freien Welt zu erfüllen“. Er begann seine Rede, die sich ausführlich mit dem von uns vernachlässigten oder über-

haupt nicht erkannten algerischen Problem beschäftigte, mit folgenden Sätzen:

„Der einzige wirklich bedeutsame Test auf die amerikanische Außenpolitik von heute besteht in der Frage, wie wir der Drohung des Imperialismus begegnen, was wir tun, um das Freiheitsstreben der Menschheit zu fördern. Nach diesem Test mehr als nach jedem anderen wird unsere Nation von den noch unentschiedenen Millionenmassen Asiens und Afrikas kritisch beurteilt werden, während zugleich die immer noch auf Freiheit hoffenden Menschen hinter dem Eisernen Vorhang sehnsüchtig auf unsere Antwort warten. Wenn wir der Drohung des sowjetischen oder des westlichen Imperialismus nicht entgegentreten, dann werden keine Auslandshilfe, keine Aufrüstung, keine Verträge, keine Doktrinen und keine Gipfelkonferenzen verhindern, daß unsere Politik und unsere Sicherheit weitere Rückschläge erleiden."

Im Gegensatz zu Senator Kennedy haben viele demokratische und republikanische Kritiker von Eisenhowers Haltung zu Suez argumentiert, daß wir Israel, England und Frankreich nicht zum Rückzug von ägyptischem Boden hätten auffordern dürfen, da wir auch keine Maßnahme gegen die blutige Unterdrückung der ungarischen Revolution durch Rußland unternehmen konnten oder zu unternehmen wagten. Nach einer seltsamen Logik, die nur nach dem Grundsatz verständlich ist, daß aus zweimal Unrecht ein Recht entstünde, haben prominente konservative Senatoren und Leitartikler, auf deren Haltung man sich bei anderen Anlässen stets verlassen konnte, die Behauptung aufgestellt (wie zum Beispiel Henry Hazlett in der „National Review" vom 9. Februar 1957), Israel dürfe nicht zum Gehorsam gegenüber den Vereinten Nationen und zur Evakuierung des Gaza-Streifens gezwungen werden, es sei denn, daß sich zugleich die russischen Truppen aus Ungarn und aus jedem anderen Satelliten-Staat, wo man sie nicht wünscht, zurückzögen.

So wurde noch einmal wie bei der Teilung von Palästina von vielen Amerikanern für recht und richtig gehalten, daß die Ara-

ber die Sühne für Europas und Amerikas Sünden und Unterlassungssünden bezahlten. Als im Jahre 1947 Truman und Stalin gemeinsam die Vereinten Nationen unter Druck setzten, um den Staat Israel auf Kosten der Einwohner Palästinas zu errichten, fand man die Begründung für dieses Unrecht gegen die Araber in der Notwendigkeit, die Juden für ihr schreckliches Schicksal in Nazi-Deutschland zu entschädigen und den jüdischen Opfern der Verfolgung eine Heimstatt zu verschaffen, die wir ihnen in unseren eigenen Staaten nicht zu geben bereit waren. Zehn Jahre später erklärte eine Mehrheit im Kongress – einschließlich der Senatoren Knowland und Bridges, die die Haltung der US-Regierung zum Suez-Krieg unterstützten –: Da wir nicht durch eine tatsächliche Unterstützung der ungarischen Freiheitskämpfer einen Krieg mit dem Sowjet-Imperialismus riskieren wollen, müssen die Araber wiederum die Rechnung zahlen, denn man könne doch nicht Israel für seine Aggression bestrafen und die Sowjetunion frei ausgehen lassen. Glücklicherweise sagte Eisenhower selbst am 20. Februar 1957, er glaube nicht, daß aus zweimal Unrecht ein Recht werde. Unbeirrt durch den Lärm im Kongress und in der Presse unterstützte Staatssekretär Dulles die Vereinten Nationen in ihren erfolgreichen Bemühungen, Israel zum Rückzug aus dem Gaza-Streifen und am Golf von Akaba zu zwingen oder zu überreden.

Als ich in meinem Interview mit Nasser die Sprache auf Ungarn brachte, versuchte er nicht wie Pandit Nehru zu behaupten, Rußland sei nicht imperialistisch, oder die Unterdrückung der Ungarn zu beschönigen. Er sagte vielmehr, der anglo-französische Angriff auf Ägypten sei ein Versuch gewesen, ein freies Land zu unterdrücken, während das Vorgehen der Sowjetunion in Ungarn mit dem Frankreichs in Algerien vergleichbar ist: beide wollten den Besitz einer Kolonie sichern, indem sie einen Aufstand der Bevölkerung unterdrückten.

Solche Unterscheidungen sind bedeutungslos gegenüber dem Faktum, daß die Sache des Westens gegen den Sowjetblock durch die imperialistische Aggression Englands, Frankreichs und Israels gegen

Ägypten und durch die französische Unterdrückung der algerischen Freiheitsbewegung eine unermeßliche Einbuße erlitten hat.

Ob die Behauptung richtig oder falsch ist, daß erst die Bomben auf Ägypten Moskau zur unverhüllten blutigen Unterdrückung des ungarischen Aufstandes ermutigt haben, – es ist zweifellos richtig, daß der Überfall auf Ägypten die Aufmerksamkeit der „unentschiedenen“ Völker Asiens und Afrikas von dem Drama in Ungarn ablenkte, so daß der kommunistischen Sache unter den Neutralen viel weniger Schaden erwuchs, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Wir empfinden Kummer und Leid unserer eigenen Familienmitglieder tiefer, als wenn es unsere Nachbarn angeht. So wie die Amerikaner als Verwandte der Europäer die Unterdrückung der ungarischen Revolution mehr erregte als die Invasion in Ägypten, so brachte umgekehrt der Suez-Krieg die asiatischen und afrikanischen Völker viel mehr in Empörung und wurde viel schärfer verurteilt als die sowjetische Wiederbesetzung Ungarns. Zu der Blutsverwandtschaft und den Bindungen der Kultur trat hier noch die Verwandtschaft der geschichtlichen Erfahrung, weil der Suez-Krieg in ganz Asien und Afrika die Furcht vor der Wiedererrichtung englischer oder französischer Kolonialherrschaft neu belebte. Selbst der Sudan oder der Irak, die Ägypten nicht lieben, eilten zur Hilfe herbei; Dr. Ibrahim Anis, der sudanesische Botschafter in Washington, sagte mir später: „Wir befürchteten, daß, wenn England Ägypten eroberte, wir das gleiche Schicksal erleiden würden.“

Als die Sowjetunion sich gegen England, Frankreich und Israel an die Seite Ägyptens stellte, konnte sie sich wieder in afrikanischen und asiatischen Augen ehrlich machen oder doch wenigstens ihre eigene, weit blutigere und brutalere Aggression gegen Ungarn verschleiern. So hat man gesagt, England und Frankreich hätten durch ihren Angriff auf Ägypten Moskau geholfen, den ungarischen Aufstand zu unterdrücken. Das ist gewiß eine Übertreibung, denn, da sie selbst wie auch Amerika vor einem Krieg mit Moskau zurückschreckten, wäre wahrscheinlich auch ohne den Suez-Krieg nichts Ernsthaftes geschehen, um dem Kreml Einhalt zu gebieten. Der Suez-Krieg ist beendet; seine Konsequenzen für den Westen wurden

weitgehend abgemildert, weil Amerika einen grundsätzlichen Standpunkt einnahm und dadurch das Ansehen des Westens in den Augen der Araber zu einem guten Teil wieder herstellte.

Der Westen steht aber immer noch vor der algerischen Frage, die wie Israel zu unserem Problem geworden ist und die wir nicht länger in der Haltung eines Pontius Pilatus betrachten können. Im Falle Algeriens können wir ebenso wie im Falle Israel keine Freundschaften erhalten und keine neuen Freunde gewinnen, wenn wir weiterhin unserer Verantwortung ausweichen.

Frankreich erfreut sich in Amerika eines einzigartigen Ansehens. Es wird entschuldigt, wo alle anderen verdammt werden. Der Amerikaner betrachtet Frankreich als die Quelle der Freiheit und das kulturelle Zentrum des Westens, obgleich es diesen Ruf nicht mehr verdient.

Amerika betrachtet England wie eine Ehefrau, mit der man sich streiten und zanken kann, ohne daß das feste Band sich löst. Frankreich aber ist wie eine Geliebte, der man alles verzeihen muß, weil man sie sonst verliert oder sich vor ihren üblen Launen fürchten muß. So ist die Haltung Amerikas gegenüber dem französischen Imperialismus nachsichtiger als gegenüber dem britischen oder dem israelischen Imperialismus. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten England unter Druck gesetzt, um es zu einer schnelleren Preisgabe seiner imperialen Vorrechte zu bewegen; wir sind auch, trotz unserer finanziellen Unterstützung, Israel in den Weg getreten und haben ihm Waffenlieferungen verweigert, als es einen Ausgleich für die Lieferungen der Sowjetunion an Ägypten suchte. Aber wir haben – außer gelegentlichen zarten Mahnungen – nichts getan, um Frankreich zu veranlassen, sich mit der algerischen Freiheitsbewegung zu vergleichen, anstatt seine zwecklosen, blutigen Kriegsanstrengungen fortzusetzen. Schlimmer noch, wir haben stillschweigend zugelassen, daß Frankreich seine NATO-Divisionen mitsamt den amerikanischen Waffen, Flugzeugen und sonstigen Ausrüstungen, die für die Verteidigung Europas bestimmt waren, in Algerien verbrauchte, wodurch wir uns selbst an der Unterdrückung der algerischen Résistance mitschuldig machten.

Nachdem Amerika sich in diese Dinge so tief verstricken ließ, ist es ebenso unmoralisch und pharisäerisch wie auch gefährlich, weiterhin zu behaupten, der blutige Kampf in Algerien sei eine „innere" französische Angelegenheit, die weder Amerika noch die Vereinten Nationen angehe. Hören wir hierzu Senator Kennedy:

„Der Krieg in Algerien, in den mehr als vierhunderttausend französische Soldaten verwickelt sind, hat die kontinentalen Kräfte der NATO bis auf die Knochen entblößt. Er überschattet die westlichen Hoffnungen auf einen gemeinsamen europäischen Markt und hat die liberalen Reformen der OEEC ernsthaft kompromittiert, weil er Frankreich in seiner Kriegswirtschaft zu neuen Einfuhrbeschränkungen zwang. Er hat zu wiederholten Anträgen in den Vereinten Nationen geführt, wo unsere ablehnenden und ausweichenden Bemerkungen unserem Prestige und unserer Fähigkeit zur Führung schwer geschadet haben. Er hat unsere Beziehungen zu Tunis und Marokko untergraben, die natürlicherweise die Sache der algerischen Führer als ihre eigene betrachten und die darüber verstimmt sind, daß unsere Abkommen über wirtschaftliche Fragen und militärische Stützpunkte zuvor mit einer französischen Regierung geklärt werden mußten, die jetzt wirtschaftliche Gegenmaßnahmen wegen der Unterstützung der algerischen Nationalisten unternimmt.

Der Krieg in Algerien hat die Kraft der Eisenhower-Doktrin für den Nahen Osten geschwächt und hat unsere Wirtschaftshilfe und unser Informationsprogramm geschmälert. Er hat den Bestand einiger unserer wichtigsten strategischen Luftstützpunkte gefährdet und unsere geographischen Vorteile gegenüber dem kommunistischen Block bedroht. Er hat unser Ansehen in den Augen der Freien Welt geschädigt, unsere Führung im Kampf um den Schutz dieser freien Welt, unser Prestige und unsere Sicherheit beeinträchtigt. Er hat den anti-westlichen Propagandisten in ganz Asien und im Nahen Osten schwere Waffen geliefert – und er wird eines der gefährlichsten Themen auf der Oktober-Konferenz in Accra sein, auf der die freien Völker Asiens nach Wegen suchen, die Entwicklung

der Freiheit der afrikanischen Kolonien zu fördern und so die Verbundenheit dieses großen Kontinents mit dem Westen zu erhalten.“

Die französische Behauptung, Algerien sei ein „integraler Teil“ Frankreichs, ist eine unsinnige Fiktion. Die Mohammedaner Algeriens, die die Zahl der französischen Siedler um das Achtfache übersteigen, sind niemals als französische Bürger behandelt worden, sie haben auch – bis auf eine kleine Minderheit – niemals den Wunsch ausgesprochen, Franzosen zu werden. Das ist für die Franzosen natürlich schwer zu verstehen, da sie sich einbilden, es könne kein höheres Ziel geben. Gebildete Algerier, die an französischen Schulen und Hochschulen studiert haben, schätzen – wie die Tunesier, Marokkaner und viele Ägypter – die französische Kultur ebenso hoch oder noch höher als die amerikanischen Francophilen. Diese kulturelle Anziehungskraft war Frankreichs Trumpf, aber es gab ihn aus der Hand, als es vergaß, die drei großen Grundsätze der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, in Nordafrika anzuwenden. Die französische kulturelle Überlegenheit kommt schon deswegen nicht zur Geltung, weil nur sehr wenige seiner kolonialen Untertanen überhaupt irgendeine Erziehung genießen.

Algerien ist eine Kolonie, regiert und niedergehalten mit den Methoden des 19. Jahrhunderts, die unbrauchbar werden, sobald ein unterworfenes Volk zu nationalem Selbstbewußtsein gelangt, sich zusammenfindet und mutig für seine Freiheit und seine Unabhängigkeit zu kämpfen beginnt. Es ist die Ironie der Geschichte, daß Frankreich, dem es schwer fällt, sich selbst zu regieren, das Recht in Anspruch nimmt, über andere zu herrschen. Frankreich klammert sich an seine Kolonien, ohne die Wirtschaftskraft oder die militärische Macht und das Prestige zu haben, sie zu unterhalten. Es beansprucht das Ansehen einer Großmacht, während es doch auf amerikanische Hilfsgelder angewiesen ist, um seine eigene Wirtschaft in Gang zu halten und die Armeen auszurüsten, mit denen es die Rebellion seiner kolonialen Untertanen zu unterdrücken sucht. Frankreich scheiterte in Indochina trotz der Milliarde Dol-

lars, die Amerika direkt oder indirekt in dieses Unternehmen steckte. Es verlor dort alles, gab den Kommunisten ihre Chance, sich einen Teil seines früheren Territoriums anzueignen, und hinterließ ein Erbe von Haß und Verachtung für Frankreich, – wie ich im September 1956 in Saigon feststellen mußte. Frankreich ging in Marokko und Tunesien in elfter Stunde von Bord und konnte so wenigstens ein wenig aus dem Schiffbruch retten. Aber anstatt diese hinübergeretteten freundschaftlichen Gefühle und kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zu hüten und zu fördern, entfremdet sich Frankreich jetzt durch sein Verhalten in Algerien beide Länder. Es stößt den Sultan von Marokko und den Staatpräsidenten Burgiba von Tunesien jedesmal vor den Kopf, wenn diese beiden westlich-orientierten arabischen Staatsmänner sich um einen friedlichen Ausgleich zwischen den algerischen Nationalisten und Frankreich bemühten.

Die Marokkaner und Tunesier fühlen nicht nur mit ihren algerischen Brüdern, die noch unter dem französischen Joch leben, sie fürchten auch die Folgerungen für sich selbst, wenn es Frankreich gelänge, mit Hilfe amerikanischer Waffen die algerische Freiheitsbewegung zu unterdrücken. Sie glauben nicht ohne Grund, daß General Juin für Frankreich sprach, als er sagte:

„Wir müssen in Algerien gewinnen. Wenn wir in Algerien siegen, dann können wir unsere Zugeständnisse an Tunesien und Marokko revidieren. Wenn wir nicht siegen, werden wir alles verlieren, was wir in diesen Ländern noch haben.“

Diese Feststellung, die das Pariser Blatt „Le Monde“ im Mai 1957 veröffentlichte, wurde natürlich durch die Kairoer „Stimme der Araber“ weiterverbreitet als ein schlagender Beweis dafür, daß „der französische Imperialismus immer noch Hintergedanken gegen Tunesien und Marokko hegt“.

In summa: Frankreich hat es fertig gebracht, die arabische Welt gegen sich zu einen, indem es eine Politik in Algerien führte, die keine Politik, sondern die Anwendung brutaler Gewalt ist, und weiter dadurch, daß es nicht nur Düsenjäger nach Israel schickte, son-

dern auch französische Piloten, die diese Maschinen im Krieg gegen Ägypten flogen.

Selbst der Irak unterstützt die algerische Befreiungsarmee. Ich erfuhr das auf einem Empfang in Washington, als ein Mitglied der Botschaft des Irak sein Land in einem Streit mit einem Flüchtling aus Palästina damit verteidigte, daß sein Land den Algeriern materiell geholfen habe.

Dieser Zwischenfall ist einer von vielen, an denen ich die Gemeinsamkeit der arabischen Welt sowohl zu der Frage Algeriens wie zu der Frage Israels nachweisen kann. Es war aufschlußreich, auf den Empfängen der Botschaften vieler islamischer Länder beobachten zu können, wie herzlich und freundschaftlich die Beziehungen zwischen ihren Vertretern sind, selbst zu Zeiten, da es hieß, daß Ägypten und Syrien von Jordanien, Saudi-Arabien und dem Irak „isoliert" seien. Diese Solidarität – oder wenigstens die Anerkennung eines gemeinsamen Interesses – beschränkt sich nicht auf die arabischen Länder. Ich konnte das im Jahre 1956 bei meinem Aufenthalt in Indien, Pakistan und im Iran ebenso feststellen wie auf Grund einer persönlichen Erfahrung in Amerika im folgenden Frühling. Die „New York Times" hatte einen Brief von mir veröffentlicht, der die „andere Seite" im Suez-Kanal-Streit schildert, und ich hatte auch einen Artikel in der „National Review" unter dem Titel „Meinungsverschiedenheiten über Ägypten" geschrieben, der durch den American Council on Islamic Affairs weit verbreitet wurde. Die Dankschreiben und die persönliche Zustimmung, die ich auf diese Veröffentlichungen erhielt, stammten von Persönlichkeiten aus Afghanistan, Pakistan, Persien, dem Irak, Jordanien, dem Sudan und Tunesien ebenso wie aus Syrien und Ägypten.

Wie im Falle Ägyptens so beschränkt sich auch die Sympathie für die Algerier nicht nur auf die arabische Welt, sondern erstreckt sich auf alle Länder in Asien, die früher dem westlichen Imperialismus unterlagen. Dazu sagt der Botschafter Pakistans in den Vereinigten Staaten, Syed Ahjad Ali, in einem Vortrag vor den American Friends of the Middle East im Jahre 1955:

„Der Schlüssel für die internationalen Beziehungen der modernen nationalistischen Staaten im Nahen Osten ist die nationalistische Agitation gegen jede Art fremder Einmischung ... Auch nach der Entstehung unabhängiger Regierungen während der letzten Jahre haben die Westmächte, besonders England und Frankreich, bedeutsame wirtschaftliche und militärische Privilegien behalten. Nordafrika kämpft noch für seine elementaren politischen Rechte. Solange diese nicht verwirklicht sind, müssen die Kräfte des Nationalismus ihren hauptsächlichen Ausdruck in anti-imperialistischer Agitation finden (anstatt sich der inneren Entwicklung zuwenden zu können).“

Die Eisenhower-Doktrin wird uns wenig nützen, wenn wir diesen grundsätzlichen Faktor nicht in Rechnung stellen. Nachdem wir einmal unsere Verantwortung auch auf den Nahen Osten ausgedehnt haben, können wir es uns nicht länger leisten, untätig sitzen zu bleiben und zuzusehen, wie Frankreich durch seinen Krieg gegen das algerische Volk den Ruf der freien Welt politisch, moralisch und militärisch ruiniert. Denn so liegen die Dinge in Wirklichkeit. Nach dem Zeugnis der sehr wenigen englischen und amerikanischen Korrespondenten, die Gelegenheit hatten, sie zu beobachten, bilden die Kräfte der algerischen Befreiungsbewegung eine nationale Armee. So schreibt zum Beispiel Donald Beichman, der drei Tage und drei Nächte bei den Rebellen auf ihren geheimen Kommandostellen jenseits der tunesischen Grenze zubrachte, in „Newsweek“ vom 29. Juli 1957: „Man kann sie kaum anders nennen als eine Armee. Nachdem, was ich sah, haben sie Disziplin, Männer, Waffen, Führung und Kampfgeist. Sie sind kein wilder Haufen.“

Ein Engländer, Peter Thornycroft, führte denselben Beweis in der bildlichen Darstellung eines Films, den er in einem viel längeren Aufenthalt bei der Algerischen Befreiungsarmee gedreht hatte. Dieser Film wurde durch ein Vorwort Thornycrofts eingeleitet, worin er zugab, ein Vorurteil gegen die Franzosen zu haben, weil sie ihm mehrere Zähne ausgeschlagen und beide Handgelenke ge-

brochen hätten; er erfuhr also die gleiche Behandlung, die die Franzosen vielen Algeriern zugefügt haben. Diese französische Brutalität hat hinwiederum die Algerier dazu getrieben, Massenmord an unschuldigen Menschen durch Zeitbomben an öffentlichen Orten zu begehen und einzelne Franzosen samt ihren mohammedanischen Kollaborateuren umzubringen. Wie in Palästina ist der tödliche Kreislauf von Vergeltung und Gegenvergeltung immer schneller und wilder geworden. Jede Missetat führt auf beiden Seiten zu immer wilderen Missetaten.

Ob Thornycroft nun ein Vorurteil hat oder nicht, sein Film zeigt die Befreiungsarmee in der Ausbildung und im Kampf, er zeigt die Opfer französischer Bombardements, niedergebrannte Dörfer und algerische Pflegerinnen bei den Verwundeten in verborgenen Zufluchtplätzen. Der Film ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die Franzosen einer Résistance gegenüberstehen, die schrecklicher ist als ihre eigene während der Jahre der deutschen Besatzung.

Einige Franzosen haben die Zivilcourage gehabt, diese Parallele zu ziehen. Jacques Peyrega, der Dekan der Rechtsfakultät in Algier, veröffentlichte im April 1957 einen Brief an den Verteidigungsminister Bourgès-Manoury, in dem er nach der Darstellung von Verbrechen, die er selbst erlebt hatte, folgendes schrieb:

„Wenn man selbst auf dem Schauplatz ist, wenn man alle diese Gerüchte hört und wenn man Beweise für ihre Wahrheit bekommt, dann wird man von Entsetzen erfaßt und erinnert sich daran, daß die Deutschen unter dem Nazi-Regime auch nicht wissen wollten, daß man sie für Schreckenstaten verantwortlich machte, und daß auch sie dachten, daß es sich nur um einige wenige Ausnahmefälle handelte.“

In ähnlicher Weise tritt I. I. Servan-Schreiber (ein Parteigänger von Mendès-France, der Tunesien die Freiheit gab) in seinem Buch „Leutnant in Algerien“ als Augenzeuge dafür auf, daß Franzosen unschuldige Algerier erschossen haben. Er berichtet, wie ihm auf seinen Protest bedeutet wurde, daß er sich seine Skrupel für einen

Pariser Salon aufsparen solle und daß man das „Recht" habe, die Araber umzubringen, da in jedem Araber ein Rebell stecke. Wenn man diesem Wege folgt, dann gibt es für Frankreich nur eine Lösung der Algerienfrage, nämlich den Völkermord.

Einige weitere Franzosen, Engländer und Amerikaner haben die Nazi-Methoden der Franzosen beschrieben, einschließlich der Tortur von Gefangenen durch die gonflage à l'eau (gewaltsames Einpumpen von Wasser in den Magen) und durch den Elektrikschock, den die Gestapo zur Vollkommenheit brachte. Paul Johnson, der Mitherausgeber des „New Statesman", berichtet in seinem Buch „The Suez War" (New York, 1957), daß im Jahre 1956 vierzigtausend Araber in riesigen, schmutzigen Konzentrationslagern außerhalb Algeriens interniert gewesen sein sollen.

Während in England die im allgemeinen anti-imperialistisch denkende Labour Party den Angriff auf Ägypten verurteilt, haben in Frankreich, wo während des Suez-Krieges die Sozialisten regierten, auch die Sozialisten wie alle anderen Beifall geklatscht. Ebenso halten die Sozialisten in Frankreich den Mythos aufrecht, daß Algerien ein Teil des Landes sei; sie hatten keine Bedenken, die Rebellion der Bevölkerung mit Feuer und Schwert zu unterdrücken. Es gibt indessen noch eine gewisse Opposition unter der Führung von André Philip, der in seinem Buch „Der verratene Sozialismus" die Expedition nach Port Said eine Sünde und Frankreichs Algerien-Politik „ein Verbrechen" nennt. Schließlich hat auf der konservativen Seite der weltbekannte Mitarbeiter des „Figaro" Raymond Aron 1957 ein Buch mit dem Titel „Die algerische Tragödie" in Paris herausgebracht, worin er den Nachweis führt, daß Algerien kein integraler Teil Frankreichs ist und gar nicht sein kann, und daß eine „algerische Nationalität anerkannt werden muß, ebenso aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen als auch als Folge der Aufstandsbewegung".

Das Unvermögen Frankreichs, die Freiheitsarmee während der letzten drei Jahre niederzuwerfen, obgleich die Zahl seiner Truppen mindestens viermal so groß sein muß wie die der Algerier, ist ein klarer Beweis für die Stärke der Algerischen Freiheitsbewegung.

Die gesamte moderne amerikanische Ausrüstung – einschließlich der Hubschrauber, die von den Aufständischen am meisten gefürchtet werden – hat Frankreich nicht instand gesetzt, den entschlossenen und wilden Widerstand der Algerier zu brechen, denn, wenn sie auch im Vergleich zu den Franzosen schlecht gerüstet sind, so können sie sich doch in ihrem Guerillakrieg auf Hilfe und Unterstützung des größeren Teiles der Bevölkerung verlassen. Monat für Monat und Jahr für Jahr stoßen mehr und mehr Algerier zu den Reihen der Rebellen, getrieben durch Frankreichs brutale Unterdrückungsmethoden und seine Unfähigkeit, seine Kollaborateure vor den Vergeltungsmaßnahmen des Untergrunds oder der Befreiungsarmee zu schützen. Beim Beginn des Aufstandes waren es nur einige Tausend; 1956/57 wurde die Befreiungsarmee auf rund hunderttausend Mann geschätzt. Aber Frankreich gibt nicht nach und opfert mehr an Blut, materiellem Einsatz und Ansehen, als jeder künftige materielle Nutzen jemals wettmachen könnte, selbst wenn es gelänge, die Kolonialherrschaft in Algerien aufrechtzuerhalten.

Freunde Frankreichs, die weiter seine Illusion nähren wollen, daß es eine Großmacht sei, die es unterstützen und es in seinem sinnlosen und brutalen Vorgehen gegen die algerischen Rebellen weiterhetzen, tun Frankreich in Wirklichkeit einen sehr schlechten Dienst. Amerika könnte sich als ein besserer Freund Frankreichs erweisen, wenn es jene Franzosen unterstützen würde, die klug und mutig genug sind, den Tatsachen ins Auge zu schauen, und die verstehen, daß Frankreich sich mit seiner gegenwärtigen Politik wirtschaftlich wie moralisch und politisch ruiniert.

Wir könnten und sollten Frankreich zwingen, endlich die Augen für die Wirklichkeit zu öffnen, indem wir es wissen lassen, daß es nicht länger auf amerikanische Dollars, Waffen und Schützenhilfe in den Vereinten Nationen rechnen kann, wenn die algerische Frage dort erörtert wird.

Bislang haben wir genau das Gegenteil getan. Als 1955 der Sicherheitsrat der UNO aufgefordert wurde, das Thema Algerien auf die Tagesordnung der Hauptversammlung zu setzen, wandte der Vertreter der USA ein, das ginge nicht an, da Algerien ein „in-

tegraler Teil" Frankreichs sei. Als ein Jahr später die Vollversammlung trotz unseren Einspruchs die Klagen der arabischen Staaten über das Geschick der Algerier anhörte, stimmte Botschafter Lodge dafür, die Diskussion um noch ein Jahr zu vertagen und sprach seinen festen Glauben an Frankreichs gute Absichten in Algerien aus.

Unterdessen war US-Botschafter Dillon wie üblich dabei, Korn für die kommunistischen Propaganda-Mühlen zu liefern. Seine alles überschattende Liebe zu Frankreich und sein Wunsch, den Franzosen zu gefallen, veranlaßten ihn wohl dazu, Amerikas Ansehen in Asien und Afrika schwer herabzusetzen, indem er in einem Vortrag seine französischen Zuhörer „mit Stolz daran erinnerte, daß die Vereinigten Staaten Frankreich immer tatkräftig unterstützt haben, wenn nordafrikanische Fragen in der UNO zur Sprache kamen". Der damalige US-Botschafter in Paris lenkte auch die allgemeine Aufmerksamkeit darauf, daß amerikanische Militärausrüstung für die Franzosen in Algerien verfügbar war, und verkündete schließlich, die Vereinigten Staaten „stellen sich feierlich hinter Frankreich in seinen Bemühungen, eine freiheitliche und gerechte Lösung für die algerische Frage zu finden".

Wie „freiheitlich und gerecht" Frankreichs Lösung war und ist, wird durch seine militärischen Zwangsmaßnahmen umfänglich demonstriert: Düsenbomber amerikanischer Herkunft radieren Dörfer aus, in denen die Rebellen vermeintlich Hilfe oder Schutz finden; verdächtige Personen werden in Massen verhaftet und in Lager gebracht; Gestapo-Methoden des Verhörs und der Kollektivstrafen werden angewandt; und endlich weist Frankreich Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront zurück, solange die algerischen Nationalisten nicht zuvor ihren Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit aufgeben.

Das Organ der Nationalen Befreiungsfront, „El Maujahid", eine in französischer Sprache geschriebene Publikation des Verlags „Résistance Algérienne", bezeichnet als „die historische Mission der algerischen Revolution": „die endgültige Vernichtung des verächtlichen und dekadenten Kolonialregimes, das dem Frieden und dem Fortschritt im Wege steht".

Die Algerier setzen folgende Mittel ein, um dieses Ziel zu erreichen: „Totale Schwächung“ der französischen Armee; Beeinträchtigung der Kolonialwirtschaft durch Sabotage in einem solchen Umfang, daß eine geregelte Verwaltung unmöglich wird; Störung des „Wirtschafts- und Sozialsystems“ Frankreichs, um die Fortführung des Krieges zu verhindern; „politische Isolierung Frankreichs in Algerien und in der ganzen Welt“. Die Algerier haben bewiesen, daß sie zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen sind; sie haben auch guten Grund zu glauben, daß Frankreich – und sei es auch nur aus finanziellen Gründen – den Krieg nicht lange durchhalten wird, wenn sie genug Männer haben, die bereit sind, für die Freiheit zu sterben. Frankreich wird also früher oder später Algerien aufgeben müssen. Je länger es damit wartet, umso mehr wird es dabei verlieren, denn je verbitterter der Krieg geführt wird, desto mehr schwinden die Chancen für Frankreich, durch einen Ausgleich noch etwas aus dem Trümmerhaufen zu retten.

Das Beste, was Frankreich erhoffen kann, wäre eine Regelung, die den mehr als eine Million Franzosen in Algerien gestatten würde, auf ihren Farmen und in ihren Geschäften zu bleiben und in Ruhe auf dem Boden eines arabischen Staates zu leben, freilich ohne die Privilegien einer Herrenrasse. Aber gerade diese „Kolonisten“, die für die schlimmsten Gewalttaten gegen die Araber verantwortlich sind, bilden das entscheidende Hindernis für eine solche Regelung. Frankreich ist eher unter- als überbevölkert; ein Teil seines Ackerbodens wird nicht oder nur oberflächlich bearbeitet. Aber ähnlich wie Mussolini im Abessinien-Krieg die ungebärdigsten Elemente seines Volkes „entweder als Helden sterben oder als Siedler bleiben“ lassen wollte, so will auch Frankreich heute nicht seine algerischen Siedler nach Hause kommen und Ärger machen lassen. Am wenigsten wünschen die Sozialisten ihre Rückkehr, denn sie fürchten, sie würden die reaktionäre Rechte oder die faschistischen Elemente in Frankreich verstärken. Das mag wohl auch der Hauptgrund für die sozialistische Regierung Mollet gewesen sein, einen „diehard“ wie Robert Lacoste zum Generalgouverneur von Algerien zu ernennen und die Zahl der französischen Truppen in Alge-

rien von zweihundertfünfzigtausend auf vierhunderttausend zu erhöhen, als Lacoste behauptete, er erhalte dadurch die Möglichkeit, die Rebellion zu unterdrücken (was ihm eindeutig mißglückt ist). (Anmerkung des Übersetzers: Nach neuesten Berichten (März 1958) beträgt die Truppenstärke Frankreichs in Algerien fünfhundertdreißigtausend Mann.)

Bis heute haben sich die Führer des algerischen Aufstandes von jeder Gemeinschaft mit den Kommunisten ferngehalten, sie haben auch den Verdacht zurückgewiesen, sie wollten „Algerier europäischen Ursprungs ins Meer jagen". Ihr Kampf sei weder ein Bürgerkrieg, noch ein Religionsstreit. Ihre „Kriegsziele" sind in folgendem Satz ausgesprochen, den ich aus dem französischen Original übersetze: „Die algerische Revolution erstrebt die Gewinnung der nationalen Unabhängigkeit mit dem Zweck, eine demokratische und soziale Republik zu errichten, die ihren Bürgern wirkliche Gleichberechtigung ohne jede Diskriminierung zusichert."

Der Lauf der Geschichte beweist, daß die Extremisten umso mehr zu Macht und Einfluß gelangen, je härter und länger der Kampf um die nationale Freiheit ist. Darum ist es so töricht von Frankreich, sich nicht mit den Algeriern zu einigen, bevor die radikalen Kräfte die Führung der algerischen Freiheitsbewegung ergreifen. Hören wir noch einmal Senator Kennedy:

„Die Fieberkurve jeder erfolgreichen Revolution – einschließlich natürlich der französischen – zeigt eine steigende Temperatur von Terror und Gegenterror; aber dadurch werden nicht unbedingt die legitimen Ziele entwertet, die die ursprüngliche Revolution entflammten. Die meisten politischen Revolutionen – auch die unsere – sind von außen durch Zustrom von Männern, Waffen und Ideen unterstützt worden. Die Vereinigten Staaten sollten daher nicht darauf warten, bis die Führung des afrikanischen Nationalismus von anti-westlichen Agitatoren und Sowjetagenten übernommen wird, sie sollten sich vielmehr daran erinnern, daß sie selbst aus einer politischen Revolution hervorgegangen sind, und sollten ihre Anstrengungen verdoppeln, die Achtung und die Freundschaft der nationalen Führer zu gewinnen."

Ein anderer Freund Frankreichs, David Schoenbrun, schreibt in seinem Buch „As France Goes“:

„Frankreich muß entweder auf die Freundschaft eines freien Nordafrika setzen oder aber aus Nordafrika überhaupt verschwinden. Nach dem ägyptischen Fiasko sollte es wohl klar sein, daß Frankreich nicht auf die Dauer einigen zwanzig Millionen Afrikanern seinen Willen aufzwingen kann. Früher oder später werden die Franzosen das Bestehen eines algerischen Staates anerkennen müssen. Je eher, umso billiger wird der Preis an Gut und Blut sein, und es bleibt vielleicht eine Chance, etwas aus dem Zusammenbruch der Französischen Union zu retten.“

Frankreichs Hoffnung, es werde die großen Kriegskosten in Algerien durch die Ausbeutung der Öllager in der Sahara ausgleichen können, wird sich als Fata morgana erweisen, solange Algerien nicht seine Freiheit erhält, denn es ist praktisch unmöglich, das Öl durch die Aufstandsgebiete zum Mittelmeer zu transportieren.

Wenn die Franzosen das intelligente, aufgeklärte und logisch denkende Volk wären, als das sie sich rühmen, hätten sie schon lange eingesehen, daß ihr hartes Spiel in Algerien nicht den Einsatz wert ist. Und wenn die Vereinigten Staaten endlich aufhören wollten, Frankreich politisch, wirtschaftlich und durch Waffenlieferungen zu unterstützen, dann müßte es endlich den Bankrott seiner Politik erklären. So könnten wir mit einem Schlage sowohl Frankreich wie auch unseren Ruf als Vorkämpfer der Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker retten.

Vielleicht gibt es nichts, was Frankreich zu Verstande bringen und es veranlassen könnte, Englands Beispiel zu folgen und Kolonien aufzugeben, die nicht mehr ergiebig sind. Wenn dem so ist, dann müssen wir uns mit Bedauern dazu entschließen, Frankreich den Weg ins Verderben ohne uns gehen zu lassen. Paris mag in den Tagen Heinrichs von Navarra eine Messe wert gewesen sein, – heute ist ganz Frankreich nicht die Feindschaft der gesamten arabischen Welt und den Verrat unseres eigenen Glaubens an die Freiheit wert.

Frankreich selbst hat dazu beigetragen, daß alle Länder des Nahen Ostens sich mit Algerien befassen. George Weller zum Beispiel berichtet in einem Telegramm aus Damaskus an die „Chicago Daily News" vom 31. Mai 1957, daß Syrien im Jahre 1955 zunächst nicht darangehen wollte, das seit langem erfolgte Angebot der Tschechoslowakei auf Lieferung von Panzerwagen und Düsenmaschinen anzunehmen – Waffen, die Amerika und England zu liefern sich geweigert hatten. Syrien habe sich dann als letzte Ausweichmöglichkeit an Frankreich gewendet. Der syrische Stabschef aber sagte zu Weller: „Die erste Bedingung, die Frankreich uns für diese Waffenlieferung auferlegte, bestand in der Forderung, Radio Damaskus und Radio Kairo müßten ihre Sendungen über Algerien einstellen. ... Jetzt tragen wir sowjetische Waffen, nur weil der Westen uns im Stich gelassen hat."

Ich kenne George Weller gut aus China in der Zeit von 1945/46, als er einer der wenigen amerikanischen Korrespondenten war, die niemals auf die kommunistischen Propagandaphrasen hereinfielen. Er gehört zu den intelligentesten und aufmerksamsten Beobachtern, die ich je getroffen habe. Er bemühte sich immer furchtlos die Wahrheit auszusprechen; daher sind seine Berichte aus dem Nahen Osten über die syrische Seite der Sache von besonderem Wert. Seine Schilderung der gegenwärtigen Lage an der syrisch-israelischen Grenze – veröffentlicht am 5. Juni 1957 – zeigt uns, warum die syrische Regierung Waffen braucht, die der Westen ihr verweigert. Weller schreibt darin:

„An der spannungsgeladenen Jordan-Front, wo Syrien und Israel einander gegenüberstehen, sind die Friedensmacher der UNO im Abrutschen. Seit bald zehn Jahren verlieren die UNO-Grenzpatrouillen ständig an Autorität, vornehmlich in Israel.

Ihre Stimmung ist schlecht. Die UNO-Offiziere sind entmutigt, gleichgültig oder gar gedemütigt ...

Die ständigen kleinen Schikanen, die die Männer der UNO zermürben, stammen zum Großteil nicht von den zerlumpten Flüchtlingen, sondern aus dem dynamischen Israel.

Das schwächere und weniger angriffslustige Syrien ist nur ein zweiter Sieger beim Abbau der UNO-Autorität.

Ein skandinavischer UNO-Offizier hat es so ausgesprochen: ‚Wenn Israel den Waffenstillstand bricht, dann ist es ein Versehen, aber wenn es Syrien tut, dann ist es ein Verbrechen ...'

Diese (räuberischen Überfälle) haben an beiden Ufern des Jordan und östlich von Tiberias einen Gürtel voll zerbombter Dörfer, verschreckter und verbitterter arabischer Bauern und von UNO-Offizieren hinterlassen, die hilflos ihre Befehle winken.

Nur ein Bruchteil dieser Erniedrigung der Vereinten Nationen gelangt an das Licht der Öffentlichkeit. Ihre Niederlagen werden häufig von Strebern unter ihren Beamten unterdrückt, die sich scheuen, ihr Versagen zu Papier zu bringen."

In dem gleichen Bericht stellt Weller diese „Niederlagen" an der Jordan-Front dem Erfolg gegenüber, den das „schnelle und mutige Eingreifen der UNO und die disziplinierten Maßnahmen der neutralen UNO-Truppen" an der Gaza-Front erreichten, die „den Weg zum Frieden ebneten".

Wie wir schon bemerkten, besteht nun die Gefahr, daß die Früchte dieses von den USA gestützten Eingreifens der UNO verdorren. Die Sowjetunion ergreift die Gelegenheit unseres kleinen kalten Krieges gegen Ägypten, um den von den mißtrauischen Arabern gern aufgegriffenen Gedanken zu verbreiten, die Vereinigten Staaten würden versuchen, in das Vakuum der zusammengebrochenen britischen Empiremacht einzudringen, um das divide et impera im Nahen Osten weiterzuspielen. Nasser selbst scheint indessen – nach seinen letzten Reden und Interviews zu urteilen – immer noch den USA wegen ihrer Haltung zum Suez-Krieg einen Kredit einzuräumen und immer noch auf eine Verständigung mit Amerika und England zu hoffen, die ihm und seinem Volk aus der Umarmung der Sowjets heraushelfen würde.

Auf der Fünf-Jahres-Feier der ägyptischen Revolution im Juli vergangenen Jahres anerkannte der ägyptische Staatschef unmittelbar im Anschluß an die Militärparade mit sowjetischen Panzer-

wagen und Flugzeugen, Ägypten „könne die amerikanische Haltung während der Aggression und die Verdammung einer solchen Aggression ebensowenig ableugnen, wie die Stellungnahme der USA in den Vereinten Nationen“. Aber natürlich sprach er auch von seiner Enttäuschung oder „Verbitterung“ über die amerikanische Sinnesänderung *nach* dem Suez-Krieg: „Sie planten, unser Volk auszuhungern ... Amerika weigerte sich, uns Weizen zu verkaufen mit der Absicht, eine Hungersnot entstehen zu lassen, um so auf friedlichem Wege die gleichen Ziele zu erreichen, die Frankreich und England mit kriegerischen Mitteln zu erzwingen suchten.“

Der Ton dieser Rede war – wie die Zeitschrift „Time“ sich ausdrückte – „der eines enttäuschten und bedrückten Mannes, aber nicht der eines gefangenen Tigers“. Man gewann den Eindruck, „er wisse so gut wie jeder andere, daß der einzige Weg, sein Land aus der wirtschaftlichen Krise und von der Furcht vor der Zukunft zu befreien, nur über den Ausgleich mit dem Westen führe“.

In einem Interview in Kairo Anfang Juni 1957 mit Basil L. Walters, dem Geschäftsführenden Herausgeber der Knight-Blätter, bewies Nasser, daß er die kommunistischen Methoden durchschaut und über mehr politischen Verstand verfügt als die, die ihn als kommunistische Marionette denunziert haben. Nasser sagte:

„Der Nahe Osten kann nur vor dem Kommunismus gerettet werden, indem man dem Nationalismus hilft. Wenn Ihr aber den Kolonialismus gegen den Nationalismus aufhetzt, dann werden diese beiden einander vernichten. Wer wird überleben? Der Kommunismus!

Die Kommunisten werden mit Sicherheit in einem solchen Kampf siegen, weil ihre Führer in der Untergrundarbeit weit besser geschult sind als die Nationalisten. Die Kommunisten gewannen die Führung in Kreisen ahnungsloser Nationalisten, indem sie ihre patriotischen Gefühle ansprachen.“

Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß Nasser und seine „Junta“ bei der Überprüfung der Kandidatenliste für das ägyptische Parlament die Namen bekannter Kommunisten wie auch der

anderen Extremisten vom Schlage der Moslem-Bruderschaft gestrichen haben. Diese Moslem-Bruderschaft nannte George Weller übrigens eine Art arabischer Ku Klux Klan.

Gamal Abdel Nasser ist bei Freund und Feind für seinen schnellen Witz und seinen Charme bekannt, den seine Feinde als seine geheime Waffe fürchten. Auf die Frage Wellers: „Sind Sie ein Diktator?“ antwortete er:

„Diktator oder Befreier, das hängt davon ab, wie sie es sehen. Lincoln pflegte die Fabel vom Hirten zu erzählen, der einen Wolf gehindert hatte, sein Schaf zu reißen. Für das Schaf war er der Befreier, für den Wolf war er ein Diktator.“

In seinem Bericht über dieses Interview (Chicago Daily News, 17. Juni 1957) kommt Walters auf eine Wahrheit, die bisher für die Politiker verhüllt war, die in den ausgetretenen Gedankenbahnen der Vergangenheit wandeln. „Diktator oder Befreier“, so schrieb Walters, „auf Nasser paßt keines von den beiden Mustern. Wie viele junge Menschen im Nahen Osten stellt er etwas ganz Neues dar und paßt in keines der alten Schubfächer.“ Vielleicht ist Nasser aber doch nichts ganz Neues, sondern vertritt im Nahen Osten von heute die Kräfte, die im Europa des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts die Nationen des alten Erdteils schufen.

Die englischen Autoren des Penguin-Buches „Middle East Crisis“, die ich in einem früheren Kapitel schon erwähnte, nennen Nasser „den Führer und das Symbol des Einheitsstrebens der arabischen Völker, oder wenigstens ihres Wunsches nach Führung“; sie vergleichen die heutige arabische Welt in ihrer Zerrissenheit mit dem Zustande Deutschlands vor hundert Jahren:

„In der Intelligenzschicht lebt die Überzeugung, daß der gegenwärtige Stand der Dinge nur eine Übergangserscheinung ist und daß Arabien geeint werden müsse, entweder durch ein Bündnis oder durch den Triumph eines der arabischen Staaten über die anderen. Wie einst in Deutschland sind die Kräfte der sogenannten partikularistischen Gruppen stark; die Einigung würde viele alte Interessen mißachten. Aber der Drang zur Einheit ist echt.“

Die Feinde Nassers sind in ihrem Bestreben, ihn in faschistischen oder nazistischen Farben zu malen, so weit gegangen, sein kleines Buch „Die Philosophie der Revolution“ mit Hitlers „Mein Kampf“ zu vergleichen. Wer dieses Buch gelesen hat, muß diesen Gedanken ablehnen. Es zeigt im Gegenteil Nasser als einen Mann, der kein fanatischer Nationalist ist, sondern nach einem Wege sucht, Freiheit, Würde und Fortschritt für sein Volk zu sichern, ohne schon eine klare Vorstellung zu haben, auf welchem Wege er diese Ziele erreichen will.

Halten wir die Tatsache fest, daß die Ägypter unter den Arabern der Tradition nach noch am wenigsten arabisch sind und sich selbst eher als die Erben der Pharaonen denn als Söhne des Propheten betrachten. So könnte wohl auch Nassers ursprünglicher Traum weniger die Rolle eines modernen Kalifen als die eines neuen Ramses gewesen sein, dessen Statuen dem ägyptischen Staatschef ähnlich sein sollen. Hören wir ihn selbst in einem Interview mit Keith Wheeler (veröffentlicht in „Life“):

„Wir sind bereit Araber zu sein, aber wir waren auch für sechstausend Jahre Ägypter, und warum sollten wir das preisgeben? Es hat viele Pläne für die arabische Einigung gegeben, aber sie alle sind fehlgeschlagen, weil sie politische Einigung meinten und weil die Völker argwöhnten, daß die Führer sie in Wirklichkeit unterdrücken wollten. Daher könnte ich keine Unterdrückung planen, selbst wenn ich es wollte.“

Die Kräfte der Geschichte waren zu stark, als daß Nasser einfach ein ägyptischer Nationalist werden konnte. Guy Wint und Peter Calvocoressi schreiben dazu: „Von vielen Seiten wird er aufgerufen, ein Bismarck der Araber zu sein und die Völker vom Atlantischen Ozean bis zum Persischen Golf zu einigen.“ Eine viel zitierte Stelle in Nassers eigenem Buch lautet:

„Die Bühne der Geschichte kennt viele heroische und ruhmreiche Rollen, die niemals den Helden fanden, sie darzustellen. Mir scheint, daß auch im Kreise der arabischen Völker eine solche Rolle umher-

wandert und nach ihrem Helden sucht. Diese Rolle hat sich – erschöpft und ermüdet von ihren Wanderungen – nahe der Grenzen unseres Landes niedergelassen und winkt uns, daß wir kämen, ihr Kostüm anlegten und für sie weiterhandelten, weil sonst niemand dafür zur Verfügung steht."

Ägypten leistete der Mongolenflut Widerstand, die die arabische Welt im Norden verwüstet und die blühende Kultur in den Tälern des Euphrat und des Tigris ausgelöscht hatte. Seine Schulen und Hochschulen bilden Lehrer für die ganze arabische Welt aus, die in ihm seit Jahrhunderten den kulturellen Mittelpunkt sieht. Seine geographische Lage macht es zum Bindeglied zwischen der arabischen Welt Asiens und Nordafrikas. Mit seinen vierundzwanzig Millionen Menschen ist es der stärkste unter den arabischen Staaten. Auch wenn Nasser in seinem Bestreben scheitert, die überwiegend nicht-arabische Bevölkerung seines Landes zu arabischen Helden zu machen, so ist doch die führende Rolle Ägyptens im Kampf der Araber um Freiheit und Unabhängigkeit durch Einigung unbestreitbar. Wir finden das auch auf englischer Seite bestätigt und zitieren hier Anthony Nutting, der als Protest gegen das britische Suez-Abenteuer seinen Posten als Staatssekretär im Foreign Office niederlegte. Er schrieb in der New York Herald Tribune vom 12. Mai 1957:

„Nasser wurde zum Volkshelden, dessen Bild die Bazare von Marakesch bis Barein schmückt, weil die Herrscher der Zwischen-Kriegs-Jahre sich mit der Teilung der arabischen Welt abfanden und ihre Nachfolger zu gleichgültig oder zu korrupt waren, um dagegen anzugehen. Nasser kann nicht nur für sich in Anspruch nehmen, das Joch derer, die die arabische Welt geteilt haben, abgeschüttelt zu haben; die ungestalten Massen der arabischen Völker sehen in ihm auch das Versprechen einer Einigung, ohne die sie niemals als gleichberechtigte und gleichgewichtige Partner dem Westen oder Israel gegenübertreten können."

Insgesamt bleibt also für Amerika und die freie Welt nur ein Weg im Nahen Osten zu gehen, das ist – wie John C. Campbell in

„Foreign Affairs" vom April 1957 sagt – „die offene Anerkennung des Rechts der arabischen Völker auf Selbstbestimmung, Gleichheit und Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Zurückweisung extremer Ansprüche, die anderen dieses Recht schmälern würden".

Als ich im Dezember 1956 im Nahen Osten war, konnte ich sehen, wie die arabischen Völker wieder einmal nach Westen blickten und wie Eisenhowers Intervention im Suez-Konflikt die gleichen Hoffnungen erweckte wie vierzig Jahre zuvor die vierzehn Punkte Woodrow Wilsons. Seit meiner Rückkehr aber habe ich den Presseberichten entnehmen müssen, daß die Begeisterung der Araber für die USA in Verwirrung und Bestürzung umgeschlagen ist, weil der weitere Lauf der amerikanischen Politik der früheren schroffen Zurückweisung der anglo-französisch-israelischen Aggression zu widersprechen schien. Und jetzt – im Herbst 1957 – höre ich von Landsleuten, die eben den Nahen Osten besucht haben, und von arabischen Freunden, die eine durchaus positive Einstellung zu uns haben, daß die Stimmung der Araber gegenüber Amerika in ihr Gegenteil umgeschlagen ist.

Zu Anfang hatte man Eisenhowers Haltung im Suez-Krieg für einen Ausdruck des traditionellen amerikanischen Eintretens für Freiheit und Recht gehalten. Heute aber setzt sich mehr und mehr die Auffassung durch, es sei nur ein zynisches Manöver der USA gewesen, um Zeit zu gewinnen und ohne Anstrengung das Erbe des britischen und französischen Imperialismus im Nahen Osten einheimsen zu können.

Die Verkündigung der Eisenhower-Doktrin; die Entsendung der sechsten US-Flotte in das östliche Mittelmeer; die Rückendeckung der USA für König Hussein gegen die Opposition der Mehrheit der jordanischen Bevölkerung, die die arabische Solidarität verficht; die Bemühungen Washingtons, Nasser zu isolieren und König Saud gegen ihn aufzubringen; die Weigerung Amerikas, sich gegen die größenwahnsinnigen Ambitionen Israels und für eine gerechte Behandlung der von Israel enteigneten und vertriebenen Araber einzusetzen; die indirekte Hilfe der USA für Frankreich bei der Unterdrückung der algerischen Befreiungsbewegung – all das läßt

die amerikanische Haltung in der Suez-Krise in arabischen Augen nur als eine neue Methode erscheinen, die alten, vertrauten imperialistischen Ziele zu erreichen. Die Völker Afrikas und Asiens glauben, daß der Westen seine eigenen Ideale verrät und zugleich die berechtigten Ansprüche „der minderen Rassen" vereitelt.

So wird also die arabisch-chinesische Parallele fortgeführt. Meine Freunde berichten mir, daß die Araber immer mehr nach Hilfe aus dem Osten ausschauen. Sie unterscheiden dabei, wie man mir sagt, sehr sorgfältig zwischen der Sowjetunion und dem Kommunismus. Sie suchen nicht die Ideologie, sie suchen Hilfe für die Durchsetzung ihrer eigenen nicht-kommunistischen Bestrebungen. Sie brauchen Waffen, um sich gegen Angriffe zu verteidigen, und sie brauchen wirtschaftliche Unterstützung, um den ersehnten Wohlstand zu erreichen. Nachdem der Westen sie zurückgestoßen hat, schweben die Araber in der Gefahr, das tragische Schicksal der Chinesen zu erleiden und gleich ihnen der alten Illusion zum Opfer zu fallen: Hilfe von Moskau bedeute nicht Unterwerfung unter den Kommunismus.

Wenn die Vereinigten Staaten die Flut noch zu ihren Gunsten wenden und den Nahen Osten vor der kommunistischen Bedrohung schützen wollen, so müssen auch sie sich von einer alten, lieben Illusion frei machen, der Illusion nämlich, daß Amerika und Europa ein und dasselbe seien. Gewiß, Amerika ist ein Teil des Westens, und viele seiner Traditionen und Neigungen teilt es mit Europa. Aber Amerika ist viel mehr als ein nach Übersee verpflanztes Europa. Die Vereinigten Staaten boten Europa die Möglichkeit, auf neuem Grunde neu zu beginnen, in einem Kontinent, dessen ungenutzte Reichtümer es erhoffen ließen, daß die westliche Menschheit sich selbst und ihre Lebensordnung von den Mängeln und Schäden heilen werde, die das europäische Ideal befleckt hatten.

Als dann im Laufe der Geschichte die aus der Alten in die Neue Welt übersiedelten Menschen das Banner mit der Inschrift erhoben, „daß alle Menschen gleich sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten begabt sind", da nannten sie sich nicht mehr Europäer, sondern Amerikaner.

Es ist nicht Amerikas Aufgabe, nach Europa zurückzukehren und wieder die alten Wege zu wandeln, denen es entflohen war. Amerikas Rolle kann es nicht sein, den Verfall Europas gutzuheißen, sondern Europa an sein besseres Ich zu erinnern; nicht die Privilegien und Ansprüche sterbender Dynastien und Mächte zu stützen, sondern einzutreten für Freiheit und Gerechtigkeit und ein erträgliches Leben für den einzelnen Menschen.

In dieser Hoffnung richteten einst die ersten Siedler ihre Blicke nach Westen; um dieser Ziele willen folgten ihnen später viele Menschen, auch ich selbst. Wenn die Vereinigten Staaten sich wieder den Idealen, durch die sie groß geworden sind, hingeben und diese Ideale in ihrer praktischen Politik verwirklichen wollten, dann werden die Völker des Nahen Ostens sich wieder dem Westen zuwenden, und mit ihnen alle anderen Völker in der Welt, die sich all das erwünschen, was die Amerikaner vertreten und um was sie Amerika beneiden. Denn dann werden sie erkennen, daß der Westen nicht Unterwerfung, sondern Freiheit bedeutet.

Literatur-Verzeichnis

A b e g g, Lily: Neue Herren in Mittelost. Arabische Politik heute. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1954.

A n t o n i u s, George: The Arab Awakening. London, Hamish Hamilton, 1955.

A t i y a h, Edward: The Arabs. Penguin.

B e a l, John Robinson: John Foster Dulles. New York, Harper, 1957.

B e a t t y, Ilene: Arab and Jew in the Land of Canaan. Chicago, Regnery, 1957.

B e r g e r, Elmer: Who Knows Better Should Say So. New York, The Bookmailer, 1956.

B r o m b e r g e r, Merry et Serge: Les Secrets de l'éxpédition d'Egypte. Paris, Aymon, 1957.

B u n c h e, Ralph: The Near East and the Great Powers. Cambridge, Harvard University Press, 1951.

C h e n g, Tien-fong: A History of Sino-Russian Relations. Washington, Public Affairs Press, 1957.

D i b, G. Moussa: The Arab Bloc in The United Nations. Amsterdam, Djambatan, 1956.

E g y p t, Republic of: White Paper on the Nationalisation of the Suez Maritime Canal Company. Cairo, 1956.

E u r o p a P u b l i c a t i o n s: The Middle East. A Study and Directory. Who's Who in the Middle East. London, Europa Publications, 1953.

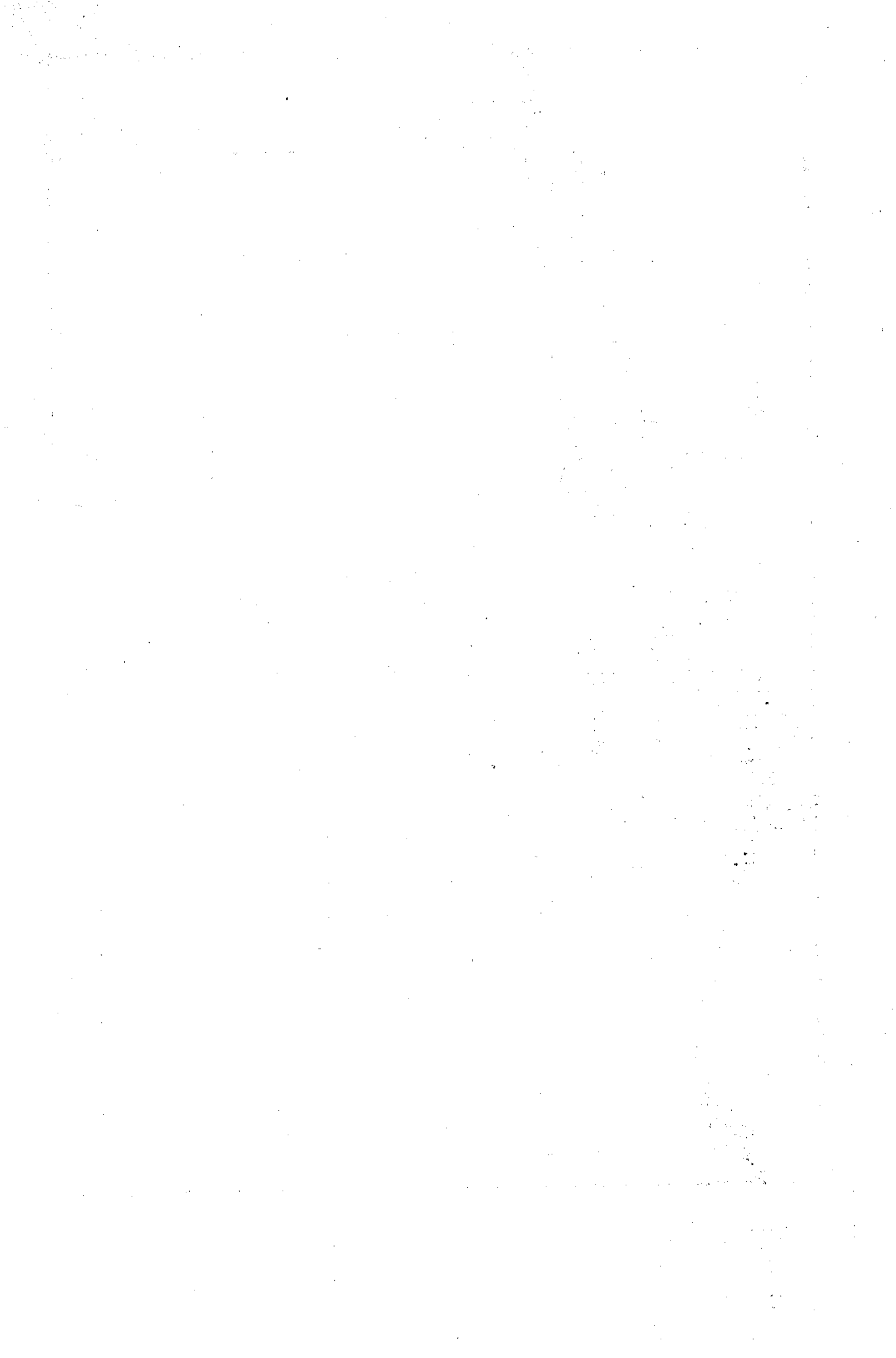
F e r n a u, Friedrich-Wilhelm: Flackernder Halbmond. Hintergrund der islamischen Unruhe. Erlenbach–Zürich, Rentsch, 1953.

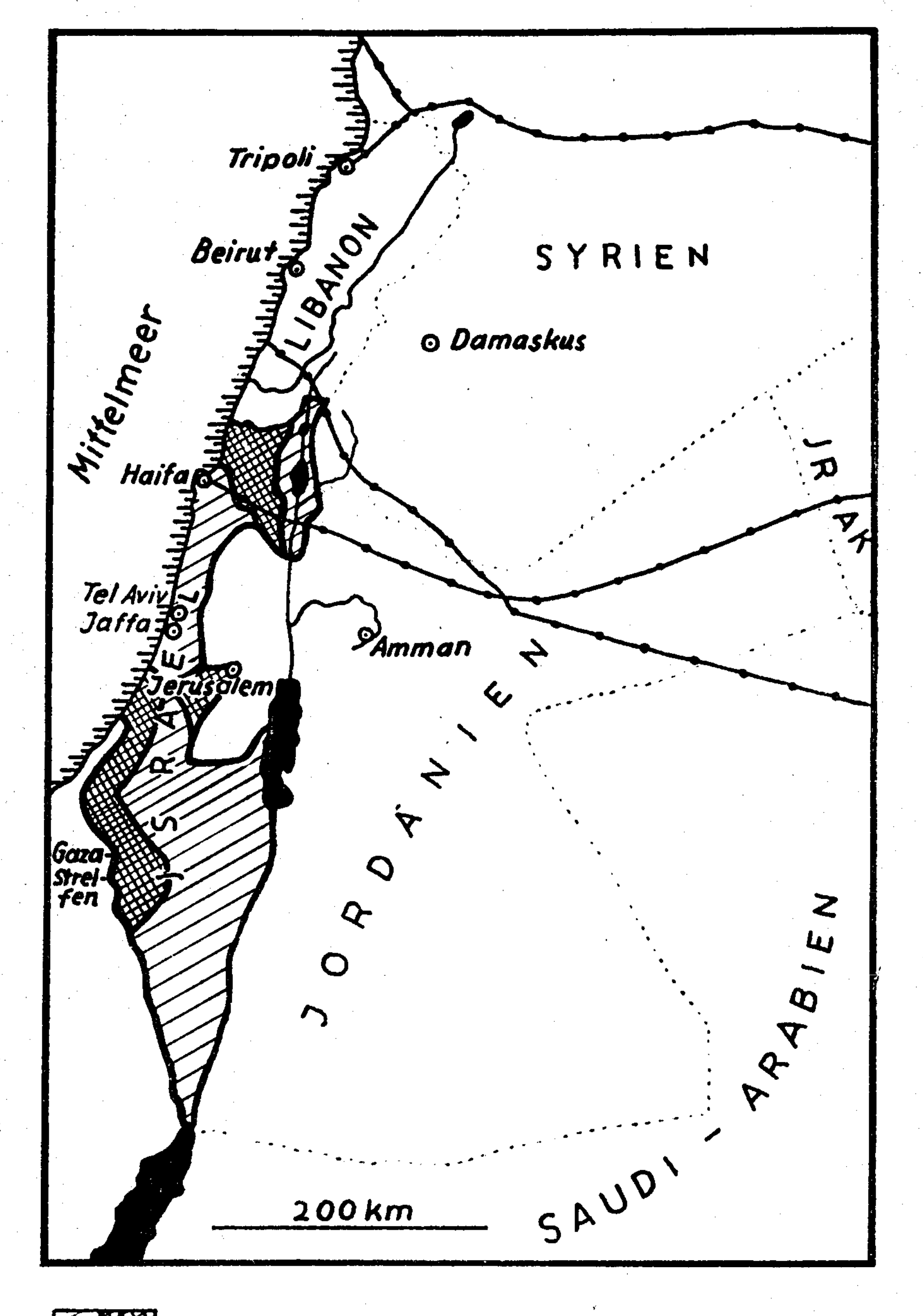
F o o t, Michael and Jones, Mervyn: Guilty Men, 1957. New York, Rinehart, 1957.

Gibbs, Henry: Crescent in Shadow. London, Jarrolds, 1952.
Gross, Hermann: Nah- und Mittelost im Weltwirtschaftlichen Spannungsfeld. Bonn, Adler-Verlag, 1956.
Guillaume, A.: Islam. Penguin.
Hall, Harvey P.: The Evolution of Public Responsibility in the Middle East. Washington, The Middle East Institute, 1955.
Hassmann, Heinrich: Erdöl aus dem Mittleren Osten. Zahlen, Probleme, Projekte. Hamburg, Berlin, Herrnhausen, 1950.
Hoskins, Halford L.: The Middle East. Macmillan, 1954.
Hudson, G. F.: The Far East in World Politics. London, Oxford Press, 1937.
Huebener, Theodore and Voss, Carl Hermann: This Is Israel. New York, Philosophical Library, 1956.
Hutchison, Commander E. H.: Violent Truce. New York, Devin-Adair, 1956.
International Press Institute: The News from the Middle East. Zürich, The International Press Institute, 1954.
Isaacs, Harold: The Tragedy of the Chinese Revolution. London, Secker and Warburg, 1938.
Izzeddin, Nejla: The Arab World. Chicago, Regnery, 1953.
Johnson, Paul: The Suez War. New York, Greenberg, 1957.
Kern, Erich: Weißer Mann – Toter Mann? Starnberg 1956.
Kimche, Jon: Seven Fallen Pillars. The Middle East, 1945 to 1952. London, Secker & Warburg, 1953.
Lengyel, Emil: Egypt's Role in World Affairs. Public Affairs Press, 1957.
Lilienthal, Alfred: There Goes the Middle East. New York, Devin-Adair, 1957.
Lilienthal, Alfred: What Price Israel? Chicago, Regnery, 1953.
Nasser, Gamal Abdel: The Philosophy of the Revolution. Cairo, „Mondiale“ Press.
Philip, André: Le Socialisme trahi. Paris Plon 1957. (Anmerkung: Philip wurde am 8. 2. 1958 wegen der Veröffentlichung

dieses Buches aus der Sozialistischen Partei Frankreichs ausgeschlossen.)
Royal Institute of International Affairs: The Middle East. A political and economic survey. London & New York, Royal Institute of International Affairs, 1951.
Schoenbrun, David: As France Goes.
Schoenenberg, Arnold: Der Nahe Osten rückt näher! Zur Kritik und Geschichte der westlichen Mittelostpolitik. München, Isar Verlag, 1957.
Shwadran, Benjamin: The Middle East, Oil and the Great Powers. New York, Praeger, 1955.
Sparrow, Gerald: The Sphinx Awakes. London, Robert Hale, 1956.
Speiser: The United States and the Middle East. New York.
Stahmer, H. G.: Japans Niederlage – Asiens Sieg. Bielefeld 1952.
Tang, Peter S. H.: Communist China Today. New York, Praeger, 1957.
Teller, Judd L.: The Kremlin, the Jews and the Middle East. London and New York, Yosel, 1957.
Utley, Freda: Drama China, München 1951.
Wint, Guy and Calvocoressi, Peter: Middle East Crisis. Penguin Special, 1957.

Stichwort-Verzeichnis





Israel heute

Israel nach UNO-Beschluß vom 29.11.1947





Freda Utley · Arabische Welt - Ost oder West?